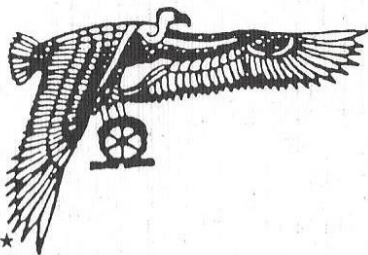


I. M. Maiski

# Wer half Hitler?



Rüggberg-Verlag



Rüggeberg — Verlag  
Postfach 13 08 44  
D-W-5600 Wuppertal 1

**Iwan Maiski war Botschafter der Sowjetunion in London von 1932 bis 1943. Als Zeitzeuge und Beteiligter schildert er hier eindrucksvoll, daß nicht Deutschland auf den Beginn des 2. Weltkrieges hinarbeitete, sondern insbesondere England und Frankreich.**

**In einem ergänzenden Kapitel befindet sich der Nachweis, daß Adolf Hitler Agent einer amerikanischen Freimaurerloge gewesen ist.**

ISBN 3-921338-17-4

**Akademienmitglied**

**I. M. Maiski**

# **Wer half Hitler?**

1992

Verlag D. Rüggeberg \* D-5600 Wuppertal 1

I. M. Maiski - Wer half Hitler?  
Originalausgabe: Verlag Progress, Moskau ca. 1960  
Deutsch von E. Margolis.

© Copyright 1992 für den Anhang  
by Rüggeberg-Verlag, D-W-5600 Wuppertal 1  
Deutschland \* Germany \* Allemagne

Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 3-921338-17-4

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

## INHALT

Vorwort .....	5
---------------	---

### Vor 1939

Auftrag der Sowjetregierung .....	9
Was ich in England vorfand .....	18
Der Kampf um ein Handelsabkommen .....	25
Tauwetter von kurzer Dauer und seine Ursachen	35
Schritte zur Annäherung.....	42
Churchill und Beaverbrook .....	53
Abkühlung .....	60
Unter dem Gefrierpunkt .....	69
München.....	81
Chamberlains Gaunertrick .....	97
An der Schwelle des Jahres 1939 .....	100

### Das Jahr 1939

Die Annexion der Tschechoslowakei und Chamberlains Manöver .....	103
Die UdSSR schlägt Beistandspakt vo .....	123
Zwei Entwürfe eines Paktes .....	141
Beim Namen nennen oder nicht? .....	150
Der Pakt und die Militärkonvention .....	165
Vorbereitungen der militärischen Verhandlungen	173
Die militärischen Verhandlungen in Moskau .....	181
Das Dilemma der Sowjetregierung .....	191
Fiasko der Dreierbesprechungen und notgedrungenes Abkommen mit Deutschland ....	211
Zusammenfassung .....	222
Namenverzeichnis .....	230
Anhang 1992: Dieter Rüggeberg: Anmerkungen und Ergänzungen ....	233

## Vorwort

Über das Verhalten der Sowjetregierung unmittelbar vor Ausbruch des zweiten Weltkriegs wurde von gewissen Kreisen des Auslands eine völlig unbegründete Legende aufgebracht und verbreitet. Diese Legende lief im Wesentlichen auf Folgendes hinaus:

Es wird behauptet, die Sowjetunion habe im Frühjahr und Sommer 1939 (von März bis August) ein doppeltes Spiel getrieben: einerseits mit England und Frankreich offen den Abschluss eines Dreier-Beistandpakts zum Kampf gegen Hitlerdeutschland besprochen, zur selben Zeit aber hinter dem Rücken Englands und Frankreichs insgeheim mit Hitlerdeutschland über den Abschluss eines gegen die «westlichen Demokratien» gerichteten Abkommens verhandelt. Weiter habe die Sowjetunion angeblich durch Beanstandung verschiedener unwesentlicher Kleinigkeiten die Besprechungen mit England und Frankreich künstlich in die Länge gezogen, um den Ausgang der eigenen Verhandlungen mit Deutschland abzuwarten. Als dann doch der Moment zur Unterzeichnung des Dreierpakts gekommen war, habe sie plötzlich ihren Standpunkt radikal geändert, England und Frankreich den Rücken gekehrt und mit Deutschland ein Abkommen getroffen, das (hier wird die Ausdrucksweise meist sehr schleierhaft) geradezu ein gegen England und Frankreich gerichtetes militärisches Bündnis gewesen sei. Und schliesslich erklären unsere Widersacher, die Sowjetunion habe durch die Unterzeichnung des Abkommens mit Deutschland Tür und Tor für Hitlers Überfall auf Polen, England und Frankreich geöffnet und sei infolgedessen für den Ausbruch des zweiten Weltkriegs verantwortlich.

Diese 1939-1940 entstandene böswillige Legende wurde in der Nachkriegszeit systematisch durch die verschiedensten Einzelheiten ausgeschmückt und ergänzt, sie tauchte in zahlreichen Varianten auf, Politiker, Journalisten und Geschichtsschreiber im Westen liessen es sich angelegen sein, sie eifrig zu popularisie-

ren. Diese böswillige Legende bahnte sich ihren Weg sogar in die höchsten diplomatischen Dokumente der kapitalistischen Regierungen, bis hinauf zu den Noten des früheren USA-Präsidenten Eisenhower.

Dabei war sie ein klassisches Beispiel bürgerlicher Geschichtsklitterung. Sie spekulierte darauf, dass breite Kreise ein kurzes Gedächtnis haben und über die wirklichen internationalen Zusammenhänge kaum im Bilde sind. Es handelte sich hier um eine doppelte Fälschung. Erstens wurden die Ereignisse des Frühjahrs und Sommers 1939 an und für sich gröblich entstellt. Zweitens wurden sie aus dem Zusammenhang gerissen, losgelöst von der Vergangenheit, aus der sie resultierten. Eine solche Darstellung der Geschehnisse macht es jedoch unmöglich, sie richtig zu verstehen und einzuschätzen. Um nun diese Fälschung leichter an den Mann zu bringen, vermieden ihre Autoren gewöhnlich eine eingehende Schilderung des Verlaufs der Dreierbesprechungen und zogen es vor, darüber nur «ganz allgemein», kurz, in Bausch und Bogen, ohne Details zu sprechen, wobei sie sich auf die angeblich «allgemein bekannte» und keiner Beweise bedürftigen Tatsache beriefen, dass die Sowjetunion am Scheitern der Besprechungen schuld sei.

Nachstehend werde ich wahrheitsgetreu schildern, wie sich die Beziehungen der UdSSR zu England, Frankreich und Deutschland im Frühjahr und Sommer 1939 tatsächlich gestalten, bin ich doch für diese Aufgabe geradezu berufen. Einerseits war ich damals als sowjetischer Botschafter in London Zeuge und Teilnehmer der sowjetisch-britisch-französischen Dreierbesprechungen von 1939; andererseits hatte ich als Historiker in der Nachkriegszeit die Möglichkeit, die gesamte nach Kriegsende veröffentlichte Literatur (Dokumente, Erinnerungen, Monographien usw.) über die Zeit unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg zu studieren.

Damit jedoch die Wahrheit, die ich schildern will, auch wirklich Wahrheit sei, muss ich meine Ausführungen nicht mit 1939, sondern mit einem wesentlich früheren Datum beginnen. Die-

ser Zeitpunkt wird erklärlicherweise durch jenes Ereignis bestimmt, das gleichsam die Wasserscheide zwischen den beiden Kriegen bildete. Ich meine den Machtantritt Hitlers in Deutschland.

Auch für mich persönlich ist es günstig, mit jenem Zeitpunkt zu beginnen. Ich beabsichtige, meinen Bericht in die Form von Erinnerungen zu kleiden, weil diese dem Leser die Atmosphäre und die Ereignisse jener verhältnismässig weit zurückliegenden Jahre verständlicher machen. Ich war nämlich im Herbst 1932, nur drei Monate vor dem Naziputsch in Berlin, als Botschafter der UdSSR nach London gekommen.

Daher lassen es sowohl allgemeinpolitische wie auch persönliche Momente als besonders angebracht erscheinen, meine Schilderung mit den ersten Eindrücken zu beginnen, die ich gleich nach meinem Eintreffen in England hatte.

Obwohl die Geschehnisse, von denen im Folgenden die Rede sein wird, bereits über zwanzig Jahre zurückliegen, lassen sich ganz bestimmte Parallelen zu den heutigen Ereignissen ziehen.

In der Tat, damals war der internationale politische Horizont ebenso wie jetzt von schweren Gewitterwolken verdüstert. Damals wie jetzt stand vor der Menschheit die Kardinalfrage, ob es zu einem Weltkrieg kommen würde. Damals wie jetzt verteidigte das seinerzeit lediglich durch die Sowjetunion vertretene sozialistische Lager mit allen Kräften die Sache des Friedens, während das kapitalistische Lager, dem in jenen Jahren alle übrigen Staaten angehörten, blindlings und verbrecherisch zum Kriege drängte und schliesslich die furchtbare Katastrophe über die Menschheit heraufbeschwor. Wenn man jetzt führende Männer der kapitalistischen Welt reden hört, fällt einem oft genug ein, dass Chamberlain und Daladier dasselbe in den dreissiger Jahren gesagt, dass die Söhne aus den Erfahrungen der Väter offenbar keine Lehren gezogen haben.

Bedeutet das aber, dass es zu einem neuen, noch furchtbareren Weltkrieg kommen muss?

Keineswegs. Denn in den verflossenen mehr als zwanzig Jah-



ren hat sich das Kräfteverhältnis in der internationalen Arena grundlegend verändert.

Damals war die UdSSR der einzige sozialistische Staat auf unserem Planeten, während es jetzt eine grosse Gruppe solcher Staaten gibt. Mehr als ein Drittel der gesamten Menschheit hat sich heute um das Banner des Sozialismus geschart; ein weiteres Drittel machen die neutralen Länder aus, die ebenfalls Streiter für den Frieden und Gegner des Krieges sind. Im Lager des kriegslüsteren Kapitalismus dagegen ist heute nur noch ungefähr ein Drittel der Menschheit geblieben, wobei sogar unter diesem Drittel noch viele Friedensfreunde sind. Und gerade dieses Kräfteverhältnis in der internationalen Arena gibt uns Grund zu der Annahme, dass ein dritter Weltkrieg durchaus nicht unvermeidlich ist, dass er bei entsprechender Energie und Tatkraft der Friedenskräfte verhindert werden kann.

In einer derartigen Situation ist es aufschlussreich, sich an die Lage kurz vor Ausbruch des zweiten Weltkriegs zu erinnern. Besonders wichtig ist es, die phänomenale geschichtliche Blindheit der damaligen Regierungen der Westmächte aufzuzeigen, die den Abgrund, in den sie die Menschheit drängten, nicht sahen und nicht sehen wollten, eine Blindheit, die ihrem Hass auf den Kommunismus, auf den Sowjetstaat entsprang. Ein klares Bild dieser Blindheit und der daraus resultierenden verhängnisvollen Folgen kann den vernünftigeren Elementen im heutigen kapitalistischen Lager helfen, ihre Lehren aus der jüngsten Vergangenheit zu ziehen, und damit den Sieg der Kräfte des Friedens über die Kräfte des Krieges erleichtern.

DER AUTOR

# VOR 1939

## Auftrag der Sowjetregierung

Im Herbst 1932 wurde ich zum Botschafter der UdSSR in England ernannt und fuhr Ende Oktober desselben Jahres, sobald ich das Agreement der britischen Regierung erhalten hatte, nach London.

Welche Aufgaben hatte mir die Sowjetregierung gestellt? Mit welchen Absichten und Plänen, in welcher Stimmung begab ich mich nach meinem neuen Tätigkeitsfeld?

Ich kann ohne Weiteres behaupten, dass mich die Sowjetregierung als Abgesandten des Friedens und der Freundschaft zwischen der UdSSR und Grossbritannien schickte, und ich selber ging freudig und gern daran, diese Mission zu erfüllen. Ohne meine Kräfte irgendwie zu überschätzen, beschloss ich von allem Anfang an, mein möglichstes zu tun, um die Beziehungen zwischen Moskau und London zu verbessern. Die Gründe für die erwähnten Bestrebungen der Sowjetregierung waren zum Teil allgemeiner und zum Teil spezieller Natur.

Die Gründe allgemeineren Charakters resultierten aus dem Charakter der Sowjetunion als eines friedliebenden Staates ohne Klassen oder Gruppierungen, denen ein Krieg irgendwelchen Gewinn gebracht hätte. Arbeiter, Bauern und Geistesschaffende – jene sozialen Elemente also, die die Sowjetgesellschaft bilden – können in einem Krieg nur zusetzen. Dies bedeutet natürlich ganz und gar nicht, dass sie für einen Frieden um jeden Preis wä-

ren – weit gefehlt! Die Bolschewiki sind keine Tolstoianer. Wie es in einem bekannten sowjetischen Lied heisst, steht unser «Panzerzug immer bereit», er entspricht stets dem jeweiligen Höchststand der Waffentechnik und kann, sobald dem Sowjetstaat Gefahr droht, jederzeit unverzüglich eingesetzt werden. *Wesentlich* ist jedoch, dass wir keinen Krieg wollen, dass wir den Krieg hassen und alles nur Menschenmögliche tun, um einen Krieg abzuwenden. Wir haben alle Hände voll zu tun, um den Sozialismus, den Kommunismus aufzubauen, sind mit Herz und Hirn bei der Sache und allem abhold, was uns von dieser über alles geliebten Arbeit ablenken oder gar sie ernstlich beeinträchtigen könnte. Dies ist und bleibt die Generallinie des Sowjetstaates. Wenn die UdSSR trotzdem im Verlauf ihrer 45jährigen Geschichte wiederholt Krieg führen musste, so nur, weil uns der Krieg *von feindlichen auswärtigen Kräften aufgezwungen wurde*, die den ersten sozialistischen Staat der Welt vom Erdboden vertilgen wollten. So verhielt es sich in den Jahren des Bürgerkriegs und der ausländischen Intervention. So verhielt es sich auch im Grossen Vaterländischen Krieg 1941-1945.

Die Gründe spezielleren Charakters, die den Wunsch der Sowjetregierung, mit England in Frieden und Freundschaft zu leben, noch verstärkten, beruhten zurzeit meiner Ernennung zum Botschafter in London einerseits auf gewissen Besonderheiten der inneren Lage des Sowjetlandes, andererseits aber auf der rasch wachsenden Gefahr einer Faschisierung Deutschlands.

Ich möchte zunächst auf die innere Lage der UdSSR eingehen. Als ich nach England abreiste, näherte sich der erste Fünfjahrplan seinem Ende. Das Fundament unserer neuen Industrie war gelegt. Die heroischen Anstrengungen, die dies gekostet hatte, würden aber erst in Zukunft Früchte bringen. Die Kollektivierung der Landwirtschaft war eben erst verwirklicht worden, die Grossbauernschaft hatte jedoch ihren Kampf gegen die neue Ordnung noch nicht eingestellt. Es mangelte im Lande an Lebensmitteln. Die Massenverbrauchsgüter waren knapp. Ausser-

halb der UdSSR wütete eine schwere Wirtschaftskrise, die berüchtigte Krise von 1929-1933. Die Weltpreise für Rohstoffe und Lebensmittel, mit deren Export wir in jenen Jahren den Maschinenimport hauptsächlich bestritten, sanken erschreckend. Die Valutaeingänge waren minimal. Die sowjetische Goldindustrie befand sich noch im Anfangsstadium ihres Wiedererstehens nach der Zerrüttung, die Bürgerkrieg, Intervention und der Raubbau der Lena-Goldfields-Konzessionäre in den zwanziger Jahren verursacht hatten. Infolgedessen war es ausserordentlich schwierig, die Zahlungstermine für die importierten Betriebsausrüstungen pünktlich einzuhalten. Ich entsinne mich an einige wirklich kritische Momente im Winter 1932/33, als ich bereits in London tätig war. Trotzdem zahlte die Sowjetregierung stets auf Tag und Stunde genau. Uns lag sehr viel an dem guten Ruf, den die UdSSR dank der prompten Einhaltung ihrer Zahlungsverpflichtungen auf dem Weltmarkt hatte, und wir scheuten keine Mühe, diesen Ruf zu wahren. Infolgedessen vermied die Sowjetregierung begreiflicherweise aussenpolitische Komplikationen jeder Art, die unseren Handel erschweren und unvorhergesehene Ausgaben verursachen konnten.

Das war eine nicht nur hochsinnige, sondern auch ausserordentlich kluge Politik, aber es fiel in jenen Jahren wahrhaftig nicht leicht, sie einzuhalten.

Nun zu Deutschland. Ende 1932 befand sich die Weimarer Republik offensichtlich im Zustande völligen Zerfalls. Die Nazis gewannen rasch an Boden und eroberten eine Position nach der anderen. Das Proletariat war gespalten, und die Sozialdemokratie lehnte eine Aktionseinheit mit den Kommunisten gegen den Faschismus hartnäckig ab. In dieser Situation wurde der Machtantritt Hitlers sehr wahrscheinlich. Wie würde er sich aber auf die gesamte Lage in Europa auswirken? Wie würde er sich vor allem auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen auswirken? In dieser Hinsicht war natürlich nichts Gutes zu erwarten.

Vor meiner Abreise nach London erteilte mir M. M. Litwinow, der damalige Volkskommissar für Auswärtige Angelegen-

heiten, in einem eingehenden Gespräch allgemeine Direktiven für meine bevorstehende Tätigkeit in England.

«Sie verstehen natürlich», erklärte mir M. M. Litwinow, «dass diese Direktiven nicht von mir, sondern von übergeordneten Stellen kommen.»

Ich entsinne mich dieses Gesprächs noch ganz genau und halte es für angebracht, es in seinen wichtigsten Punkten wiederzugeben.

«Die sowjetische Aussenpolitik», sagte M. M. Litwinow, «ist eine Politik des Friedens. Das entspricht unseren Prinzipien und den Grundlagen des Sowjetstaates. Die Basis unserer Aussenpolitik ändert sich niemals, bei ihrer praktischen Verwirklichung müssen wir jedoch die konkrete internationale Lage in Betracht ziehen. Die besten Beziehungen hatten wir bisher zu Deutschland, und bei unserem Vorgehen waren wir stets bestrebt, nach Möglichkeit eine Einheitsfront mit Deutschland aufrechtzuerhalten, zumindest aber auf die Positionen und Interessen dieses Landes Rücksicht zu nehmen. Doch das Deutschland, mit dem wir zu tun hatten, war das Weimarer Deutschland, das gegenwärtig offensichtlich in den letzten Zügen liegt. Darüber darf man sich keine Illusionen machen. Hitler kann von einem Tag auf den anderen zur Macht kommen, und dann wird sich die Situation mit einem Schlage ändern. Deutschland verwandelt sich aus unserem ‚Freund‘ in unseren Feind. Welche Schlussfolgerungen haben wir angesichts einer solchen Perspektive zu ziehen? Offenkundig die, dass wir im Interesse einer Friedenspolitik jetzt versuchen müssen, unsere Beziehungen zu England und Frankreich zu verbessern, vor allem zu England, dem führenden kapitalistischen Staat Europas. Allerdings haben sich diese beiden Staaten uns gegenüber bisher feindselig verhalten...»

Hier erwähnte M. M. Litwinow, um seinen Gedankengang zu erhärten, einige überaus wichtige Tatsachen (die führende Beteiligung Englands und Frankreichs an der Intervention von 1918-1920, das Curzon-Ultimatum 1923, den Überfall auf die Arcos, den Abbruch der englisch-sowjetischen diplomatischen Be-

Ziehungen 1927, die zügellose Antisowjethetze 1930/31) und fuhr dann fort:

«Jetzt aber ändert sich die objektive Weltlage: Sobald die Nazis ans Ruder kommen, werden sie natürlich ein furchtbares Revanchegeheul anstimmen, sie werden aufrüsten, die Kolonien zurückverlangen usw. Das muss die regierenden Kreise Englands und Frankreichs wenigstens teilweise zur Vernunft bringen und sie veranlassen, Bundesgenossen gegen Deutschland zu suchen. Da werden sie gezwungen sein, sich der Entente aus der Zeit des Weltkriegs und somit auch unseres Landes zu erinnern. Dadurch wird sich eine günstigere Atmosphäre für Ihre Tätigkeit in London ergeben. Aber man kann kaum damit rechnen, dass sich alles von selbst einrenkt. Ihre Aufgabe ist es, die in England entstehende Lage maximal im Interesse einer englisch-sowjetischen Annäherung auszunutzen.»

«Ich bin mit Ihrer Einschätzung der Lage und Ihren Schlussfolgerungen einverstanden», sagte ich. «Aber wie stellen Sie sich die nächsten konkreten Schritte vor?»

«Ich möchte jetzt nur auf England eingehen, wohin Sie ja fahren», erwiderte M. M. Litwinow. «Was ist hier in erster Linie anzustreben? Ein grösstmöglicher Ausbau unserer Verbindungen mit den Konservativen. Im politischen Geschehen Grossbritanniens dominieren zwei Kräfte: die Konservativen und die Opposition der Liberalen und der Labourpartei. Einst spielten die Liberalen in der Opposition die erste Geige. Doch diese Zeit ist vorüber: Heute sind die Liberalen im Abstieg begriffen, sie verzetteln sich und werden immer schwächer. Die entscheidende Rolle in der Opposition fällt mehr und mehr der Labourpartei zu. Wohlgermerkt, alle positiven Aktionen in den englisch-sowjetischen Beziehungen gingen bisher von den Liberalen oder der Labourpartei aus. So wurde beispielsweise 1921 das erste und sehr wichtige Handelsabkommen zwischen England und Sowjetrussland von der Regierung Lloyd George geschlossen; 1924 wurden die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR von der ersten Labourregierung aufgenommen; 1929 stellte die zweite La-

bourregierung die 1927 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder her. Von den Konservativen dagegen haben wir bisher nichts Gutes gesehen. Das ist schade, weil die Konservativen, wie dem auch sei, die ‚Herren‘ Englands waren und bleiben. Und solange die Konservativen ihren Standpunkt nicht ändern, werden unsere Beziehungen zu England labil und allen möglichen Zufällen unterworfen sein.»

Litwinow ordnete die Papiere auf seinem Schreibtisch und schloss:

«In London hatten und haben wir gute Beziehungen zur Labourpartei. Diese Beziehungen müssen auf jede Weise gepflegt werden, sie sind besonders im Hinblick auf die Zukunftsaussichten sehr wichtig. Wir haben dort auch keine schlechten Beziehungen zu bestimmten Gruppen von Liberalen – treffen Sie alle Massnahmen, um sie enger zu knüpfen und auszubauen. Wir haben jedoch fast keinen Kontakt mit den Konservativen. Dabei sind diese, wie ich schon sagte, die wahren, Herren<sup>4</sup> Englands. Es wird daher Ihre vornehmste und wichtigste Aufgabe sein, jene Mauer aus Eis zu durchbrechen, die unsere Londoner Botschaft von den Konservativen trennt, möglichst weitgehende und feste Kontakte gerade mit den Konservativen aufzunehmen. Wenn das gelingt, ist ein nützlicher Schritt im Kampfe gegen die deutsche Aggression getan. Überlegen Sie sich, was Sie nach Ihrer Ankunft in London zuerst unternehmen wollen, und lassen Sie es mich wissen, dann werden wir uns noch einmal unterhalten.»

Zwei Tage später war ich abermals beim Volkskommissar und teilte ihm das Programm meiner ersten Schritte in England mit. Es lief auf drei Hauptpunkte hinaus:

1. Gleich nach dem Überreichen der Beglaubigungsschreiben gebe ich in der englischen Presse ein Interview.
2. Ich vergrößere nach Möglichkeit die Anzahl der Visiten, die das diplomatische Etikett dem neuernannten Botschafter vorschreibt, und besuche nicht nur den engen Kreis von Personen, die mit dem Aussenministerium in Verbindung stehen, sondern auch Mitglieder der Regierung, namhafte Politiker, Männer der City und Kulturschaffende.

3. Besonderen Nachdruck lege ich auf den Ausbau des englisch-sowjetischen Handels.

M. M. Litwinow billigte meine Pläne und erkundigte sich, ob ich den Wortlaut meines künftigen Interviews schon vorbereitet hätte. Daraufhin überreichte ich dem Volkskommissar meinen Entwurf. Er las ihn und bestätigte ihn nach einigen geringfügigen redaktionellen Änderungen in seiner endgültigen Form. Im Interview hiess es:

«Bei meinem Amtsantritt als Botschafter der UdSSR in Ihrem Lande erachte ich es für notwendig, vor allem zu betonen, dass die Regierung und die Völker der Sowjetunion, denen jegliche aggressiven Absichten femliegen, mit Grossbritannien ebenso wie mit allen Teilen des Britischen Empire in Frieden und gutem Einvernehmen leben wollen. Die Politik der UdSSR ist eine Politik des Friedens. Das wurde in der Vergangenheit mehrfach veranschaulicht und kommt auch jetzt klar und deutlich zum Ausdruck.»

Als Beweis dafür zählte ich die Nichtangriffspakte zwischen der UdSSR und anderen Ländern auf, die bereits geschlossen oder noch im Stadium der Vorbereitung waren, schilderte die Haltung der sowjetischen Delegation auf der im Februar 1932 eröffneten Genfer Abrüstungskonferenz und fuhr fort:

«Mit um so grösserer Bereitwilligkeit strebt die UdSSR nach Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu Grossbritannien, mit dem sie so viele und verschiedenartige Berührungspunkte im Bereich der Wirtschaft hat. Der erfolgreiche Abschluss des ersten Fünfjahrplans, der ein gewaltiges Anwachsen der Produktivkräfte der UdSSR mit sich brachte, und die bevorstehende Verwirklichung des zweiten Fünfjahrplans, der einen starken Aufstieg des Wohlstands der werktätigen Massen in unserem Lande zur Folge haben wird, bilden ein günstiges Fundament für die Entwicklung und Festigung der sowjetisch-britischen wirtschaftlichen und folglich auch politischen Beziehungen.

Ich hoffe, dass der gesunde Menschenverstand, der das englische Volk auszeichnet, wie auch seine unübertroffene Fähigkeit,



Tatsachen Rechnung zu tragen (und die fünfzehnjährige Existenz und Entwicklung der UdSSR ist eine unanfechtbare Tatsache, die sich nicht aus der Welt schaffen lässt), die Lösung dieser Aufgabe wesentlich erleichtern werden. Die Verbesserung der Beziehungen würde ein wahrer Segen für beide Länder sein, zugleich aber auch ein überaus wichtiger Faktor des Weltfriedens, und das wäre in unserer unruhigen und schwierigen Zeit besonders wichtig.»

Ich schloss mein Interview mit einigen Worten über meine Person.

«Was mich betrifft», hiess es da, «so habe ich meine Berufung zum Botschafter der UdSSR in Grossbritannien mit grosser Genugtuung aufgenommen. Während der verflossenen zwanzig Jahre hatte ich wiederholt Gelegenheit, in Ihrem Lande zu leben und zu arbeiten, das englische Volk näher kennen- und die englische Kultur schätzen zu lernen. Ausserdem bin ich England dafür erkenntlich, dass es mir in den Jahren vor der Revolution als politischem Flüchtling Asyl gewährte. Deshalb würde ich mich besonders glücklich schätzen, wenn es mir gelänge, zu einer Annäherung zwischen der UdSSR und England beizutragen.»

Der Geist dieses von mir vorbereiteten Interviews ist so klar, dass es keines Kommentars bedarf.

Meine beiden Gespräche mit M. M. Litwinow fanden in der ersten Oktoberhälfte 1932 statt. Am 17. Oktober aber traf ein Telegramm unserer Londoner Botschaft ein, dass der britische Aussenminister Sir John Simon das englisch-sowjetische Handelsabkommen, das wir 1930 mit der zweiten Labourregierung schlossen, am Vortag in einer speziellen Note gekündigt habe. Das war ein überraschender und ausgesprochen antisowjetischer Schritt, auf den ich später noch ausführlicher eingehen werde. Zwei Tage darauf bestellte mich M. M. Litwinow zu sich und sagte:

«Sie wollten Ihre Tätigkeit in England mit dem Interview beginnen, dessen Wortlaut ich bestätigt habe. An und für sich wäre das die richtige Stellungnahme, wenn zwischen der UdSSR und

Grossbritannien normale Beziehungen bestünden. Jetzt, nach der einseitigen Kündigung des englisch-sowjetischen Handelsabkommens, hat sich die Lage jedoch geändert: London hat seine ablehnende Haltung uns gegenüber offen bekundet. Unter diesen Umständen ist es besser, von einem so freundschaftlichen Interview wie dem Ihrigen abzusehen.»

So starb das oben erwähnte Interview, ehe es das Licht der Welt erblickt hatte. Trotzdem zitiere ich den Wortlaut dieses nicht erteilten Interviews, weil es anschaulich zeigt, wie die Stimmung in Moskau war, als ich in den Zug stieg, um meinen Posten als Botschafter der UdSSR in England anzutreten.

Ich wiederhole noch einmal mit voller Überzeugung: Die Sowjetregierung und das Sowjetvolk strebten aufrichtig und ernsthaft gute Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Grossbritannien an.

Bekanntlich muss aber Freundschaft erwidert werden. Es genügte nicht, dass die sowjetische Seite die besten Beziehungen zu Grossbritannien wünschte, der gleiche Wunsch musste auch englischerseits vorhanden sein. War dies der Fall?

Mögen die Tatsachen darauf antworten.

## Was ich in England vorfand

Einige lebhaftere Erinnerungen werden wach, wenn ich mir ins Gedächtnis rufe, wie mich das regierende England in jenem weit zurückliegenden Herbst 1932 empfing. Natürlich handelte es sich nicht um meine Person, sondern um mich als Botschafter der Sowjetunion und demnach auch um die Sowjetunion als Volk und Staat. Diese Erinnerungen werden besser als lange Erörterungen zeigen, wie die herrschenden Klassen Englands jenen völlig aufrichtigen Wunsch der Sowjetregierung und des Sowjetvolkes nach Freundschaft und Zusammenarbeit beantworteten.

Die erste Erinnerung betrifft den englisch-sowjetischen Handel. Ich erwähnte schon, dass ich mir bei meinen Vorbereitungen zur Reise nach London vorahm, in meinem Wirken als Botschafter besonderen Nachdruck auf den grösstmöglichen Ausbau der Handelsgeschäfte zwischen beiden Ländern zu legen. Und da zeigte mir ein Zufall recht anschaulich, welchen Schwierigkeiten ich hierbei begegnen würde.

Am Tage vor meinem Eintreffen in England «enthüllte» die Sonntagszeitung «Sunday Chronicle» plötzlich einen ganz «fürchterlichen» Vorfall. Sie behauptete, «Moskau» habe «in Särgen ausländischer Herkunft» russische Streichhölzer nach England eingeschmuggelt. Die Schachteln trügen als Warenzeichen «das vom Dolch durchbohrte heilige Herz». Das Blatt tobte und forderte von der Regierung die entschiedensten Massnahmen gegen eine derartige «Gotteslästerung». Die Sensation des «Sunday Chronicle» wurde unverzüglich von zahlreichen anderen Presseorganen aufgegriffen. In politischen und parlamentarischen Kreisen schwoll rasch eine antisowjetische Welle an. Eine zügellose Hetze gegen den Handel mit der UdSSR wurde gestartet. Die Atmosphäre erhitzte sich von Tag zu Tag. Vergeblich protestierte der Direktor der Arcos\* gegen die lächerlichen An-

\* Arcos – «All-Russian Cooperative Society», d.h. «Allrussische Genossenschafts-firma», die zentrale sowjetische Handelsbehörde in England juristisch als englische Handelsfirma registriert.

schuldigungen und bewies, dass die sowjetischen Zündholzschachteln niemals mit antireligiösen Emblemen versehen waren – man schenkte ihm kein Gehör. Wer weiss, womit dieser ganze Rummel geendet hätte, wäre nicht zum Glück sehr bald bekannt geworden, dass die ominösen Streichhölzer nicht aus der UdSSR, sondern aus Indien stammten, und nicht in mysteriösen «Särgen», sondern in durchaus prosaischen Holzkisten geliefert worden waren, dass ferner die indischen Fabrikanten keinerlei Gotteslästerung im Sinne hatten, denn nach indischen Begriffen ist das vom Dolch durchbohrte Herz ein erhabenes und schönes Symbol.

Die zweite Erinnerung ist etwas anderer Art: Am 8. November 1932 überreichte ich dem König von England mein Beglaubigungsschreiben und wurde damit offiziell als Botschafter der UdSSR in Grossbritannien anerkannt. Am nächsten Tag, dem 9. November, nahm ich bereits als sowjetischer Vertreter am Bankett des Lord-Mayors von London teil, das jährlich anlässlich seines Amtsantritts veranstaltet wird\*. Dieses Bankett ist eine sehr eindrucksvolle Zeremonie im mittelalterlichen Stil, zu der sich 500 bis 600 Vertreter der tatsächlichen «Creme» des kapitalistischen Englands versammeln. Wie exklusiv diese Oberschicht ist, zeigt schon die Tatsache, dass als Vertreter des Londoner Diplomatischen Korps lediglich die Botschafter zum Bankett des Lord-Mayors eingeladen werden. Den Gesandten wird diese Ehre nicht zuteil. Das Bankett des Lord-Mayors ist auch ein grosses politisches Ereignis, bei dem der Premier oder ein namhafter Minister die traditionelle grosse Rede über eine wichtige und aktuelle politische Frage hält. An einem solchen Bankett nahm ich also am 9. November 1932 teil, und dort trug sich Folgendes zu (ich zitiere aus meinen Notizen, die ich gleich anschliessend, solange mir die Vorfälle noch frisch im Gedächtnis waren, niedergeschrieben habe):

«Das Vorstellungszeremoniell für die zum Bankett eintreffen-

---

\* Der Lord-Mayor von London, der Londoner Oberbürgermeister, wird alljährlich neu gewählt.

den Gäste spielt sich folgendermassen ab: Am äussersten Ende des langen Saals der Bibliothek steht auf einem kleinen Podium der neugewählte Lord-Mayor mit seiner Gemahlin. Vom Saaleingang führt bis zu diesem Podium ein breiter dunkelroter Teppichläufer, über den jeder neu ankommende Gast feierlich schreitet. Ein im Stil der Tudor-Epoche gekleideter Herold verkündet laut seinen Namen. Gemessenen Schrittes begibt sich der Gast bis zum Ende des Läufers, besteigt das Podium und drückt dem Lord-Mayor und seiner Gemahlin die Hand. Während der Gast über diesen Läufer geht, klatschen ihm die früher eingetroffenen Gäste Beifall. Die Stärke dieses Beifalls wechselt je nach Stellung und Popularität des Gastes. So kommt es zu einer Art Meinungskundgebung, und die Stärke des jeweiligen Beifalls lässt die Einstellung des regierenden Englands zum jeweiligen Gast mit Sicherheit erraten.

Der Zufall wollte es, dass ich unmittelbar nach dem japanischen Botschafter Matsudaira über den roten Teppichläufer in der Bibliothek schritt. Matsudaira wurde ein überaus guter Empfang bereitet. Das war eine regelrechte Ovation: man applaudierte ihm laut, lange und begeistert. Es war ersichtlich, dass sein Land ebenso wie er selbst bei der englischen Oberschicht trotz des,mandschurischen Zwischenfalls<sup>4\*</sup> gut angeschrieben waren. Dann verkündete der Herold:

„Seine Exzellenz, der sowjetische Botschafter Iwan Maiski!<sup>4</sup> Eisiger Wind wehte durch den Saal. Es wurde mit einem Schlage still. Ich trat meinen Gang über den roten Läufer an. Kein Ton! Kein einziges Händeklatschen! Ringsum starres, argwöhnisch-feindseliges Schweigen. Die prunkvolle Menschenmenge, die sich zu beiden Seiten des Läufers drängte, begleitete mich mit stechenden, neugierigen Blicken. Damen in grosser Toilette wiesen mit ihren Lorgnetten auf mich, flüsterten sich boshafte Bemerkungen zu und lachten. In dieser Atmosphäre ostentativen Schweigens ging ich langsam festen Schrittes mit

---

\* So nannte damals das regierende England die Annexion Nordostchinas durch Japan 1931.

hoch erhobenem Kopf über den ganzen Läufer und drückte, wie es das Zeremoniell vorschrieb, dem Lord-Mayor und seiner Gemahlin die Hand.

Ja, die Demonstration der Gefühle des herrschenden Englands gegenüber der Sowjetunion war beredt und nicht zu überbieten.»

Noch eine Episode. Etwa vierzehn Tage nach dem Bankett des Lord-Mayors wurde die neue Parlamentstagung eröffnet. Das war ebenfalls eine sehr pompöse und prächtige Zeremonie, aus der man die Stimme der Jahrhunderte zu vernehmen meinte.

Die Eröffnung des Parlaments geht im Sitzungssaal des Oberhauses vor sich. Anwesend sind die Lords in ihren roten, hermelinbesetzten Mänteln, ihre Gemahlinnen in Galatoilette und mit Juwelen geschmückt, die Notabein des Staates und das Diplomatische Korps. Der König und die Königin sitzen auf einem Podium an der Wand. Die Unterhausmitglieder werden gemäss einer alten Tradition nicht in den Saal gelassen. Eine kleine Gruppe ihrer Vertreter steht (jajwohl, sitzt nicht, sondern steht!) hinter einer Barriere, die den Ausgang aus dem Sitzungssaal des Oberhauses versperrt. Der «Lord Chamberlain» überreicht dem König mit tiefer Verbeugung den Text der Thronrede. Der König erhebt sich und verliest sie. Dann verneigen sich König und Königin vor allen Anwesenden und entfernen sich, worauf die Parlamentstagung als eröffnet gilt.

Ich war mit meiner Frau bei der Eröffnung der neuen Tagung beider Kammern 1932/33 anwesend, dieser Tagung, die einen für die Geschichte der englisch-sowjetischen Beziehungen so dramatischen Verlauf nehmen sollte. Darauf werde ich später noch eingehen. Wie die Etikette verlangte, sass ich mit den anderen Botschaftern rechts vom Thron und meine Frau mit den Gattinnen der anderen Botschafter links vom Thron. Die Etikette schreibt weiter vor, dass hier die Frauen der Botschafter den Ehrenplatz einnehmen, dann erst kommen die Hofdamen höchster Rangordnung. Meine Frau war damals die jüngste der Bot-

schaftergattinnen\* und hatte daher ihren Platz neben der ältesten Dame der englischen Aristokratie. Das war die Herzogin Somerset. Obwohl steinalt und hässlich wie die Nacht, protzte sie mit kostbaren Stoffen und Geschmeide. Vor Eröffnung des Zeremoniells sprach die Herzogin meine Frau an, und als sie merkte, dass sie eine Ausländerin vor sich hatte, fragte sie:

«Welches Land vertreten Sie?»

Meine Frau erwiderte ruhig:

«Ich vertrete die Sowjetunion.»

Diese Worte hatten eine überwältigende Wirkung. Das Gesicht der Herzogin veränderte sich im Nu, als wäre sie auf eine Giftschlange getreten. Sie lief blau an, die Adern an ihrem dünnen Hals blähten sich, in den Augen erglühnten stechende Fünkchen. Die Herzogin wich jäh vor meiner Frau zurück und rief wütend:

«Damit Sie es wissen... ich hasse die Sowjets!»

Keine Spur mehr von englischer Selbstbeherrschung, von elementarster Höflichkeit!

Meine Frau parierte schlagfertig und brüsk:

«Dann bedaure ich sehr, dass Sie neben mir sitzen.»\*\*

Diese kleine, aber so bezeichnende Episode war eine ausgezeichnete Ergänzung zu dem Vorfall auf dem Bankett des Lord-Mayors.

---

\* Das Rangalter wird im Diplomatischen Korps durch die Aufenthaltsdauer des jeweiligen Botschafters im betreffenden Lande bestimmt. Im Herbst 1932 war ich, da eben erst in London eingetroffen, der vorletzte in der Botschafterreihe. Als letzter rangierte der deutsche Botschafter von Hoesch, der sein Beglaubigungsschreiben am gleichen Tage, allerdings eine Viertelstunde nach mir, dem englischen König übeneicht hatte. Dajedoch Hoesch Junggeselle war, galt meine Frau als jüngste Botschaftergattin.

\*\* Dieser Zwischenfall hatte folgende diplomatische Fortsetzung: Nach einigen Tagen suchte ich den Chef des Protokolls im Foreign Office, Mister Monck, auf, erzählte ihm von dem Vorfall bei der Eröffnung des Parlaments und bat ihn, dafür zu sorgen, dass meine Frau in Zukunft nie mehr neben der Herzogin Somerset sitzen müsse. Monck bedauerte die Unbeherrschtheit der Herzogin, die, wie er sagte, ein richtiges *enfant terrible* am englischen Hofe sei, und (ich muss ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen) richtete es so ein, dass meine Frau und die Herzogin Somerset bei den verschiedenen diplomatischen Frühstückten und Dinern nie mehr nebeneinander sassen.

Und schliesslich noch eine, die letzte Erinnerung aus den ersten Wochen meines Wirkens als sowjetischer Botschafter in London.

Zu den offiziellen Visiten, die ich nach Überreichung meines Beglaubigungsschreibens an den König abstattete, gehörte auch der Besuch beim damaligen Finanzminister und faktischen Führer der Konservativen Partei, Neville Chamberlain. Im Verlauf unseres Gesprächs beklagte sich Chamberlain, die UdSSR verkaufe in England viel, kaufe hier aber wenig ein und verwende ihre Londoner Einnahmen dazu, grosse Aufträge in Deutschland zu tätigen. Dem Finanzminister blutete offenkundig das Herz ob dieser «Ungerechtigkeit». Ich entgegnete ruhig:

«Wieso wundert Sie das, Herr Minister? Die Sowjetregierung verhält sich genau wie jeder tüchtige Kaufmann: sie verkauft, wo es am vorteilhaftesten ist, und kauft, wo es am vorteilhaftesten ist.»

«Aber wieso ist es Ihrer Meinung nach vorteilhafter, in Deutschland Aufträge unterzubringen und nicht in England?» fragte Chamberlain.

«Aus einem sehr plausiblen Grunde,» erwiderte ich. «Die Deutschen gewähren uns Kredite bis zu fünf Jahren, Sie dagegen nicht...»

Kaum hatte ich das ausgesprochen, da wurde Chamberlains Gesicht eisig, er drehte sich in seinem Sessel schroff um und sagte langsam, mit geradezu unheilverkündender Stimme:

«Verlangen Sie etwa, dass wir unseren Feinden langfristige Kredite gewähren? Nein, da haben wir für unsere Gelder bessere Verwendung.»

Ja, diese Worte zeigten den wirklichen Chamberlain, waschecht und ohne Schminke.

Im selben Ton antwortete ich:

«Ich verlange überhaupt nichts, Mister Chamberlain, ich bin nicht wegen Krediten zu Ihnen gekommen... Sie fragten mich, weshalb es die Sowjetunion vorzieht, ihre Aufträge in Deutschland unterzubringen. Das habe ich Ihnen erklärt, sonst nichts. Alles Übrige ist schon Ihre Sache.»



Was konnte ich aus diesen ersten, flüchtigen Kontakten mit dem damaligen regierenden England schlussfolgern? Nur eins: Das regierende England strebte keineswegs nach freundschaftlichen Beziehungen und nach Zusammenarbeit mit dem Sowjetlande, es bekundete vielmehr unverhohlen seine feindselige Einstellung ihm gegenüber und vergass dabei zuweilen sogar die elementarsten Regeln der Höflichkeit und des diplomatischen Anstands.

## Der Kampf um ein Handelsabkommen

Die späteren, engeren Kontakte mit dem regierenden England bestärkten mich noch in dieser Ansicht.

Mein erstes grosses «diplomatisches Unternehmen» in London waren Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen anstelle des von der konservativen Regierung 1930 annullierten Vertrags. Ich bezeichne die Regierung, die 1932 an der Macht war, unbedenklich als konservativ, obwohl sie sich offiziell «national» nannte und ihr Konservative, National-Liberale mit Simon an der Spitze wie auch Vertreter der Nationalen Labourpartei angehörten, deren Fraktionsleiter MacDonald war. Ich bezeichne sie unbedenklich so, denn von den 520 Parlamentsabgeordneten, die der Koalitionsregierung angehörten, waren 471 Konservative. Formell galt MacDonald als Premier dieser Regierung, wirklicher Premierminister war jedoch sein Stellvertreter Baldwin.

Die Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen, die ich und unser damaliger Handelsvertreter in England, der kluge und versierte A. W. Osjorski, führten, waren recht schwierig und zogen sich volle 15 Monate hin. Warum? Weil der Gegenstand der Verhandlungen allzu kompliziert war? Weil im Bereich des Handels allzu krasse Gegensätze zwischen der UdSSR und England bestanden? Nein, nicht das war der Grund. Die Besprechungen waren schwierig und erforderten viel Zeit, weil die britische Regierung fortwährend bestrebt war, gegenüber dem Sowjetlande eine *Politik feindseliger Diskriminierung* zu betreiben. Daran lag es. Und eben daraus resultierten alle ernststen, zuweilen sogar dramatischen Unstimmigkeiten und Konflikte.

In der Tat, wie spielten sich die Ereignisse ab? Ich beabsichtige keine ins Einzelne gehende Schilderung (dies habe ich bereits in einem anderen Buche getan\*), muss jedoch auf die Hauptmomente zumindest kurz eingehen.

---

\* Akademiemitglied *I. M. Maiski*, Erinnerungen eines sowjetischen Botschafters in England, Verlag IMO, 1960, russ.

Ich beginne von Anfang an. Die Sowjetregierung war sich absolut darüber im Klaren, dass nach der Wirtschaftskonferenz der Commonwealthstaaten (Herbst 1932) in Ottawa und dem Übergang Englands vom freien Handel zum Schutzzollsystem unvermeidlich eine Revision der früheren Handelsverträge zwischen Grossbritannien und anderen Ländern auf der Tagesordnung stand. Und eine solche Revision wurde denn auch tatsächlich Schritt für Schritt verwirklicht. Wie ging das aber gewöhnlich vor sich? Meist schlug die englische Regierung, ohne den alten Vertrag zu annullieren, der jeweiligen Regierung Besprechungen vor, um im Vertrag diese oder jene Änderungen vorzunehmen, die angesichts des radikalen Umschwungs in der britischen Handelspolitik unerlässlich geworden waren. Ein solches Vorgehen war durchaus vernünftig und berechtigt, denn auf diese Weise wurden die Schwierigkeiten bei der Anpassung des englischen Handels mit dem betreffenden Land an die neuen Verhältnisse auf ein Mindestmass reduziert.

Wie verhielt sich nun die englische Regierung gegenüber der UdSSR? Völlig anders!

Am 16. Oktober 1932 übersandte der britische Aussenminister John Simon der sowjetischen Botschaft in London absolut unerwartet eine nicht gerade höfliche Note des Inhalts, dass die englische Regierung das englisch-sowjetische Handelsabkommen von 1930 von sich aus kündige. Das kam für uns wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Die Sowjetregierung wurde vor eine vollendete Tatsache gestellt, die noch dazu ausgesprochen feindseliger Art war. Dies wurde noch dadurch betont, dass uns Simon in seiner Note nicht einmal die Einleitung von Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Handelsabkommens vorschlug, sondern sich lediglich bereit erklärte, «die Situation zu erörtern, die sich aus der Kündigung des früheren Handelsabkommens ergeben» hatte.

Hier lag eine offenkundige Diskriminierung der UdSSR vor, Diskriminierung Nr. 1.

Weiter. Welche Forderungen stellte die britische Regierung,

als die Handelsbesprechungen schliesslich begannen? Sie liefen in der Hauptsache auf zwei Punkte hinaus:

a) Ausgleich der Handelsbilanz zwischen der UdSSR und England (bis dahin hatte England im Handel mit uns ein Passivsaldo). Aber... England hatte ein Passivsaldo auch im Handel mit den USA, mit Deutschland, Argentinien, Dänemark sowie mit einer Reihe anderer Länder, ohne von ihnen je eine Änderung dieses Umstands zu verlangen. Die einzige Ausnahme bildete auch hier wieder die UdSSR. Das war Diskriminierung Nr. 2.

b) Das Recht der britischen Regierung, in einem beliebigen Augenblick durch einseitige Massnahmen die Einfuhr sowjetischer Waren nach England einzuschränken, ja sogar zu verbieten, wenn eine solche Einfuhr ihrer Ansicht nach Kanadas Positionen auf dem englischen Markt gefährden könnte. Derartige Bedingungen hatte die britische Regierung nie zuvor einem anderen Lande gestellt. Lediglich der UdSSR gegenüber wurde auch hier eine Ausnahme gemacht. Das war Diskriminierung Nr. 3.

Ohne sich mit den soeben angeführten beiden Forderungen zufriedenzugeben, erschwerte die britische Regierung die Verhandlungen dadurch ausserordentlich, dass sie etliche völlig nebensächliche Fragen anschnitt.

Angesichts der Schwierigkeiten des ersten Fünfjahrplans vertrat man in der kapitalistischen Welt allgemein die Ansicht, der Versuch, die UdSSR zu industrialisieren, sei gescheitert, die Sowjetregierung verliere den Boden unter den Füßen, und man könne in allernächster Zeit mit dem endgültigen Zusammenbruch des gesamten Sowjetsystems rechnen. Zur Verbreitung derartiger Ansichten in England trug weitgehend der damalige britische Botschafter in Moskau, Sir Esmond Ovey, bei, der im Winter 1932/33 in den schwärzesten Farben gehaltene Berichte über die Lage in der UdSSR nach London schickte. Der englischen Regierung – vor allem Aussenminister Simon – kamen Oveys Informationen sehr gelegen (ihr sehnlichster Wunsch war ja, es möge sich tatsächlich so verhalten). und sie beschloss, die

ihres Erachtens günstige Konjunktur zu nutzen, um ihre Rechnungen mit «Moskau» zu begleichen.

Die Londoner Politiker stellten sich infolgedessen das Ziel, für das neue Handelsabkommen mit der UdSSR einen möglichst hohen Preis herauszuschlagen. Sie begnügten sich darum nicht mit der Erfüllung der beiden bereits erwähnten Forderungen, sondern verlangten von der UdSSR als Voraussetzung für die Unterzeichnung eines neuen Abkommens Zugeständnisse in folgenden drei Punkten: Entschädigung der englischen Kapitalisten, denen die Oktoberrevolution Verluste zugefügt hatte; Entschädigungen an die englisch-amerikanische Firma Lena Goldfields\*, und drittens verlangten sie (das mutete wie ein Witz an, war aber leider eine diplomatische Realität), dass die Preise

---

\* Die englische Firma Lena Goldfields erhielt bereits 1908 von der Zarenregierung die Goldfelder an der Lena in Konzession. Die Oktoberrevolution machte dieser Konzession ein Ende, 1925 schloss jedoch die Lena Goldfields auf Grund des sowjetischen Dekrets von 1920 über Konzessionen einen neuen Konzessionsvertrag (natürlich zu ganz anderen Bedingungen als früher) und nahm die Goldgewinnung im Grossen auf. 1929 waren in den Betrieben dieser Firma an die 15'000 Mann beschäftigt. Da jedoch die Lena Goldfields, die sich nunmehr aus einem englischen in einen englisch-amerikanischen Konzern verwandelt hatte, systematisch versuchte, ihre Geschäfte auf kapitalistische Weise zu betreiben, und fortwährend gegen die sowjetischen Gesetze versties, kam es zwischen der Firma und der Sowjetregierung immer wieder zu Reibereien und Konflikten. 1930 wurde entsprechend dem Konzessionsvertrag beschlossen, alle strittigen Fragen durch ein Schiedsgericht beizulegen, und die Parteien einigten sich sogar über seine Zusammensetzung. Eine Woche vor dem Verhandlungstermin sperrte jedoch die Lena Goldfields alle ihre Arbeiter aus und schloss sogar ihr Kontor in Moskau. Durch dieses Vorgehen der Firma wurde der Konzessionsvertrag eindeutig gebrochen, er hörte de jure und de facto auf zu bestehen, und die Sowjetregierung erachtete es begreiflicherweise als unmöglich, an einem Schiedsgericht teilzunehmen, das in dem bereits ungültigen Konzessionsvertrag vorgesehen war. Nichtsdestoweniger bestand die Lena Goldfields darauf, dass die beiden verbliebenen Mitglieder des Schiedsgerichts (der Vorsitzende und der Vertreter der Firma) ohne Vertreter der Sowjetregierung über die Streitfrage verhandelten. Dieses nicht rechtskräftige Schiedsgericht verkündete das Urteil, nach dem die Sowjetregierung der Firma 3,5 Millionen Pfund Sterling für das von der Firma investierte Kapital und weitere 9,5 Millionen Pfund Sterling als Entschädigung für jenen Gewinn zahlen müsse, den die Firma nach ihren Kalkulationen in den bis zum Ablauf der Konzession verbleibenden 25 Jahren erzielen würde. Natürlich wies die Sowjetregierung die völlig unbegründeten Ansprüche der Lena Goldfields entschieden zurück, und nun versuchte die britische Regierung (vor allem aber Sir John Simon) Anfang 1933, bei den Besprechungen über den Abschluss eines neuen englisch-sowjetischen Handelsabkommen für die Firma «einen fetten Happen» zu erhaschen.

für die in den Torgsin-Läden\* verkauften Waren den Preisen auf dem Weltmarkt angeglichen würden. Zu einer derartigen Unverfrorenheit verstieg sich damals die britische Regierung! Das war Diskriminierung Nr. 4.

Es lag auf der Hand, dass die Haltung Englands bei den Handelsbesprechungen schon an und für sich den Abschluss eines Abkommens ausserordentlich erschwerte. Die Lage verschärfte sich jedoch noch, als im März 1933 ein neuer und ausserordentlich gefährlicher Faktor in Erscheinung trat.

Im ersten Fünfjahrplan hatte die Sowjetregierung mit einer Anzahl grosser Firmen in kapitalistischen Ländern Verträge über technische Hilfe geschlossen. Zu ihnen gehörte auch der bekannte englische Konzern Metropolitan-Vickers, der in Moskau ein eigenes Kontor unterhielt und dessen Ingenieure auf verschiedenen sowjetischen Neubauten tätig waren. Am 12. März 1933 wurden rund 25 Angestellte der Metropolitan-Vickers in der UdSSR, darunter auch sechs englische Ingenieure, wegen Spionage und Schädlingarbeit verhaftet.

Dieser Vorfall löste in England eine stürmische Reaktion aus, die von der Regierung auf jede Weise unterstützt und angefacht

---

\* Ende 1932 wurde in der UdSSR die Firma Torgsin (Torgowlja sinostranzami – Handel mit Ausländern) ins Leben gerufen. In den mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern besonders gut versorgten Torgsin-Läden konnte man nur gegen Gold, Edelsteine und ausländische Devisen kaufen. Torgsin hatte die Aufgabe, Gold und andere Werte, die sich unter der Bevölkerung befanden, in den Händen der Regierung zu konzentrieren, um die staatlichen Reserven zu verstärken, die für den Import von Maschinen und Ausrüstungen gebraucht wurden. Gleichzeitig wurden die Läden des Insnab geschlossen, in denen bis dahin die ausländischen Diplomaten in Moskau Lebensmittel und andere Waren in unbegrenzter Menge für sowjetisches Geld kaufen konnten (damals erhielt die Bevölkerung Lebensmittel und andere Waren nur auf Karten). In der Praxis hatte das Versorgungssystem durch Insnab zu zahlreichen Missbräuchen seitens ausländischer Diplomaten geführt und war von vielen zur gesetzwidrigen Bereicherung benutzt worden. Mit der Eröffnung der Torgsin-Geschäfte wurden die ausländischen Diplomaten aufgefordert, von nun an ihren Bedarf an Lebensmitteln und anderen Gütern bei Torgsin zu decken, d.h. die benötigten Waren in Gold oder Devisen zu bezahlen. Dies brachte die Spekulanten unter den Diplomaten um beträchtliche Einkünfte, und viele von ihnen protestierten mit grossem Stimmenaufwand gegen diese Massnahme der Sowjetregierung. An der Spitze der «unzufriedenen» Diplomaten stand der englische Botschafter in Moskau, Sir Esmond Ovey. Und darum wurden der Sowjetregierung bei den Handelsbesprechungen englischerseits so unsinnige und beleidigende Forderungen gestellt.

wurde. Auch dabei spielte Ovey, der britische Botschafter in Moskau, eine unheilvolle Rolle. Hätte er sich damit begnügt, sofort nach der Verhaftung der englischen Ingenieure bei der Sowjetregierung nach den Gründen der Verhaftung anzufragen sowie dafür zu sorgen, dass die Verhafteten gute Bedingungen erhielten, die Voruntersuchung nicht verzögert und den Angeklagten die gebotene Verteidigung gewährt würde, dann wäre gegen sein Verhalten nichts einzuwenden gewesen. Jeder Botschafter ist verpflichtet, sich für Landsleute, die in dem Lande, wo er akkreditiert ist, gerichtlich belangt werden, zu interessieren und sich um sie zu kümmern. Ovey ging jedoch wesentlich weiter: Er war im Geiste der britischen Grossmachttradition erzogen worden und bildete sich ein, der Sowjetregierung seine Bedingungen diktieren zu können. Das war Diskriminierung Nr. 5.

Und in der Tat, bereits am 12. März, wenige Stunden nach der Verhaftung, als die Voruntersuchung noch gar nicht begonnen hatte, versicherte er Aussenminister Simon, die englischen Ingenieure seien völlig unschuldig, und empfahl der britischen Regierung, die unverzügliche Freilassung zu verlangen, ohne das Rechtsverfahren abzuwarten. Die britische Regierung akzeptierte die Empfehlung ihres Botschafters und übte einen unerhörten Druck auf die Sowjetunion aus, sie solle das gegen sechs britische Untertanen eingeleitete Verfahren einstellen. Für den Fall, dass dieses Ansinnen abgelehnt würde, drohte Ovey mit dem Abbruch der englisch-sowjetischen Beziehungen. M. M. Litwinow musste in Moskau ebenso wie ich in London dieses Ansinnen als unzulässige Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten entschieden zurückweisen. Den Engländern wurde mit aller Bestimmtheit erklärt, die englischen Ingenieure würden vor ein sowjetisches Gericht kommen, ganz gleich, wie die britische Regierung darauf reagiere.

Nun griffen die Londoner Politiker zu schärferen Massnahmen. Durch Oveys falsche Informationen über die Lage in der UdSSR sowie durch seine allzu subjektiven, frisierten Berichte über die Gespräche mit Litwinow in Sachen Metropolitan-

Vickers in Sicherheit gewiegt, bildeten sie sich ein, sie könnten als Mindestmass die unverzügliche Freilassung der englischen Ingenieure erwirken und als Höchstmass der Sowjetregierung schleunigst zum Untergang verhelfen.

Die Londoner Politiker begannen damit, dass sie am 20. März demonstrativ die Handelsbesprechungen abbrachen. Da wir bei diesem Schritt völlige Kaltblütigkeit bewahrten, versuchten sie es mit weiteren Einschüchterungsmanövern, auf die ich im einzelnen hier nicht einzugehen brauche. Es sei nur erwähnt, dass der Prozess in Moskau trotz aller Anstrengungen der britischen Regierung stattfand, wobei ein englischer Ingenieur freigesprochen, drei aus der UdSSR ausgewiesen und zwei zu drei bzw. zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Nachdem aber die Londoner Politiker einmal den Weg der Erpressung eingeschlagen hatten, konnten sie nicht mehr bremsen, sie kamen immer mehr ins Rutschen und brachen einen drei Monate währenden Handelskrieg zwischen England und der UdSSR vom Zaune. Die britische Regierung verbot die Einfuhr sowjetischer Erzeugnisse nach England, woraufhin die Sowjetregierung die Einfuhr englischer Waren in die UdSSR untersagte. Dieser Handelskrieg nahm erst am 1. Juli 1933 ein Ende. Die beiderseitigen Importverbote wurden aufgehoben, die zwei zu Gefängnisstrafen verurteilten englischen Ingenieure begnadigt und aus der UdSSR ausgewiesen. Am 3. Juli wurden auch die Handelsbesprechungen wiederaufgenommen.

Ja, bei diesen Verhandlungen gab es eine Menge Schwierigkeiten, die aus der Diskriminierungspolitik der britischen Regierung gegenüber der UdSSR herrührten (diese Schwierigkeiten verschwanden auch nach Beendigung des Handelskrieges nicht), dessenungeachtet brachte die Sowjetregierung dank ihrer ebenso festen wie geschmeidigen Taktik die Verhandlungen zu einem günstigen Abschluss. Am 16. Februar 1934 wurde das neue Handelsabkommen unterzeichnet. Obwohl es als «provisorisches» galt, ist es nach mehr als einem Vierteljahrhundert noch immer in Kraft. Dieses «provisorische» Abkommen regelt bis auf den heutigen Tag den englisch-sowjetischen Handel.



Welchen Eindruck machte auf mich die von der britischen Regierung während des Kampfes um das Handelsabkommen angewandte Taktik der gestaffelten Diskriminierung? Welche Schlussfolgerung musste ich wohl oder übel aus den Erfahrungen meines ersten grossen «diplomatischen Unternehmens» in London ziehen?

Sie standen durchaus nicht in Widerspruch zu den ersten Eindrücken bei meiner Ankunft in England, bestätigten sie vielmehr. Jetzt erkannte ich noch deutlicher, dass sich die regierende Oberschicht des Landes feindselig zur UdSSR verhielt und ihr nur dann Zugeständnisse machte, wenn sie sich durch höhere Gewalt dazu gezwungen sah. Infolgedessen wurde mein Misstrauen gegenüber dem regierenden England keineswegs schwächer, sondern noch stärker. Besonders eindringlich verspürte ich dies gegenüber einer bestimmten Gruppe britischer Politiker, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, deren markanter Exponent Simon war.

Offiziell wurden die Verhandlungen britischerseits von Aussenminister Simon und Handelsminister Runciman geleitet. Praktisch nahm jedoch Runciman an den Verhandlungen überhaupt nicht teil. Im Verlauf dieser ganzen 15 Monate erschien er nur zweimal, und zwar zur ersten Sitzung, bei Eröffnung der Verhandlungen, und zur letzten, als das Handelsabkommen unterzeichnet wurde. Im Übrigen glänzte Runciman durch Abwesenheit, und seine Beamten aus dem Handelsministerium, die faktisch die Verhandlungen pflogen, hatten in ihrer Mehrzahl eine vernünftige Einstellung. Sie erstrebten aufrichtig den Ausbau des englisch-sowjetischen Handels, und soweit es die allgemeinen Richtlinien der britischen Regierung gestatteten, bemühten sie sich, den Abschluss eines Handelsabkommens nicht zu erschweren, sondern vielmehr zu erleichtern.

Anders verhielt es sich mit Simon und seinem Stab. Trotz seiner liberalen Vergangenheit gehörte Simon in den dreissiger Jahren zu den unversöhnlichsten Feinden des Sowjetlandes. Während der Verhandlungen war er fortwährend bestrebt, den Weg

zur Übereinkunft nicht abzukürzen, sondern zu verlängern. Ständig suchte er nach Vorwänden, um die Verhandlungen durch Nebensächlichkeiten, einschliesslich so lächerlicher Fragen wie der Warenpreise in den Torgsin-Läden, zu erschweren. Simons Sympathie gehörte den reaktionärsten Vertretern der kapitalistischen Welt vom Schlage der Inhaber von Lena Goldfields, und für sie war er bereit, sogar die Interessen des britischen Handels zu opfern. Überdies war Simon nicht wählerisch, wenn es sich um die Mittel zur Erreichung seiner Ziele handelte, und im Kampfe machte er von Lügen und Verleumdungen ausgiebig Gebrauch. Simons Geist herrschte in jenen Jahren (abgesehen von einigen angenehmen Ausnahmen) auch im Apparat des englischen Aussenministeriums.

Ich erinnere mich an folgenden Vorfall. Die Handelsbesprechungen standen vor dem Abschluss. Alles war geregelt, bis auf die Torgsin-Frage, die Simon als Vorwand benutzte, um die Unterzeichnung des Handelsabkommens hinauszuzögern. Da lud ich den bekannten liberalen Journalisten A. Cummings ein, mit dem ich damals in guten Beziehungen stand, und erzählte ihm offen, weshalb die Angelegenheit immer noch nicht abgeschlossen war. Am nächsten Tag, dem 2. Februar 1934, erschien auf der ersten Seite des «News Chronicle» unter der Schlagzeile «Die Kartoffeln des britischen Botschafters» ein bissiger Artikel von Cummings, in dem die wahren Ursachen der Verzögerung bei der Unterzeichnung des Handelsabkommens aufgedeckt wurden. Dieser Artikel rief in den politischen Kreisen Londons Bestürzung hervor. Der Labourabgeordnete Grenfell interpellierte im Parlament über die Zusammenhänge zwischen der Unterzeichnung des Handelsabkommens und der Verpflegung des englischen Botschafters in Moskau. Die offizielle Antwort gab Simon selbst. Was sagte er? Simon sagte buchstäblich Folgendes:

«An den Behauptungen, die englisch-sowjetischen Handelsbesprechungen verzögerten sich wegen dieser Frage, ist kein Wort wahr.»

Soweit ging Simons Verlogenheit!

Ist es da verwunderlich, wenn dieser Vorfall das Misstrauen der sowjetischen Seite gegenüber dem regierenden England noch verstärkte?

## Tauwetter von kurzer Dauer und seine Ursachen

Etwa ab Mitte 1934 setzte in den englisch-sowjetischen Beziehungen zeitweiliges oder, richtiger gesagt, Tauwetter von kurzer Dauer ein. Dafür gab es zwei Hauptursachen.

Die erste bestand darin, dass im Januar 1933 in Deutschland Hitler ans Ruder kam. Anfangs nahm das regierende England den «Führer» nicht allzu ernst. Ich erinnere mich, dass britische Politiker verschiedener Richtung – Konservative, Liberale und Angehörige der Labourpartei – während des ganzen Jahres 1933 noch darüber stritten, ob es Hitler gelingen werde, an der Macht zu bleiben. Selbst ein so erfahrener Staatsmann wie Vansittart, der damals die Schlüsselstellung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt innehatte, sagte im Sommer 1933 zu mir:

«Hitler hat sehr viele Schwierigkeiten und Feinde im Ausland und im eigenen Lande... Franzosen, Belgier, Tschechen und Polen bringen ihm äusserstes Misstrauen entgegen... Innerhalb der Naziapartei gärt es... Gewisse Leute erheben Anspruch darauf, in ihren Reihen die Ersten zu sein, und es dürfte Hitler nicht leichtfallen, mit ihnen fertig zu werden... Es ist nicht ausgeschlossen, dass die inneren Reibereien zum Zusammenbruch der Naziapartei führen... Man muss die Dinge an sich herankommen lassen!»

Was aber die Leiter der Labourpartei betraf, so waren sie in ihrer Mehrzahl von der Kurzlebigkeit der Naziherrschaft in Deutschland überzeugt.

Seit 1934, besonders seit der Mitte dieses Jahres, nachdem Hitler die Röhm-Gruppe vernichtet und überhaupt die Opposition innerhalb seiner Partei zerschlagen hatte, änderte sich jedoch allmählich die Stimmung in den regierenden Kreisen Englands. Nach und nach begriffen sie, dass sich der Hitlerfaschismus festigte und zumindest während einer ganzen Reihe von Jahren ein nicht von der Hand zu weisender Faktor sein würde. Das löste in den herrschenden Kreisen Unruhe und Besorgnis aus. Sofort erstanden in ihrem Gedächtnis die Ereignisse und Umstände des ersten Weltkriegs, als Grossbritannien verzweifelte An-

strengungen machen musste, um seine Positionen in der ganzen Welt vor den bedrohlichen Anschlägen des deutschen Imperialismus zu schützen. Die Bestrebungen, Losungen und Forderungen Hitlers kündigten deutlich die Erneuerung der alten Pläne einer deutschen Vormachtstellung an, die bei der Entfesselung des ersten Weltkriegs eine so schwerwiegende Rolle gespielt hatten, und zwar möglicherweise in einer noch gefährlicheren Form als damals. Vor den regierenden Kreisen Englands erhob sich mit immer grösserem Nachdruck die Frage: «Was tun?»

Ursprünglich wussten sie darauf nur eine Antwort. Man muss die Entente aus der Zeit des ersten Weltkrieges, d.h. das Militärbündnis Englands, Frankreichs und Russlands gegen Deutschland, wiederherstellen. Zwar bestand jetzt statt des zaristischen Russlands die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das war unangenehm, sogar sehr unangenehm, aber letzten Endes gaben in der Weltpolitik nicht Gemütsregungen, sondern praktische Interessen den Ausschlag. Wenn sie es erforderten, musste man auch eine bittere Pille schlucken. So kam es, dass in jener Zeit nicht nur Kreise der Labourpartei und der Liberalen, sondern auch viele Konservative ernsthaft eine Verbesserung der Beziehungen zum Sowjetlande erwogen.

Die zweite Ursache des Tauwetters bestand darin, dass sich die regierenden Kreise Englands nach dem Konflikt mit der Metropolitan-Vickers endgültig von der Stärke und Festigkeit der UdSSR überzeugt hatten und zu dem Schluss gekommen waren, dass der «sowjetische Faktor» von nun an zu einem ständigen Element der Weltlage geworden war. Unabhängig von Sympathie und Antipathie musste er bei allen politischen Kalkulationen und Plänen in Betracht gezogen werden. Da sich nun die britischen Politiker seit jeher durch die Fähigkeit auszeichneten, den Tatsachen, selbst den unangenehmen, Rechnung zu tragen, machten sie sich nach der Unterzeichnung des Handelsabkommens von 1934 Gedanken, wie die für sie so überraschend zutage getretene Macht der UdSSR im eigenen Interesse am besten aus-

genutzt werden könnte. Und diese Gedanken wandten sich, wie ich soeben erwähnte, immer mehr den Traditionen der Entente aus der Zeit des ersten Weltkrieges zu.

Da trat ein Ereignis ein, das diesen Umschwung in der Stimmung der regierenden Kreise Englands weitgehend begünstigte. Im Februar-April 1934 spielte sich die denkwürdige «Tscheljuskin»-Epopöe ab. Rund hundert sowjetische Männer, Frauen und Kinder mit O. J. Schmidt an der Spitze fanden im Polargebiet nach dem Untergang der «Tscheljuskin» Zuflucht auf einer Eisscholle, weit vom Festland entfernt. Die westliche Welt, ihre Presse, ihre Wissenschaftler und Polarforscher glaubten die Tscheljuskiner Besatzung verloren und hielten ihr schon die Grabrede. Aber in der Sowjetunion dachte und fühlte man anders. Die Tscheljuskin-Leute selbst verfielen nicht in Panik, sie verloren den Mut nicht, sondern bildeten auf der Eisscholle ein erstaunlich festgefügtes Kollektiv, das die Fahne des Sowjetlandes hochhielt, die wissenschaftlichen Arbeiten fortsetzte, sich um den Gesundheitszustand seiner Mitglieder kümmerte und ihnen Zuversicht einflösste. Der Leiter des Eislagers, O. J. Schmidt, hielt seinen Kameraden sogar Vorlesungen über historischen Materialismus. Indessen boten die Sowjetregierung und das Sowjetvolk alles auf, um ihre gefährdeten Landsleute zu retten. Menschen, Geld, Technik, Radio und Flugzeuge wurden für dieses hohe Ziel eingesetzt, und im Endergebnis konnten alle «Tscheljuskin»-Leute gerettet werden. Sogar die acht Hunde des Lagers wurden mit Flugzeugen an Land gebracht.

Die dramatischen Ereignisse in den Polargebieten fanden stets in breitesten Kreisen lebhaften Widerhall. Die Geschichte der «Tscheljuskin» erregte nicht nur deshalb so grosses Aufsehen, weil es hier um hundert Männer, Frauen und Kinder ging, sondern auch, weil dank der Radioverbindung alles aus dem Leben des Eislagers einschliesslich der geringfügigsten Einzelheiten bekannt wurde. Das tapfere Verhalten der «Tscheljuskin»-Leute wurde unabhängig von den politischen Ansichten und Meinungen überall, in allen Gesellschaftskreisen, bewundert.

Gleichzeitig staunte die bürgerliche Welt über den kolossalen Aufwand an Energie und Mitteln, den der Sowjetstaat aufbot, um die «Tscheljuskin»-Leute zu retten. Ich erinnere mich, wie Lloyd George damals zu mir sagte:

«Das ist überwältigend! Keine andere Regierung hätte solche Anstrengungen gemacht, um Arktisforscher zu retten... Das ist sehr hochherzig und... und sehr klug!»

In den Augen des Führers der Liberalen zuckten plötzlich verschmitzte Fünkchen, und er schloss unerwartet:

«Ich gratuliere Ihnen! Sie haben einen grossen diplomatischen Sieg errungen.»

Lloyd George hatte recht. Die «Tscheljuskin»-Epopöe bestätigte aufs Neue die Kraft und Lebensfähigkeit des Sowjetstaates und zeigte darüber hinaus der ganzen Welt anschaulich, dass er hochsinnig, human und in jeder Hinsicht vernünftig war. Mit einem Schlag war die UdSSR, insbesondere unter den Werktätigen aller Welt, so populär geworden, wie es jahrelange beharrliche Propaganda niemals fertiggebracht hätte. Äusserlich kam das darin zum Ausdruck, dass die bürgerlichen Zeitungen monatelang O. J. Schmidts Bild brachten.

Die «Tscheljuskin»-Epopöe trug auch wesentlich zu jenem Tauwetter in den englisch-sowjetischen Beziehungen bei, das Mitte 1934 eintrat. Das war ein psychologischer Faktor, der vielen Widersachern der UdSSR den politischen Stellungswechsel erleichterte.

Im Endeffekt gewannen in den regierenden Kreisen Englands dank allen erwähnten Umständen vorübergehend jene Elemente die Oberhand, die für eine Erneuerung der Entente eintraten.

Hier sei bemerkt, dass die britische herrschende Klasse in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hinsichtlich ihrer Einstellung zur UdSSR hauptsächlich zwei Gruppen aufwies.

In der einen überwog das Prinzip des Staatsinteresses. Diese Gruppe sah, dass zwischen England und der UdSSR als Staaten keine ernststen Gegensätze bestanden, dass sie wirtschaftlich einander sogar sehr nützlich sein konnten. Sie trat für eine Annähe-

rung mit der UdSSR ein. Ihre bekanntesten Vertreter waren Männer wie Lloyd George, Beaverbrook, Eden und Vansittart. Nach Hitlers Machtantritt schloss sich auch Churchill dieser Gruppe an.

In der anderen Gruppe dagegen überwog der blinde Klassenhass gegen die UdSSR, das Land des Sozialismus. Diese Leute hielten es für notwendig, die Sowjetunion unter allen Umständen anzugreifen, selbst wenn das die nationalen Interessen Englands als Staates beeinträchtigte. Ihre namhaftesten Vertreter waren Curzon, die Brüder Austen und Neville Chamberlain, Birkenhead, Joynson-Hicks, Simon, Halifax u.a. Bis 1934 gehörte ihr auch Churchill an.

Wie war nun das Kräfteverhältnis der beiden genannten Gruppen?

Es stellte natürlich keine konstante Grösse dar und änderte sich infolge verschiedener Ereignisse und Umstände mit jedem Jahr. Aber wie dem auch sei, die «Gruppe des Klassenhasses» (die ich im Weiteren als Chamberlain-Leute bezeichnen werde) war im Grossen und Ganzen bedeutend mächtiger als die «Gruppe des Staatsinteresses» (von der ich weiterhin als von den «Churchill-Anhängern» sprechen werde). In der Mitte und in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre war die Kräfteverteilung in der herrschenden Klasse Grossbritanniens (d.h. der Konservativen und der Liberalen) ungefähr Folgende: drei Viertel der Konservativen Partei folgten Chamberlain, und nur etwa ein Viertel teilte die Positionen Churchills; die Liberalen zerfielen in zwei annähernd gleiche Teile, die den beiden Gruppen angehörten, befanden sich aber damals bereits merklich im Abstieg und hatten den grössten Teil ihres einstigen politischen Einflusses eingebüsst. Es ist daher klar, dass in der betreffenden Zeitspanne die Chamberlain-Leute in der herrschenden Klasse massgebend waren, besonders wenn man berücksichtigt, dass sie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen allzu lange am Ruder waren und es verstanden, den grössten Teil der Staatsposten mit ihren Anhängern zu besetzen.



Natürlich mussten die Chamberlain-Leute auf die Labourpartei Rücksicht nehmen, die Mitte der dreissiger Jahre die Liberalen bereits überflügelt hatte und zur zweitgrössten Partei Englands geworden war.\* Zweimal, und zwar 1924 und 1929-1931, bildete die Labourpartei sogar Regierungen, die allerdings Minderheitsregierungen waren. Die Labourpartei stand offiziell in Opposition zu den Chamberlain-Leuten und war für eine Zusammenarbeit mit der UdSSR. 1924 nahm die erste MacDonald-Regierung die diplomatischen Beziehungen zu unserem Lande auf, und 1929 erneuerte die zweite MacDonald-Regierung diese Beziehungen, nachdem sie zwei Jahre zuvor von den Konservativen abgebrochen worden waren. Die zweite MacDonald-Regierung schloss auch mit der Sowjetunion das beiderseitig vorteilhafte Handelsabkommen von 1930. Die englische Arbeiter-

\* Eine gewisse Vorstellung vom damaligen Kräfteverhältnis der verschiedenen Parteien vermittelt das Ergebnis der Parlamentswahlen vom November 1935. Es sah folgendermassen aus:

Partei	Wählerstimmen in Tausend	Zahl der Mandate
Konservative	10'489	387
National-Liberale (Gruppe Simon)	867	33
Nationale Labourpartei (Gruppe McDonald)	340	8
Sonstige	97	3
<hr/>		
Regierungskoalition insgesamt:	11793	431
Labourpartei	8'465	158
Liberale (Opposition)	1'382	21
Kommunisten	27	1
Sonstige	275	4
<hr/>		
Opposition insgesamt:	10209	184

Diese Zahlen zeigen mit aller Deutlichkeit, dass die Konservativen und die Labourpartei Mitte der dreissiger Jahre die zwei Hauptparteien des Landes waren, dass die Liberalen nicht einmal an zweiter, sondern an dritter Stelle kamen und dass McDonalds Nationale Labourpartei fast keine Rolle spielte. Das bedeutete, dass drei Viertel der Konservativen mit der Hälfte der Liberalen bei einer gewissen Passivität der Labourführung die Möglichkeit hatten, die englisch-sowjetische Annäherung wirksam zu sabotieren.

schaft war zweifelsohne für die freundschaftlichsten Beziehungen zum Sowjetstaat (besonders deutlich bewies sie dies 1920, als sie während des sowjetisch-polnischen Krieges den Versuch einer militärischen Intervention Englands gegen die RSFSR vereitelte), die Tätigkeit der Labourpartei brachte diese Stimmung der Massen jedoch keineswegs voll zum Ausdruck. Vor allem um ihre Führung war es schlecht bestellt; bis 1931 machten Ramsay MacDonald, Philip Snowden, James Thomas und einige andere kaum ein Hehl aus ihrer Absicht, die Partei gegen die UdSSR zu orientieren. Als sie 1931 aus der Partei ausgeschlossen worden und nach Bildung der kurzlebigen Nationalen Labourpartei ins Lager der Konservativen abgeschwenkt waren, gab es unter den in der Partei verbliebenen Orthodoxen stets eine gewisse Strömung, die im Innersten mit den ausgeschlossenen Parteiführern sympathisierte, es jedoch vermied, offen davon zu sprechen.

Infolgedessen war der Widerstand der Labour-Opposition gegen die Chamberlain-Leute wesentlich schwächer, als er hätte sein können, so dass diese ein hinlänglich weites Betätigungsfeld zur Sabotage der englisch-sowjetischen Annäherung hatten.

Wie dem auch sei, das Vorhandensein der beiden genannten Gruppen in der herrschenden Klasse und der ständige Kampf zwischen ihnen zog sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte der englisch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, wobei bald die eine, bald die andere Gruppe (natürlich unter Berücksichtigung des jeweiligen Gewichts der Labour-Opposition) den praktischen Schritten der britischen Regierung gegenüber der UdSSR ihr Gepräge gab. Seit Mitte 1934 gewannen infolge der obengenannten Ursachen die Churchill-Anhänger vorübergehend die Oberhand, und dies kam in einer ganzen Reihe konkreter Tatsachen zum Ausdruck.

## Schritte zur Annäherung

Zeitlich gesehen waren die ersten derartigen Tatsachen einige ausführliche Gespräche, die ich als sowjetischer Botschafter im Juli-August 1934 mit Vansittart hatte. Sie fanden auf seine Initiative hin statt, wobei die Form, in die er diese Initiative kleidete, sehr bemerkenswert war.

Am 21. Juni 1934 frühstückten meine Frau und ich bei den Vansittarts. Es waren an die zehn Personen anwesend, unter ihnen auch Sir John Simon. Das Frühstück war jedoch nicht ihm zu Ehren anberaumt, sondern galt mir und meiner Frau. Dies ging daraus hervor, dass ich entsprechend der englischen Etikette rechts von der Hausfrau und meine Frau rechts vom Hausherrn sass, wir also die Ehrenplätze innehatten. Simon sass links von der Hausfrau und war somit Gast Nr. 2. Als die Unterhaltung am Frühstückstisch im besten Gange war, beugte sich Lady Vansittart zu mir und fragte:

«Nun, wie gefällt es Ihnen in London?»

Aus dem Ton und dem Gesichtsausdruck von Lady Vansittart erriet ich, dass ihre Frage keine der üblichen Höflichkeitsfloskeln war, gab jedoch vorsichtig zur Antwort:

«London ist eine schöne Stadt, aber ich stosse hier auf grosse Schwierigkeiten.»

Lady Vansittart beugte sich noch näher zu mir und fragte fast flüsternd:

«Macht Ihnen mein linker Nachbar diese Schwierigkeiten?»

Sie meinte Simon. Ich nickte.

«Aber warum sollten Sie nicht offen über alles mit Van sprechen?» Lady Vansittart nannte ihren Gemahl familiär Van.

Ich wusste, dass sich Simon und Vansittart politisch nicht einig waren, denn sie vertraten zwei verschiedene diplomatische Richtungen, hatte aber trotzdem nicht erwartet, dass Lady Vansittart mir gegenüber so offen auf die Differenzen anspielen würde, die zwischen dem Aussenminister und seinem Ständigen Stellvertreter bestanden.

«Angesichts der Atmosphäre, wie sie um die sowjetische Botschaft in London geschaffen wurde», erwiderte ich, «hielt ich es nicht für angebracht, in dieser Hinsicht Initiative an den Tag zu legen.»

«Ach so?» rief Lady Vansittart. «Wenn es sich nur darum handelt, wer das Gespräch anfängt, so ist diese Schwierigkeit leicht zu überwinden... Lassen Sie mich das nur machen.»

Es war mir klar, dass durch den Mund Lady Vansittarts der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt zu mir sprach. Immerhin konnte ich mich von einer gewissen Skepsis nicht frei machen, denn Frauen sind bekanntlich Stimmungen unterworfen, und ich fürchtete, diese zierliche, graziöse Frau könnte im Gespräch mit mir die «Weisungen» ihres Gatten überschritten haben.

Aber weit gefehlt! Lady Vansittarts Vermittlung hatte ein praktisches Ergebnis: Nach ein paar Tagen rief Vansittart mich an und bat mich, ins Ministerium zu kommen, weil er mit mir über die englisch-sowjetischen Beziehungen sprechen wollte. Am 3. Juli hatte ich meine erste grosse Unterredung mit ihm, am 12. und 18. Juli folgten zwei weitere. Sie alle waren in der Tat sehr freimütig und zeugten von konstruktivem Geist. Wir prüften sämtliche Fragen, die damals zwischen der UdSSR und England standen, und kamen zu dem Schluss, dass es zwar zwischen beiden Regierungen in einigen Fällen Meinungsverschiedenheiten gab, dies jedoch eine wesentliche Verbesserung ihrer Beziehungen nicht zu hindern brauchte.

Besonders eingehend wurde in unseren Gesprächen die Frage des sogenannten Ost-Locarno behandelt. Bekanntlich propagierte der französische Aussenminister Barthou damals im Interesse der europäischen Sicherheit energisch den Entwurf eines Beistandspaktes zwischen der UdSSR, Polen, Lettland, Estland, Litauen, Finnland und der Tschechoslowakei. Frankreich sollte dieses Ost-Locarno und die UdSSR ein West-Locarno garantieren. Die UdSSR sympathisierte mit dem Barthou-Plan, Englands Stellung war unklar. Im ersten Gespräch mit Vansittart bemühte ich mich, ihn von der Notwendigkeit einer britischen Un-

terstützung für Barthous Plan zu überzeugen. Am 8. Juli kam Barthou selbst nach London, wo er mit der englischen Regierung über das gleiche Thema verhandelte. Während unseres zweiten Gesprächs am 12. Juli teilte Vansittart mir mit, England wäre für ein Ost-Locarno, wenn es Deutschland mit einschliesse. Die Sowjetunion und Frankreich akzeptierten diese Bedingung. Daraufhin sprach sich die Londoner Regierung für ein Ost-Locarno aus. Deutschland und danach auch Polen lehnten es jedoch ab, dem geplanten Bündnis beizutreten. Damit wurde dem ganzen Projekt der Todesstoss versetzt. Aber in meinen Gesprächen mit Vansittart spielte die Idee eines Ost-Locarno eine sehr positive Rolle, und die Zustimmung der Sowjetregierung, Deutschland in dieses Bündnis aufzunehmen, überzeugte Vansittart, dass die friedlichen Bestrebungen der UdSSR aufrichtig waren.

M. M. Litwinow, der damalige sowjetische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, war mit meinen Gesprächen mit Vansittart sehr zufrieden und betrachtete sie als ersten Schritt zur Entspannung der englisch-sowjetischen Beziehungen. Wie die weiteren Ereignisse zeigten, hat dieser freimütige Meinungsaustausch in London in der Tat die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die britische Regierung den Eintritt der UdSSR in den Völkerbund befürwortete, wovon später noch die Rede sein wird.

Jetzt einige Worte über Vansittart. Dieser kluge und gebildete Mann, ein erfahrener Diplomat und Politiker, aber auch begabter Dichter und Schriftsteller, war natürlich Fleisch vom Fleisch und Blut vom Blut der herrschenden Klasse Englands. Das Britische Empire war sein ein und alles. Und der Schutz der Integrität und Unantastbarkeit dieses Reiches, die Verteidigung der weltweiten Positionen des britischen Imperialismus bildeten Vansittarts Kredo. Das war für ihn entscheidend, während er manövrierte, bald Rechts-, bald Linkswendungen vollführte, namentlich seine Einstellung zur UdSSR wechselte.

Bekanntlich schloss sich Vansittart nach dem zweiten Weltkrieg ebenso wie viele andere Staatsmänner Englands den Geg-

nern des Sowjetlandes an. Dies erklärte sich daraus, dass der Krieg einen anderen Ausgang genommen hatte, als es den führenden Männern der herrschenden Klasse Grossbritanniens erwünscht war. Sie hatten erwartet, die UdSSR würde sehr geschwächt aus dem Kriege hervorgehen und lange Zeit nicht imstande sein, eine auch nur einigermaßen aktive Aussenpolitik zu betreiben, sie würde die Londoner Politiker zumindest für die Lebensdauer einer ganzen Generation, wenn nicht noch länger, ruhig schlafen lassen. Als es aber in Wirklichkeit ganz anders kam, als sich zeigte, dass die UdSSR nach dem Kriege wesentlich stärker war als vor dem Krieg und darüber hinaus rings um sie das mächtige sozialistische Lager entstand, da wandten sich nicht nur die Chamberlain-Leute, sondern auch die Anhänger Churchills, und er selber als erster, gegen die UdSSR. Es berührte mich höchst sonderbar, als ich einige der gegen die UdSSR gerichteten Nachkriegsreden Vansittarts las, so banal und schablonenhaft waren sie. Wo waren sein Verstand, seine Bildung, sein Scharfsinn und seine literarischen Fähigkeiten geblieben?... So musste es auch kommen, wenn man sich gegen die Kräfte des geschichtlichen Fortschritts, gegen die Zukunft der Menschheit stemmte!

Damals aber, Mitte der dreissiger Jahre, gleich nach der Festigung des Hitlerfaschismus in Deutschland, war Vansittart leidenschaftlicher Anhänger einer Erneuerung der Entente, und er benutzte seine Stellung im englischen Regierungsapparat, um in dieser Hinsicht tatsächlich viel zu leisten. Wenn diese Entente vor Ausbruch des zweiten Weltkriegs nicht zustande kam, lag das keinesfalls an ihm.

Der zeitlich gesehen zweite Faktor, der vom Anbruch eines Tauwetters in den englisch-sowjetischen Beziehungen zeugte, war die Geschichte des Eintritts der UdSSR in den Völkerbund. Bekanntlich wurde Sowjetrussland 1919 bei der Gründung des Völkerbundes nicht zum Beitritt aufgefordert. Damals und in den folgenden fünfzehn Jahren war der Völkerbund eine Brutstätte der Feindschaft und aller erdenklichen Mächenschaften

und Intrigen gegen den Sowjetstaat. 1934 hatte sich jedoch die Weltlage, verglichen mit 1919, erheblich geändert, was sich auch in den Geschicken des Völkerbundes bemerkbar machte. 1920 verwarf der amerikanische Senat die Ratifizierung des Versailler Vertrags, und die USA traten dem Völkerbund nicht bei. 1933 schieden Japan und Deutschland, die zur aktiven Aggression übergegangen waren, aus dem Völkerbund aus. «Herren» des Völkerbundes blieben England und Frankreich, die offenkundig nicht imstande waren, angesichts des immer spürbarer heraufziehenden internationalen Sturms das Schiff des Völkerbundes zu steuern. Das veranlasste die Führung des englisch-französischen Blocks, sich über die Einbeziehung der UdSSR in den Völkerbund Gedanken zu machen. Die Sowjetregierung kam Ende 1933 ihrerseits zu dem Schluss, dass es für die UdSSR unter den obwaltenden Umständen zweckmässig wäre, dem Völkerbund beizutreten: dies bot ihr eine damals überaus wichtige internationale Tribüne, um den Frieden zu verteidigen und gegen die Gefahr eines zweiten Weltkriegs anzukämpfen. Ausserdem ergab sich daraus die Möglichkeit (die allerdings von der Sowjetregierung niemals überschätzt wurde), der Entfesselung eines neuen Weltgemetzels gewisse Hindernisse in den Weg zu legen. Die Folge war, dass die UdSSR im September 1934 Mitglied des Völkerbundes mit einem ständigen Ratssitz wurde.

Das musste selbstverständlich vorbereitet werden. Dabei spielte der damalige französische Aussenminister Barthou eine grosse Rolle. In den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution gehörte er zu den erbittertsten Gegnern Sowjetrusslands, und er war es im Grunde genommen, der die Genua-Konferenz von 1922 sprengte. Aber als aufrichtiger (wenn auch konservativer) französischer Patriot sah Barthou später ein, dass Frankreichs Sicherheit nach dem Machtantritt des Hitlerfaschismus in Deutschland weitgehend von der Zusammenarbeit mit der UdSSR abhing. Er widmete sich dieser Aufgabe mit seinem ganzen Temperament und propagierte unter anderem die Einbeziehung des Sowjetlandes in den Völkerbund. Barthou stiess hierbei

auf zahlreiche Hindernisse, die er jedoch im Endeffekt zu überwinden vermochte. In England war damals Vansittart sein Mitstreiter. Beide erreichten, dass 30 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes im September 1934 der Sowjetregierung vorschlugen, dem Völkerbund beizutreten. Im Auftrage der Sowjetregierung leitete M. M. Litwinow überaus umsichtig alle Vorverhandlungen wie auch den Beitritt der UdSSR zum Völkerbund. Als dieser vollzogen war, sagte Vansittart im Gespräch mit mir:

«Na also, jetzt sind wir beide in ein und demselben Klub; ich hoffe, unsere Beziehungen werden von nun an so sein, wie sie zwischen Mitgliedern ein und desselben Klubs sein müssen.»

In gewissem Masse bestätigten sich diese Worte Vansittarts durch den Empfang, der mir als sowjetischem Botschafter beim nächsten Bankett des Londoner Lord-Mayors am 9. November 1934 bereitet wurde. Diesmal herrschte in der Bibliothek nicht jenes ostentative Schweigen, mit dem ich zwei Jahre zuvor empfangen worden war. Diesmal spendeten mir die Notabein des Staates Beifall. Sie klatschten massvoll, ohne Enthusiasmus und Begeisterung, jedenfalls aber laut genug, um den Schluss zuzulassen, dass in der Einstellung der regierenden Oberschicht zur UdSSR eine erhebliche Wende eingetreten war.

Der chronologisch gesehen dritte Umstand, der vom Tauwetter zeugte, war Edens Moskaureise im März 1935. Bei der Vorbereitung und Durchführung dieser diplomatischen Aktion spielte derselbe Vansittart eine sehr grosse Rolle.

Eden trat damals eben erst auf den Plan. Aus mittleren Gutsbesitzerkreisen stammend, kultiviert und gebildet, besass er eine gehörige Dosis gesunden Menschenverstand und sicheren politischen Instinkt. Nach Hitlers Machtantritt neigte er zu der Ansicht, das Britische Empire könne nur durch eine «Erneuerung der Entente» gerettet werden, und schloss sich deshalb jener Gruppe in der Konservativen Partei an, die für eine englisch-sowjetische Annäherung eintrat. Er begründete seinen Standpunkt auch mit ernsten geschichtlichen Überlegungen. Ich erinnere mich, wie Eden 1943, bereits während des Krieges, als ich mich



anschickte, London zu verlassen, um in Moskau den Posten des Stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten anzutreten, bei dem für mich veranstalteten Abschiedsfrühstück eine grosse Rede hielt, in der er unter anderem sagte: «Während der letzten anderthalb Jahrhunderte standen England und Russland stets im selben Lager, wenn Europa irgendeine ernste Krise durchmachte. So war es zurzeit Napoleons, so war es im ersten Weltkrieg, und so ist es auch jetzt, im zweiten Weltkrieg. Worauf ist dies zurückzuführen? Es ist darauf zurückzuführen, dass England und Russland zwei grosse mächtige Staaten an entgegengesetzten Enden Europas sind, die sich nicht damit abfinden können, dass in Europa die bedingungslose Hegemonie irgendeiner dritten Macht errichtet wird. Eine solche allzu starke dritte Macht wird zur Gefahr für England wie auch für Russland, infolgedessen verbünden sich beide, um diese Macht zu bekämpfen und letzten Endes zu stürzen. Das Unglück ist nur, dass England und Russland bisher nach derjeweiligen Krise in verschiedenen Richtungen auseinandergingen und sich sogar zu streiten begannen. Dies ermöglichte das Auftauchen eines neuen Anwärters auf die Herrschaft in ganz Europa oder gar in der Welt. Es ist die vornehmste Aufgabe der modernen Diplomatie, und zwar der englischen und der sowjetischen, einer Wiederholung dieser Situation nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges vorzubeugen.

Leider gab Eden in der Nachkriegszeit diese Position auf und schwenkte allmählich in die Reihen der Ritter des kalten Krieges ein, der von den Führern des amerikanischen Imperialismus proklamiert und von den Führern des britischen Imperialismus befürwortet wurde.

Damals aber, in den dreissiger Jahren, vertrat Eden energisch die Politik einer Annäherung mit der UdSSR und machte im Grunde genommen dadurch Karriere. Als ich Ende 1932 nach London kam, war er Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes im Unterhaus, und da Simon ebenfalls Unterhausmitglied war und dort zu allen wichtigeren aussenpolitischen Fragen sprach,

spielte Eden die zweite Geige. Später aber stieg Eden sehr schnell empor. Das erklärte sich teils aus seinen Verbindungen in der konservativen Führung, in noch grösserem Masse jedoch aus dem Kampf zwischen den bereits erwähnten Gruppen in den britischen regierenden Kreisen. Die Anhänger einer Erneuerung der Entente betrachteten Eden als ihren Mann und förderten ihn. 1934 wurde Eden zum Lordsiegelbewahrer (einem rein dekorativen Posten), d.h. praktisch zum Minister ohne Portefeuille im Kabinett Baldwin, berufen. Er wurde speziell mit den Völkerbundsangelegenheiten betraut. So kam es, dass England eine Zeitlang zwei Aussenminister hatte, und zwar Simon als den «Älteren» und Eden als den «Jüngeren». Sie vertraten zwei verschiedene und in einigen Fragen sogar entgegengesetzte Linien der britischen Aussenpolitik. Die Beziehungen zwischen beiden waren gespannt. Vansittart, der ebenfalls mit Simon nicht auskommen konnte, unterstützte Eden. Infolgedessen tobte im britischen Auswärtigen Amt dauernd ein innerer Kampf, der nur die aussenpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der regierenden Kreise Englands widerspiegelte.

Anfang 1935 sollten Simon und Eden nach Berlin fahren um mit Hitler zu verhandeln. Alles war vereinbart, und die britischen Minister trafen schon ihre Reisevorbereitungen, als Hitler im Februar plötzlich die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages offen annullierte und erklärte, Deutschland werde von nun an ungehindert durch irgendwelche Beschränkungen aufrüsten. Dieses neue Husarenstück des Naziführers löste in England und Frankreich grösste Erregung aus. Der Besuch der britischen Minister in Berlin wurde aufgeschoben. In den regierenden Kreisen Englands begann ein heftiger Kampf zwischen den Anhängern einer Entente und den Befürwortern einer «Befriedung» der Aggressoren. Die Anhänger einer Entente suchten zu beweisen, dass eine Berlinreise der britischen Minister unter den gegebenen Umständen die grösste Demütigung für England sein und Hitler nur noch grösseren Appetit machen würde. Die Befürworter einer «Befriedung» entgegneten,

dass es angesichts der immer realeren Gefahr einer Aggression um so notwendiger sei, alle, selbst die geringfügigsten Mittel und Massnahmen einzusetzen, um den Frieden zu erhalten. Schliesslich einigte man sich auf eine Kompromisslösung: Simon und Eden sollten nach Berlin fahren und Eden von dort aus seinen Weg nach Moskau fortsetzen, um mit der Sowjetregierung zu verhandeln.

So kam Edens Reise in die UdSSR zustande.

Heutzutage ist Moskau zum Anziehungspunkt für die Staatsoberhäupter und Minister der verschiedensten Nationen und Erdteile geworden. Wir sind daran gewöhnt und betrachten es als eine Selbstverständlichkeit. Damals aber war die Lage ganz anders. In den achtzehn Jahren seit der Oktoberrevolution war Moskau für die Führer der kapitalistischen Welt tabu. Moskau wurde, wenn auch nicht formell, so doch faktisch politisch boykottiert. Für einen Minister der westlichen Grossmächte kam es nicht in Frage, Moskauer Boden zu betreten. Und da erschien plötzlich im März 1935 Eden, ein Mitglied der Regierung des damals noch sehr mächtigen Grossbritanniens, in Moskau. Das war ein Ereignis von grosser politischer Bedeutung, es löste zahlreiche Kommentare in der Weltpresse aus.

Auf Beschluss der Sowjetregierung begleitete ich Eden auf seiner Reise von Berlin bis Moskau. Ich nahm an allen Gesprächen Edens mit führenden Persönlichkeiten der UdSSR, manchmal auch als Dolmetscher, teil. So war ich bei der Zusammenkunft J. W. Stalins mit Eden und begleitete Eden, als er sich die Sehenswürdigkeiten der Sowjethauptstadt ansah. Ich erinnere mich, dass sich Eden besonders für unsere Sammlungen französischer Gemälde (Gauguin, Cezanne, Renoir u.a.) interessierte, deren Besichtigung er bereits in London für sein Moskauer Programm vorgemerkt hatte. Eden fuhr auch auf der ersten Strecke der Moskauer U-Bahn.

Die drei Tage währenden Verhandlungen ergaben eine weitgehende Übereinstimmung der beiderseitigen Ansichten über internationale Fragen. M. M. Litwinow beauftragte mich, den

Entwurf des Kommuniqué aufzusetzen, das bei Abschluss der Visite veröffentlicht werden sollte. Ich tat dies. Eden seinerseits übertrug die Abfassung des Kommuniqué W. Strang, einem Beamten des britischen Aussenministeriums für die Völkerbundangelegenheiten, der mit ihm gekommen und früher britischer Botschaftsrat in Moskau gewesen war. Wir trafen uns im Hause der britischen Botschaft am Sofijskaja-Kai und wurden uns sehr schnell einig: Strang nahm an dem von uns vorgeschlagenen Wortlaut nur geringfügige redaktionelle Änderungen vor. Später wurde das auf diese Weise vorbereitete Kommuniqué von beiden Seiten endgültig bestätigt und am 1. April 1935 in der Presse veröffentlicht. Der wichtigste Teil des Kommuniqué lautete:

«Nach einem erschöpfenden und freimütigen Meinungsaustausch haben die Vertreter beider Regierungen festgestellt, dass gegenwärtig zwischen beiden Regierungen keinerlei Interessengegensätze in einer beliebigen wichtigen Frage der internationalen Politik bestehen und dass diese Tatsache ein sicheres Fundament für die Entwicklung ihrer fruchtbaren Zusammenarbeit im Sinne des Friedens abgibt. Sie sind überzeugt, dass beide Länder aus der Erkenntnis heraus, dass die Integrität und das Wohlergehen eines jeden von ihnen den Interessen des anderen entspricht, in ihren Beziehungen vom Geist der Zusammenarbeit und der loyalen Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen ausgehen werden, der sich aus ihrer gemeinsamen Mitgliedschaft im Völkerbund ergibt.»\*

Die sowjetische Seite war mit dem Besuch und dem Kommuniqué zufrieden. Eden ebenfalls. Im Gespräch mit mir erklärte er, er sei mit seiner Moskaureise zufrieden und halte das Kommuniqué für sehr gut.

Noch besser wurde das Eintreten des Tauwetters durch zwei andere Ereignisse bestätigt, die der Moskaureise Edens unmittelbar folgten. Am 2. Mai 1935 wurde in Paris der französisch-sowjetische Beistandspakt unterzeichnet, und danach besuchte der

---

\* «Prawda» vom 1. April 1935.

französische Aussenminister Pierre Laval die sowjetische Hauptstadt. Am 16. Mai 1935 wurde in Prag der sowjetisch-tschechoslowakische Beistandspakt unterzeichnet, und kurz darauf statete der tschechoslowakische Aussenminister E. Benes der Sowjetunion ebenfalls einen Besuch ab.

Es erübrigt sich wohl zu bemerken, dass ich für mein Teil mit dem Verlauf der Ereignisse ausserordentlich zufrieden war. Ich hielt es sogar für möglich, dass in den englisch-sowjetischen Beziehungen ein neues Kapitel begonnen habe, das Kapitel ihrer langwährenden und systematischen Verbesserung. Jedenfalls wünschte ich sehnlich, dies möge tatsächlich der Fall sein. Sorge machte mir jedoch, dass es Eden, ein Anhänger der Annäherung mit der UdSSR, war, der Verhandlungen in Moskau gepflogen und auch das Kommuniqué unterzeichnet hatte. Natürlich hätte er das ohne Zustimmung der britischen Regierung nicht tun können, aber trotzdem: Wie würden Simon, Neville Chamberlain u.a. auf diese vollendete Tatsache reagieren? Würden sie die noch schwachen, eben erst keimenden Triebe der englisch-sowjetischen Annäherung nicht mit eiskaltem Wasser begiessen? Würde sich unter diesen Umständen das Moskauer Kommuniqué nicht in ein wertloses Blatt Papier verwandeln?

Während ich Eden begleitete, der von Moskau nach Prag und Warschau fuhr, versuchte ich mir einzureden, dass meine Zweifel jeder Grundlage entbehrten. Aber irgendwo im Innersten nagte etwas an mir und liess mir keine Ruhe...

Leider waren meine Bedenken nur allzu berechtigt. Die darauffolgenden Ereignisse zeigten dies mit aller Klarheit.

## Churchill und Beaverbrook

Bevor ich jedoch auf die erwähnten Ereignisse eingehe, möchte ich bei einem grossen Erfolg verweilen, den uns das kurze Tauwetter in den englisch-sowjetischen Beziehungen brachte.

Ich erwähnte bereits, dass M. M. Litwinow, als er mich im Auftrag der Sowjetregierung nach London schickte, mir vor allem aufgetragen hatte, Verbindungen und Kontakte mit den konservativen Kreisen herzustellen. In diesem Sinne begann ich, gleich nach meinem Eintreffen in England zu wirken. Aber vor dem Tauwetter hatten meine Bemühungen recht mässigen Erfolg. Es gelang mir, Liberale zu «gewinnen», darunter so namhafte wie Lloyd George, Herbert Samuel und Archibald Sinclair; natürlich bildeten die Liberalen einen Teil der herrschenden Klasse, doch übten sie in den dreissiger Jahren, wie schon gesagt, keinen wesentlichen Einfluss auf die Regierung aus. Was aber die Konservativen betrifft, so konnte ich Bekanntschaften mit einigen zweit- und drittrangigen Personen anknüpfen, während sich die erstrangigen nach wie vor der Sowjetbotschaft femhielten.

Die einzige Ausnahme bildete das Haus Astor, was jedoch auf besondere Ursachen zurückzuführen war. Lady Nancy Astor hatte 1931 mit Bemard Shaw und Lord Lothian eine Reise nach Moskau unternommen, wo sie von führenden Persönlichkeiten des Sowjetlandes empfangen worden war, und spielte sich damals als «Freund» der UdSSR auf. Später werde ich erzählen, wie dieselbe Nancy Astor nach einigen Jahren zur erbittertsten Feindin der Sowjetunion wurde. In konservativen Kreisen genoss sie kein besonderes Ansehen, man hielt sie für eine reiche und unberechenbare Amerikanerin, der jede Extravaganz zuzutrauen war, für eine Art politisches «Enfant terrible». Deshalb öffnete die Tatsache, dass der sowjetische Botschafter bei Lady Astor verkehrte, ihm noch lange nicht die Tore der anderen konservativen Hochburgen.

Durch das Tauwetter hatte sich all das geändert. Führende Politiker des konservativen Lagers suchten unsere Bekanntschaft.

Selbstverständlich bemühte ich mich, diese Konjunktur maximal zu nutzen, und brachte es in der Tat fertig, mit vielen namhaftesten Vertretern der britischen Konservativen dauerhafte Kontakte herzustellen, die sogar später fortbestanden, als das kurze Tauwetter in den englisch-sowjetischen Beziehungen zunächst einer Abkühlung und dann sogar einem richtiggehenden Frost weichen musste. Die wichtigsten und interessantesten dieser neuen Bekannten waren zweifellos Winston Churchill und Lord Beaverbrook.

Ende Juli 1934, etwa einen Monat nach dem bereits geschilderten Frühstück mit Simon, luden die Vansittarts mich und meine Frau zum Mittagessen ein. Ausser uns war auch Churchill mit Gattin erschienen. Churchills Lage war damals recht eigenartig.

Churchill, Nachkomme des Herzogs von Marlborough, aus einem der ältesten Adelsgeschlechter Englands stammend, hatte eine glänzende politische Karriere gemacht und eine lange Reihe von Ministerposten bekleidet, einschliesslich eines in der britischen Regierungshierarchie so hohen Amtes wie das des Finanzministers (1924-1929). Da trat plötzlich eine Stockung ein. Als ich im Hause der Vansittarts die Bekanntschaft Churchills machte, hatte er schon seit fünf Jahren kein Ministeramt inne und war nur einfacher Parlamentsabgeordneter. Um ein wenig voranzugreifen, möchte ich feststellen, dass Churchill bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs auf dieser «niedereren Ebene» verharrete. Die herrschende Konservative Partei wollte ihn offenkundig den Regierungsgeschäften fernhalten. Womit war das zu erklären?

Meine Hypothese ist Folgende: Das Jahrzehnt 1929-1939 war eine Zeit verhältnismässig ruhiger Entwicklung des politischen Lebens in England, als sich Leute von mittlerem und sogar kleinem Format wie z.B. Neville Chamberlain, Samuel Hoare, Halifax, Simon und andere in der staatspolitischen Arena produzierten. Es besteht kein Grund, Churchills politische Eigenschaften zu übertreiben, wie dies in der westlichen Literatur oft ge-

schieht; Churchill irrte sich nicht selten in der Einschätzung von Menschen und Ereignissen (worauf ich noch zu sprechen kommen werde); während des Krieges bezog er eine Linie, die sogar vom Standpunkt der britischen Interessen, vom Standpunkt einer Politik auf weite Sicht falsch war, aber trotzdem war Churchill wesentlich klüger als alle eben aufgezählten Personen und besass zudem einen festen, herrischen Charakter. Deshalb hatten die damaligen Minister buchstäblich Angst vor ihm, sie fürchteten, er werde sie dank seiner Qualitäten und seiner Autorität in den konservativen Kreisen und im ganzen Lande unterdrücken, mit ihnen nach Belieben umspringen, sie zu seinen Schachfiguren machen. Da war es besser, wenn eine so durchtriebene politische Bulldogge abseits der Strasse blieb, auf der die Staatskarosse verhältnismässig reibungslos dahinrollte!... Es bedurfte der furchtbaren Krise des zweiten Weltkriegs, um Churchill wieder in die Regierung zu bringen, und zwar zunächst als Marineminister, dann als Premier. Hier griffen jedoch Faktoren ins Spiel ein, denen weder die «Chamberlains» noch die «Simons» gebieten konnten.

Übrigens war Churchill in jenen Jahren sogar ohne Ministerposten eine der hervorragendsten politischen Persönlichkeiten Englands und hatte zweifelsohne in breiten parlamentarischen Kreisen grossen Einfluss, der noch zunahm, als er Mitte der dreissiger Jahre Führer der internen Opposition in der Konservativen Partei wurde, jener Opposition, die den Schlüssel zur Sicherheit des Britischen Empire in der Wiederherstellung der Entente aus der Zeit des ersten Weltkriegs erblickte.

Ich weiss nicht, wer die Begegnung Churchills mit mir angeregt hatte (ob Churchill selber oder Vansittart), jedenfalls sassen wir an einem lauen Juliabend 1934 zu sechst an einem Tisch und unterhielten uns über verschiedene Tagesthemen. Als sich aber dann die Damen, wie es in England Brauch ist, nach dem Kaffee in den Salon begaben und nur die Herren im Esszimmer zurückblieben, wurde das Gespräch ernster. In diesem Gespräch setzte mir Churchill freimütig seine Position auseinander.



«Das Britische Empire», sagte er, «ist mein A und O. Was für das Empire gut ist, ist auch für mich gut; was dem Empire abträglich ist, ist auch mir abträglich... 1919 glaubte ich, Ihr Land stelle die grösste Gefahr für das Empire dar, und war deshalb damals ein Gegner Ihres Landes. Jetzt bin ich der Ansicht, dass Deutschland die grösste Gefahr für das Empire ist, darum bin ich jetzt ein Gegner Deutschlands... Dabei nehme ich aber an, dass Hitler nicht nur gegen uns, sondern auch im Osten, gegen Sie, zur Expansion rüstet. Warum sollten wir uns im Kampf gegen den gemeinsamen Feind nicht zusammentun?... Ich war und bleibe ein Gegner des Kommunismus, wenn es aber um die Integrität des Empire geht, bin ich bereit, mit den Sowjets zusammenzuarbeiten.

Ich merkte, dass Churchill aufrichtig sprach, und die Art, wie er seinen Stellungswechsel begründete, war logisch und vertrauenerweckend.

Ebenso freimütig antwortete ich ihm:

«Die Sowjetmenschen sind grundsätzliche Gegner des Kapitalismus, aber sie sehnen sich nach Frieden und sind im Kampf um den Frieden bereit, mit einem Staat beliebigen Systems zusammenzuarbeiten, wenn er wirklich den Krieg abzuwenden sucht.»

Dabei berief ich mich auf eine Anzahl konkreter Tatsachen und geschichtlicher Ereignisse.

---

Meine Worte stellten Churchill vollauf zufrieden, und an jenem Abend begann unsere Bekanntschaft, die bis zum Ende meiner Tätigkeit in England fortbestand. Unsere Beziehungen waren ungewöhnlich und in gewisser Hinsicht sogar paradox. Wir gehörten zwei entgegengesetzten Lagern an und waren uns dessen stets bewusst. Ich hatte auch nicht vergessen, dass Churchill einer der wichtigsten Führer der Intervention von 1918-1920 gewesen war. Ideologisch gesehen lag ein Abgrund zwischen uns. In der Aussenpolitik muss man jedoch zuweilen mit den Feinden von gestern gemeinsam gegen den Feind von heute vorgehen, wenn es die eigenen Interessen erfordern. Ge-

rade deshalb unterhielt ich in den dreissiger Jahren ständigen, von Moskau völlig gebilligten Kontakt mit Churchill, um den gemeinsamen Kampf unserer beiden Länder gegen die hitlerische Gefahr vorzubereiten. Natürlich war dauernd zu spüren, dass Churchill im stillen überlegte, wie der «sowjetische Faktor» am besten ausgenutzt werden könnte, um die weltweiten Positionen Grossbritanniens zu halten. Deshalb musste ich ständig auf der Hut sein. Nichtsdestoweniger war meine Bekanntschaft mit Churchill von grossem Wert. Sie spielte bei den späteren Ereignissen, besonders während des zweiten Weltkriegs, eine Rolle.

Ein wenig anders gestalteten sich die Beziehungen zwischen mir und Lord Beaverbrook. Im Sommer 1935, ungefähr ein Jahr nach meiner ersten Begegnung mit Churchill, suchte mich eines Tages der linke Labourführer Aneurin Bevan auf. Wir kannten uns gut, und er ging ohne viel Umstände zur Sache über.

«Ich komme in einer heiklen Angelegenheit zu Ihnen», begann Bevan. «Mein Freund, Lord Beaverbrook... Sie haben natürlich von ihm gehört?»

Ich nickte.

«Sehen Sie», fuhr Bevan fort, «Lord Beaverbrook möchte Ihre Bekanntschaft machen. Er beabsichtigt, Sie zum Frühstück einzuladen, hat mich aber gebeten, vorher zu klären, wie Sie sich zu einer solchen Einladung verhalten würden... Es wäre Beaverbrook unangenehm, eine Absage zu bekommen. Ausserdem ist er aus politischen Gründen wirklich an einer Zusammenkunft mit Ihnen interessiert. Nun, was meinen Sie dazu?»

Mir fiel sofort alles Wesentliche ein, was ich über Beaverbrook wusste: Kanadier; hat seine Karriere als bescheidener Advokat begonnen; ist dann Zeitungsmann geworden; kam während des ersten Weltkriegs nach England und wurde hier schnell Zeitungskönig; war eine Zeitlang Minister im Kabinett Lloyd George; jetzt war er einer der einflussreichsten Männer der britischen politischen Kreise und Besitzer eines ganzen Blätterwaldes, wozu auch der «Daily Express» mit seiner Auflage von zwei Millionen gehörte; war in den letzten Jahren antisowjetisch eingestellt

und hatte während der englisch-sowjetischen Krise wegen der Metropolitan-Vickers-Affare eine zügellose Hetze gegen die UdSSR, darunter auch gegen meine Person, entfaltet.

Nun lud mich derselbe Beaverbrock zum Frühstück ein!

«Und wie sind die Stimmungen und Absichten Beaverbrocks heute?» fragte ich Bevan.

«Oh, die allerbesten,» rief Bevan: «Beaverbrook ist der Ansicht, dass England unter den gegenwärtigen Umständen den gleichen Weg hat wie die UdSSR.»

«Schön», schloss ich. «Ich nehme Beaverbrocks Einladung an... Es lohnt nicht, an Vergangenes zu rühren, wenn wir heute gemeinsam gegen Hitlerdeutschland gehen können.»

Einige Tage später (wenn ich mich recht entsinne, war es der 4. Juni) sass ich in Beaverbrocks Hause am Frühstückstisch. Wir waren zu zweit, und ich hatte Musse, ihn aus nächster Nähe zu betrachten. Er war von kleinem Wuchs, unglaublich lebhaft und quecksilbrig, hatte ein rundes Gesicht mit ständig wechselndem Mienenspiel und scharfem stechendem Blick. Über seine Lippen kam ein wahres Feuerwerk an Aphorismen, Sentenzen, Urteilen und Charakteristiken von Menschen und Ereignissen. Dabei tat er sich in seiner Ausdrucksweise keinen Zwang an. Das Gespräch mit Beaverbrook war ausserordentlich interessant und aufschlussreich, und ich blieb mehr als zwei Stunden bei ihm. Einige Male traf ich Anstalten, mich zu verabschieden, aber er bat mich, noch zu bleiben.

Während des Gesprächs hielt es Beaverbrook genau wie Churchill für notwendig, mir die Ursachen seiner neuen Einstellung gegenüber der UdSSR klarzumachen.

«Ja, ja», sprudelte Beaverbrook hervor, «wir müssen vereint vorgehen... Offen gesagt, liebe ich Ihr Land nicht besonders, dafür um so mehr das Britische Empire. Und wenn es um das Empire geht, bin ich zu allem bereit! Heute aber stellt Deutschland nicht nur für Europa, sondern auch für das Empire das Hauptproblem dar. Wollen wir also Freunde sein!»

Das war ebenfalls freimütig und, worauf es vor allem ankam,

durchaus aufrichtig gesprochen. Ich war angenehm berührt. Mir wurde stets übel bei den süsslichen Sympathieerklärungen für «Russland und das russische Volk», mit denen einige englische Politiker ihre Gleichgültigkeit und sogar ihre antisowjetischen Intrigen bemäntelten. Der etwas derbe Realismus Beaverbrooks machte auf mich einen erfrischenden Eindruck. Jawohl, er liess sich vom egoistischen Interesse seines Staates leiten und appellierte an das seiner Auffassung nach «egoistische Interesse» des Sowjetstaates, doch auf dieser Basis liess sich eine ernste Politik aufbauen, um vereint gegen die gemeinsame Bedrohung durch den deutschen Aggressor vorzugehen.

Meine Bekanntschaft mit Beaverbrook hat sich später in der Tat noch wesentlich gefestigt und der Sowjetunion grossen Nutzen gebracht. Während des zweiten Weltkriegs leistete Beaverbrook, der dem Kriegskabinett Churchills angehörte, unserem Lande bei der Versorgung beträchtliche Dienste. Er war auch von Beginn des Grossen Vaterländischen Krieges an ein leidenschaftlicher Befürworter der Zweiten Front in Frankreich. Nicht von ungefähr zeichnete die Sowjetregierung Beaverbrook mit einem der höchsten Orden aus.

## Abkühlung

Das Tauwetter in den englisch-sowjetischen Beziehungen hielt nicht lange an. Knapp ein Jahr. Sein Gipfelpunkt war die Moskaureise Edens. Gleich danach setzte in den englisch-sowjetischen Beziehungen eine Abkühlung ein, denn die Chamberlain-Leute, denen die Perspektive einer dauerhaften Besserung der Beziehungen zwischen London und Moskau Sorge machte, erhoben wieder das Haupt und benutzten ihre politischen Machtpositionen, um eine derartige Möglichkeit unter allen Umständen zu sabotieren.

Gerade um diese Zeit stellten die Chamberlain-Leute einen neuen Plan zur Abwendung der deutschen Gefahr auf, der damals als «westliche Sicherheit» bezeichnet wurde. Wenn die englischen regierenden Kreise aller Schattierungen und Strömungen 1934 einer Erneuerung der Entente aus dem ersten Weltkrieg nicht abgeneigt waren und gerade darin eine Garantie für die Erhaltung des Britischen Empire erblickten, trat 1935 unter diesen Kreisen immer deutlicher eine Scheidung in Anhänger des «Staatsinteresses» und Anhänger des «Klassenhasses» zutage. Die ersten waren nach wie vor für eine Erneuerung der Entente und somit auch für eine britisch-sowjetische Annäherung. Die Anhänger des Klassenhasses dagegen liessen sich immer mehr dazu hinreissen, auf das andere Pferd zu setzen/ Sie schlussfolgerten etwa so: Für das Empire sind sowohl Hitlerdeutschland als auch Sowjetrussland eine Gefahr: Man muss sie aufeinanderprallen lassen (um so mehr, als die Faschisten und die Kommunisten einander hassen), selber aber abseits bleiben; dann werden Deutschland und die UdSSR sich gegenseitig ordentlich zur Ader lassen und durch einen Krieg wesentlich geschwächt werden; dies ist der Augenblick, da der Westen, vor allem England, auf den Plan tritt, und dann wird der Westen Deutschland und der UdSSR einen Frieden diktieren, der für lange, wenn nicht für immer, die Sicherheit des Britischen Empire und möglicherweise auch dessen Vormachtstellung in der

Welt garantiert. Aus dieser Auffassung ergab sich naturgemäss der Kampf gegen eine Annäherung zwischen London und Moskau wie auch jegliche Aufmunterung Hitlers zur Entfesselung eines Krieges im Osten.

Gerade angesichts einer derartigen Auffassung formulierte M. M. Litwinow im Winter 1934/35 im Sinne der Politik der Sowjetregierung die Losung vom unteilbaren Frieden, wobei er überzeugend nachwies, dass heutzutage jeder ernste Krieg in Osteuropa unausbleiblich in einen Weltkrieg umschlagen muss. Er vertrat diesen Standpunkt in zahlreichen Reden vor dem Völkerbund sowie auf verschiedenen internationalen Konferenzen und Beratungen. Unermüdlich benutzte er die offiziellen und privaten Zusammenkünfte mit europäischen Staatsmännern und Diplomaten, um sie von der Richtigkeit dieses Standpunktes zu überzeugen. Manchmal tat er dies auch aus kleinen Anlässen, wenn ihm schien, dass diese den Interessen der sowjetischen Politik dienen konnten. So entsinne ich mich noch an das offizielle Frühstück, das M. M. Litwinow zu Ehren Edens während dessen Besuches in Moskau gab. Damals stand auf der Torte, die serviert wurde, in Zuckerguss: «Peace is indivisible» («Der Friede ist unteilbar»). Diese Kleinigkeit machte auf Eden sichtlich Eindruck.

Über die Unteilbarkeit des Friedens waren sich auch die weit-sichtigeren englischen Politiker klar. Im Frühjahr 1935 frühstückte ich einmal mit Churchill. Er sprach wieder viel von der Nazigefahr, wobei er kein Blatt vor den Mund nahm.

---

«Was stellt Hitlerdeutschland dar?» rief Churchill. «Oh, eine furchtbare und gefährliche Macht!... Hitlerdeutschland ist eine riesige, wissenschaftlich aufgezo-gene Kriegsmaschine mit einem Bäckerdutzend amerikanischer Gangster an der Spitze. Von denen ist alles zu erwarten. Niemand weiss genau, was sie wollen und was sie morgen tun werden... Was bezwecken sie mit ihrer Aussenpolitik? Wer weiss das... Ich würde mich durchaus nicht wundern, wenn Hitler seinen ersten Schlag nicht gegen die UdSSR führt, denn das wäre zu gefährlich, sondern gegen ganz

andere Länder.» Danach kam Churchill auf die Anhänger der «westlichen Sicherheit» zu sprechen und fuhr fort:

«Diese Leute urteilen folgendermassen: Deutschland muss sich sowieso irgendwo schlagen, muss nach irgendeiner Seite seine Besitzungen vergrössern. Dann soll es sich sein Reich lieber auf Kosten der Staaten in Ost- und Südosteuropa zusammenschustern! Soll es mit dem Balkan oder der Ukraine fürliebnehmen, aber England und Frankreich in Ruhe lassen. Solche Gedankengänge sind natürlich pure Idiotie, aber in gewissen Kreisen der Konservativen Partei leider noch recht verbreitet. Ich bin jedoch fest überzeugt, dass im Endergebnis nicht die Anhänger der ‚westlichen Sicherheit‘<sup>4</sup> den Sieg davontragen, sondern jene Leute, die wie ich oder Vansittart der Ansicht sind, dass der Friede unteilbar ist, dass England, Frankreich und die UdSSR das Gerippe jenes Verteidigungsbündnisses bilden müssen, das Deutschland im Zaume halten wird. Man darf Hitler keine Zugeständnisse machen. Jedes Zugeständnis unsererseits wird als Zeichen der Schwäche ausgelegt und spornt Hitler nur zu noch grösseren Forderungen an.»

Churchills Erwägungen freuten mich damals sehr, und ich stimmte ihnen voll und ganz zu. Ich wollte glauben, dass ein Mann wie er einen guten Richter über den Weitblick und die Tatkraft der britischen herrschenden Klasse abgibt... Wie die späteren Ereignisse zeigten, war Churchill leider in seiner Prognose allzu optimistisch. Die Chamberlain-Leute waren wesentlich stärker und sturer, als er angenommen hatte. Namentlich gleich nach Edens Rückkehr aus Moskau machten sie heftige und bei weitem nicht fruchtlose Anstrengungen, um ihren Einfluss wiederherzustellen.

Der erste Schritt in dieser Richtung war Mitte April 1935 die Konferenz in Stresa. Sie befasste sich mit der Verletzung der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags durch Deutschland. Anwesend waren dort für England MacDonald und Simon, für Frankreich Flandin (Ministerpräsident) und Laval (Aussenminister), für Italien Mussolini und Suvich (Stellver-

tretender Aussenminister). Natürlich sabotierte Mussolini jede scharfe Stellungnahme gegen Hitler, aber auch die Engländer und Franzosen zeigten nicht den Wunsch, sich mit dem Nazi-diktator zu überwerfen. Infolgedessen beschränkte sich die Konferenz in Stresa auf eine rein theoretische Verurteilung der Handlungsweise Hitlers und sah von irgendwelchen wirksamen Massnahmen gegen seinen aggressiven Schritt ab. Damit ermunterte sie den «Führer» nur, die eingeschlagene Richtung beizubehalten. Mehr noch, die Konferenz in Stresa (das gilt besonders für Simon und MacDonald) gab Mussolini zu verstehen, England werde Italien nicht hindern, Äthiopien zu annektieren, was gerade in der Absicht des italienischen Duce lag.

Der nächste Schritt zur Wiederherstellung der Positionen der Chamberlain-Leute war die Umbildung der britischen Regierung. Im Mai 1935 waren es 25 Jahre, seit König Georg V. den Thron bestiegen hatte. Anlässlich dieses Jubiläums fanden zahlreiche Feiern und auch viele Ernennungen statt. Die Chamberlain-Leute benutzten diese Gelegenheit, um ihre Positionen zu verstärken. Zwar behielt die englische Regierung ihren früheren «nationalen» Charakter, doch kam jetzt an ihre Spitze der faktische Premier der vorangegangenen Regierung, der Konservative Baldwin, der bis dahin Stellvertretender Premierminister war, während der ehemalige nominelle Premier MacDonald sein Stellvertreter wurde. Noch einschneidender waren die Änderungen im Aussenministerium. Inzwischen hatte sich selbst in den regierenden Kreisen die Erkenntnis durchgesetzt, dass Simon in den vier Jahren an der Spitze des Auswärtigen Amtes dem britischen Staat keinen Nutzen gebracht hatte (eine wesentliche Rolle spielte hierbei Simons Verhalten während der englisch-sowjetischen Handelsbesprechungen), und so wurde er nunmehr auf den «neutraleren» Posten des Innenministers abgeschoben. Wer aber wurde an Simons Stelle Aussenminister? Dieser Ernennung ging ein grosser Kampf voraus. Vansittart hoffte, Eden werde der neue Aussenminister sein, und zog auch im Stillen alle Register, um dies zu erreichen. Die Chamberlain-Leute erhoben jedoch



entschieden Einspruch dagegen und setzten sich schliesslich auch durch. Zum neuen Aussenminister wurde Samuel Hoare berufen, ein typischer Vertreter der regierenden englischen Oberschicht: Studium in Oxford, mit 25 Jahren Privatsekretär des Kolonialministers Lyttelton, mit 42 Minister der Luftstreitkräfte, mit 51 Minister für Indien und schliesslich mit 55 Aussenminister. Während des ersten Weltkriegs war Hoare britischer Militärattaché beim Hauptquartier des Zaren und glühender Bewunderer der Ostermessen der Russischen Orthodoxen Kirche, die er in seinem mystisch angehauchten Buch «Das vierte Siegel» («Fourth Seal», 1930) sehr eindrucksvoll schilderte. Überhaupt hatte Hoare einen Hang zur Mystik. So zierte den Salon seiner Wohnung eine merkwürdige Antiquität, die an einen versilberten Sarg erinnerte und seine Gäste oft genug leise schaudern liess. Mitte der dreissiger Jahre gehörte Hoare zu den nächsten Anhängern Chamberlains und war leidenschaftlicher Befürworter der «westlichen Sicherheit».

Aber die Chamberlain-Leute mussten mit den damals in England sehr verbreiteten pazifistischen Stimmungen rechnen, die besonders deutlich in den Bestrebungen der breiten Massen zum Ausdruck kamen, den Weltfrieden durch den Völkerbund zu sichern. Ende 1934 veranstaltete die britische «Liga der Freunde des Völkerbundes» unter Leitung von Lord Robert Cecil im ganzen Lande eine freiwillige «Abstimmung für den Frieden», an der 11,5 Millionen Menschen teilnahmen. Rund 10,5 Millionen von ihnen sprachen sich dafür aus, gegen den Aggressor Gewalt anzuwenden. Das zwang die Chamberlain-Leute zu einer gewissen Vorsicht und veranlasste sie zu manövrieren. Deshalb behielten sie nach Samuel Hoares Berufung zum Aussenminister Eden als Minister ohne Portefeuille bei, betrauten ihn jedoch speziell mit den Völkerbundangelegenheiten.

Der dritte Schritt in der gleichen Richtung war der im Juni 1935 unterzeichnete britisch-deutsche Flottenvertrag. Bekanntlich zog der Versailler Vertrag Deutschlands Marinerüstungen sehr enge Grenzen. Im Februar 1935 hatte sich Hitler durch ein-

seitigen Beschluss über alle Entwaffnungsbestimmungen dieses Vertrages hinweggesetzt und das deutsche Wettrüsten zu Lande und zur See eingeleitet. Die Konferenz in Stresa verurteilte (wenn auch in milder Form) dieses Vorgehen des «Führers». Und nun gestand England nur zwei Monate nach Stresa Deutschland offiziell ein Recht auf Marinerüstungen zu, die weit über den Rahmen des Versailler Vertrags hinausgingen! Das war ein derart herausfordernder Schritt zur «Befriedung» des Aggressors, dass sogar Frankreich unmittelbar vor der Unterzeichnung des Abkommens bei England Protest einlegte. Die Baldwin-Regierung ignorierte jedoch die Unzufriedenheit ihres Verbündeten und unterzeichnete am darauffolgenden Tag, dem 18. Juni, das erwähnte Abkommen. Es legte für die Gesamttonnage der Kriegsflotten beider Länder ein Verhältnis von 100 zu 35 fest, machte jedoch den Vorbehalt, dass Deutschlands U-Boot-Flotte ebenso gross sein dürfe wie die U-Boot-Flotte des gesamten Empire. Die halbamtlichen Kommentare liessen keinen Zweifel darüber, dass das wichtigste Motiv dieser Vereinbarung Englands Bestreben war, Deutschland gegenüber der UdSSR die Vorherrschaft in der Ostsee zu sichern. Damit war der Weg für das hitlerische Wettrüsten nicht nur freigelegt, sondern auch rechtlich anerkannt.

Da jedoch im Herbst 1935 Parlamentswahlen bevorstanden und breite Kreise der Bevölkerung nach wie vor mit aller Schärfe gegen die faschistischen Aggressoren Stellung nahmen, ging Samuel Hoare auf Stimmenfang und hielt im September 1935 auf einer Völkerbundssitzung in Genf eine Brandrede gegen die Aggressoren. Dadurch entstand der Eindruck, als sei England bereit, gegen Italien, das im Begriffe stand, Äthiopien mit Krieg zu überziehen, Sanktionen anzuwenden, doch das war lediglich ein Gaunertrick. Denn als Mussolini am 3. Oktober trotzdem die Kampfhandlungen in Afrika einleitete, rührte das regierende England keinen Finger. Und als die Konservativen bei den Wahlen am 14. November den Sieg davontrugen (zwar einen nicht so glänzenden wie 1931, aber immerhin einen Sieg, der ihnen das

Staatsruher voll und ganz sicherte), versuchten die Chamberlain-Leute, sich für Samuel Hoares Septemberrede zu revan- chieren.

Der Krieg in Afrika rollte die Frage der Sanktionen des Völ- kerbundes gegen Italien mit aller Schärfe auf. Eden entwickelte in Genf eine rege Aktivität, um diese Sanktionen zu erwirken, während Chamberlain in London sie offen als Wahnwitz be- zeichnete. Laval, der damals an der Spitze der französischen Re- gierung stand, sabotierte kurzerhand die Sanktionen. Da aber die UdSSR unbeirrbar für eine Politik der Sanktionen eintrat, die von zahlreichen zweit- und dritrangigen Staaten unterstützt wurde, gelang es Chamberlain und Laval nicht, Italien über- haupt Sanktionen zu ersparen. Immerhin erreichten sie, dass der im Endeffekt vom Völkerbund beschlossene Kompromiss len- denlahm genug war: die Sanktionen erstreckten sich z.B. nicht einmal auf das vom militärischen Standpunkt so wichtige Erdöl.

Im Dezember 1935 unternahmen die Chamberlain-Leute den nächsten Schritt in der eingeschlagenen Richtung. Samuel Hoare entwickelte gemeinsam mit dem französischen Minister- präsidenten Laval einen Plan zur Liquidierung des italienisch- abessinischen Krieges. Dieser Plan unterstellte die Hälfte des äthiopischen Landesgebietes der Kontrolle Mussolinis. Das war unzweideutig ein Geschenk an den Aggressor für seinen Aggres- sionsakt! Das war eine Ermunterung für andere potentielle Ag- gressoren, dem Beispiel Mussolinis zu folgen!... Die unmittelbare Reaktion in England und Frankreich auf den Plan von Hoare und Laval war dergestalt, dass Laval sich nur mit Mühe und Not am Ruder hielt, während Samuel Hoare gezwungen war, sofort seinen Rücktritt einzureichen\*.

Erst jetzt wurde Eden endlich zum Aussenminister ernannt, was als Erfolg der Anhänger der Entente verbucht werden kann-

\* Übrigens blieb Hoare nicht lange ohne Portefeuille, war er doch für die regierende Ober- schicht der geeignete Mann. Zwar war ihm in Bezug auf Äthiopien ein Fehlgriff unterlaufen, aber das konnte man einem so zuverlässigen Kollegen doch nicht lange nachtragen. 1936, als sich die Leidenschaften ein wenig beruhigt hatten, wurde Hoare Marineminister und später Innenminister.

te. Aber die Chamberlain-Leute umgaben den neuen Aussenminister sofort mit einem ganzen System unsichtbarer Schranken, die ihn zum Gefangenen der Ritter des Klassenhasses machten. Das Ergebnis lag auf der Hand.

Als sich Hitler am 7. März 1936 über den Locarno-Pakt hinwegsetzte und das Rheinland wieder okkupierte und als die UdSSR entschiedene Massnahmen gegen diesen neuen Aggressionsakt vorschlug, beschränkten sich England und Frankreich, von den USA dabei unterstützt, lediglich auf Proteste in Worten, die auf Hitler genau so wenig wirkten wie das gütliche Zureden des Kochs aus der russischen Fabel an die Adresse des Katers, der seelenruhig das gestohlene Fleisch auffrisst. Dabei hatten die Hitlergenerale, wie später bekannt wurde, beim Einmarsch ins Rheinland den Befehl in der Tasche, sich sofort zurückzuziehen, falls die Franzosen den geringsten Widerstand leisten sollten.

Und als Franco am 18. Juli 1936 mit aktiver Unterstützung Hitlers und Mussolinis den Putsch gegen die rechtmässige Regierung der Spanischen Republik anzettelte, da inszenierten England und Frankreich, wiederum mit Unterstützung der USA, jene Komödie der «Nichteinmischung», die sich praktisch in eine indirekte Unterstützung Francos und seiner ausländischen Schirmherren verwandelte\*.

Selbstverständlich standen alle erwähnten Schritte der britischen Regierung in krassem Widerspruch zum Moskauer Kommuniqué vom 1. April 1935 und richteten sich letzten Endes gegen die UdSSR. Nichtsdestoweniger bemühte sich England im Winter 1936/37, als Baldwin Premier und Eden Aussenminister war, in der spanischen Frage wenigstens nach aussen hin Neutralität und Unvoreingenommenheit zu wahren. Es gelang mir auch, die schädlichen Auswirkungen unserer Differenzen in der Spanienfrage auf die gesamten englisch-sowjetischen Beziehungen weitgehend zu reduzieren. Ich erinnere mich an ein diesbezügliches Gespräch, das ich gleich zu Beginn des spanischen Krieges mit Eden hatte.

---

\* Einzelheiten darüber enthalten meine Erinnerungen an den Ausschuss für Nichteinmischung in die Angelegenheiten Spaniens, betitelt «Spanische Hefte», Wojenisdat 1962, russ.

«Es ist für mich klar», sagte ich, «dass die sowjetische und die britische Regierung verschieden an die spanischen Ereignisse herangehen... Hier bestehen zwischen uns Differenzen, die in Zukunft sogar noch grösser werden können, trotzdem ist Spanien nur *eines der Probleme* der Aussenpolitik beider Länder. Es gibt viele andere Probleme, sogar wichtigere als dieses, in denen zwischen der UdSSR und England keine Widersprüche bestehen... Wollen wir also unsere Differenzen auf die spanische Frage lokalisieren und alles tun, damit sie sich möglichst wenig auf die englisch-sowjetischen Beziehungen schlechthin auswirken... Es wäre äusserst unerwünscht, wenn sich das Moskauer Kommuniqué in ein wertloses Blatt Papier verwandelte.»

Eden überlegte eine Weile und erwiderte dann:

«Ich bin mit Ihnen völlig einverstanden und werde meinerseits alles tun, damit sich unsere Politik an die Leitsätze des Moskauer Kommuniqué hält... Das ist nicht nur für England und die UdSSR sehr wichtig, es ist auch vom Standpunkt des allgemeinen Friedens wichtig.»

Eden hielt abermals einen Augenblick inne und fügte dann etwas leiser hinzu:

«Sie verstehen doch, dass dabei nicht alles von mir abhängt.» Ja, das verstand ich ausgezeichnet, muss aber trotzdem feststellen, dass die Temperatur der englisch-sowjetischen Beziehungen bis Mitte 1937 noch beträchtlich über dem Nullpunkt lag.

## Unter dem Gefrierpunkt

Am 28. Mai 1937 trat Premierminister Baldwin in den Ruhestand, und an seiner Stelle wurde Neville Chamberlain Regierungsoberhaupt. Als mich diese Nachricht erreichte, dachte ich unwillkürlich: ‚Churchill hat sich in seiner Voraussage getäuscht, nicht er, sondern Chamberlain ist ans Ruder gekommen. Jetzt steht eine Übereinkunft Chamberlains mit Hitler bevor, und was dann?...‘

Neville Chamberlain war zweifelsohne die unheilvollste Gestalt am damaligen politischen Himmel Englands. Unheilvoll wegen der tief in ihm verwurzelten erzreaktionären Ansichten, unheilvoll wegen seines Einflusses in der Konservativen Partei. Der Umstand, dass Neville Chamberlain ein Mann mit Scheuklappen und minimalen Fähigkeiten war, dass sein politischer Horizont nach einem Ausspruch Lloyd Georges nicht über den Horizont eines provinziellen Fabrikanten eiserner Bettstellen hinausging, verstärkte nur die Gefahren, die sich aus seiner Machtstellung ergaben. Nevilles Vater, der berühmte Joseph Chamberlain, betrachtete den Sohn (im Gegensatz zu seinem andern Sohn Austen) als unbrauchbar für die Politik und bereitete ihn von Jugend an auf die kommerzielle Laufbahn vor. Aber auch im Handel erwarb sich Neville keine besonderen Lorbeeren. Daraufhin wandte er sich der «Kommunalpolitik» zu. Hier brachte er es nach mehreren Zwischenstufen schliesslich zum Bürgermeister von Birmingham. 1917 erhielt Neville Chamberlain als Konservativer und Aristokrat den Posten des Leiters für die Rekrutenwerbung im Koalitionskabinett Lloyd George, scheiterte aber schmäählich und wurde vom Premierminister aus der Regierung entfernt. Nun war dieser selbe Neville Chamberlain britischer Kabinettschef geworden, und noch dazu in einer so komplizierten und schwierigen Weltlage! Unwillkürlich ging es einem da durch den Kopf: ‚Welch einen Tiefstand der Zersetzung hat doch die englische herrschende Klasse erreicht!‘<sup>4</sup>

Für mich als Botschafter der Sowjetunion war Neville Cham-

berlains Amtsantritt von ganz besonderer Bedeutung. Ich hatte mein (bereits erwähntes) Gespräch mit ihm vom November 1932 nicht vergessen. Die folgenden fünf Jahre bestätigten anhand zahlreicher Tatsachen und Beispiele voll und ganz, dass Neville Chamberlain ein konsequenter Feind der UdSSR war. Ein solcher Premier konnte die englisch-sowjetischen Beziehungen nur verschlechtern. Ein solcher Premier konnte gerade wegen seiner feindseligen Einstellung zum Sowjetstaat die Politik zur «Befriedung» der Aggressoren nur forcieren. Wir hatten von ihm nichts Gutes zu erwarten!

Trotz meiner trüben Gedanken beschloss ich, den neuen Premierminister aufzusuchen und seine Einstellung zu sondieren. Er empfing mich am 29. Juli in seinem Arbeitszimmer im Parlament. Diesmal war Chamberlain ruhiger und zurückhaltender als bei unserem ersten Gespräch vor fünf Jahren. Ich erkundigte mich nach den allgemeinen Richtlinien der Politik, die die britische Regierung im Bereich der internationalen Beziehungen zu betreiben gedenke. Chamberlain setzte mir lange und geflissentlich auseinander, dass seiner Ansicht nach Deutschland im Augenblick das Kernproblem sei. Wäre diese Frage einmal geregelt, würde alles andere keine besonderen Schwierigkeiten mehr bieten. Wie aber das deutsche Problem lösen? Der Premier hielt dies für durchaus möglich, vorausgesetzt, dass man dabei die richtige *Methode* anwende.

«Wenn wir uns», sagte er, «mit den Deutschen an einen Tisch setzen und mit dem Bleistift in der Hand alle ihre Beschwerden und Ansprüche durchgehen könnten, würde dies die Beziehungen weitgehend klären.»

Alles lief also lediglich darauf hinaus, sich mit dem Bleistift in der Hand an einen Tisch zu setzen! Wie einfach! Unwillkürlich musste ich an Lloyd Georges Ausspruch von dem provinziellen Fabrikanten eiserner Bettstellen denken! Wahrhaftig, in seinen Augen schienen Hitler und er selber zwei Kaufleute zu sein, die miteinander stritten, sich anschrien, feilschten und schliesslich das Geschäft perfekt machten. So primitiv waren die politischen Auffassungen dieses Premiers!

Aus allem, was mir Chamberlain am 29. Juli sagte, ging unzweideutig hervor, dass ein Viererpakt das Ziel seiner Hoffnungen war und er den Weg zu diesem Ziel in einer mit allen Mitteln zu betreibenden «Befriedung» Hitlers und Mussolinis erblickte.

Diese pessimistische Prognose wurde dadurch noch glaubwürdiger, dass sich gerade um jene Zeit in London die sogenannte Cliveden-Clique endgültig formiert hatte, die in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg eine so unheilvolle Rolle spielte. Lady Nancy Astor, dieselbe Lady Nancy Astor, die 1932/33 mit ihrer «Freundschaft» für das Sowjetland kokettierte, hatte in den folgenden Jahren ihr wahres Gesicht gezeigt und sich schliesslich einen politischen Salon zugelegt, in dem die reaktionärsten Vertreter der Konservativen Partei verkehrten. Auf ihrem luxuriösen Gut Cliveden bei London, wo sie eine Art Versailles zu imitieren versuchte, trafen sich am Wochenende Leute wie Neville Chamberlain, Lord Halifax, Samuel Hoare, Kingsley Wood und andere. Hier wurde getrunken und gegessen, man amüsierte sich, tauschte Meinungen aus und legte die Pläne des weiteren Vorgehens fest. Oft genug wurde zwischen zwei Golfpartien über wichtigste Staatsprobleme entschieden. Je näher der Krieg heranrückte, desto aktiver wurde man in Cliveden. Lady Astors Salon wurde zum Hauptbollwerk jener Leute, die Feinde des Sowjetlandes und Freunde einer englisch-deutschen Annäherung waren. Von dort aus wurde die «westliche Sicherheit» besonders energisch propagiert; dort weidete man sich mit wahrer Wollust an den Aussichten einer gegenseitigen sowjetisch-deutschen Vernichtung, auf die die Stammgäste von Cliveden spekulierten. Lady Astors Salon hatte stärksten Einfluss auf die Berufung von Ministern, auf die Bildung von Regierungen und auf die Politik dieser Regierungen. Der Regierungsantritt Neville Chamberlains bedeutete eine derartige Allmacht dieser Cliveden-Clique, dass sie den führenden Kreisen der Sowjetunion zu schwersten Befürchtungen Anlass gab. Übrigens brauchte man nicht lange zu warten.

Chamberlains Hauptziel war die «Befriedung» der faschisti-



schen Diktatoren im Hinblick auf eine «westliche Sicherheit.» Natürlich war das, um mit Churchill zu reden, Idiotie, aber der Klassenhass gegen den Staat des Sozialismus war bei Chamberlain (und nicht nur bei ihm) so stark, dass er keine Spur von gesundem Menschenverstand mehr übrigliess. Churchill stellte in seinen Erinnerungen aus der Kriegszeit über Chamberlain und dessen Beziehungen zu Hitler ironisch fest: «Ihn beseelte die Hoffnung, diesen Mann zu befrieden, ihn umzumodeln und dann völlig gefügig zu machen.»\* Hier wahrte Churchill den literarischen Anstand. In Privatgesprächen gebrauchte er viel stärkere Ausdrücke. Ich erinnere mich, wie er einmal zu mir sagte:

«Dieser Neville ist ein Schafskopf! Er denkt, man könne auf einem Tiger reiten.»

Leider dachte Chamberlain gerade so und nicht anders, und deshalb wurde er zum konsequenten Apostel einer «Befriedung» der Aggressoren. Um diese Politik praktisch zu betreiben, brauchte er eine Regierung, die seiner Idee entsprach, vor allem aber einen «geeigneten» Aussenminister. Eden war dafür nicht zu gebrauchen, schon deshalb nicht, weil er in Rom wie in Berlin äusserst unbeliebt war. Chamberlain wählte für diese Schlüsselstellung Lord Halifax; in Anbetracht der damaligen Stimmung in der englischen Gesellschaft konnte es sich der Premierminister jedoch nicht leisten, sich sofort von Eden zu trennen. Es galt, den Boden entsprechend vorzubereiten, nach Möglichkeit aber Eden zu veranlassen, selber seinen Rücktritt einzureichen. Deshalb berief Chamberlain «bis auf Weiteres» Lord Halifax auf den ehrenvollen, jedoch rein dekorativen Posten des Stellvertretenden Premierministers, d.h. des Ministers ohne Portefeuille, der von Zeit zu Zeit mit Sonderaufträgen betraut wird. Und wie wir noch sehen werden, betraf der wichtigste Sonderauftrag, den Halifax erhielt, die Aussenpolitik.

Der erste bedeutsame Schritt Chamberlains zur «Befriedung» der Diktatoren war ein freundschaftlicher Brief an Mussolini, auf den dieser natürlich unverzüglich mit einer genauso freund-

---

\* *W. Churchill, Second World War, 5-th edition, vol. 1, L., 1955, p. 322.*

schaftlichen Botschaft antwortete. Danach leitete Chamberlain energisch Verhandlungen mit Mussolini ein, die den Abschluss eines grossangelegten Vertrages über englisch-italienische Freundschaft und Zusammenarbeit bezweckten. Eden und einige andere namhafte Politiker opponierten gegen diese Verhandlungen. Und zwar nicht etwa, weil sie mit der Spanischen Republik sympathisierten! Keineswegs! Weder Eden noch die meisten seiner Gesinnungsgenossen brachten der Spanischen Republik auch nur die geringste Sympathie entgegen. Aber sie kannten die Tücke der faschistischen Diktatoren, wollten ihren Versprechungen nicht glauben und verlangten deshalb, Mussolini solle den Ernst seiner Absichten dadurch beweisen, dass er seine für Franco kämpfenden Truppen aus Spanien abzöge. Chamberlain war jedoch nicht zu überzeugen und steuerte halsstarrig auf die schnellste Unterzeichnung des englisch-italienischen Vertrages hin. Aus diesem Anlass kam es zwischen Chamberlain und Eden zu einem Konflikt (der möglicherweise vom Premier künstlich aufgebauscht wurde), worauf Eden am 20. Februar 1938 zurücktrat. Zusammen mit Eden demissionierte sein parlamentarischer Stellvertreter Lord Cranborne, der damals ebenfalls für eine Annäherung mit der UdSSR eintrat. Kurz vorher, am 1. Januar 1938, war Vansittart von der aktiven Beteiligung an den Geschäften des Aussenministeriums ausgeschaltet und auf den ehrenvollen, jedoch alles andere als gewichtigen Posten des Ersten diplomatischen Beraters der britischen Regierung berufen worden. Als Vansittart mir von seinem neuen Amt Mitteilung machte, sagte er mit trübem Lächeln:

«Erster diplomatischer Berater! Aber man braucht sich mit ihm auch nicht zu beraten... Das hängt ganz vom Wunsch des Premierministers ab.»

Vansittart sah seine Zukunft richtig voraus: Chamberlain hat sich mit ihm tatsächlich nicht beraten.

Rasch trat jetzt Sir Horace Wilson als wirklicher und immer mächtiger werdender aussenpolitischer Berater des Premiers auf den Plan. Ich kannte ihn von den Handelsbesprechungen mit

England her, denn Horace Wilson, damals Erster industrieller Berater der britischen Regierung, war auf englischer Seite die Hauptfigur bei der Vorbereitung des provisorischen Handelsabkommens von 1934 gewesen. Das war ein schlauer Fuchs, ein Zyniker durch und durch, der die Ansicht vertrat, die Welt bestehe nur aus Dummköpfen und Halunken. Wilson war in allen Angelegenheiten des Handels und der Industrie gut beschlagen, sein aussenpolitischer Horizont reichte jedoch nicht über das Niveau des durchschnittlichen Spiessers. Nun hatte Chamberlain diesen Mann als seinen mit grössten Vollmachten ausgestatteten Experten zur Lösung wichtigster internationaler Probleme herangezogen! Das war schon beinahe Wahnsinn! Aber war nicht die ganze Aussenpolitik Chamberlains ein einziger auf der Hefe des Klassenhasses, der Dummheit und Ignoranz aufgegangener Wahnsinn?

Nachdem Chamberlain das Auswärtige Amt von Leuten gesäubert hatte, die ihm unbequem waren, ernannte er Lord Halifax zum Aussenminister. Lord Halifax war ein englischer Aristokrat aus altem Geschlecht, der eine lange politische und administrative Karriere bis zum Vizekönig von Indien durchlaufen hatte. Gross, hager, bedächtig in seinen Bewegungen, einen schwarzen Handschuh auf der verletzten linken Hand, sprach er ruhig, mit etwas dumpfer Stimme, ständig ein liebenswürdiges Lächeln auf den Lippen. Sein Äusseres nahm für ihn ein, er machte den Eindruck eines intelligenten Menschen, zumindest aber eines Mannes, der sich für grosse Probleme interessierte. Halifax hatte einen Hang zur Philosophie, vor allem zur religiös-mystischen Philosophie. Er gehörte der sogenannten «High Church» an, also jener Strömung der Anglikanischen Kirche, die sich vom Katholizismus kaum unterscheidet, und unterhielt sich mit Vorliebe über sittlich-religiöse Themen. Man erzählte sich, dass Halifax, als er noch Vizekönig von Indien war, hinter seinem Dienstraum eine kleine Kapelle gehabt habe. Vor wichtigen Zusammenkünften oder Besprechungen verzog er sich für einige Minuten dorthin und bat Gott um Erleuchtung. Halifax war zweifellos

ein wirklich gebildeter Mann, was ihn jedoch (wie wir an Beispielen sehen werden) oft nicht hinderte, die gegenwärtige Epoche und ihre Triebkräfte völlig zu verkennen. Hierin zeigte sich eben die klassenmässige Beschränktheit seiner Weltanschauung.

Als Mitglied der Regierung Chamberlain unterstützte Halifax vorbehaltlos die Politik der «Befriedung» und gehörte zu den Stützen Clivedens. Da er von Charakter verträglich war, fand er sich ohne Weiteres damit ab, dass der Premier (im Verein mit Horace Wilson) die Aussenpolitik Grossbritanniens an sich riss und das Aussenministerium zu einer einfachen diplomatischen Kanzlei in seinen Diensten degradierte. Um Komplikationen zu vermeiden, wurde nach Vansittart der wichtige Posten des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt mit Alexander Cadogan besetzt, bei dem man keinerlei Übenaschungen zu gewärtigen brauchte.

Nachdem sich Chamberlain auf diese Weise einen bescheidenen und gefügigen Apparat aufgebaut hatte, ging er dazu über, konsequent seine «eigene» Aussenpolitik zu verwirklichen.

Mit Deutschland wurde der Anfang gemacht. Bereits Ende November 1937 wurde Halifax von Chamberlain beauftragt, eine Wallfahrt nach Berlin zu unternehmen und mit Hitler über eine allgemeine Regelung der englisch-deutschen Beziehungen zu verhandeln. Damals kannten wir noch nicht alle Einzelheiten dieser Verhandlungen, ihr allgemeiner Sinn war uns jedoch klar, ausserdem war einiges von dem, was sich in Berlin abgespielt hatte, bereits in die politischen Kreise Englands durchgesickert und uns zu Ohren gekommen. Infolgedessen verstärkte sich das Misstrauen der sowjetischen Seite gegen die Regierung Chamberlain ganz beträchtlich. Heute wissen wir aus den von der Sowjetarmee in Berlin erbeuteten Dokumenten des Deutschen Auswärtigen Amtes, dass wir allen Grund zum Misstrauen hatten.

In der Tat, aus der vom Aussenministerium der UdSSR 1948 veröffentlichten Niederschrift des Gespräches zwischen Hitler und Halifax vom 17. November 1937 geht ganz klar hervor, dass Halifax im Auftrage der britischen Regierung Hitler eine Art Al-

lianzen, einen Viererpakt anbot, wobei ihm freie Hand in Mittel- und Osteuropa zugesichert wurde. Unter anderem erklärte Halifax, dass in Europa «keine Änderungsmöglichkeit des bestehenden Zustandes ausgeschlossen sein solle»\*, und präziserte weiter, «zu diesen Fragen gehöre Danzig und Österreich und die Tschechoslowakei»\*\*. Als Halifax im Gespräch mit Hitler die Richtungen der Aggression erwähnte, die bei der Regierung Chamberlain auf den geringsten Widerstand stossen würden, hielt er es natürlich für notwendig, den frommen Vorbehalt zu machen:

«England sei nur daran interessiert, dass diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden und dass Methoden vermieden würden, die weitergehende Störungen, wie sie weder der Führer noch andere Länder wünschten, verursachen könnten.»\*\*\*

Hitler verstand allerdings sehr gut, was dieser Vorbehalt wert war, und konnte deshalb sein Gespräch mit Halifax als Londons Segen zur gewaltsamen Inbesitznahme von «Lebensraum» in den genannten Ländern ansehen. Als aber Eden demissionierte und Halifax britischer Aussenminister wurde, hielt Hitler nicht ohne Grund den Augenblick für gekommen, das Programm der Aggression zu verwirklichen, wie sie es im November 1937 abgesprochen hatten. Ohne Zeit zu verlieren, machte Hitler am 12. März 1938, also zwölf Tage nach der Berufung von Halifax zum Aussenminister, seinen ersten grossen «Sprung»: in blitzartigem Zugriff annektierte er Österreich. Wie zur Verhöhnung der Londoner Friedensapostel wählte der «Führer» für seine Annexion ausgerechnet den Tag, an dem Chamberlain den deutschen Aussenminister Ribbentrop feierlich empfing. Und was geschah? England und Frankreich reagierten auf diesen empörenden Aggressionsakt lediglich mit deklarativen Protesten, die weder sie noch Hitler ernst nahmen.

---

\* «Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkriegs», Bd. I, Moskau 1948, S. 24.

\*\* Ebenda S. 34.

\*\*\* «Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkriegs», Bd. I, Moskau 1948, S. 34-35.

So gross und berechtigt nach alledem das Misstrauen der Sowjetregierung gegenüber der Regierung Chamberlain auch war, versuchte die Führung der UdSSR in diesem kritischen Augenblick trotzdem, an den gesunden Menschenverstand der Führung Grossbritanniens zu appellieren. Am 17. März 1938, fünf Tage nach der Annexion Österreichs, gab der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, M. M. Litwinow, in Moskau im Auftrage der Sowjetregierung Pressevertretern ein Interview, in dem er u.a. sagte:

«Während früher Aggressionen auf mehr oder minder weit von Europa entfernten Kontinenten oder in Randgebieten Europas vorkamen..., wurde diesmal im Herzen Europas ein Gewaltakt vollzogen, durch den nicht nur die jetzt an den Aggressor grenzenden elf Länder, sondern auch alle europäischen und nicht nur europäischen Staaten zweifellos gefährdet sind...

In erster Linie ist die Tschechoslowakei bedroht.

Die gegenwärtige internationale Lage gemahnt alle friedliebenden Staaten und insbesondere die Grossmächte an ihre Verantwortung für die weiteren Geschicke der Völker Europas und nicht nur Europas. Da sich die Sowjetregierung ihres Teils dieser Verantwortung bewusst ist, da sie sich auch der Verpflichtungen bewusst ist, die sich für sie aus den Satzungen des Völkerbundes, aus dem Briand-Kellogg-Pakt und aus ihren Beistandspakten mit Frankreich und der Tschechoslowakei ergeben, kann ich in ihrem Namen erklären, dass sie ihrerseits nach wie vor bereit ist, an kollektiven Aktionen teilzunehmen, die gemeinsam mit ihr zu beschliessen wären und das Ziel verfolgten, einer weiteren Entwicklung der Aggression Einhalt zu gebieten und der verstärkten Gefahr eines neuen Weltgemetzels zu steuern. Sie erklärt sich einverstanden, unverzüglich mit den anderen Staaten im Völkerbund bzw. ausserhalb des Völkerbundes durch die Umstände diktierte praktische Massnahmen zu erörtern.»\*

Gleichzeitig erhielt ich aus Moskau Weisung, der britischen Regierung den Wortlaut von M. M. Litwinows Interview zuzu-

---

\* «Iswestija» vom 18. März 1938.

stellen, und zwar mit einer Note, aus der hervorging, dass dieses Interview offiziell den Standpunkt der Sowjetregierung wiedergibt. Ich tat dies. Das gleiche taten auf Anweisung aus Moskau auch die sowjetischen Botschafter in Paris und Washington. So gab die UdSSR offen ihre Bereitschaft zu energischen Massnahmen gegen die Aggression kund und rief dazu auch England, Frankreich und die USA auf. Die Sowjetunion erfüllte ihre Pflicht... Und ihre Partner?

Am 24. März schickte das englische Aussenministerium der sowjetischen Botschaft eine von Halifax unterzeichnete lange Note. Darin hiess es, die britische Regierung würde «die Einberufung einer internationalen Konferenz aller europäischen Staaten» (d.h. der Aggressoren und der Nichtaggressoren – *I. M.*) «aufs Wärmste begrüessen», sie sei aber gegen «eine Konferenz, auf der nur einige europäische Staaten zugegen wären und deren Aufgabe es wäre..., eine vereinte Aktion gegen die Aggression in die Wege zu leiten», denn nach Ansicht der britischen Regierung wäre eine solche Konferenz für den europäischen Frieden nicht förderlich.\*

Also statt des Kampfes gegen die Aggressoren zwecklose Gespräche mit den Aggressoren! Noch ein «Nichteinmischungsausschuss», diesmal aber nicht mehr für spanische, sondern für gesamteuropäische Angelegenheiten! Mit anderen Worten Beruhigungspillen für die breiten Massen, um den Aggressoren Zeit für die Vorbereitung neuer «Sprünge» zu geben. Das wollte die britische Regierung! So entzifferte sie praktisch Halifax<sup>4</sup> Worte von wünschenswerten Änderungen des Zustands in Europa «im Wege friedlicher Evolution»!

Der sowjetische Appell fand in Paris und Washington keinen besseren Widerhall als in London.

Man sollte meinen, die Annexion Österreichs hätte Chamberlain wenigstens einigermaßen zur Vernunft bringen müssen, und er wäre nun in seinen Beziehungen zu den faschistischen

---

\* «Documents on British Foreign Policy (1919-1939)», Third Series, vol. I, L., 1949, p. 101 (im Weiteren: «DBFP»).

Diktatoren vorsichtiger geworden. Keine Spur! In seinem Hass gegen die Sowjetunion stellte sich Chamberlain blind und taub. Hartnäckig setzte er seine verhängnisvolle (für England selbst verhängnisvolle) Politik fort und unterzeichnete am 16. April den von ihm so leidenschaftlich erstrebten englisch-italienischen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. In diesem Vertrag erkannte die britische Regierung die Annexion Äthiopiens durch Italien an. Um aber die demokratischen Massen Englands zu beschwichtigen, die den Abschluss des englisch-italienischen Vertrages in einem solchen Augenblick als Verrat an der Spanischen Republik betrachteten, machte Chamberlain einen wichtigen Vorbehalt: Er verpflichtete sich, den Vertrag erst zu ratifizieren, wenn Italien seine Truppen aus Spanien zurückgezogen hat, und zwar in Übereinstimmung mit dem Plan, der damals vom Ausschuss für die Nichteinmischung in die Angelegenheiten Spaniens gerade ausgearbeitet wurde. Weiter unten werde ich schildern, wie Chamberlain dieser Verpflichtung nachkam.

Mir fällt ein Zusammentreffen mit Lady Vansittart auf einem diplomatischen Empfang im Frühjahr 1938 ein. Sie war sehr deprimiert. Die Ausbootung ihres Mannes, der sich früher aktiv an der englischen Aussenpolitik beteiligt hatte, die Berufung von Halifax zum Aussenminister, die Vorherrschaft der Cliveden-Clique in der Regierung und vieles andere stimmte Lady Vansittart äusserst pessimistisch.

«Van ist überzeugt», sagte sie, «dass der Krieg dicht bevorsteht, dass er hinter der Ecke lauert... Was für ein Pech, in einer so schweren Zeit diesen danebengeratenen Premier zu haben!»

Dann erkundigte sich Lady Vansittart nach dem Stand der englisch-sowjetischen Beziehungen. Ich erzählte ihr offen, wie die Dinge lagen. Sie schlug bekümmert die Hände zusammen und rief:

«Wissen Sie noch, wie es Van vor vier Jahren gelungen ist, bessere Beziehungen zwischen unseren Ländern anzubahnen!... Nun ist das alles umsonst gewesen!»



Ich erwiderte:

«Ja, 1934-1935 war mit Unterstützung Ihres Gatten ein Tauwetter in den englisch-sowjetischen Beziehungen eingetreten, jetzt dagegen...»

«Was ist jetzt?» fiel mir Lady Vansittart ungeduldig ins Wort.

«Jetzt», schloss ich, «ist die Temperatur der englisch-sowjetischen Beziehungen unter den Gefrierpunkt gesunken.»

Lady Vansittart schlug noch einmal die Hände zusammen und fugte mit tiefer Überzeugung hinzu:

«Van hat jedenfalls getan, was er konnte.»

## München

Wenn jedoch Chamberlain ausserstande war, eine Lehre aus Österreichs Untergang zu ziehen, so erwies sich Hitler als weitaus gelehriger. Der «Sprung» nach Wien war für ihn eine wichtige Probe. Der Nazi-Diktator wollte sich vergewissern, wie die «demokratischen Staaten» auf seine Aggression reagierten. Die Probe hatte gezeigt, dass England und Frankreich keinen Finger krumm machten. Es war daher nicht verwunderlich, dass Hitler daraus den Schluss zog: Der Weg ist frei! Und zwei Monate nach der Annexion Österreichs startete er ein neues Unternehmen von noch grösserer Tragweite.

Es traf ein, was M. M. Litwinow in seinem Interview vom 17. März vorausgesagt hatte: Die Tschechoslowakei war bedroht. Von Mai 1938 an entfaltete Hitler eine wüste Hetze gegen dieses Land, und zwar nicht nur in Presse und Rundfunk. An seinen Grenzen wurden deutsche Truppen zusammengezogen, während im Lande selber die tschechoslowakische Regierung von den Nazis in den Sudeten auf Weisung aus Berlin aufs Unverschämteste provoziert wurde. Die politische Atmosphäre in der Tschechoslowakei, in Mitteleuropa, England und Frankreich erhitzte sich immer mehr. Es roch nach Pulver. Frankreich war ja durch einen Beistandspakt mit der Tschechoslowakei verbunden und verpflichtet, sie bei einem deutschen Überfall zu verteidigen. England hatte zwar formell kein solches Paktverhältnis zur Tschechoslowakei, konnte aber als naher Verbündeter Frankreichs ebenfalls nicht abseits bleiben. Im August war die Lage so bedrohlich, die Unruhe und Besorgnis der französischen wie auch der englischen Massen so gross geworden, dass sich die britische Regierung gezwungen sah, etwas zu unternehmen, um die herrschende Spannung zu mindern. Und was tat sie? Ach, das war völlig im Geiste Chamberlains!

Statt mit aller Bestimmtheit zu erklären, England werde im Verein mit Frankreich nicht zulassen, dass sich Hitler die Tschechoslowakei einverleibe (ein solcher Schritt Englands hätte noch

eine Chance gegeben, dem Aggressor in den Arm zu fallen), beschloss die Chamberlain-Regierung, eine Mission mit Lord Runciman an der Spitze in die Tschechoslowakei zu entsenden. Wer war dieser Lord Runciman? Ein hochbetagter Beamter in Amt und Würden, taub und schwerfällig, der sich nie mit internationalen Fragen befasst hatte und nicht einmal genau wusste, wo diese Tschechoslowakei eigentlich lag (davon konnte ich mich im Sommer 1938 während eines Gesprächs mit ihm überzeugen). Und welche Aufgabe hatte diese Mission Runcimans? Offiziell sollte sie an Ort und Stelle die Lage «untersuchen» und Vermittlungsvorschläge zur Beilegung des deutsch-tschechischen Konfliktes machen. Wie die Ereignisse zeigten, liefjedoch die «Tätigkeit» der Mission darauf hinaus, einer Aufteilung der Tschechoslowakei den Weg zu ebnen.

Obwohl die Aufnahme, die die sowjetische Demarche vom 17. März 1938 anlässlich der Annexion Österreichs in London und Paris gefunden hatte, nicht zu weiteren Versuchen dieser Art ermunterte, entschloss sich die Sowjetregierung in diesem Moment äusserster Gefahr für die Tschechoslowakei, noch einmal an den gesunden Menschenverstand der französischen und englischen Staatsmänner zu appellieren. Wir sagten uns: ‚Vielleicht haben sie aus den bitteren Erfahrungen der seitdem vergangenen Monate ihre Lehren gezogen... Vielleicht entschlossen sie sich wenigstens jetzt, energischer gegen die Aggressoren vorzugehen... Keine einzige, auch nicht die kleinste Möglichkeit zur Verhinderung einer Katastrophe darf ungenutzt bleiben‘.

Von diesen Erwägungen ausgehend, erklärte M. M. Litwinow am 2. September 1938 dem französischen Geschäftsträger in Moskau Payart (Botschafter Naggiar war damals abwesend), die Regierung der UdSSR werde im Falle eines deutschen Überfalls auf die Tschechoslowakei ihre Verpflichtungen auf Grund des sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandspaktes vom Jahre 1935 erfüllen und der Tschechoslowakei bewaffnete Hilfe leisten; er bat Payart, die französische Regierung unverzüglich davon zu verständigen. Da jedoch laut den Bestimmungen dieses

Paktes die Beistandsverpflichtung der Sowjetunion nur dann in Kraft trat, wenn gleichzeitig auch das ebenfalls durch einen Beistandspakt mit der Tschechoslowakei verbündete Frankreich bewaffnet gegen Deutschland vorgehen würde, so wollte die Regierung der UdSSR wissen, was die französische Regierung in der gegebenen Situation zu unternehmen gedenke. Die Regierung der UdSSR schlug ihrerseits der französischen Regierung vor, unverzüglich eine Beratung von Vertretern des sowjetischen, französischen und tschechoslowakischen Generalstabs anzuberaumen, um die notwendigen Schritte auszuarbeiten. Litwinow setzte voraus, Rumänien werde den sowjetischen Truppen und Flugzeugen erlauben, sein Territorium zu passieren, war jedoch der Meinung, dass es, um in diesem Sinne auf Rumänien einzuwirken, sehr wünschenswert wäre, im Völkerbund so rasch wie möglich die Frage einer eventuellen Hilfe für die Tschechoslowakei anzuschneiden. Sollte sich im Völkerbundsrat wenigstens die Mehrheit (streng genommen verlangten die Satzungen Einstimmigkeit) für eine solche Hilfe aussprechen, so würde sich Rumänien zweifellos dieser Mehrheit anschliessen und gegen einen Durchmarsch sowjetischer Truppen durch sein Land nichts einzuwenden haben.

Klement Gottwald (der nach dem Kriege Präsident der Tschechoslowakei wurde) erklärte später, J. W. Stalin habe ihn ungefähr um dieselbe Zeit beauftragt, dem damaligen Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Benes, mitzuteilen, dass die Sowjetunion bereit sei, der Tschechoslowakei bewaffnete Hilfe zu erweisen, sogar wenn Frankreich dies ablehne.\*

Am Morgen des 3. September erhielt ich aus Moskau telegrafisch den Inhalt der Erklärung, die Litwinow dem französischen Geschäftsträger Payart abgegeben hatte. In der damaligen Situation war dies ein Dokument von grösster politischer Bedeutung. Es musste möglichst weite Verbreitung finden, denn die Cliveden-Clique hatte während des ganzen August in politischen

---

\* Zeitung «Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie» (Ausgabe vom 21. Dezember 1949).

Kreisen eine Flüsterkampagne etwa folgenden Inhalts durchgeführt: «Wir würden die Tschechoslowakei ja sehr gerne retten, aber ohne Russland dürfte das schwerfallen, Russland jedoch schweigt und drückt sich ganz offensichtlich um die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandspakt.»

Am selben Tage, dem 3. September, besuchte ich Churchill auf seinem Landsitz Chartwell und informierte ihn ausführlich über den Inhalt der Litwinowschen Erklärung an Payart. Churchill erfasste ihre Bedeutung sofort und erklärte auch gleich, er werde meine Mitteilung unverzüglich Halifax zur Kenntnis bringen. Churchill hielt Wort. Noch am gleichen 3. September sandte er Halifax ein Schreiben, in dem er Litwinows Demarche in allen Einzelheiten wiedergab. Das bestätigt er auch in seinen Kriegsmemoiren.\* Ich beschränkte mich nicht auf ein Gespräch mit Churchill, sondern hatte ausserdem eine Zusammenkunft mit Lloyd George sowie mit dem stellvertretenden Labourführer Arthur Greenwood, denen ich wiederholte, was ich Churchill bereits gesagt hatte.

Ich kalkulierte dabei, dass die drei Führer der Opposition zwei-

---

\* Winston Churchill schreibt: «Am 2. September erhielt ich nach dem Mittagessen eine dringliche Benachrichtigung des sowjetischen Botschafters, der mich in einer unaufschiebbaren Angelegenheit in Chartwell aufzusuchen wünschte... Ich empfing ihn, und nach einigen einleitenden Sätzen erzählte er mir in sehr präzisen und klaren Worten die nachstehende Geschichte. Ich begriff sehr bald, dass es die Sowjetregierung vorgezogen hatte, sich mit dieser Mitteilung an mich als Privatperson und nicht an den Aussenminister zu wenden, weil sie ein feindseliges Reagieren in diesem Ministerium befürchtete. Es lag auf der Hand, dass mir diese Mitteilung aus der Erwägung heraus gemacht wurde, ich würde sie der Regierung Seiner Majestät zur Kenntnis bringen. Das sagte der Botschafter zwar nicht, aber es verstand sich von selber, da er mich nicht gebeten hatte, seine Mitteilung vertraulich zu behandeln. Da die vom Botschafter angeschnittene Frage erstrangige Bedeutung hatte, war ich bemüht, Halifax und Chamberlain in einer Form und einer Sprache davon zu verständigen, die jedweden Konflikt zwischen uns ausschliessen würden.»

Im Weiteren zitiert Churchill den Wortlaut seines Briefes an Halifax, in dem sehr genau wiedergegeben ist, was ich ihm damals über Litwinows Gespräch mit Payart berichtet hatte. (IP. *Churchill, Second World War*, vol. I, pp. 263-265).

Wie aus dem Text ersichtlich, waren die Umstände und Motive, die mir im vorliegenden Falle Veranlassung gaben, mich an Churchill zu wenden, ein wenig anders als die, mit welchen er mein Verhalten erklärt, mein Besuch selber ist jedoch richtig dargestellt.

felsohne ihren Parteifreunden von Litwinows Demarche erzählen würden (um so mehr, als ich sie nicht gebeten hatte, Still-schweigen zu bewahren), infolgedessen werde man in den politischen Kreisen Londons von der tatsächlichen Position der UdSSR in dieser so aktuellen Frage erfahren; und sollte irgendein Regierungsmitglied die UdSSR im Parlament verleumden und sie einer «Passivität» in der tschechoslowakischen Frage bezichtigen, würde die Opposition dem Betreffenden eine Antwort erteilen, die der Wahrheit zum Recht verhalf. Später zeigte es sich, dass ich mit meiner Annahme vollkommen recht hatte.

Für mich stand damals wie auch heute noch ausser jedem Zweifel, dass die Tschechoslowakei gerettet worden wäre und der ganze weitere Verlauf der Ereignisse in Europa und in der Welt eine andere Entwicklung genommen hätte, wenn die französische Regierung die ihr am 2. September gebotene sowjetische Hand ergriffen, wenn sich England und Frankreich wenigstens in dieser späten Stunde aufrichtig zu gemeinsamen Aktionen mit der UdSSR entschlossen hätten. Dies hätte jedoch für sie bedeutet, sich mit Hitler zu Überwerfen, auf die Pläne der «westlichen Sicherheit» zu verzichten und die Hoffnungen auf einen Zusammenstoss zwischen Deutschland und der UdSSR aufzugeben. O nein! Darauf wollten sich weder Chamberlain noch Daladier einlassen. Sie zogen es vor, bei ihren vom Klassenhass gegen das Land des Sozialismus erzeugten lächerlichen Hirngespinnsten zu beharren. Sie waren bereit, dafür die Tschechoslowakei, ja weit mehr noch als die Tschechoslowakei zu opfern...

W. Churchill schreibt in seinen Kriegsmemoiren, dass er am 5. September von Halifax eine Antwort auf seinen bereits erwähnten Brief erhielt, in dem der Aussenminister versicherte, dass die Erörterung der tschechoslowakischen Frage im Völkerbund «zurzeit kaum von Nutzen sei, er dies aber im Auge behalten würde»\*.

Zwei Tage nach Halifax<sup>4</sup> Antwort an Churchill, am 7. September, erschien in der «Times» ein unheilsschwangerer Leitartikel,

---

\* W. Churchill, *Second World War*, vol. I, p. 266.

der mit aller Deutlichkeit durchblicken liess, die Tschechoslowakei würde durch das Abtreten der Sudeten an Deutschland den besten Ausweg aus der Lage schaffen. Das englische Aussenministerium beeilte sich festzustellen, es habe mit dem betreffenden Leitartikel nichts zu tun, doch glaubte ihm niemand.

Ich erinnere mich, wie mich am 8. September, also einen Tag nach der erwähnten Stellungnahme der «Times», Halifax zu sich bat. In dem Gespräch, das verschiedene Fragen berührte, erklärte er, die britische Regierung habe mit dieser Stellungnahme der Zeitung nichts zu tun, was ich ihm aber ebenfalls nicht glaubte. Natürlich hielt ich es für möglich, dass weder das Aussenministerium noch überhaupt die Regierung die «Times» direkt und in aller Form mit diesem unglückseligen Leitartikel beauftragt hatten. Haben aber die hohen Behörden wenig indirekte und inoffizielle Möglichkeiten, wenn ihnen daran liegt, dass die Presse die ihnen erwünschten Meinungen und Ansichten widerspiegelt? So verhielt es sich auch in diesem Fall, denn der ganze Inhalt und der Ton des Leitartikels der «Times» gaben ausgezeichnet die Geistesrichtung und Handlungsweise der Cliveden-Clique wieder. Welchen Anlass hatte ich also, Halifax<sup>4</sup> Dementi Glauben zu schenken?

Dann kamen die schmachvollen Tage von München. Der britische Kabinettschef, dieser «Mann mit dem Regenschirm», wie ihn die Witzbolde der Zeitungen in jenen Tagen getauft hatten, sank – nicht ohne energisches Dazutun Daladiers – so tief, die Rolle eines vom Missgeschick geplagten, betriebsam zwischen Hitler und der tschechoslowakischen Regierung pendelnden politischen Handlungsreisenden zu spielen. Chamberlain erniedrigte sich sogar so weit, dass er zum «grossen Knüppel» des «Führers» wurde und verlangte, die Tschechoslowakei solle vor dem deutschen Aggressor kapitulieren.

Bevor diese Bestrebungen endgültig Erfolg hatten, versuchte die UdSSR jedoch noch einmal, die Lage zu retten. Im September 1938 begann eine ordentliche Völkerbundstagung. Litwinow traf in Genf ein. Er liess mich zur Mitarbeit in der sowjetischen

Delegation aus London kommen. Die Atmosphäre in Genf war mit Spannung geladen. In den Wandelgängen des Völkerbundes kursierten die alarmierendsten Gerüchte und Behauptungen. Von Tag zu Tag wurde Deutschlands Überfall auf die Tschechoslowakei erwartet. Selbst die friedlichen Schweizer hielten Luftschutzübungen und Probeverdunkelungen ab.

In Genf erfuhren wir, dass der französische Aussenminister Bonnet, einer der erbittertsten Feinde der UdSSR, den meisten Mitgliedern der französischen Regierung die Erklärung Litwinows an Payart verheimlicht hatte. Bonnet begründete die ganze Zeit Frankreichs verräterischen Kurs gegenüber der Tschechoslowakei mit der «Passivität Russlands» in der tschechoslowakischen Frage, und die Erklärung des sowjetischen Volkskommisars vom 2. September passte ihm ganz und gar nicht in den Kram. Nun stellte sich heraus, dass in Frankreich überhaupt niemand – nicht einmal die Regierungsmitglieder – wusste, dass die Sowjetregierung sich bereit erklärt hatte, die Tschechoslowakei zu schützen. Es galt, Frankreich und der ganzen Welt um jeden Preis die wirkliche Einstellung der UdSSR zu zeigen. Deshalb wiederholte Litwinow am 21. September 1938 in seiner Rede, diesmal vor dem Völkerbund und in aller Öffentlichkeit, was er 19 Tage vorher auf diplomatischem Wege über Payart der französischen Regierung mitgeteilt hatte. Bonnets Intrige erlitt Fiasko, und ihre Entlarvung vor der ganzen Welt trug dazu bei, die internationale Autorität der UdSSR zu festigen.

Zwei Tage später, am 23. September, wurden Litwinow und ich von den britischen Vertretern in Genf, Butler und Lord De la Wan, zu einer Aussprache über die entstandene Lage eingeladen. Die Engländer wollten wissen, wie man sich sowjetischerseits die konkreten Schritte vorstellte, die sich aus Litwinows vor zwei Tagen in der Völkerbundssitzung gemachten Erklärung ergaben. Litwinow beantwortete die Frage mit dem Vorschlag, unverzüglich eine Beratung von Vertretern Englands, Frankreichs und der UdSSR in Paris oder an einem beliebigen anderen geeigneten Ort (jedoch nicht in Genf) anzuberaumen, um Massnah-



men zur Verteidigung der Tschechoslowakei festzulegen. Er fügte hinzu, der sowjetisch-tschechoslowakische Beistandspakt werde unabhängig von der Einstellung des Völkerbundes in Aktion treten (eine entsprechende Zusicherung war der tschechoslowakischen Regierung drei Tage vorher in Beantwortung ihrer Anfrage über die Einstellung der Sowjetregierung gegeben worden). Weiter teilte Litwinow mit, die Sowjetregierung habe der Regierung Polens eine wichtige Warnung zugehen lassen. Sollte Warschau die Tschechoslowakei überfallen, um das Teschener Gebiet zu annektieren (davon wurde damals viel geredet), so würde die UdSSR den sowjetisch-polnischen Nichtangriffspakt als automatisch annulliert ansehen.

Butler und De la Warr schienen sich für Litwinows Mitteilungen lebhaft zu interessieren, sie bekundeten sogar eine Art Sympathie für das Verhalten der UdSSR. Sie versprachen, den Inhalt unserer Unterhaltung sofort nach London zu übermitteln und nach Erhalt neuer Weisungen von dort abermals mit uns zusammenzutreffen. Leider ist diese Zusammenkunft nie zustande gekommen (was selbstverständlich nicht an uns lag). Wie konnte es auch anders sein? Waren doch Chamberlain und Daladier gerade in diesen letzten Septembertagen 1938 dabei, ihre Operation «Verrat an der Tschechoslowakei» zu vollenden.

Am 27. September erklärte Litwinow, ich müsse sofort nach London zurückkehren.

«Ihre Anwesenheit dort,» sagte er, «ist jetzt viel wichtiger als ihr Verbleib in der Schweiz.»

Noch am selben Tag verliess ich Genf. Der Bahnhof lag in tiefster Finsternis, denn die örtlichen Behörden hatten an jenem Abend Verdunkelung der Stadt angeordnet. Am 28. frühmorgens war ich in Paris. Es regnete, und die mir vertrauten Strassen der französischen Hauptstadt waren leer und trist. In London traf ich am selben Tag gegen 4 Uhr ein und begab mich direkt vom Bahnhof ins Parlament. Dort spielten sich gerade höchst dramatische Ereignisse ab.

Bekanntlich unternahm Chamberlain am 15. September seine

erste Wallfahrt zu Hitler. Hitler empfing den britischen Premier in Berchtesgaden, machte seine Ansprüche gegenüber der Tschechoslowakei geltend und drohte, falls diese sie ablehne, mit Gewaltanwendung. Chamberlain kehrte nach London zurück. Es wurde eine Sonderberatung der englischen und französischen Minister einberufen, die Hitlers Forderungen akzeptierte. Am 19. September nahm die tschechoslowakische Regierung unter dem Druck von London und Paris diese Forderungen ebenfalls an.\* Daraufhin flog Chamberlain abermals zu Hitler. Sein zweiter Besuch fand am 22. und 23. September in Godesberg statt. Chamberlain nahm an, er werde, wenn er mit dem Einverständnis der Tschechoslowakei auftrumpfe, die Billigung des «Führers» finden, aber er hatte sich schwer verrechnet. Sobald Hitler in Berchtesgaden begriffen hatte, dass er keinen stahlharten Ritter vor sich hatte, sondern einen waschlappigen «Mann mit dem Regenschirm», beschloss er, sich keinerlei Zwang mehr anzutun. In der zweiten Godesberger Sitzung stellte er Chamberlain neue Forderungen, die viel einschneidender waren als die Berchtesgadener. Dem britischen Premier sank der Mut, trotzdem übernahm er es, die Tschechoslowakei von der Notwendigkeit weiterer Zugeständnisse zu «überzeugen». Er kehrte nach London zurück und versuchte zusammen mit Daladier, abermals einen Druck auf Prag auszuüben. Doch diesmal hatte er kein Glück: die tschechoslowakische Regierung lehnte Hitlers «Godesberger Programm» ab. Bei diesem Beschluss der Tschechoslowaken spielte die von der Sowjetunion wenige Tage zuvor abgegebene Versicherung eine Rolle, sie sei bereit, der Tschechoslowakei unter allen Umständen Beistand zu leisten, sogar im Falle eines Verrats von Seiten Frankreichs. Hitler tobte und erklärte am 26. September, wenn die Tschechoslowakei bis zum 28. September 14 Uhr nicht kapituliere, werde er die Kampfhandlungen eröffnen. Chamberlain und Daladier gerieten in panische Angst, der britische Premier richtete an Hitler

---

\* Die Oberschicht der tschechoslowakischen Bourgeoisie, darunter Benes und mehrere Regierungsmitglieder, war bereit zu kapitulieren, was Chamberlain und Daladier die Aufgabe wesentlich erleichterte.

und Mussolini die alleruntertänigste Bitte um ein Vierertreffen, auf dem über die tschechoslowakische Frage endgültig entschieden werden sollte. Um unter den breiten Bevölkerungsschichten die notwendige Stimmung zu schaffen, ordnete die französische Regierung gleichzeitig die Einberufung mehrerer Jahrgänge Reservisten an, die britische Regierung mobilisierte die Kriegsflotte und traf Luftschutzmassnahmen. Alles wartete in fiebrhafter Spannung, ob Hitler sich auf die neue Zusammenkunft einlassen werde oder nicht.

Als ich am 28. September meinen Platz auf der für die Botschafter bestimmten Parlamentsgalerie einnahm, stand Chamberlain, sonderbar zerzaust und aufgeregt, vor dem Regierungssitz und schwenkte in der Rechten nervös ein weisses Blatt. Das war ein Brief Hitlers, der eben erst, während der Sitzung, als Antwort auf Chamberlains Flehen um ein Vierertreffen eingelaufen war. Hitler erklärte sich mit einer solchen Beratung einverstanden. Chamberlain machte aus seiner Begeisterung kein Hehl. Die überwältigende Mehrheit der Konservativen bereitete ihm eine wahre Ovation. Die Labouristen und Liberalen waren zurückhaltender, aber auch sie konnten ihre Freude nicht verbergen. In dieser Situation verliess Chamberlain das Parlamentsgebäude, um unverzüglich seine Pilgerfahrt nach München anzutreten.

Auf mich machte diese ganze Szene einen deprimierenden Eindruck. Sie hinterliess die deutliche Vorstellung von einem schweren, überfüllten Auto, das auf einem Steilhang dem Abgrund entgegenrollte und nicht mehr aufzuhalten war. Ich verliess die Botschaftergalerie und ging in die Wandelgänge des Parlaments, wo ich einen meiner Bekannten, einen Labourabgeordneten, traf, der, wie mir aufgefallen war, Chamberlain Beifall geklatscht hatte.

«Warum haben Sie applaudiert?» fragte ich ihn.

«Ja, wie denn sonst?» erwiderte er, «die Tschechoslowakei bleibt doch unversehrt, und es wird höchstwahrscheinlich auch keinen Krieg geben.»

Ich antwortete:

«Ich möchte nicht die Cassandra spielen, aber denken Sie an meine Worte: Die Tschechoslowakei ist verloren und der Krieg unvermeidlich.»

Mein Bekannter blickte mich erstaunt an.

«Ist das Ihr Ernst?» fragte er mich verduzt.

«Mein voller Ernst. Sie werden es erleben.»

Das Weitere ist bekannt. Am 29. und 30. September fand die Münchener Beratung statt. Hitler trat unglaublich dreist auf. Mussolini unterstützte ihn. Chamberlain und Daladier wanden sich wie die Aale. Und im Ergebnis wurde hinter dem Rücken der Tschechoslowakei das Münchener Abkommen unterzeichnet, das auf Folgendes hinauslief:

Die Sudeten gehen mit allem Besitz und Vermögen an Deutschland über, darüber hinaus muss die Tschechoslowakei auch alle territorialen Forderungen Polens und Ungarns erfüllen. Was von der Tschechoslowakei noch übrigblieb, sollte, wehrlos und erniedrigt, von der «grossen Vier» eine Garantie erhalten, die nach allem Vorgefallenen nicht den mindesten Wert hatte.

Um den deprimierenden Eindruck des Münchener Verrats auf die breite englische Öffentlichkeit wenigstens etwas abzuschwächen, überredete Chamberlain den «Führer» gemeinsam ein Papierchen zu unterzeichnen, dass es von nun an zwischen England und Deutschland keine Kriege mehr geben werde. Ein völlig wertloses Schriftstück, das, wie sich später zeigte, nur in den Papierkorb gehörte!... Dieses Papierchen schwenkte Chamberlain bei seiner Rückkehr aus München demonstrativ im Londoner Flughafen und verkündete dabei lauthals, nunmehr sei «der Friede in unserer Zeit» gesichert!

Aussenminister Halifax stand hinter seinem Premier nicht zurück. H. v. Dirksen, der deutsche Botschafter in England, schrieb sein Gespräch mit Halifax vom 9. August 1939 nieder. Es heisst da u.a.:

«Im weiteren Verlauf des Gesprächs sagte mir Lord Halifax, er

wolle mir jetzt seine Gedanken und Ansichten genau schildern, wie sie nach München bestanden... Nach München sei er der Überzeugung gewesen, dass ein 50jähriger Weltfrieden etwa auf folgender Basis gesichert sei: Deutschland die vorherrschende Macht auf dem Kontinent mit vorwiegenden Rechten im europäischen Südosten, besonders handelspolitischer Art; England würde nur in bescheidenem Umfang dort Handel treiben; England und Frankreich in Westeuropa vor Konflikten mit Deutschland durch die beiderseitigen Festungslinien geschützt und bestrebt, defensiv ihren Besitz festzuhalten und zu entwickeln; Freundschaft mit Amerika; Freundschaft mit Portugal; Spanien bleibt ein vorläufig unbestimmter Faktor, der für die nächsten Jahre jedenfalls notwendigerweise sich aus allen Mächtekombinationen heraushalten müsse\*; Russland ein abseits gelegenes grosses und schwer überschaubares Gebiet; Bestreben Englands, seinen Weg durch das Mittelmeer über Aden, Colombo, Singapur nach den Dominions und dem Fernen Osten hin zu sichern.»\*\*

Beim Lesen dieser Zeilen fällt es schwer zu entscheiden, was hier überwiegt, imperialistische Böswilligkeit oder phänomenale historische Blindheit. Das eine steht fest: Halifax begriff absolut nicht, was in der Welt vorging. Wie charakteristisch ist beispielsweise seine Bemerkung: «Russland ein abseits gelegenes grosses und schwer überschaubares Gebiet.» Er wusste nichts Vernünftigeres über ein Volk zu sagen, das ein Sechstel der Erde bevölkert und zum Bannerträger einer besseren Zukunft der Menschheit geworden ist!

In England war die Reaktion auf das Münchener Abkommen sehr stürmisch. Die breiten Volksmassen, die den Dingen besser als Halifax auf den Grund blickten, waren empört über den Vertrat an der Tschechoslowakei und voller Sorge über die ständig wachsende Kriegsgefahr. Den weitsichtigeren Kreisen der herrschenden Klasse wurde klar, an welchen Abgrund ihr Premier-

\* In Spanien war damals (in den Tagen von München) noch Krieg.

\*\* «Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkriegs», Bd. II, Moskau 1948, S. 131.

minister das Land drängte, und sie fühlten sich durch die klägliche Rolle, die er bei dieser ganzen tragischen Geschichte gespielt hatte, tief erniedrigt. Ein Regierungsmitglied, der Marineminister Duff Cooper, trat sogar aus Protest gegen die Vorfälle vom 1. Oktober 1938 demonstrativ zurück. Dafür hielt die Cliveden-Clique um so fester zusammen und versuchte, die Verantwortung für ihr historisches Verbrechen auf... die Sowjetunion abzuwälzen! Im Lichte aller bisherigen Ausführungen mag dies wie hanebüchener Unsinn anmuten, aber es war so.

Am 11. Oktober 1938, zehn Tage nach dem Münchener Vertrag, hielt das Regierungsmitglied Lord Winterton in einer öffentlichen Versammlung eine grosse Rede, in der er die angebliche Unvermeidlichkeit der englischen und französischen Zugeständnisse an Hitler mit... was meinen Sie, womit erklärte? Mit der militärischen Schwäche der Sowjetunion, die infolgedessen unfähig und nicht gewillt sei, ihre im Beistandspakt mit der Tschechoslowakei festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Als ich aus der Zeitung von Wintertons Rede erfuhr, war ich ausser mir und ersuchte sofort um eine Zusammenkunft mit Halifax, bei dem ich gegen Wintertons verleumderische Fäseleien protestierte. Gleichzeitig übergab ich der Presse eine Mitteilung der sowjetischen Botschaft, in der es hiess:

«Wintertons Erklärung entstellt völlig die tatsächliche Haltung der Sowjetregierung in der tschechoslowakischen Frage. Die Stellungnahme der UdSSR in dieser Frage wurde präzise und bestimmt, ohne Raum für irgendwelche Unklarheiten zu lassen, vom Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, M. M. Litwinow, am 21. September in seiner Rede auf der Plenartagung des Völkerbundes in Genf formuliert. Litwinow zog das Fazit seines Gesprächs mit dem französischen Geschäftsträger in Moskau vom 2. September 1938 und betonte, dass die UdSSR beabsichtigt, alle aus dem sowjetisch-tschechoslowakischen Pakt resultierenden Verpflichtungen zu erfüllen und der Tschechoslowakei zusammen mit Frankreich auf jede nur mögliche Weise die nötige Hilfe zu leisten.

Litwinow fügte noch hinzu, die Militärbehörde der UdSSR sei bereit, unverzüglich Besprechungen mit Vertretern der Generalstäbe Frankreichs und der Tschechoslowakei aufzunehmen, um konkrete Massnahmen für gemeinsame Aktionen festzulegen.»\*

Ich hielt die Angelegenheit damit für erledigt. Aber weit gefehlt! Am nächsten Tag, dem 12. Oktober, berichteten die Morgenausgaben von einer neuerlichen Rede Wintertons in einer öffentlichen Versammlung, wo er seine erlogene Behauptung wiederholt hatte. Das ging mir denn doch über die Hutschnur, und ich übermittelte der Presse eine zweite, schon schärfere Erklärung der Botschaft, in der festgestellt wurde, es sei zwecklos, mit einem Manne zu streiten, der bewusst die Augen vor der Wahrheit verschliesst, aber keinerlei Wiederholungen seien imstande, Lüge in Wahrheit umzumünzen.

Die Polemik zwischen der sowjetischen Botschaft und einem Mitglied der britischen Regierung zog in der damaligen gespannten Atmosphäre die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Im Parlament musste der Premierminister selber eine Anfrage von Labouristen beantworten. Man kann sich denken, wie wenig ihm das behagte und wie er sich anstrengte, um seinen Regierungskollegen in Schutz zu nehmen. Trotzdem sah sich Chamberlain gezwungen, Winterton zu desavouieren. Für uns war das eine kleine Genugtuung...

Ja, eine kleine! Denn jenes in der Tat Grosse, Wichtige und Erstrangige, was damals in aller Eindringlichkeit vor uns, vor dem Sowjetstaat und der Sowjetregierung, stand, nämlich Englands Haltung in der internationalen Arena, rief natürlich bei uns, wie dies auch gar nicht anders sein konnte, ernste Besorgnis und Empörung hervor. In München war der berüchtigte Viererpakt in seiner niederträchtigsten und abscheulichsten Variante zustande gekommen, der sich vor allem gegen die UdSSR richtete, ein Viererpakt, in dem die faschistischen Diktatoren unumstritten den Ton angaben, während ihnen die Vertreter Englands und Frankreichs auf Geheiss folgten und brav Männchen mach-

---

\* «Prawda» vom 14. Oktober 1938.

ten. Wie charakteristisch war doch in jenen kritischen Septembertagen das Verhalten der britischen Regierung. Sie unternahm kein einziges Mal den Versuch, sich mit der Regierung der UdSSR über die tschechoslowakische Frage und über den europäischen Frieden auch nur zu beraten. Alle Besprechungen Chamberlains mit Mussolini, seine Reisen zu Treffs mit den faschistischen Diktatoren, seine Abmachungen mit ihnen einschliesslich des Münchener Abkommens – all das geschah hinter dem Rücken der Sowjetregierung, die über die Vorgänge nicht einmal informiert wurde. Der einzige Fall, dass Halifax aus Anlass der Septemberereignisse mit mir Kontakt aufnahm, war unser Gespräch, das am 29. September stattfand, also in dem Augenblick, da sich Chamberlain in München aufhielt und das Schicksal der Tschechoslowakei bereits besiegelt war. Wovon aber war bei diesem Gespräch die Rede? Von Englands Stellungnahme in der tschechoslowakischen Frage? Von den Perspektiven und Richtlinien der Abkommen mit Deutschland und Italien? Nichts dergleichen! In dem Gespräch vom 29. September wollte mir Halifax auseinandersetzen, warum sich England und Frankreich zu einer Konferenz mit den faschistischen Diktatoren ohne die UdSSR bereit erklärt hatten, aber sein Rechtfertigungsversuch war schlimmer als die schärfste Anklage der Politik Chamberlains. Hier der Wortlaut dessen, was Halifax sagte, zitiert nach seinen eigenen Aufzeichnungen unseres Gesprächs:

«Wir müssen alle den Tatsachen Rechnung tragen, und eine dieser Tatsachen ist, dass die Häupter der deutschen und der italienischen Regierung in der gegenwärtigen Situation, wie ihm» (d.h. mir – *I.M.*) «sehr wohl bekannt ist, an einer Konferenz, auf der auch die Sowjetregierung vertreten ist, nicht teilnehmen möchten. Es erscheint uns ausserordentlich wichtig, und ich glaube, es ist auch für ihn wichtig, dass die strittigen Fragen so oder anders auf dem Verhandlungswege beigelegt werden, um einen Krieg zu vermeiden. Und gerade diese Erwägung veranlasste den Premierminister, gestern an Hitler den Appell zur Anberaumung einer Konferenz ergehen zu lassen, zu der auch andere eingeladen werden können, falls Hitler dies wünscht.»\*

\* «DBFP», Third Series, vol. II, L, 1949, pp. 623-624.



Damit stellte der britische Aussenminister seiner Regierung wirklich ein Armutszeugnis aus. In der Tat, wie war nach Halifax damals die Lage? Hitler bildete den Mittelpunkt, um den sich alles drehte. Ihn flehte der Premier Grossbritanniens an, eine Beratung anzuberaumen, von ihm hing auch die Zusammensetzung dieser Beratung ab. Chamberlain selber war nicht imstande, irgend etwas zu unternehmen. Er stellte keinerlei Bedingungen, äusserte nicht einmal irgendwelche Wünsche. Er nahm lediglich voller Dankbarkeit die Almosen entgegen, die ihm der Nazi-Diktator je nach Laune zukommen liess. Schwerlich konnte man sich eine schlimmere Demütigung für den Regierungschef einer der grössten Weltmächte vorstellen, die zu jener Zeit noch in allen Gegenden der Erde Besitzungen hatte.

Ich machte Halifax gegenüber aus meinen wahren Gefühlen kein Hehl und sagte ihm ganz offen, was ich von seinen Worten und von Chamberlains internationaler Politik hielt. Besonders betonte ich, dass die Schwäche der britischen Regierung während der Ereignisse von 1938 die Gefahr eines zweiten Weltkriegs nicht hinausgeschoben, sondern im Gegenteil näher gebracht hatte. Leider «vergass» Halifax jedoch, meine Einwände in seinen Notizen über jenes Gespräch wiederzugeben. Dies passiert übrigens in den englischen diplomatischen Schriftstücken öfter.

Welche Konsequenzen zog ich, musste ich aus der bitteren Lehre der tschechoslowakischen Tragödie ziehen?

Sie waren einfach, jedoch wenig tröstlich. Ich sagte mir: ‚So erfüllt also Daladiers Frankreich seine vertraglichen Verpflichtungen! So befolgt Chamberlains England die Forderungen der Völkerbundssatzungen!‘

## Chamberlains Gaunertrick

Im November 1938, als sich die Erregung über das Münchener Abkommen etwas gelegt hatte, spielte sich ein weiterer ernster Vorfall ab.

Wie bereits gesagt, unterzeichneten Chamberlain und Mussolini am 16. April 1938 einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. Um die englische öffentliche Meinung einigermaßen zu beschwichtigen, hatte Chamberlain jedoch versprochen, dieser Vertrag werde erst ratifiziert, nachdem die italienischen Truppen entsprechend dem Plane des «Nichteinmischungsausschusses» aus Spanien abgezogen sind. Dieser Plan wurde nach langen Diskussionen und vielem Hin und Her schliesslich am 5. Juli 1938 angenommen. Darin war vorgesehen, dass die Zahl der abziehenden Kampfteilnehmer auf der Seite, wo weniger von ihnen eingesetzt waren, 10'000 zu betragen habe, während die Seite mit der grösseren Zahl solcher Kämpfer den entsprechenden Prozentsatz aller bei ihr kämpfenden Ausländer evakuieren müsse. Konkret bedeutete das Folgendes: Auf Seiten der republikanischen Regierung kämpften im Sommer 1938 etwa 12'000 Mann in den berühmten Internationalen Brigaden; 10'000 ausländische Kampfteilnehmer auf republikanischer Seite machten also 80 Prozent ihrer Gesamtzahl aus; auf Seiten Francos dagegen kämpften zu jener Zeit rund 130'000 Mann, darunter mindestens 100'000 Italiener, und so hätte Franco entsprechend dem Plan des Ausschusses mindestens 80'000 Italiener nach Hause schicken müssen. Das passte ihm begreiflicherweise nicht in den Kram, und er begann im Herbst 1938 mit einer Verzögerungstaktik, wobei ihn die Deutschen und Italiener nach Kräften unterstützten.

Im September 1938 verzichtete die republikanische Regierung, ohne das Ende der Verhandlungen im Nichteinmischungsausschuss über den beiderseitigen proportionalen Abzug der ausländischen Kampfteilnehmer abzuwarten, durch einseitigen Beschluss überhaupt auf die Hilfe der Internationalen Brigaden.

Auf ihren Wunsch hin besuchte eine Sonderkommission des Völkerbundes das republikanische Spanien und bestätigte die strikte Einhaltung dieses Beschlusses durch die Republikaner. Franco geriet in eine heikle Lage und entschloss sich zu einer «schönen Geste». Er erklärte sich bereit, 10'000 ausländische Kampfteilnehmer zurückzuschicken. Selbst wenn diese 10'000 nur Italiener gewesen wären, hätten sie lediglich 10 Prozent der Gesamtzahl aller auf Seiten Francos kämpfenden Italiener ausgemacht. Dabei verlangte der Plan des Nichteinmischungsausschusses den Abzug von mindestens 80 Prozent bzw. 80'000 Italienern. Francos Vorschlag war ein plumper Gaunertrick, und es lag für jedermann auf der Hand, dass er alles andere als die Erfüllung des vom Ausschuss vorgemerkten Plans bedeutete. Solange aber dieser Plan nicht erfüllt war, hatte Chamberlain nach seinem eigenen Versprechen vom April 1938 kein Recht, den englisch-italienischen Vertrag zu ratifizieren.

Doch dies war noch vor München. Jetzt, nach München, war der britische Premier «klüger» geworden. Ich weiss noch, dass ich Halifax in unserem Gespräch am 11. Oktober unumwunden fragte, ob die britische Regierung den Abzug von 10'000 Italienern aus Spanien als hinreichend ansehe, um den englisch-italienischen Vertrag zu ratifizieren. Halifax<sup>4</sup> Antwort war zweideutig und unklar. Er liess sich des Langen und Breiten darüber aus, dass man die Frage des Abzugs vom Standpunkt allgemeinerer Probleme betrachten, vor allem davon ausgehen müsse, das «spanische Problem», diese Ursache «akuter internationaler Besorgnis», so schnell wie möglich überhaupt zu liquidieren. Und zum Schluss stellte Halifax fest, «diese Erwägung» (d.h. die schnellste Liquidierung des «spanischen Problems» – *I. M.*) «sei weitaus wichtiger als genaue Zahlen über den Abzug der Italiener oder Untertanen irgendeiner anderen Macht aus Spanien».\*

Alles war klar. Die Regierung Chamberlain wollte das republikanische Spanien so schnell wie möglich abwürgen und war daher gern bereit, bei Francos Gaunereien ein Auge zuzudrücken.

---

\* «DBFP», Third Series, vol. III, L., 1950, p. 331.

Und das tat sie schliesslich auch. Den Abzug von 10'000 Italienern stellte Chamberlain als Erfüllung des Ausschussplans durch Franco hin, und nach diesem Gaunertrick ratifizierte die britische Regierung am 16. November 1938 den englisch-italienischen Vertrag.

Ich konnte im Stillen nur noch einmal wiederholen:

„So steht also Chamberlains England zu seinem Wort!“

## An der Schwelle des Jahres 1939

Bei Anbruch des neuen Jahres 1939 zog ich unwillkürlich die Bilanz meiner sechsjährigen Tätigkeit als Botschafter der UdSSR in London. Diese Bilanz war keineswegs erfreulich.

1932 war ich mit den besten Absichten hierhergekommen und hatte im Verlaufe der sechs Jahre, die Weisungen der Sowjetregierung befolgend, grösste Anstrengungen gemacht, um die Beziehungen zwischen England und der UdSSR zu verbessern. Dies entsprach auch meinen persönlichen Empfindungen und Bestrebungen: von Jugend an brachte ich dem englischen Volk, seiner hohen Kultur, seiner prachtvollen Literatur Sympathie und Achtung entgegen. Ich hatte den aufrichtigen Wunsch, zu einer dauerhaften Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern beizutragen. Es war mir bekannt, dass Millionen und aber Millionen sowjetischer Menschen das gleiche anstrebten wie die Sowjetregierung. Und jetzt, im siebenten Jahre meiner Londoner Tätigkeit, musste ich mit Bitterkeit feststellen, dass alle diese Bemühungen höchst bescheidene Früchte gebracht hatten.

Gewiss, zwischen der Sowjetunion und England war (nach hartem Kampf!) ein provisorisches Handelsabkommen zustande gekommen. Gewiss, die englisch-sowjetischen Beziehungen waren danach im Laufe eines Jahres so, dass man sie als «freundschaftlich» bezeichnen konnte. Gewiss, ich hatte in der herrschenden Klasse Englands viele kluge, weitsichtige und einflussreiche Persönlichkeiten getroffen und mit ihnen gute Bekanntschaft geschlossen... Das alles war gut und nützlich für die UdSSR, für England und für den Weltfrieden.

Trotzdem befand sich die Macht in diesem Lande fest in Händen der reaktionärsten Elemente der Konservativen Partei. Trotzdem war Chamberlain Premierminister Grossbritanniens und Lord Halifax Aussenminister. Trotzdem bestimmte Cliveden die Generallinie der offiziellen Regierungspolitik. Trotzdem richtete sich diese offizielle Politik eindeutig gegen die UdSSR und die Prinzipien der kollektiven Sicherheit, spekulierte sie

darauf, Deutschland und die Sowjetunion aufeinander zu hetzen und brachte diesem Ziel mehrere Länder und Völker zum Opfer. Das Beispiel Österreichs, der Tschechoslowakei und Spaniens war besonders aufschlussreich...

Und was versprach die Zukunft?

Der europäische Horizont war von düsteren Wolken verhüllt. Ein zweiter Weltkrieg konnte nur durch einträchtige vereinte Bemühungen der UdSSR, Englands, Frankreichs und der USA vermieden werden. Praktisch gesehen, war die Zusammenarbeit Londons und Moskaus besonders wichtig. In einer öffentlichen Versammlung in Winter 1938/39 erklärte ich ohne Umschweife, dass die Frage Krieg oder Frieden letzten Endes von den Beziehungen zwischen England und der UdSSR abhängt. Doch all das, was ich in den sechs Jahren meiner Londoner Tätigkeit gesehen und beobachtet und was sich 1938 in Europa abgespielt hatte, machte eine enge Zusammenarbeit der Mächte, die an einem Krieg nicht interessiert waren, ziemlich unwahrscheinlich. Vor allem bestand keine Aussicht, dass sich Chamberlain zu einer solchen Zusammenarbeit bereit erklären würde...

Natürlich würde ich auch in so ungünstigen Verhältnissen alles nur Menschenmögliche tun, um eine Annäherung zwischen London und Moskau herbeizuführen, denn das war meine Pflicht als sowjetischer Botschafter, darin lag die Hoffnung, den zweiten Weltkrieg, wenn nicht zu verhindern, so doch wenigstens hinauszuschieben.

Trotzdem traten wir ins Jahr 1939 mit trüben Vorahnungen ein, wir trugen die schwere Last eines tiefen Misstrauens gegen die damalige Regierung Englands, vor allem aber gegen ihren Chef Neville Chamberlain. Das war jener psychologische Hintergrund, auf dem sich die Ereignisse dieses unheilvollen Jahres abzeichneten...

Ich bin durchaus nicht deshalb so ausführlich auf meine damaligen Stimmungen, Gedanken und Gefühle eingegangen, weil ich ihnen eine besondere, persönliche Bedeutung beimesse. Ich bin darauf eingegangen, weil sie wahrheitsgetreu widerspie-

geln, was das Sowjetvolk, der Sowjetstaat, die Sowjetregierung dachten und fühlten. Meine Denkweise gab im Kleinen die Denkweise des ganzen Sowjetvolkes genau wieder und verdient nur deshalb, vom Leser beachtet zu werden.

# Das Jahr 1939



Alles bisher Geschilderte ist lediglich die Vorgeschichte der Dreierbesprechungen über einen Beistandspakt zwischen der UdSSR, England und Frankreich. Darum bin ich auf die Ereignisse von 1932-1938 nur kurz eingegangen, habe viele manchmal sehr charakteristische Einzelheiten weggelassen und die Ereignisse im Massstabe von Monaten, sogar von Jahren aufgezeigt. Jetzt komme ich zu meinen eigentlichen Erinnerungen an die Dreierbesprechungen, d.h. zum Hauptthema dieses Buches, und bin gezwungen, einen anderen Massstab bei der Wiedergabe der Tatsachen und Ereignisse anzulegen. Von nun an geht es nicht um Monate, sondern um Wochen, Tage, ja in einzelnen Fällen sogar um Stunden. So wird es richtiger, anschaulicher und überzeugender sein.

## Die Annexion der Tschechoslowakei und Chamberlains Manöver

Am 10. März 1939 hielt Innenminister Samuel Hoare, ein Cliveden-Mann bis auf die Knochen, in London eine grosse Rede. Darin malte er die nach München entstandene europäische Situation in den rosigsten Farben und erklärte, England und Frankreich dächten nicht daran, jemand zu überfallen. Weiter betonte er, Deutschland und Italien hätten wiederholt Versicherungen ihrer Friedensliebe abgegeben, und fuhr dann fort:

«Was wäre, wenn in dieser Situation des wachsenden Vertrauens ein Fünfjahrplan verwirklicht würde, der unvergleichlich grösser wäre als ein beliebiger Fünfjahrplan, den irgendein einzelnes Land in den letzten Jahren zu realisieren suchte? Was wäre, wenn es im Laufe von fünf Jahren keine Kriege, kein Gerede von einem Krieg gäbe, wenn sich die Völker Europas von dem Alpdruck, der auf ihnen lastet, und von der unerträglichen Bürde der Rüstungsausgaben erholen könnten? Wären sie dann nicht imstande, alle die erstaunlichen Entdeckungen und Erfindungen unserer Zeit zu nutzen, um ein goldenes Zeitalter zu schaffen, in dem die Armut auf ein Minimum reduziert, der allgemeine Lebensstandard aber ein nie dagewesenes Niveau erreichen würde?... Den Führern der Welt bieten sich hier grossartige Möglichkeiten. Fünf Männer in Europa» (Hoare meint die Leiter Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und der UdSSR – *I. M.*) «könnten, durch Einheit der Ziele und Taten verbunden, in unglaublich kurzer Frist die ganze Weltgeschichte ummodeln... Unser Premier hat bereits bewiesen, dass er mit Leib und

Seele bereit ist, ohne Zaudern diesem Ziele zuzustreben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass andere europäische Leiter ihn bei diesem edlen Bestreben nicht unterstützten.»\*

Wenn man heute Samuel Hoares Rede noch einmal durchliest, kann man sich schwerlich ein beredteres Beispiel von Heuchelei, Sturheit und völliger Unkenntnis der tatsächlichen Weltlage vorstellen. (Übrigens sprach Halifax nach München vom Anbruch eines fünfzigjährigen Friedens in Europa!) Trotzdem kam sie auch damals, im März 1939, den nüchterner denkenden und ernstesten Politikern als lächerlich und sogar gefährlich vor, weil sie angetan war, grosse Teile der Bevölkerung einzulullen und angesichts der ausserordentlich ernstesten Kriegsgefahr psychologisch zu entwaffnen. Das reale Leben enthüllte sehr bald den wahren Wert dieses Schaumgolds, mit dem der Innenminister so verschwenderisch umgegangen war.

Genau fünf Tage nach Samuel Hoares Rede, am 15. März, überfiel Hitler blitzartig die Tschechoslowakei, besetzte Prag, erklärte Böhmen und Mähren zum deutschen Protektorat und machte aus der Slowakei einen selbständigen Staat. Europa wurde von einem politischen Erdbeben erschüttert. Das Münchener Abkommen war keinen Pfifferling mehr wert.

Und Chamberlain?

Am gleichen Tage, dem 15. März, sah sich der Premier gezwungen, im Unterhaus zur Annexion der Tschechoslowakei Stellung zu nehmen. In Worten musste er natürlich Hitlers Vorgehen verurteilen, aber er hielt es nicht für nötig, dem Parlament praktische Massnahmen zu empfehlen. Chamberlain wiederholte noch immer stansinnig, er werde auch weiterhin anstreben, dass unter allen Mächten aufs Neue eine Atmosphäre der Verständigung und des guten Willens herrsche und internationale Streitfragen auf dem Verhandlungswege beigelegt würden. Er betonte ferner, er halte seine Münchener Politik trotz aller Geschehnisse für richtig und sei gewiss, dass sie die Sympathie der Weltöffentlichkeit genieesse.

---

\* «The Times», March 11, 1939.

Chamberlains Standpunkt löste nicht nur bei der Opposition – den Labouristen und Liberalen –, sondern auch bei gewissen Elementen der Konservativen Partei eine stürmische Reaktion aus. So kritisierte beispielsweise Eden die Aussenpolitik der Regierung scharf und wies mahndend daraufhin, dass der Annexion der Tschechoslowakei weitere Aggressionsakte der faschistischen Diktatoren folgen würden. Eden forderte energisch die Bildung einer Koalitionsregierung aller Parteien, die sich den wirksamen Kampf gegen die Aggression zur Aufgabe machen und zu diesem Zweck mit den anderen friedliebenden Staaten eng Zusammenarbeiten sollte.\*

Am nächsten Tag, dem 16. März, griff die englische Presse einmütig Deutschland an und erklärte offen, man dürfe Hitler nicht glauben. Die «Times» bezeichnete die Annexion der Tschechoslowakei als einen «grausamen und brutalen Unterdrückungsakt»; der «Daily Telegraph» charakterisierte sie als «ungeheuerliches Verbrechen»; der «Daily Herald» nannte Hitlers Aggression ein «Postskriptum zu München» und rief das Land auf, zusammen mit Frankreich, der UdSSR und den USA den Widerstand gegen die faschistischen Diktatoren zu organisieren; die Eden nahestehende «Yorkshire Post» erklärte, man dürfe den Versprechungen der Nazis kein solches Vertrauen entgegenbringen, wie dies die britische Regierung in letzter Zeit getan habe. Im gleichen Sinne äusserten sich auch die anderen Presseorgane.

Es lag auf der Hand, dass die breite Öffentlichkeit und die politischen Kreise Englands, vor allem die Arbeitermassen, nicht nur über Hitlers Aggression, sondern auch über das Verhalten ihrer eigenen Regierung tief empört waren. In dieser Situation sah sich Chamberlain gezwungen, zu manövrieren. Er schaltete sehr rasch um. Bereits am 17. März, also zwei Tage nach seinen Äusserungen im Parlament, hielt der Premier auf einer Versammlung der Konservativen in Birmingham eine grosse Rede. Wie die folgenden Ereignisse zeigten, hatte sich Chamberlain «der Brave» nicht die Spur geändert, dafür war aber der Ton sei-

---

\* «Parliamentary Debates. House of Commons», vol. 345, col. 435-462.

ner Rede ein völlig anderer als zwei Tage zuvor. Diesmal entschuldigte sich der Premier wegen seiner übertriebenen Mässigung im Parlament, die er damit erklärte, dass die damaligen Informationen über die Ereignisse in der Tschechoslowakei unvollständig gewesen seien. Er wandte sich scharf gegen Hitlers aggressives Vorgehen und schwor, England werde allen Versuchen Deutschlands, die Weltherrschaft an sich zu reissen, äussersten Widerstand leisten. Auf die Frage aber, was denn zu tun sei, um dieser Gefahr zu steuern, antwortete der Premierminister sehr nebelhaft, sogar zweideutig. So versäumte er nicht, unter anderem zu erklären, dass er dagegen sei, unbestimmte Verpflichtungen zu übernehmen, die dann unter heute noch nicht absehbaren Bedingungen eingelöst werden müssten. In eine einfachere Sprache übersetzt, bedeutete dies, dass Chamberlain mit anderen Ländern (natürlich meinte er in erster Linie die UdSSR – *I. M.*) keine Beistandspakte allgemeineren Charakters schliessen wollte.

Am nächsten Tag, dem 18. März, unternahm Chamberlain ein weiteres Manöver, dessen Tragweite er damals vermutlich nicht voraussah. Gleich nach der Annexion der Tschechoslowakei durch Hitler wurden in Europa hartnäckig (möglicherweise von Berlin inspirierte) Gerüchte verbreitet, Deutschlands nächstes Opfer werde Rumänien sein. In London kolportierte der rumänische Gesandte Tilea diese Gerüchte besonders eifrig. In der gespannten Atmosphäre jener Tage klangen sie äusserst glaubwürdig, denn ein neuer «Sprung», diesmal nach Rumänien mit seinem Erdöl, entsprach durchaus den aggressiven Gelüsten des «Führers». Alle hielten das für möglich, sogar für wahrscheinlich. Die erwähnten Gerüchte kamen der britischen Regierung zu Ohren und versetzten sie in grosse Aufregung.

Die Folge war, dass am Morgen des 18. März der englische Botschafter in Moskau, Seeds, den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, M. M. Litwinow, aufsuchte und ihn im Auftrag seiner Regierung fragte, was die UdSSR bei einem Überfall Hitlers auf Rumänien zu tun gedenke. Am Abend desselben

Tages antwortete Litwinow im Auftrag der Sowjetregierung, das beste Kampfmittel gegen die über Rumänien heraufbeschworene Gefahr wäre die unverzügliche Einberufung einer Konferenz von Vertretern Englands, Frankreichs, der UdSSR, der Türkei, Polens und Rumäniens. Die Sowjetregierung sei der Ansicht, fügte Litwinow hinzu, dass es aus psychologischen Gründen am besten wäre, eine solche Konferenz in Bukarest abzuhalten, sie würde sich jedoch mit jedem anderen von allen Konferenzteilnehmern für geeignet befundenen Ort einverstanden erklären.

So begannen 1939 die Dreierverhandlungen der UdSSR, Englands und Frankreichs, denen es beschieden war, die Ereignisse unmittelbar vor Ausbruch des zweiten Weltkriegs so massgebend zu beeinflussen.

Hier ist es angebracht, den Bericht kurz zu unterbrechen und sich anzusehen, womit jeder Partner zu diesen Verhandlungen kam.

Der sowjetische Partner erstrebte mehr denn je *die Erhaltung des Friedens*. Er begriff den ganzen Ernst der Gefahr eines zweiten Weltkriegs und war bereit, von jedem geeigneten Mittel Gebrauch zu machen, um ihn abzuwenden oder wenigstens hinauszuschieben. Die Sowjetunion gab sich keinerlei Illusionen hin. Die früheren Erfahrungen hatten lediglich ihr Misstrauen gegenüber der britischen Regierung und namentlich gegenüber Chamberlain sowie ihren Unwillen bis zum Äussersten gesteigert, doch war man sowjetischerseits der Ansicht, dass man sich in der internationalen Politik nicht von Gefühlen, sondern von der Vernunft leiten lassen müsse. Deshalb erachtete die sowjetische Seite sogar jetzt, nach allen Enttäuschungen der vorangegangenen Jahre, den Versuch für geboten, eine Zusammenarbeit mit England und Frankreich zum Kampf gegen die Aggressoren in die Wege zu leiten. Die Vertreter der Sowjetunion hofften immer noch, die Tragödie der Tschechoslowakei hätte vielleicht sogar der Cliveden-Clique gezeigt, wie gefährlich, und zwar für England selber gefährlich, die «Befriedung» Hitlers sei, und die Regierung Chamberlain werde sich infolgedessen doch endlich

zu einer wirksamen Zusammenarbeit mit der UdSSR entschliessen, um einen zweiten Weltkrieg zu verhindern. Selbst gesetzt den Fall, dass diese Hoffnung letzten Endes illusorisch wäre, musste versucht werden, sich mit Chamberlain und Daladier zu einigen. Deshalb antwortete die sowjetische Regierung mit so phänomenaler Schnelligkeit (am selben Tag!) auf die Anfrage der britischen Regierung vom 18. März und machte ihr einen Vorschlag, der die Bereitschaft bekundete, wirklich effektive Massnahmen gegen die Rumänien drohende Gefahr zu ergreifen.

Ganz anders verhielt sich die britische Seite, d.h. genauer gesagt, die Regierung Chamberlain. Wie die weiteren Ereignisse zeigten, hatte die Cliveden-Clique aus der Tragödie der Tschechoslowakei absolut nichts gelernt. Die Generallinie der Chamberlain-Regierung wurde nicht um ein Jota geändert. *Diese Regierung spekulierte nach wie vor in erster Linie auf einen deutsch-sowjetischen Krieg*, und deshalb hatte sie keinerlei Interesse daran, sich mit Hitler zu entzweien. Chamberlain (ich nehme ihn hier und auch weiterhin nicht nur als Person, sondern darüber hinaus als Sinnbild für die Mehrheit der Konservativen Partei) setzte gegenüber der Sowjetunion immer noch seine Politik des Klassenhasses fort\* und war von dieser Passion so geblendet, dass er den Abgrund, der sich damals immer deutlicher vor Grossbritannien auftat, nicht sah, ja gar nicht sehen wollte. Daraus resultierte auch sein Verhalten bei den Verhandlungen von 1939. Wäre es dem englischen Premier wirklich um die Erhaltung des Friedens zu tun gewesen, wie er dies mehrfach behauptete, so

---

\* Keith Feiling, der Neville Chamberlains Biographie geschrieben hat, zitiert folgende Sätze aus einem Brief, den Chamberlain am 26. März 1939 an seine Schwester schrieb:

«Ich muss gestehen, dass ich Russland gegenüber tiefstes Misstrauen hege. Ich glaube absolut nicht an seine Fähigkeit, schlagkräftige Offensivoperationen durchzuführen, selbst wenn es dies wollte. Und ich traue seinen Motiven nicht, die, wie mir scheint, mit unseren Freiheitsbegriffen sehr wenig gemein haben. Es hat lediglich im Sinne, alle anderen niederzuwalzen.» (Keith Feiling, *The Life of Neville Chamberlain*, L., 1946, p. 403).

Wir sehen, unser damaliges Misstrauen gegen Neville Chamberlain hatte seine guten Gründe.

wäre er mit Freude auf den Vorschlag der Sowjetunion vom 18. März eingegangen. In diesem Falle hätten die darauffolgenden Ereignisse einen ganz anderen Verlauf genommen. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, dass es unter diesen Umständen überhaupt nicht zum zweiten Weltkrieg gekommen wäre. Chamberlain aber blieb hartnäckig bei seiner fixen Idee (dem sowjetisch-deutschen Krieg) und unterliess es deshalb, am 18. März bereitwillig in die ausgestreckte Hand der UdSSR einzuschlagen; er verlegte sich vielmehr darauf, *alle Versuche einer ehrlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetregierung systematisch zu sabotieren*, und diese Sabotage zog sich wie ein roter Faden bis zum Ende der Verhandlungen durch das Verhalten des britischen Partners. Chamberlain war von der Unfehlbarkeit seiner politischen Spekulationen und von der Unvermeidlichkeit eines deutsch-sowjetischen Konfliktes so felsenfest überzeugt, dass er gar nicht merkte, wie sich der Krieg an sein eigenes Land viel früher als an die Sowjetunion heranschlich. Übrigens werde ich darauf im Weiteren ausführlicher eingehen.

Ja, die Sabotage der Verhandlungen mit der UdSSR (anders kann man das gar nicht nennen) begann am 18. März 1939. Am 19. März erhielt ich morgens ein Telegramm aus Moskau, das mich über die Gespräche informierte, die am Vortag zwischen Seeds und Litwinow stattgefunden hatten. Eingedenk der tendenziösen «Subjektivität» Sir Esmond Oveys während des englisch-sowjetischen Konfliktes wegen der Metropolitan-Vickers im Jahre 1933 und der sehr ungenauen Berichte, die er über seine Gespräche mit Litwinow nach London geschickt hatte, beschloss ich, Halifax diesmal gleichlaufend mit den englisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau über alles, was dort vor sich ging, auch von mir aus zu informieren. So konnte ich einer Falschmeldung von Seeds leichter vorbeugen, falls er es sich einfallen lassen sollte, Oveys Beispiel zu folgen. Der Gerechtigkeit halber muss jedoch festgestellt werden, dass Seeds uns während der Dreierverhandlungen niemals Anlass gab, ihn einer Unredlichkeit zu beschuldigen.

Sobald ich also am Morgen des 19. März aus Moskau über die Gespräche zwischen Seeds und Litwinow informiert worden war, ersuchte ich um eine Zusammenkunft mit Halifax und wiederholte ihm, was Litwinow zu Seeds gesagt hatte. Halifax dankte mir für die Mitteilung und erklärte sofort, die britische Regierung habe den sowjetischen Vorschlag zur unverzüglichen Einberufung einer Sechsmächte-Konferenz bereits am 19. März morgens erörtert und eine solche Konferenz für unzweckmässig erkannt.

Ich fragte, wieso?

Halifax' Antwort war äusserst bemerkenswert. Der britische Aussenminister brachte zwei Argumente vor: Erstens habe die britische Regierung im Moment keine hinreichend verantwortliche Persönlichkeit, die sie zu dieser Konferenz beordern könne; zweitens sei es riskant, eine Konferenz anzuberaumen, von der man nicht wisse, wie sie enden würde.

Ich blickte Halifax erstaunt an und verhehlte nicht, dass ich diese Argumente für ganz und gar nicht überzeugend ansah. Unter anderem äusserte ich die Meinung, dass die Konferenz keinen ungünstigen Verlauf nehmen könne, wenn sich die UdSSR, England und Frankreich einig sind. Halifax war jedoch anderer Ansicht, und ich zog hieraus die einzig mögliche Schlussfolgerung, dass er offenbar an die Möglichkeit einer Eintracht zwischen der UdSSR einerseits, England und Frankreich andererseits nicht glaube. Dies war schon an und für sich bezeichnend. Abschliessend stellte Halifax fest, die britische und die französische Regierung, die sich völlig über die Notwendigkeit unverzüglichen Handelns klar seien, zögen jetzt anstelle des sowjetischen Vorschlags eine andere Massnahme in Erwägung. Einer genaueren Antwort auf die Frage, um welche Massnahme es sich handle, wick er jedoch aus.\*

Dies stellte sich zwei Tage später, am 21. März, heraus. Die Engländer und die Franzosen schlugen vor, unverzüglich eine von vier Mächten – England, Frankreich, der UdSSR und Polen

---

\* «DBFP», Third Series, vol. V, L., 1952, p. 392.



– unterzeichnete Deklaration zu veröffentlichen, in der es hiess, dass die genannten Mächte im Falle einer neuerlichen Aggression sofort zusammentreten werden, um über Gegenmassnahmen zu beraten.

Die Sowjetregierung antwortete auch diesmal umgehend: Am 22. März wurde Seeds durch Litwinow informiert, und am 23. März teilte ich dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Cadogan, mit, dass die UdSSR, obwohl sie diese Massnahme für nicht hinreichend effektiv erachte, doch bereit sei, die vorgeschlagene Deklaration zu unterzeichnen, sobald Frankreich und Polen sie unterschrieben haben. Am gleichen Tage, dem 23. März, erklärte Chamberlain im Parlament, er sei dagegen, dass in Europa Blocks von Mächten, die zueinander in Opposition stehen, gebildet werden.\* Das verringerte den ohnehin fraglichen Wert der von den Engländern und Franzosen vorgeschlagenen Viermächte-Deklaration noch mehr.

Doch auch dieser politisch saft- und kraftlosen Deklaration war es nicht beschieden, das Licht der Welt zu erblicken. Polen lehnte es ab, gemeinsam mit der UdSSR zu unterzeichnen. Chamberlain und Daladier aber hielten es nicht für nötig, Polen entsprechend zu beeinflussen. Am 23. März erklärte Cadogan in einem Gespräch mit mir das Verhalten der polnischen Regierung aus ihrer Befürchtung, sich durch ein so offenes Zusammengehen mit der UdSSR den Zorn Deutschlands zuzuziehen.\*\* Ich gebe zu, dass dieses Motiv bei der Weigerung der Polen, die Deklaration zu unterzeichnen, eine gewisse Rolle gespielt haben mag, ausschlaggebend war jedoch etwas anderes. Ausschlaggebend war jene tiefverwurzelte Feindseligkeit der damaligen polnischen Regierung (jener berüchtigten «Regierung der Obersten») gegenüber der Sowjetunion. Diese Feindseligkeit war, wie wir später sehen werden, der letzte Nagel zum Sarge der Dreierbesprechungen im Jahre 1939.

So scheiterte der Entwurf einer Viermächte-Deklaration. Was

---

\* «Parliamentary Debates, House of Commons», vol. 345, col. 1468.

\*\* «DBFP», Third Series, vol. IV, p. 531.

konnte die Cliveden-Clique nun noch tun? Am liebsten hätte sie überhaupt nichts getan, aber das konnte sie sich nicht leisten. In England hatte sich die Empörung über die Annexion der Tschechoslowakei noch nicht gelegt. Am 22. März besetzte Hitler Memel, und Mussolini unterstützte diesen Handstreich durch eine Hetzrede. Das gab der antifaschistischen Stimmung in England einen noch stärkeren Auftrieb. Chamberlain musste erneut zu Manövern greifen, um die aufgebrachte öffentliche Meinung wenigstens einigermaßen zu beschwichtigen. Und da tüftelte er sich ein Verhalten aus, das klipp und klar zeigte, dass er völlig den Kopf verloren hatte.

Am 31. März bat mich der Premier unerwarteterweise für 12 Uhr mittags zu sich. Als ich in sein Arbeitszimmer trat, überreichte er mir ein Schriftstück und sagte:

«Machen Sie sich bitte damit bekannt.»

Rasch überflog ich den maschinegeschriebenen Text. Es war eine offizielle Erklärung der britischen Regierung, sie werde Polen fürderhin bis zum Abschluss der gegenwärtigen Besprechungen mit anderen Mächten unter Einsatz aller ihr zu Gebote stehenden Mitteln helfen, falls inzwischen «irgendeine Aktion» unternommen wird, «die Polens Unabhängigkeit offenkundig gefährdet und von der polnischen Regierung für wichtig genug angesehen wird, um ihr mit nationalen Kräften Widerstand entgegenzusetzen». Dabei forderte England von Polen keinerlei Gegenleistung.

«Diese Erklärung werde ich heute um 2 Uhr im Unterhaus verlesen», teilte mir Chamberlain mit, als ich das Schriftstück gelesen hatte. «Ich hoffe, der Inhalt stösst Ihrerseits auf keine Einwände. Herr Stalin hat ja unlängst in seiner Erklärung auf Ihrem Parteitag versprochen, die Sowjetunion werde jedes Land unterstützen, das einer Aggression zum Opfer fällt und dem Aggressor Widerstand leistet... Kann ich heute im Parlament sagen, dass die Garantie, die wir Polen leisten, von der Sowjetunion gebilligt wird?»

Mich empörte Chamberlains Unverfrorenheit, doch ich wahrte nach aussen hin Ruhe und antwortete:

«Ich verstehe Ihre Bitte nicht. Die britische Regierung hat ohne jede vorherige Beratung mit der Sowjetregierung völlig selbständig beschlossen, Polen Garantien zu geben. Von diesem Beschluss habe ich eben erst, zwei Stunden vor der Verlesung im Unterhaus, erfahren. Ich habe praktisch keine Möglichkeit, mich in einer so kurzen Zeitspanne mit meiner Regierung in Verbindung zu setzen, um deren Meinung über Ihre Deklaration einzuholen; wie kann ich da Ihrer Erklärung zustimmen, die Sowjetregierung billige diese Deklaration? Nein, welcherart der Text dieser Deklaration auch sein mag, auf eigene Verantwortung kann ich Ihnen eine solche Zustimmung nicht geben.»

Chamberlain bedauerte meine Antwort, und wir verabschiedeten uns. Am selben Tag informierte der Premier das Parlament über den Beschluss der Regierung. Das Unterhaus billigte diesen Beschluss. In seinen Begleitworten erklärte Chamberlain zwar nicht, dass die englische Garantie an Polen von der Sowjetunion gebilligt worden sei, immerhin sagte er: «Ich bezweifle nicht, dass die Prinzipien, die unserer Handlungsweise zugrunde liegen, bei der Sowjetunion Verständnis und Sympathie finden.» Mit dieser Andeutung wollte der Premier den Anschein erwecken (er hoffte, das grosse Publikum werde sich in den Einzelheiten nicht auskennen!) als stehe die britische Regierung mit der Sowjetregierung in Verbindung, um gemeinsam Massnahmen zur Bekämpfung der faschistischen Aggression festzulegen. Einen derartigen, und zwar möglichst engen Kontakt forderten damals die demokratisch gesinnten Massen Englands.

Gleichzeitig erhielt Polen eine ähnliche Garantie von Frankreich.

Drei Tage später kam Beck, der polnische Aussenminister und praktische Leiter der «Oberstenregierung», nach London. Er blieb dort drei Tage und verhandelte mit Chamberlain und Halifax. Im Verlaufe dieser Verhandlungen wurde die einseitige englische Garantie an Polen in eine zweiseitige verwandelt, und zwar sollte Polen, falls die britische Unabhängigkeit durch «irgendeine Aktion» gefährdet werde, England ebenfalls zu Hilfe

kommen. Ausserdem wurde beschlossen, Verhandlungen über den Abschluss eines formellen Beistandspaktes zwischen beiden Ländern einzuleiten. Um den Ereignissen ein wenig vorzugreifen, sei hier bemerkt, dass sich diese Verhandlungen aus verschiedenen Gründen sehr in die Länge zogen und der englisch-polnische Beistandspakt erst wenige Tage vor Ausbruch des zweiten Weltkriegs in London unterzeichnet wurde.

Die englische Garantie an Polen war bekanntgegeben, es war auch ein Beistandspakt mit Polen versprochen worden, doch gab es keinerlei Klarheit darüber, was dies in der Praxis zu bedeuten hätte. Am 6. April fragte ich Halifax in einem Gespräch, ob die Garantie durch militärische Besprechungen der Generalstäbe beider Länder bekräftigt werden würde. Die Antwort des Aussenministers war recht bezeichnend:

«Besprechungen der Stäbe sind natürlich nicht ausgeschlossen. Möglicherweise wird man sie für opportun halten. Vorläufig ist aber nichts Bestimmtes darüber beschlossen worden.»

Auf meine weitere Frage, wie der vom Premierminister in seiner Erklärung über die Verhandlungen mit Beck gebrauchte Ausdruck zu verstehen sei, dass jede der beiden Seiten der anderen im Falle einer «direkten» oder «indirekten» Gefährdung ihrer Unabhängigkeit zu Hilfe kommen würde, erwiderte Halifax achselzuckend:

«Ja, das ist zweifellos eine Frage, in der Klarheit geschaffen werden muss, aber darüber werden wir mit der polnischen Regierung noch verhandeln.»\*

Es lag auf der Hand, dass die Garantie an Polen vorläufig nur ein wertloses Blatt Papier darstellte. Ihre künftige Bedeutung war unklar und rätselhaft.

Am 7. April schlug auch Mussolini blitzartig zu und besetzte Albanien. Hartnäckige Gerüchte behaupteten, er werde sich darauf nicht beschränken und auch die griechische Insel Korfu an sich reißen.

In den Kreisen der Cliveden-Clique brach Panik aus. Im Ver-

---

\* «DBFP», Third Series, vol. V, p. 53.

lauf von nur drei Wochen waren drei absolut eindeutige Aggressionsakte zu verzeichnen, und zwar am 15. März gegen die Tschechoslowakei, am 22. März gegen Litauen und nun, am 7. April, gegen Albanien. Ermuntert durch die Friedensapostel aus Paris, London und Washington, waren Hitler und Mussolini frech geworden. Hatte die in Cliveden ausgebrütete Politik einer Übereinkunft mit den Aggressoren gegen die UdSSR tatsächlich Schiffbruch erlitten? Würden die Gegner dieser Politik etwa die Oberhand gewinnen? Nein und tausendmal nein! Damit konnte sich Cliveden nicht abfinden.

Und so machte sich in den politischen Kreisen der Hauptstadt eine fieberhafte Aktivität bemerkbar. Gerade am Vortag hatte der Premier Urlaub genommen, um in Schottland Forellen zu fangen (Chamberlain war leidenschaftlicher Angler), nun aber kehrte er unverzüglich nach London zurück. Er berief eine Sondersitzung des Kabinetts ein, an der die Führer der Liberalen und der Labouropposition teilnahmen. Ein «Verteidigungsrat des Empire» wurde gebildet. In Gibraltar und auf Malta wurden britische Flotteneinheiten bereitgestellt. Halifax protestierte bei dem italienischen Geschäftsträger gegen die Annexion Albaniens und versuchte, ihm mit den «heftigen Gefühlen», die Mussolinis Aggression in England ausgelöst hatte, Angst zu machen. Unterdessen berieten London und Paris pausenlos über die Frage, was nun zu tun sei.

Die Alarmstimmung griff auch auf den europäischen Kontinent über. Frankreich, Belgien und Holland riefen bestimmte Jahrgänge der Reservisten zu den Fahnen; die Mündungen der Schelde und Maas wurden vermint. Italien brachte seine Armee auf 1,2 Millionen Mann, Washington erklärte, das Vorgehen der Aggressoren habe das Vertrauen in die internationalen Beziehungen zerstört, und dies gefährde die Sicherheit der USA.

Unter diesen Umständen sah sich die britische Regierung gezwungen, etwas zu unternehmen, und zwar musste es den Eindruck schnellen, entschiedenen und energischen Handelns erwecken. Infolgedessen erklärte Chamberlain am 13. April im

Parlament, England werde die gleiche einseitige Garantie, wie sie am 31. März Polen gewährt worden war, nunmehr auch Rumänien und Griechenland leisten. Frankreich gab am selben Tag eine ähnliche Erklärung ab.

Erst jetzt, nachdem sich England überstürzt verpflichtet hatte, die Unabhängigkeit dreier Länder zu schützen, hielt es Chamberlain für zeitgemäss, sich an die UdSSR zu erinnern. Am 14. April schlug die britische Regierung der Sowjetregierung offiziell vor, Polen und Rumänien die gleichen einseitigen Garantien zu gewähren, wie England und Frankreich sie am 31. März Polen und am 13. April Rumänien und Griechenland gewährt hatten. Die französische Regierung ihrerseits schlug den Entwurf einer gemeinsamen sowjetisch-französischen Deklaration vor, die auf dem Prinzip gegenseitiger Verpflichtungen beruhen sollte.

Gleichzeitig appellierte Roosevelt am 14. April an Deutschland und Italien, den Frieden zu wahren und auf Aggressionsakte zu verzichten. In Berlin wurde dieser Appell mit unflätigem Geschimpfe beantwortet; Mussolini dagegen erwiderte, er habe nichts anderes im Sinne, als den Frieden und die Zusammenarbeit der Völker zu festigen!... In England und Frankreich fand Roosevelts Appell wärmste Unterstützung. Die UdSSR brachte ihm ebenfalls Sympathie entgegen, und M. I. Kalinin richtete ein freundschaftlich gehaltenes Telegramm an Roosevelt. Praktisch aber war die Stellungnahme des amerikanischen Präsidenten kaum von Bedeutung.

In den Jahren, die seit den hier geschilderten Ereignissen verfließen sind, wurde wiederholt versucht, die von der britischen Regierung im März und April 1939 betriebene Politik einseitiger «Garantien» befriedigend zu erklären. Das fiel nicht leicht, denn vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes, für den die Engländer bekanntlich soviel übrig haben, mutete Chamberlains Verhalten in jenen kritischen Wochen wie Wahnwitz an. Ich erinnere mich, dass Lloyd George gleich nach der Bekanntgabe der «Garantien» für Rumänien und Griechenland im Gespräch mit mir sagte:

«Wie Sie wissen, war ich von Chamberlain niemals hoher Meinung, aber das, was er sich jetzt leistet, überbietet alle Rekorde der Dummheit... Wir geben Polen und Rumänien Garantien, aber was können wir für sie tun, wenn Hitler sie überfällt? Fast nichts! Geographisch liegen diese zwei Länder nicht in unserer greifbaren Nähe. Selbst ihre Versorgung mit Waffen und Munition ist nur über sowjetischen Boden möglich. Der Schlüssel zur Rettung dieser Länder liegt in Ihrer Hand. Ohne Russland ist hier nichts zu machen... Also hätte man sich vor allem mit Moskau einigen müssen. Und was macht Chamberlain?... Ohne sich mit der Sowjetunion verständigt zu haben, faktisch hinter ihrem Rücken, teilt er ‚Garantien‘ an die osteuropäischen Länder aus. Was für ein sträflicher Unsinn! So tief ist die britische Diplomatie gesunken!»

Lloyd Georges Worte enthielten ein gut Teil Wahrheit. Für jemand, der sich in der Politik auch nur einigermaßen auskannte, lag es auf der Hand, dass England und Frankreich, selbst wenn sie ihren Verpflichtungen gewissenhaft nachkommen würden, Polen und Rumänien keine tatsächlich wirksame Hilfe hätten leisten können. Bestenfalls würde diese Hilfe lediglich in militärischen Operationen bestehen, um einen Teil der deutschen Truppen an der französisch-deutschen Grenze zu fesseln, in der Verhängung einer Seeblockade gegen Deutschland und in englisch-französischen Luftangriffen auf Deutschland. Hitler würde auf alle Fälle genug Streitkräfte behalten, um die polnische und die rumänische Armee rasch zu zerschlagen. Welchen realen Wert hatten unter diesen Umständen die englisch-französischen «Garantien»? Und wie würden England und Frankreich dastehen, wenn sich bei der Erprobung dieser «Garantien» ihre militärische Ohnmacht herausstellte?

Ja, Chamberlains Verhalten stand in krassem Gegensatz zur üblichen Vorsicht und Umsicht der britischen Aussenpolitik. Es mutete wie ein Bruch mit den diplomatischen Traditionen der Vergangenheit an, und einen Augenblick lang hatte ich sogar den Eindruck, als ob sich daraus ganz gegen den Willen Cham-

berlains weittragende, für den Frieden günstige Konsequenzen ergeben könnten. Aber die Macht der Cliveden-Clique und ihre Borniertheit in aussenpolitischen Fragen brachten mich schnell von solchen Gedanken ab. Sehr bald zeigte sich, dass Chamberlain unverbesserlich war, dass seine politische Generallinie, die darauf hinauslief, Deutschland und die UdSSR gegeneinander zu hetzen, voll in Kraft blieb. Wie war dann die Politik der «Garantien» zu erklären?

Wäge ich heute, nach so vielen Jahren, alles ab, was ich 1939 gesehen und beobachtet, und alles, was ich seitdem aus Nachkriegsbüchern, -erinnerungen und -dokumenten erfahren habe, so bin ich geneigt, diese Frage folgendermassen zu beantworten.

Chamberlain blieb seiner politischen Linie im März und April 1939 genauso treu wie zuvor. Infolgedessen fand er sich ohne Weiteres mit dem bereits Tatsache gewordenen Ende Österreichs, der Tschechoslowakei, des Memellandes und Albaniens ab und hätte sich auch ebenso leicht mit dem zu erwartenden Ende Rumäniens und Polens abgefunden. Da Chamberlain, wie wir wissen, ausserordentlich engstirnig und starrköpfig war, steuerte er geradenwegs und ohne sich umzusehen auf sein Ziel zu. Ausserdem hatte er die mächtige Rückendeckung Clivedens, dessen führender Mann er damals war.

Der Premier geriet jedoch in den Strudel von Ereignissen, die sich seiner Macht entzogen. Die dreisten faschistischen Aggressionsakte hatten in Frankreich sowie in einer ganzen Reihe kleinerer Länder (Belgien, Holland, der Schweiz, Dänemark, Norwegen, Schweden usw.), die durch politische oder wirtschaftliche Interessen mit Grossbritannien verbunden waren, ernste Besorgnis ausgelöst. Unabhängig davon, ob diese Länder mit England in irgendeinem Vertragsverhältnis standen oder nicht, fühlten sie sich spontan zu London hingezogen, dort suchten sie jetzt Schutz vor der plötzlich hereingebrochenen Gefahr.

Diese dreisten faschistischen Aggressionsakte lösten auch in Grossbritannien selber höchste Entrüstung und Besorgnis unter der Öffentlichkeit aus. Leute der verschiedensten Anschauun-



gen und gesellschaftlichen Stellung (einschliesslich bedeutender Teile der Bourgeoisie) fragten sich unwillkürlich: Wohin steuert England? Wohin steuert Europa? Treibt die Welt tatsächlich einer faschistischen Diktatur entgegen? Kann die Politik der Regierung richtig sein, wenn sie Hitlers und Mussolinis Aggressionslust steigert?... Und viele, sehr viele (vor allem aber die breiten Arbeitermassen) antworteten darauf: «Nein, die Politik der Regierung ist falsch, sogar verbrecherisch. Es gibt in der Welt genügend Kräfte, um die faschistischen Aggressoren zu schlagen, auf jeden Fall aber, um ihrer Aggression Einhalt zu gebieten. Es gilt nur, diese Kräfte zu vereinigen und zu organisieren. Und in erster Linie kommt es darauf an, mit der Sowjetunion eine mächtige Koalition zu bilden, um den Frieden zu schützen und den faschistischen Diktatoren Widerstand zu leisten.»

Zu den eben genannten auswärtigen und inneren Kräften, die sich der Generallinie Chamberlains widersetzen, kam noch der mächtige Druck der UdSSR, die einen entschiedenen Kampf gegen die deutsch-italienischen Aggressoren forderte, denn darin sah sie die einzige Möglichkeit zur Abwendung eines zweiten Weltkriegs.

Alle diese Umstände in ihrer gegenseitigen Verflechtung und Verquickung erzeugten in England eine derartige politische Atmosphäre, dass die Cliveden-Clique sich wohl oder übel fragen musste, ob es ihr gelingen werde, sich am Ruder zu halten. Um der Gefahr einer notgedrungenen Demission Chamberlains zu steuern, sah sich Cliveden gezwungen, zu manövrieren. Man musste, wie sich Samuel Hoare bei einer der Wochenendparties auf Lady Astors Gut ausdrückte, dem Hund einen Knochen hinwerfen, damit er das Bellen wenigstens für eine Weile sein lasse... Jetzt galt es, rasch zu handeln. Es war keine Zeit, die eventuellen Folgen der jeweiligen Schritte in Betracht zu ziehen. Die besten Köpfe der Aussenpolitik wie Vansittart und Eden waren kaltgestellt. Da sich Halifax, der selber zur Cliveden-Clique gehörte, gern treiben liess, gewährte er dem Premierminister volle Handlungsfreiheit. Grossbritanniens gesamte Aussenpolitik wur-

de damals von Chamberlain und seinem bösen Genius Horace Wilson gemacht. Infolgedessen wurde das Vorgehen der britischen Regierung im März und April 1939 häufig von zufälligen Faktoren bestimmt, es war überstürzt und kurzsichtig. Wenn überhaupt ein gewisses Element staatlichen Verantwortungsgefühls vorhanden war, äusserte es sich im Wesentlichen in zwei Erwägungen:

a) durch «Garantien» an Polen, Rumänien und Griechenland die innere Opposition zu beschwichtigen und die Machtstellung der Cliveden-Clique zu wahren;

b) in gewissem Sinne auf Hitler und Mussolini psychologisch einzuwirken und ihre für England nachteiligen neuen Aggressionsakte in der Hoffnung hinauszuzögern, dass inzwischen die Cliveden-Clique infolge irgendeiner Änderung der internationalen Konjunktur ihre Generallinie wieder offen und konsequent durchführen kann.

Die erste Erwägung spielte natürlich die Hauptrolle, aber die zweite wurde ebenfalls ernsthaft in Betracht gezogen, denn dadurch gewann Cliveden Zeit, um einer Zusammenarbeit mit der UdSSR auszuweichen.

Ausserdem hegten die Mitglieder der Cliveden-Clique, wie der an die Sowjetregierung ergangene Vorschlag einseitiger Garantien für Polen und Rumänien gezeigt hatte, die völlig unbegründete Hoffnung, sie würden die Sowjetunion auf die eine oder andere Weise doch noch ihren Interessen dienstbar machen, ohne irgendwelche Verpflichtungen gegenüber dem Sowjetlande zu übernehmen.

Und schliesslich hatte die Cliveden-Clique für den Fall, dass alles andere nicht zum erwünschten Resultat führte, noch einen «Ausweg» in Reserve, nämlich Polen, Rumänien und Griechenland genauso zu verraten, wie sie eben erst die Tschechoslowakei, Österreich und Spanien verraten hatte.

Selbstverständlich war die von Chamberlain so eifrig betriebene Politik Clivedens ebenso blind wie dumm. Der Verlauf der weiteren Ereignisse bewies das eindeutig. Aber so ist es immer,

wenn die Macht an einem Wendepunkt der Geschichte in den Händen von Reaktionären und Dunkelmännern liegt.

## Die UdSSR schlägt Beistandspakt vor

Der Vorschlag der britischen Regierung, Polen und Rumänien einseitige Garantien zu gewähren, stellte die Sowjetregierung vor die dringliche Frage, mit welchen wirklich durchschlagenden Massnahmen weitere faschistische Aggressionsakte verhindert werden könnten.

Was Chamberlain von uns wollte, war für die Sowjetregierung vor allem aus zwei Gründen unannehmbar:

a) es konnte einen zweiten Weltkrieg nicht verhindern, dies aber war unser Hauptziel;

b) es versetzte die UdSSR in eine rechtsungleiche Lage gegenüber England und Frankreich und verstärkte die Gefahr eines deutschen Überfalls auf das Sowjetland ganz bedeutend.

In der Tat, für Hitler und Mussolini gab es nur ein wirksames Argument: die Kraft. Also brauchte man, um einer weiteren faschistischen Aggression und ihrer unausbleiblichen Folge, einem zweiten Weltkrieg, zu steuern, eine so mächtige Koalition von Staaten, die an einem Krieg nicht interessiert waren, dass Hitler und Mussolini die Lust verginge, deren Kraft auf die Probe zu stellen. Unseres Erachtens verfügten England, Frankreich und die UdSSR zusammen über die erforderliche Macht. Wollte man aber mit dieser Macht den faschistischen Diktatoren in den Arm fallen, so durften sie nicht darüber in Zweifel gelassen werden, dass diese Macht ihnen bei jedem neuen Aggressionsversuch wirklich entgetreten würde. Dazu wiederum musste die Vereinigung der genannten drei Grossmächte offenkundig und unumstritten sein, ihr Aktionsbereich musste sich auf ganz Europa, nicht aber auf einzelne Winkel Europas erstrecken, und die Bedingungen dieser Vereinigung mussten ein möglichst einfaches und automatisches System von Sanktionen gegen den Aggressor vorsehen.

Indessen entsprach der englische Vorschlag diesen Anforderungen ganz und gar nicht. Vor allem schuf er keine Einheit der UdSSR, Englands und Frankreichs zur Bekämpfung der Aggres-

sion in Europa, sondern beschränkte das gemeinsame Vorgehen der drei Mächte lediglich auf den Fall, dass Polen und Rumänien von Deutschland angegriffen würden. Der englische Vorschlag war also nicht geeignet, einen Krieg überhaupt zu verhindern, sondern konnte die Aggression lediglich in Kanäle ableiten, die durch keinerlei Garantien geschützt waren, vor allem in Richtung der für die UdSSR so wichtigen baltischen Staaten.

Weiter war im englischen Vorschlag keinerlei Militärkonvention der drei Grossmächte vorgesehen, in der genau die Ausmasse, Termine, Bedingungen u. dgl. der bewaffneten Hilfe festgelegt wären, die sie sich gegenseitig wie auch dem Opfer der Aggression zu leisten hätten. Dabei war dies von erstrangiger Bedeutung. Die Sowjetunion hatte in dieser Frage bereits sehr unangenehme Erfahrungen mit Frankreich gemacht. Im Mai 1935 war nämlich, wie bereits erwähnt, ein sowjetisch-französischer Beistandspakt geschlossen worden, jedoch hatte man die Ausarbeitung und Unterzeichnung der dazu gehörenden Militärkonvention auf eine spätere Zeit verschoben. Nun sabotierten die sich in rascher Folge ablösenden französischen Regierungen systematisch den Abschluss einer solchen Konvention, so dass sie 1939 noch immer nicht existierte. Natürlich betrachtete die Sowjetregierung den Umstand, dass im englischen Vorschlag die Möglichkeit einer Militärkonvention nicht einmal angedeutet war, als schwerwiegenden Mangel. Jedes Abkommen zur Bekämpfung der Aggressoren musste hieb- und stichfest sein, sonst verwandelte es sich in ein Pappschwert, mit dem man zwar herumfuchtelte, aber niemanden treffen konnte.

Bei einer solchen allgemeinen Unbestimmtheit der Garantien war es auch unvermeidlich, dass die Teilnehmer der Übereinkunft ihre Verpflichtungen verschieden auslegten, dass bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie und Taktik Schwierigkeiten auftraten, dass man zögerte, etwas zu unternehmen, und sich viele andere Mängel herausstellten. Im Endergebnis trug der englische Vorschlag nicht dazu bei, auf Seiten der friedliebenden Staaten jene Machtkonzentration zu schaffen, die al-

lein neue Aggressionsakte der faschistischen Diktatoren verhindern konnte. Und noch weniger war er geeignet, schnelle und einheitliche Sanktionen Englands, Frankreichs und der UdSSR gegen diejenigen zu sichern, die einen zweiten Weltkrieg entfesseln wollten.

Aber der englische Vorschlag war nicht nur unbrauchbar, wenn es darum ging, ein neues Weltgemetzel zu verhindern, er war auch beleidigend für die UdSSR, denn er versetzte sie gegenüber England und Frankreich in eine rechtsungleiche Lage. Dabei hatte die Sowjetregierung natürlich nicht die juridische, sondern die faktische Seite der Angelegenheit im Auge. Faktisch aber lagen die Dinge so, dass England, Frankreich und Polen durch Beistandsabkommen miteinander verbunden waren, und wenn Deutschland einen dieser Staaten überfiel, mussten ihm die andern beiden unverzüglich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln (darunter auch mit Waffengewalt) zu Hilfe eilen. Die Sowjetunion dagegen hatte nur mit Frankreich einen Beistandspakt. Wenn sie von Deutschland überfallen wurde, waren weder England noch Polen verpflichtet, ihr zu helfen. Dabei mussten sowjetische Garantien für Polen und Rumänien zweifellos die Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland verschlechtern und die Gefahr einer hitlerischen Aggression gegen das Sowjetland, insbesondere über das Territorium der baltischen Länder, verstärken. Es ergab sich eine ausgesprochene Rechtsungleichheit der UdSSR gegenüber England und Frankreich in einer so wichtigen Frage wie der nationalen und staatlichen Sicherheit. Und das hatte erstrangige Bedeutung.

Dies waren die entscheidenden Erwägungen, die die Sowjetregierung bewogen, den englischen Vorschlag abzulehnen. Aber sie liess es nicht dabei bewenden. Obwohl die Erfahrungen mit der Tschechoslowakei und mit Spanien ihren Glauben an die Bereitschaft Englands und Frankreichs, die übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft einzulösen, schwer erschüttert hatten, und obwohl das Verhalten Englands und Frankreichs bei der Annexion Memels und Albaniens durch die faschistischen

Mächte nichts Gutes verhies, hielt sich die Sowjetregierung doch nicht für berechtigt, England und Frankreich überhaupt links liegenzulassen. Allzu ernst war der Augenblick, allzu gross die Gefahr eines zweiten Weltkriegs, als dass man unter dem Einfluss durchaus berechtigter Gemütsregungen auch nur auf die geringste Chance zur Rettung der Welt vor einer neuen furchtbaren Katastrophe verzichten durfte. In dieser Schicksalsstunde beschloss die Sowjetregierung, sich einzig und allein nach dem Gebot des gesunden Menschenverstandes zu richten und noch einmal zu versuchen, sich mit England und Frankreich über ein gemeinsames Vorgehen gegen die faschistischen Aggressoren zu einigen. Das musste aber ein *wirklich ernster Versuch* sein, mit ernstesten Vorschlägen und dem Einsatz ernster Mittel, um das gesteckte Ziel zu erreichen, d.h. einen zweiten Weltkrieg abzuwenden.

In Anbetracht der englischen wie auch der französischen Haltung machte die Regierung der UdSSR am 17. April 1939, also drei Tage nach dem Angebot der britischen Regierung, Polen und Rumänien einseitige Garantien zu gewähren, ihrerseits einen Vorschlag, der im Wesentlichen auf drei Punkte hinauslief:

1. Abschluss eines Dreimächte-Beistandspaktes zwischen der UdSSR, England und Frankreich.
2. Abschluss einer Militärkonvention zur Bekräftigung dieses Paktes.
3. Garantie der Unabhängigkeit aller an die UdSSR grenzenden Staaten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

Als ich Halifax unseren Gegenvorschlag überreichte, sagte ich:

«Wenn es England und Frankreich wirklich ernst damit ist, die Aggressoren zu bekämpfen und einen zweiten Weltkrieg abzuwenden, werden sie die sowjetischen Vorschläge annehmen müssen. Sollten sie diese Vorschläge jedoch nicht annehmen...»

Und ich begleitete meine Worte mit einer Geste, deren Sinn nicht misszuverstehen war.

Halifax versicherte mir, die Bestrebungen der Engländer und

Franzosen seien völlig ernst, ich aber dachte mir: „Das werden die Tatsachen zeigen/

Gleichzeitig mit unseren Gegenvorschlägen erhielt ich eine Aufforderung M. M. Litwinows, nach Moskau zu kommen, wo ich an einer Regierungsberatung über den Beistandspakt der drei Mächte und die Perspektiven seines Abschlusses teilnehmen sollte. Am 19. April verliess ich London, am 28. April kehrte ich nach London zurück. Da mir Nazideutschland mit seinen Hakenkreuzen und dem Stechschritt der Soldaten widerwärtig war, beschloss ich, auf Umwegen nach Moskau zu fahren. Das Flugzeug brachte mich von London nach Stockholm und von dort nach Helsinki, wo ich den Zug bestieg und über Leningrad nach Moskau fuhr. Unterwegs übernachtete ich in Stockholm und hatte dort ein ausführliches und interessantes Gespräch über aktuelle politische Themen mit der damaligen Botschafterin der UdSSR in Schweden, A. M. Kollontai, mit der ich noch aus der Emigrationszeit befreundet war.

«Versteht denn Chamberlain wirklich nicht, dass seine Politik England direkt zur Katastrophe führt?» fragte sie mich erstaunt.

Ich erzählte ihr ausführlich von der Lage in London und fasste abschliessend zusammen:

«Der Klassenhass kann die Menschen derart verblenden, dass sie die einfachsten Dinge nicht mehr sehen. Das beobachte ich jetzt am Beispiel Chamberlains und der ganzen Cliveden-Clique. Natürlich wird die Geschichte sie schwer büssen lassen, aber leider werden dann wahrscheinlich schon die Kanonen sprechen.»

In Moskau nahm ich an der Regierungsberatung teil, auf der die Frage des Dreierpaktès sehr gründlich erörtert wurde. Von mir wurden bis ins Einzelne gehende Informationen und Erläuterungen verlangt über die Stimmung in England, über das Kräfteverhältnis zwischen den Anhängern und den Gegnern des Paktès, über die Einstellung der ganzen Regierung und ihrer einzelnen Mitglieder zum Pakt, über die Aussichten der bevorstehenden politischen Entwicklung auf den Britischen Inseln und



über viele andere Dinge, die auf diese oder jene Weise mit dem mutmasslichen Schicksal der sowjetischen Gegenvorschläge zusammenhängen. Ich war bemüht, die Regierung vorbehaltlos ehrlich und objektiv zu informieren. Ich vertrat stets den Standpunkt, dass ein Botschafter seiner Regierung offen die Wahrheit sagen und sich davor hüten muss, Illusionen zu wecken oder sich zu Übertreibungen hinreissen zu lassen, ganz gleich, ob diese optimistisch oder pessimistisch sind. Auf Grund der Mitteilungen des Botschafters kann die Regierung praktische Massnahmen ergreifen, wenn aber die Informationen des Botschafters absichtlich allzu rosig oder allzu düster gefärbt sind, kann die Regierung in eine schwierige oder prekäre Lage geraten. Obwohl die Tatsache, dass ich mich stets nach diesem Grundsatz richtete, mir zuweilen Unannehmlichkeiten einbrachte, verfuhr ich auch weiterhin so, wie es mir richtig schien. Ich möchte noch einmal betonen, dass ich mich in jener denkwürdigen Beratung im Kreml streng an die Wahrheit hielt, und im Endeffekt ergab sich ein keineswegs tröstliches Bild. Nichtsdestoweniger entschloss sich die Regierung, die Verhandlungen fortzusetzen und alles zu tun, um die Engländer und Franzosen zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen. Denn in dieser Beratung wie auch in Privatgesprächen mit Regierungsmitgliedern, die zu meinem Bekanntenkreis gehörten, klang stets der alles beherrschende Unterton mit: «Ein neuer Weltkrieg muss um jeden Preis vermieden werden! Man muss sich so schnell wie möglich mit England und Frankreich verständigen!»

Von Moskau aus schlug ich denselben Weg ein, flog aber von Stockholm nicht direkt nach London, sondern machte unterwegs einen Abstecher nach Paris, um mich über die Einstellung der französischen Regierung zum Pakt genauer zu informieren. J. S. Suriz, unser Botschafter in Frankreich, ein Mann von hoher Kultur und politischem Weitblick, weihte mich bereitwillig in alle Einzelheiten der Pariser Verhältnisse ein.

«Daladier würde bei all seinen Mängeln – mit denen er reichlich gesegnet ist – sagte Suriz, «immerhin bereitwilliger als

Chamberlain auf unsere Gegenvorschläge eingehen... Ausserdem hat Frankreich bereits einen Beistandspakt mit der UdSSR... Jedenfalls auf dem Papier... Jetzt zum Beispiel setzt sich die französische Regierung bei der britischen dafür ein, dass sie unsere Vorschläge vom 17. April, einen Beistandspakt der drei Mächte zu schliessen, als Grundlage weiterer Verhandlungen annimmt... Léger, der Generalsekretär des französischen Aussenministeriums, hat sogar einen Gegenentwurf zum Dreierpakt ausgearbeitet, den man der Sowjetregierung unterbreiten will... Er hält sich in einem engeren Rahmen als unserer, geht aber von derselben Grundlage aus... London will ihn jedoch nicht akzeptieren, sondern beharrt nach wie vor auf seinem am 14. April gemachten Vorschlag einseitiger sowjetischer Garantien an Polen und Rumänien... Ich weiss nicht, wie der englisch-französische Streit ausgehen wird, sehe aber schwarz.»

Suriz machte eine resignierte Handbewegung und fuhr fort: «Das ganze Unglück ist, dass Frankreich heutzutage keine selbständige Aussenpolitik betreibt, alles hängt von London ab. Frankreich ist heute eine zweitrangige Grossmacht, es wird eher aus Tradition als Grossmacht angesehen... Und merkwürdigerweise haben sich die Franzosen scheint's damit abgefunden... Sie trotten hinter England drein... Ohne sich darüber aufzuregen, betrachten sie sich im englisch-französischen Block als Grossmacht Nr. 2.»

«Und wie verhalten sich die Amerikaner hier?» fragte ich. «Die Amerikaner?» erwiderte Suriz. «Das zeigt Ihnen der Name ihres hiesigen Botschafters deutlich genug. Er heisst William Bullitt.»

Unwillkürlich musste ich daran denken, dass Bullitt im März 1919 als Beauftragter des Präsidenten Wilson mit einem Friedensangebot nach Moskau gekommen war; er hatte 1933 in Washington aktiv an den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über gegenseitige diplomatische Anerkennung teilgenommen; später wurde er erster amerikanischer Botschafter in Moskau, wo er wegen seiner extravaganten diplomatischen Empfän-

ge\* von sich reden machte und (was wesentlich wichtiger ist) unter der Maske geheuchelter freundschaftlicher Gesinnung die Sowjetregierung kommandieren wollte; jener Mann, der sich aus einem «Freund» in einen Feind verwandelte, nachdem ihm die Sowjetregierung auf seinen Platz verwiesen hatte... Und nun vertrat dieser selbe Bullitt die USA in Frankreich!

Suriz aber stellte abschliessend fest:

«Bullitt interessiert sich sehr für die Verhandlungen, er gibt Ratschläge, belehrt auch manchmal und beruft sich auf seine Kenntnis der UdSSR und ihrer Regierung... Natürlich legen Daladier und Bonnet auf seine Meinung grosses Gewicht... Bullitt hat sie doch in den Tagen von München energisch unterstützt und sogar Daladier mit einem Blumenstrauss begrüsst, als der nach dem Münchener Verrat heimkehrte.»

Später, als die Verhandlungen im Gange waren, versuchte Bullitt so manches Mal, sie durch die Ratschläge, die er Bonnet und Daladier gab, zu hemmen. Das verstärkte natürlich nur die Sabotage, von deren Geist die englische und die französische Regierung ohnehin erfüllt waren.

Am 29. April, einem Tag nach meiner Rückkehr aus Moskau, besuchte ich Halifax. Noch ganz im Banne meiner lebhaften Moskauer Eindrücke, versuchte ich dem Aussenminister lange und hitzig zu beweisen, wie wichtig es sei, schnellstens einen Beistandspakt der drei Mächte zu schliessen, und versicherte mit Nachdruck, es sei der aufrichtigste Wunsch der Sowjetregierung, im Kampf gegen die Aggression mit England und Frankreich zusammenzuarbeiten. Halifax hörte mir mit skeptischem Lächeln zu, und als ich ihn fragte, ob die britische Regierung unsere Ge-

---

\* So veranstaltete Bullitt z.B. in seiner Botschaft einen diplomatischen Empfang, der eher einem Hexensabbat glich. Bei diesem Empfang floss nicht nur der Sekt in Strömen, es wurden nicht nur Riesenmengen der verschiedensten Leckerbissen angeboten, sondern das ganze Botschaftsgebäude war in eine Art Tiergarten verwandelt worden: Vögel flogen durch die Räume, zwischen den Tischen rannten Ziegenböcke herum, und an einem besonderen Ehrenplatz brummte ein leibhafter Bär. Natürlich war dieser Empfang eine ganz ausgefallene Sensation im Hollywoodschen Stil, aber er trug nicht dazu bei, das Ansehen des amerikanischen Botschafters zu heben.

genvorschläge akzeptiere, entgegnete er recht unbestimmt, die Beratungen mit Frankreich seien noch nicht abgeschlossen. Das wirkte auf mich wie eine kalte Dusche. Dann sprach ich mit Halifax über andere aktuelle Fragen, wie beispielsweise über die englisch-rumänischen Verhandlungen und über die Aussichten eines englisch-türkischen Abkommens. Als ich den Aussenminister verliess, war ich ausser mir über die sture Blindheit der Cliveden-Clique. Während meiner Moskaureise hatten sich zwei Ereignisse zugetragen, die mit aller Deutlichkeit zeigten, dass die Aggressoren mit Volldampf auf ihr verbrecherisches Ziel zusteueren: am 28. April hatte Hitler den Nichtangriffspakt mit Polen und gleichzeitig das englisch-deutsche Abkommen von 1935 über die Einschränkung der Flottenrüstungen annulliert. Aber Cliveden übersah diese unheilverkündenden Zeichen der Zeit, er wollte sie nicht sehen und setzte seinen verhängnisvollen Lauf zum Abgrund hartnäckig fort. Wie bezeichnend war z.B. folgender Vorfall, der sich während meiner Abwesenheit in London zugetragen hatte. Gleich nach der Annexion der Tschechoslowakei hatte die englische Regierung ihren Berliner Botschafter Henderson angeblich zu Beratungen abberufen. Das war eine symbolische Geste, mit der sie ihre Missstimmung bekundete. Und nun gestattete die englische Regierung Henderson, am 24. April nach Berlin zurückzukehren. Das war ebenfalls eine symbolische Geste, diesmal aber von gegenteiliger Bedeutung.

Am 3. Mai wurde M. M. Litwinow seines Postens als Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten enthoben und durch W. M. Molotow ersetzt. Das war damals eine grosse Sensation in ganz Europa und wurde als aussenpolitischer Kurswechsel der UdSSR gedeutet.

Drei Tage später, am 6. Mai, lud Halifax mich ein, und nachdem er mir mitgeteilt hatte, dass England noch mit den anderen Hauptstädten über den sowjetischen Vorschlag eines Beistandspaktes berate, fragte er mich geradeheraus, was die jüngsten Personalwechsel in Moskau zu bedeuten hätten.

«Bevor ich den sowjetischen Vorschlag beantworte», sagte

Halifax, «möchte ich wissen, ob dies auch einen politischen Kurswechsel bedeutet. Bleiben die ihrerseits gemachten Vorschläge in Kraft?»\*

«In der Sowjetunion», antwortete ich, «betreiben die einzelnen Minister im Gegensatz zu den Gepflogenheiten, die oft im Westen beobachtet werden, keine eigene Politik. Jeder Minister führt die allgemeine Politik der gesamten Regierung durch. Deshalb bleibt der aussenpolitische Kurs der Sowjetunion unverändert, wenn auch der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, M. M. Litwinow, zurückgetreten ist. Infolgedessen behalten unsere Vorschläge vom 17. April Gültigkeit.»

Am 8. Mai überreichte uns die britische Regierung nach dreiwöchigen Beratungen und Überlegungen endlich ihre Antwort (die gleichzeitig auch die Antwort Frankreichs war) auf das Angebot eines Beistandspaktes der drei Mächte. Aber was war das für eine Antwort? Die britische Regierung wiederholte in etwas abgewandelter Form ihren Vorschlag vom 14. April, verlangte also genau wie früher von der Sowjetunion, dass sie Polen und Rumänien einseitige Garantien gewähre. Offenbar hatte Frankreichs Widerstand nichts genutzt, und Suriz' pessimistische Erwartungen waren in Erfüllung gegangen.

Es war klar, dass Cliveden und insbesondere Chamberlain nach wie vor auf eine Kollision zwischen Deutschland und der UdSSR spekulierten und sich darum mit Hitler nicht entzweien wollten. Es war ferner klar, dass alle Verhandlungen über eine Zusammenarbeit Englands und der UdSSR zur Bekämpfung der Aggressoren nur ein heuchlerisches Manöver der Regierung zur Irreführung des englischen Volkes waren, ein Rauchvorhang, hinter dem man Zeit gewinnen wollte, um dieselbe Generallinie des Premiers auch weiterhin durchzuführen. Es kann daher nicht wundemehmen, dass die Sowjetregierung fest und entschieden auf die englische Antwort reagierte. Am 15. Mai wurde Seeds in Moskau eine schriftliche Erklärung überreicht, in der schwarz auf weiss stand, einseitige Garantien an Polen und Ru-

---

\* «DBFP», Third Series, vol. V, p. 453.

mänien seien für die Sowjetregierung unannehmbar und die einzige reale, die einzige wirklich erfolgverheissende Form des Kampfes gegen die Aggression sei ein Beistandspakt der drei Mächte unter den im sowjetischen Vorschlag vom 17. April dargelegten Bedingungen. Der ganze Ton unserer Antwort war so, dass die Engländer (und Franzosen) vor der Wahl standen: entweder ein Beistandspakt oder Abbruch der Verhandlungen.

Es bildete sich eine Sackgasse, die um so merkwürdiger war, als England und Frankreich gerade damals einen Beistandspakt mit der Türkei geschlossen hatten. Die Presse und die politischen Kreise Londons gerieten in Aufruhr. Am internationalen Horizont ballten sich immer bedrohlicher Wolken zusammen. Aufgemuntert durch Chamberlains und Daladiers Verhalten, wurde Hitler immer dreister. Jetzt startete er eine zügellose Kampagne wegen Danzig und forderte von Polen die Rückgabe Danzigs an Deutschland sowie freien Durchgangsverkehr im Polnischen Korridor. Die polnische Regierung wies dieses Ansinnen zurück. Die Atmosphäre der polnisch-deutschen Beziehungen erhitze sich, und man konnte jeden Tag mit einer Explosion rechnen. Trotz alledem wollte Chamberlain den sowjetischen Vorschlag eines Beistandspaktes der drei Mächte auf keinen Fall akzeptieren. Es war daher nicht verwunderlich, dass die vernünftigeren unter den englischen Politikern (von den breiten Massen ganz zu schweigen) äusserst beunruhigt nach Mitteln und Wegen suchten, um einen Druck auf ihre Regierung auszuüben.

Am 18. Mai rief Churchill mich an und sagte:

«Morgen findet im Parlament die aussenpolitische Debatte statt. Ich beabsichtige, mich zum Worte zu melden und auf das unbefriedigende Verhalten bei den Verhandlungen mit Russland hinzuweisen... Bevor ich aber öffentlich zu diesem Thema Stellung nehme, möchte ich von Ihnen hören, worin die Vorschläge der Sowjetregierung bestehen, die Chamberlain nicht annehmen will. In der Stadt zirkulieren darüber die verschiedensten Gerüchte.»

Ich antwortete gleich am Telefon ausführlich auf Churchills Frage. Er hörte sehr aufmerksam zu und meinte schliesslich erstaunt:

«Ich begreife nicht, was Chamberlain an Ihren Vorschlägen auszusetzen hat. Meiner Ansicht nach sind alle annehmbar.»

«Sie müssen am besten wissen, wie das Verhalten des Premierministers zu erklären ist», erwiderte ich lachend.

Am nächsten Tag, dem 19. Mai, kam es im Unterhaus tatsächlich zu einer eingehenden Debatte über Grossbritanniens Aussenpolitik. Churchill hielt dabei die angekündigte grosse Rede, in der er unter anderem sagte:

«Die Vorschläge der Regierung Russlands (von denen in der Presse schon viel gesprochen wurde) sehen einen Dreierpakt zwischen England, Frankreich und Russland vor. Seine Vorteile können auch andere Staaten geniessen, wenn und wann immer sie es wünschen. Das Bündnis bezweckt einzig und allein, gegen weitere Aggressionsakte zu kämpfen und den Opfern einer Aggression zu helfen. Ich verstehe nicht, was daran schlecht ist?... Hier fragt man: ‚Kann man der Sowjetregierung vertrauen?‘<sup>4</sup> In Moskau fragt man wahrscheinlich: ‚Kann man Chamberlain vertrauen?‘<sup>4</sup> In solchen Fragen muss man sich nicht vom Gefühl, sondern von einer Analyse der jeweiligen Interessen leiten lassen. Mir persönlich scheint, dass die wichtigen, grossen Interessen Russlands ihm eine Zusammenarbeit mit England und Frankreich diktieren, um weiteren Aggressionsakten vorzubeugen.»

Churchill ging dann auf die Behauptungen der Cliveden-Clique ein, ein Dreierpakt sei unmöglich, weil Rumänien und die baltischen Staaten Angst hätten, von einem Bündnis, an dem die UdSSR teilnimmt, Garantien zu erhalten. Er machte sich über diese Argumente lustig und fügte, an die Mitglieder der Regierung gewandt, hinzu:

«Wenn Sie bereit sind, Russlands Verbündeter in Kriegszeiten zu sein..., wenn Sie bereit sind, Russland die Hand zu reichen, um Polen und Rumänien, denen Sie Garantien gegeben haben,

zu schützen, warum wollen Sie dann nicht jetzt Russlands Verbündeter sein, obwohl gerade dadurch ein Krieg überhaupt abgewandt werden kann?»

Nicht minder entschieden trat in derselben Sitzung Lloyd George gegen die Regierung auf. Er sprach über die Rüstungen Deutschlands und Italiens und sagte:

«Sie rüsten nicht, um sich zu verteidigen... Sie treffen nicht deshalb Vorbereitungen, weil sie Angriffe von Seiten Frankreichs, Englands oder Russlands abwehren müssten. Keines dieser Länder bedroht sie. Sie selber rüsten zum Angriff gegen jemand, an dem wir interessiert sind... Das militärische Hauptziel der Diktatoren besteht darin, schnell Resultate zu erzielen, einen langwährenden Krieg zu vermeiden. Ein langwährender Krieg ist für Diktatoren immer unvorteilhaft.»

Und um einen schnellen Sieg der Diktatoren zu verhindern, hielt es Lloyd George für äusserst notwendig, schnellstmöglich ein gegen sie gerichtetes Dreierabkommen zu schliessen.

«Ohne Russlands Hilfe», sagte Lloyd George, «ist es unmöglich, unsere» (d.h. die englischen – / M.) «Verpflichtungen gegenüber Polen und Rumänien einzulösen.»

Der Führer der Liberalen erklärte weiter, die UdSSR verfüge über die besten Luftstreitkräfte der Welt und über äusserst mächtige Panzertruppen. Weshalb habe die Regierung noch immer keinen Beistandspakt mit der UdSSR geschlossen? Offenbar, weil sie der Sowjetregierung misstrauere. «Aber hat etwa Russland», rief Lloyd George, «keinen Grund, uns zu misstrauen? Seit 1931 haben wir doch alle von uns unterzeichneten Pakte verletzt, die eine ähnliche Situation betrafen.» Abschliessend verlangte Lloyd George, die Regierung solle die Dreierverhandlungen schleunigst zum Abschluss bringen.

Eden forderte in einer leidenschaftlichen Rede ebenfalls die sofortige Schaffung einer Friedensfront und als ersten Schritt in dieser Richtung den unverzüglichen Abschluss eines englisch-französisch-sowjetischen Dreierpaktes auf der Basis völliger Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung.\*

\* «Parliamentary Debates, House of Commons», vol. 347, col. 1810-1860.



Die feste Haltung der UdSSR einerseits und die Parlamentsdebatte vom 19. Mai andererseits überzeugten Chamberlain, dass er ein neues heuchlerisches Manöver unternehmen müsse, andernfalls könnte sich seine Regierung zwischen zwei Stühle setzen. Und Chamberlain unternahm ein solches Manöver, diesmal jedoch in Genf.

Für den 22. Mai war in Genf eine ordentliche Tagung des Völkerbundes anberaumt. Der sowjetische Vertreter war an der Reihe, den Vorsitz zu führen. Die Sowjetregierung betraute mich damit. So fuhr ich denn am 20. Mai von London aus nach der Schweiz. Unterwegs brachte ich einige Stunden in Paris zu, und Suriz erzählte mir, die französische Regierung sei in letzter Zeit sehr missgestimmt über das Zögern und die Sturheit der Engländer bei den Verhandlungen mit der UdSSR. Selbst Bonnet, der damalige Außenminister Frankreichs, ein alter Feind Moskaus, hielt die Lage für kritisch und vertrat die Ansicht, dass man sich möglichst schnell mit der Sowjetregierung einigen müsse.

Da Halifax und Bonnet ebenfalls nach Genf kommen sollten, stand mir bevor, während einer ganzen Woche täglich mit ihnen am Verhandlungstisch des Völkerbundes zusammenzutreffen. Bereits in London hatte mich Halifax liebenswürdigerweise darauf aufmerksam gemacht, dass er hoffe, die Verhandlungen mit mir in der Schweiz fortsetzen zu können. Wir trafen uns in der Tat am Morgen des 22. Mai in Genf und hatten ein langes, in gewisser Hinsicht entscheidendes Gespräch über den Pakt.

Halifax bat zunächst um eine Erklärung, weshalb die Sowjetregierung das jüngste britische Angebot vom 8. Mai (d.h. den etwas abgewandelten ursprünglichen Vorschlag, die Sowjetunion solle Polen und Rumänien einseitig Garantien leisten) zurückweise.

Ich erwiderte, dass wir das britische Angebot vor allem aus zwei Gründen abgelehnt hätten: a) Wir wollten den Krieg überhaupt abwenden, was nur mit Hilfe eines Beistandspaktes der drei Mächte möglich war; der britische Vorschlag dagegen igno-

rierte dieses wichtige Moment vollkommen und b) der britische Vorschlag versetzte die UdSSR gegenüber England und Frankreich in eine rechtsungleiche Lage, womit wir auf keinen Fall einverstanden sein könnten. Und ich erklärte ihm kurz, worin wir diese rechtsungleiche Stellung erblickten (daraufhin ich bereits ausführlich eingegangen).

Halifax versuchte mir zu beweisen, dass ein deutscher Überfall auf die UdSSR über das Territorium der baltischen Staaten ziemlich unwahrscheinlich sei, dass aber, wenn es doch zu einem solchen Überfall käme, Polen und Rumänien zweifellos ebenfalls miteinbezogen würden, und in diesem Fall träten die englisch-französischen Garantien an die genannten zwei Staaten in Kraft. Somit kämen dann England und Frankreich faktisch der UdSSR zu Hilfe.

Ich war mit Halifax nicht einverstanden und sagte, dass mich auch die englisch-französischen Garantien an Polen und Rumänien nicht beruhigten.

«Stellen Sie sich folgende Variante vor», fuhr ich fort. «Deutschland erreicht durch Einschüchterung oder Bestechung, oder auch mit Hilfe von Zuckerbrot und Peitsche, dass Polen und Rumänien mit Deutschland ein Bündnis gegen die UdSSR eingehen oder zumindest den Durchmarsch deutscher Truppen gestatten. In diesem Fall treten die englisch-französischen Garantien nicht in Kraft, denn sie sind an die Voraussetzung gebunden, dass Polen und Rumänien selber Deutschland Widerstand leisten. Also würde die UdSSR in einem derartigen hypothetischen Fall, der durchaus nicht unwahrscheinlich ist, allein, ohne die Hilfe der Westmächte gegen Deutschland Krieg führen müssen.»

Halifax versuchte, meinen Gedankengang durch den Hinweis zu entkräften, dass zwischen Frankreich und der UdSSR ein Beistandspakt bestehe.

«Sehr richtig,» erwiderte ich, «doch zwischen England und der UdSSR besteht kein solcher Pakt, und das ist von sehr grosser Bedeutung.»

Darauf bemerkte Halifax:

«Vielleicht sollten wir in unseren Vorschlag einen Passus aufnehmen, der es den Nachbarstaaten der UdSSR zur Pflicht macht, in ihren Ländern den Durchmarsch deutscher Truppen oder die Anlage deutscher Stützpunkte für einen auf Ihr Land geplanten Überfall zu verweigern?»

Ich entgegnete, dass sich die Nachbarstaaten wohl kaum bereit erklären würden, eine solche Verpflichtung zu übernehmen, gegebenenfalls aber einfach nicht imstande sein würden, sie einzuhalten. All diese komplizierten und verwickelten Kombinationen, auf die man englischerseits soviel Mühe verwandt hatte, seien Halbheiten und Stückwerk. Sie könnten keine Entscheidung herbeiführen. Der einzige wirksame Weg zur Bekämpfung der Aggression sei der von der Sowjetregierung vorgeschlagene Dreier-Beistandspakt.

Plötzlich kam Halifax auf die Idee, mich einschüchtern zu wollen, indem er behauptete, ein solcher Pakt könne Hitler in Wut versetzen, er werde ein Geschrei über die «Einkreisung Deutschlands» anstimmen, unter dieser Losung das ganze deutsche Volk für sich gewinnen und den Krieg entfesseln. Dadurch würden wir das, was wir durch unser Vorgehen verhüten wollten, selber provozieren.

Ich wandte ein, dass Halifax offenbar eine falsche Vorstellung von der Psychologie solcher Leute wie Hitler habe. Der sei auf seine Art gar nicht so dumm. Er würde niemals einen Krieg vom Zaune brechen, von dem er annehmen müsste, er könne ihn verlieren. Selbst unsere gegenwärtigen Verhandlungen veranlassten ihn zu einer gewissen Vorsicht, darum habe er Polen bisher nicht überfallen. Ein Dreier-Beistandspakt aber würde Hitler zum Rückzug zwingen. Für Leute seines Schlages existiere nur ein Argument: die Kraft. Der Sowjetregierung sei dies aus ihren Erfahrungen mit Japan bekannt. Und ein Dreier-Beistandspakt würde eine derartige Machtkonzentration auf Seiten der Friedenskräfte bedeuten, dass die Aggressoren kneifen müssten.

Schliesslich wollte Halifax wissen, ob die Sowjetregierung be-

reit sei, im Vertrag über den Dreier-Beistandspakt nicht nur den kleinen osteuropäischen, sondern auch den kleinen westeuropäischen Staaten (Halifax gab zu verstehen, dass er Belgien, Holland und die Schweiz im Auge habe) Sicherheit zu garantieren.

Ich antwortete, dass ich darüber zurzeit nichts im Namen der Sowjetregierung sagen könne, denn diese Frage sei bisher weder aufgeworfen noch erörtert worden, doch hielte ich es für möglich, dass sie erwogen werden könne, und es dürfe meines Dafürhaltens nicht schwer sein, sich darüber zu verständigen.

Unser Gespräch dauerte etwa anderthalb Stunden, und beim Weggehen hatte ich das Gefühl, als ob es den englischen Aussenminister stark beeindruckt habe. Ich hatte ihm jedenfalls mit aller Klarheit zu verstehen gegeben, dass die Sowjetregierung im Interesse einer Übereinkunft bereit sei, in zweitrangigen Fragen Zugeständnisse zu machen, jedoch in den entscheidenden oben erwähnten drei Punkten (Dreier-Beistandspakt, Militärkonvention, Sicherheitsgarantien für alle kleinen Länder von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer) keinerlei Kompromiss eingehen würde.

Heute ersehe ich aus den vom britischen Aussenministerium veröffentlichten Dokumenten, dass mein damaliger Eindruck richtig war. Halifax schliesst die Niederschrift des Gesprächs, das er am 22. Mai mit mir hatte, folgendermassen:

«Ich fürchte, es ist mir in unserem langen Gespräch nicht gelungen, Maiski im Hauptpunkt – seiner nachdrücklichen Forderung eines Dreier-Beistandspaktes – auch nur im entferntesten von seiner Meinung abzubringen... Mir scheint, wir stehen jetzt vor der recht unangenehmen Wahl: entweder Fiasko der Verhandlungen oder ein Abkommen auf Grund von Punkt 4 meines Telegramms Nr. 165 nach Warschau» (gemeint ist der Dreier-Beistandspakt – I. AL).\*

Am selben 22. Mai hatte ich mit Bonnet ein Gespräch über das gleiche Hauptthema. Der französische Aussenminister war bedeutend zugänglicher als Halifax, und wir einigten uns schnell.

---

\* «DBFP», Third Series, vol. V, p. 634.

Er beklagte sich sogar andeutungsweise über die Unschlüssigkeit und Halsstarrigkeit der Engländer.

Jetzt stand die britische Regierung endgültig vor der Wahl: entweder – oder. Chamberlain begriff, dass in der betreffenden Entwicklungsphase sein neues Manöver (etwas anderes als ein Manöver hatte er nicht im Sinne) unbedingt einen Dreier-Beistandspakt mit einbeziehen müsse. Wie jedoch die weiteren Ereignisse zeigten, blieb der Premier seiner früheren Generallinie nach wie vor treu.

Zwei Tage später, am 24. Mai, gab er im Parlament eine kurze Erklärung ab, in der er die nächsten Perspektiven recht optimistisch einschätzte:

«Ich habe allen Grund zu der Hoffnung», sagte Chamberlain, «dass infolge der Vorschläge, die die Regierung Seiner Majestät jetzt zu den Hauptfragen der Verhandlungen machen kann, demnächst mit einer völligen Übereinkunft zu rechnen ist.»\*

Chamberlain brauchte in jenem Augenblick diesen geheuchelten Optimismus, um die britische öffentliche Meinung zu besänftigen.

Am 25. Mai überreichte Seeds, der englische Botschafter in Moskau, der Sowjetregierung die neuen Vorschläge der britischen Regierung, von denen Chamberlain in seiner Parlamentsrede gesprochen hatte.

---

\* «Parliamentary Debates, House of Commons», vol. 347, col. 2267.

## Zwei Entwürfe eines Paktes

Die Hauptschwierigkeit der Verhandlungen schien somit überwunden zu sein. Die Regierungen Englands und Frankreichs hatten endlich die Notwendigkeit eines Dreier-Beistandspaktes zugegeben. Allerdings waren infolge ihres Widerstandes, ihrer Manöver und Schwankungen zehn kostbare Wochen verlorengegangen, aber wenn schnell und entschieden gehandelt wurde, war es noch nicht zu spät, dem Aggressor in den Arm zu fallen.

So und nicht anders wollte die sowjetische Seite verfahren. Wir stellten uns die Dinge etwa folgendermassen vor: Der Dreier-Beistandspakt ist jetzt von beiden Seiten grundsätzlich anerkannt worden; die Engländer und Franzosen wissen, dass wir auf Garantien für die baltischen Staaten bestehen; wir wissen, dass die Engländer und Franzosen Garantien für eine Anzahl Länder verlangen, an denen sie besonders interessiert sind (Belgien, Griechenland, die Türkei usw.); prinzipiell haben weder sie noch wir etwas gegen solche Garantien einzuwenden, es wird daher nicht schwerfallen, sich über diesen Punkt zu einigen; da es ausser jedem Zweifel steht, dass das gleichzeitige Inkrafttreten eines politischen Paktes und einer Militärkonvention, die ihn bekräftigt, wünschenswert ist, wird man sich auch über diesen Punkt mühelos einigen können. Daraus ergibt sich, dass die Perspektiven beiderseits günstig sind, wenn... natürlich, wenn beide Seiten wirklich ein Abkommen wünschen. Wir wollen es, wir wollen es unbedingt, wie aber steht es damit bei den Engländern, bei den Franzosen?...

Wir hofften, richtiger gesagt, wir wollten hoffen, dass die Regierungen Englands und Frankreichs wenigstens jetzt, Anfang Juni, etwas gelernt und die Notwendigkeit (die für sie vielleicht nicht sehr angenehm war, aber trotzdem eine Notwendigkeit blieb) einer Einheitsfront mit der UdSSR gegen die Aggression begriffen hatten. Jedenfalls hielten wir es für unsere politische und geschichtliche Pflicht, trotz aller früheren Enttäuschungen

noch einmal zu versuchen, eine gemeinsame Sprache mit den Engländern und Franzosen zu finden. Und wir versuchten es in der Tat, weil wir überzeugt waren, dass der Dreier-Beistandspakt bei beiderseitigem gutem Willen in kürzester Frist, auf jeden Fall im Verlauf des Juni, geschlossen werden könnte.

Leider waren wir da in einem schweren Irrtum befangen. Chamberlain und Daladier (ich gebrauche hier und später den Namen Daladier nicht nur als Namen einer Person, sondern auch als Verkörperung der berüchtigten «200 Familien») klammerten sich auch weiterhin an ihre unabänderliche Linie, d.h. an ihre Politik, Deutschland und die UdSSR aufeinander zu hetzen. Sogar in dem Augenblick, als sich das drohende Gespenst des zweiten Weltkriegs schon deutlich am Horizont abzeichnete, überlegten sie nicht, wie man baldmöglichst den Dreierpakt schliessen, sondern, wie man sich um seine Unterzeichnung drücken könnte.

Waren sich die Engländer und Franzosen bewusst, dass ein neuer «Sprung» Hitlers unmittelbar bevorstand? Ja, das waren sie, und ich kann einen überzeugenden Beweis dafür bringen. Am 12. Juni hatte ich ein wichtiges Gespräch mit Halifax (ich werde im Weiteren noch darauf eingehen), bei dem ich ihn fragte, wie dieser Sommer seiner Meinung nach verlaufen würde. Der britische Aussenminister antwortete buchstäblich Folgendes (ich zitiere seine eigene Notiz):

*«Mir scheint, dass es Hitler schwerfallen dürfte, ohne vorherigen Versuch, das Problem Danzig zu lösen, vor die Nürnberger Konferenz\* zu treten. Daher werden der Juli und August voraussichtlich stürmische Monate sein»* (hervorgehoben von mir – / . Af.).\*\*

Wie wir sehen, begriff die englische Regierung ausgezeichnet, dass ein Gewitter in der Luft lag und es diesmal *um das Schicksal Polens gehen würde, dessen Integrität und Unabhängigkeit Chamberlain und Daladier eben erst garantiert hatten*. Die englische Regierung musste wohl oder übel einsehen, dass sie Polen ohne ein

\* Gemeint ist der Nürnberger Parteitag, den die Hitlerfaschisten jedes Jahr im September abhielten.

\*\* «DBFP», Third Series, vol. VI, pp. 50-51.

Abkommen mit der UdSSR nicht retten konnte. Statt nun aber den Dreier-Beistandspakt schnellstens zu schliessen, verlegte sie sich seit Anfang Juni darauf, diesen Pakt, dessen Notwendigkeit sie soeben offiziell anerkannt hatte, hartnäckig zu sabotieren. Auf den folgenden Seiten sei die betrübliche Geschichte dieser Sabotage geschildert. Hier möchte ich nur bemerken, dass man in den diplomatischen Annalen schwerlich einen zweiten Fall von Doppelspiel und Heuchelei findet, der sich mit dem Verhalten Chamberlains und Daladiers bei den Dreierverhandlungen von 1939 vergleichen liesse. Es dürfte auch kaum ein krasserer Beispiel der vom Klassenhass verursachten politischen Blindheit zu finden sein! Zugleich bewies die Haltung der Regierungen Englands und Frankreichs in den kritischen Monaten der Dreierverhandlungen eindeutig, dass es ihnen im Grunde gar nicht um die Rettung Polens zu tun war, dass vielmehr Polen ebenso wie im vorangegangenen Jahr die Tschechoslowakei für sie lediglich Wechselgeld im grossen Spiel mit Hitlerdeutschland war.

In meinen Erinnerungen an jene Tage kann ich nicht umhin, auf eine weitere Persönlichkeit einzugehen, die bei der englisch-französischen Sabotage der Dreierverhandlungen eine wesentliche Rolle spielte. Ich meine den damaligen amerikanischen Botschafter in London, Joseph Kennedy.

Als Sprössling einer begüterten Familie hatte der Finanzier und Geschäftsmann Joseph Kennedy schnell Karriere gemacht und war mit 50 Jahren steinreich. Für die Dienste, die er Franklin Roosevelt im Wahlkampf geleistet hatte, erhielt er, wie das in Amerika üblich ist, eine «Belohnung» und kam 1938 als Botschafter der USA nach England. Hier wurde Kennedy sofort zur Sensation der Saison. Vor allem als Vater von neun Kindern, denn so etwas findet man unter den Mitgliedern des diplomatischen Korps nicht alle Tage! Einige Monate lang brachten die Zeitungen und Zeitschriften ständig das lächelnde Gesicht des amerikanischen Botschafters, und zwar bald mit seiner ganzen Familie, bald mit den vier Söhnen oder den fünf Töchtern. Danach begann die Kampagne, in deren Verlauf sechs (!) Universi-



täten – in Dublin, Edinburgh, Manchester, Birmingham, Bristol und Cambridge dem amerikanischen Botschafter den Ehrendoktor der Rechte verliehen. Bei jedem solchen Anlass wurde Kennedys Lob in den höchsten Tönen gesungen, die Fotografen zeigten ihn bald im Dokortalar, bald ohne ihn, mal im Professorenkappchen, mal barhäuptig.

Der amerikanische Botschafter huldigte jedoch nicht nur seinen gesellschaftlichen Pflichten und der Repräsentation, er befasste sich auch mit Politik. Und bald wurde er zum Idol der Cliveden-Clique. Zwei Ideen waren es vor allem, die Kennedy beherrschten: Glaube an die Macht Hitlerdeutschlands und Zweifel an der Lebensfähigkeit Grossbritanniens. Da der amerikanische Botschafter zudem der Sowjetunion durchaus nicht gewogen war, wurde er selbstverständlich zum Apostel einer «Befriedung» der Aggressoren. Er unterstützte Chamberlains Politik während der tschechoslowakischen Krise und erklärte nach München, das englische Volk müsse seinem Premier ein Denkmal dafür setzen, dass dieser Britannien und Europa vor einem Kriege bewahrt habe.

Ich weiss noch, wie Kennedy etwas später, im Juni 1940, nachdem Frankreich kapituliert hatte und England vor der Frage stand, ob es mit Deutschland Frieden schliessen oder den Krieg fortsetzen solle, zu mir in die Botschaft kam und mich fragte, was ich darüber dächte. Kennedy selber war damals in einer fast panischen Stimmung. Er war der Ansicht, England sei Deutschland gegenüber ohnmächtig, es habe den Krieg hoffnungslos verloren und müsse je eher desto besser mit Hitler Frieden schliessen. Der amerikanische Botschafter war sehr erstaunt, als ich widersprach und ihm zu beweisen versuchte, dass für England vorläufig noch nichts verloren sei, dass es grosse Möglichkeiten habe, erfolgreich Widerstand zu leisten und die deutsche Gefahr abzuwehren, wenn es nur Mut und Kampfbereitschaft wahrte. Ich betonte, ich wisse aus eigener Beobachtung, dass der Geist der breiten Volksmassen ungebrochen sei und es selbst in der regierenden Spitze Leute gäbe, die nicht daran dächten, vor

der Dreistigkeit der faschistischen Aggressoren zu kapitulieren. Daraus schlussfolgerte ich, dass es falsch wäre, die neuen Perspektiven in allzu düsteren Farben zu malen. Als ich geendet hatte, zuckte Kennedy die Achseln und rief:

«Na, Sie sind ja ein Optimist... Sogar von Engländern habe ich nichts Derartiges gehört!»

Das wollte ich meinen! Die Engländer, mit denen Kennedy zusammentraf, waren Engländer von Clivedenscher Prägung, und diese glaubten weder an sich noch an die Zukunft ihres Landes.

Nun war aber zu jener Zeit in Grossbritannien die von Churchill geleitete Regierung am Ruder. Trotz ihrer Mängel spiegelte sie die Stimmungen der Massen besser wider, und die Folge war, dass England vor Hitlerdeutschland nicht kapitulierte. Der amerikanische Botschafter und seine Freunde rangen entsetzt die Hände, die Geschichte hat jedoch der damaligen britischen Regierung voll und ganz recht gegeben.

Man kann sich unschwer vorstellen, wie ein Mann vom Schlage Kennedys das Verhalten der Engländer bei den Dreierbesprechungen von 1939 beeinflussen konnte und auch tatsächlich beeinflusste. Er war in allen Wechselfällen dieser unglückseligen Geschichte eine verlässliche Stütze Chamberlains.

Am 25. Mai erhielt Seeds neue Instruktionen. Dementsprechend unterbreitete der britische Botschafter in Moskau (ebenso wie sein französischer Kollege Naggiar) der Sowjetregierung seinen Entwurf des Dreier-Beistandspaktes, der auf Folgendes hinauslief:

1. England, Frankreich und die UdSSR, «die im Einklang mit den Prinzipien des Art. 16, Paragraph 1 und 2 der Völkerbundsatzungen vorgehen», leisten einander in drei Fällen alle erdenkliche Unterstützung und Hilfe: a) wenn eines der genannten Länder der Aggression einer europäischen Macht ausgesetzt ist; b) wenn eines von ihnen infolge der Garantien, die es einem europäischen Staat gewährt hat, in Kriegshandlungen verwickelt wird und c) wenn eines von ihnen infolge seiner Hilfe für einen

beliebigen europäischen Staat, der sich, ohne Garantien von den Teilnehmern des Paktes zu haben, nichtsdestoweniger an sie um Hilfe im Kampf gegen eine Aggression gewandt hat, in Kriegshandlungen verwickelt wird (Art. 1 und 2).

2. Die drei Regierungen müssen gemeinsam die Methoden erörtern, dank denen ihre gegenseitige Unterstützung und Hilfe im Notfälle am wirksamsten ist (Art. 3).

3. Der Pakt wird für fünf Jahre geschlossen.\*

Selbstverständlich konnte dieser Entwurf die UdSSR überhaupt nicht zufriedenstellen, denn er wies eine Anzahl von Mängeln auf, vor allem Folgende:

Erstens verband er den Dreierpakt mit dem Völkerbund. Dies bedeutete praktisch, dass der Pakt angesichts der in dieser Organisation herrschenden Regeln und Bräuche niemals schnelle und wirksame Massnahmen erwirken würde. Alles würde sich auf schöne Worte und papierne Resolutionen beschränken.

Zweitens versetzte er die UdSSR in eine rechtsungleiche Stellung gegenüber ihren Partnern, weil die UdSSR verpflichtet wurde, England und Frankreich zu helfen, falls diese infolge ihrer Garantien an Polen, Rumänien, Griechenland und einige andere Staaten in einen Krieg verwickelt werden, während England und Frankreich nicht verpflichtet waren, der UdSSR zu helfen, falls sie infolge eines deutschen Überfalls auf die baltischen Staaten, denen England und Frankreich keine Garantien gewährt hatten, in einen Krieg verwickelt wird. Dabei konnte die UdSSR gerade von dieser Seite stets die verschiedensten unangenehmen Überraschungen gewärtigen.

Schliesslich war drittens der Passus über die Bekräftigung des Paktes durch eine Militärkonvention derart allgemein und unbestimmt formuliert, dass man schwerlich sagen konnte, wann diese Militärkonvention unterzeichnet und ob sie überhaupt unterzeichnet werden würde. Man hatte unwillkürlich den Eindruck, als ob die Engländer und Franzosen den Pakt als einen weiteren «Fetzen Papier» betrachteten, den man bei Verhandlungen mit

---

\* «DBFP», Third Series, vol. V, p. 679.

Deutschland ausspielen konnte, nicht aber als ein wirkliches Instrument im Kampfe gegen die raublüsternen und gefährlichen Aggressoren.

Ja, der Inhalt des englisch-französischen Entwurfes brachte einen auf trübe Gedanken und verhiess nichts Gutes, trotzdem beschloss die sowjetische Seite, die Verhandlungen fortzusetzen, weil sie hoffte, die Lage allmählich berichtigen zu können. Deshalb überreichte die Sowjetregierung am 2. Juni ihren Verhandlungspartnern einen Gegenentwurf, der sinngemäss auf folgendes hinauslief:

**1.** Frankreich, England und die UdSSR leisten einander unverzüglich wirksame Hilfe, wenn eines der drei Länder in Kriegshandlungen mit einem europäischen Staat verwickelt wird, und zwar im Falle:

**a)** einer Aggression dieses Staates gegen eines der Paktländer;

**b)** einer Aggression dieses Staates gegen Belgien, Griechenland, die Türkei, Rumänien, Polen, Lettland, Estland und Finnland, denen gegenüber sich England, Frankreich und die UdSSR verpflichtet haben, sie vor einem Überfall zu schützen, und

**c)** der Hilfeleistung eines der Paktteilnehmer an irgendeinen europäischen Staat (dem keine Garantien gewährt wurden), der zum Kampf gegen eine Verletzung seiner Neutralität um diese Hilfe ersucht hat.

**2.** Falls sich aus dem Pakt gemeinsame Kampfhandlungen ergeben, verpflichten sich die drei Signatarmächte, einen Waffenstillstand oder Frieden nur mit allgemeiner Zustimmung zu schliessen.

**3.** Falls seitens eines europäischen Staates eine Aggression zu befürchten ist, halten die drei Paktteilnehmer unverzüglich Beratungen ab und beschliessen nötigenfalls gemeinsam, wann und wo der Mechanismus der gegenseitigen Hilfe einzusetzen ist, und zwar unabhängig von einer beliebigen, im Völkerbund für den betreffenden Fall vorgesehenen Prozedur.

**4.** Die drei Teilnehmer des Paktes schliessen baldmöglichst

ein Abkommen über die Verfahren, Formen und Ausmasse der gegenseitigen Hilfe. Der Pakt tritt gleichzeitig mit diesem Abkommen in Kraft.

#### 5. Der Pakt wird für fünf Jahre geschlossen.

Wie wir sehen, beseitigte der rein defensive sowjetische Paktentwurf die Mängel des englisch-französischen Entwurfes: er hob die Abhängigkeit des Paktes vom Völkerbund auf, enthielt eine genaue Aufzählung der Staaten, einschliesslich der baltischen Länder, denen die drei Grossmächte Garantien gewährten, und versetzte somit die UdSSR in eine rechtsgleiche Lage gegenüber ihren westlichen Partnern. Schliesslich legte er fest, dass der Pakt und die Militärkonvention gleichzeitig in Kraft treten. Darüber hinaus verpflichtete der sowjetische Entwurf alle Paktstaaten, im Falle eines Krieges den Waffenstillstand oder Frieden nur mit allgemeiner Zustimmung zu schliessen (übrigens spielte dieser letzte Passus des Paktes bei den Verhandlungen keine nennenswerte Rolle).

Wäre es den Regierungen Englands und Frankreichs tatsächlich um die Schaffung einer wirksamen Barriere gegen die faschistische Aggression zu tun gewesen, so hätten sie den sowjetischen Entwurf begrüessen und so schnell wie möglich annehmen müssen, gewährte er doch Garantien an ausnahmslos alle Länder, die sie vorher als für sie besonders wichtig genannt hatten, schuf er doch in der Tat einen wirksamen, sofort einsatzbereiten Mechanismus der gegenseitigen Hilfe im Kampf gegen die Aggression.

Wenn, ja, wenn... Aber gerade diese entscheidende Bedingung fehlte. Chamberlain und Daladier erklärten heuchlerisch, sie wollten einen Pakt, sogar möglichst bald, verfluchten aber in Wirklichkeit die Stunde, da bittere Notwendigkeit sie zu den Dreierbesprechungen gezwungen hatte. Gerade deshalb hatten sie den Kerngehalt des Paktes in ihrem Entwurf vom 25. Mai so unverschämt gestutzt. Gerade deshalb verlegten sie sich darauf, den sowjetischen Gegenentwurf vom 2. Juni durch endlose Abänderungsvorschläge, Vorbehalte, Ergänzungen und Klauseln

bis zum Überdruß zu sabotieren. Wenn sie eine Position aufgeben mussten, klammerten sie sich an die nächste, hatten sie die zweite eingebüßt, verharteten sie bei der dritten, und so ging es endlos weiter. Sogar die augenscheinlichsten Dinge wurden plötzlich bestritten und angezweifelt. Unter unserem Druck mussten die Engländer und Franzosen fortwährend zurückweichen, aber sie taten dies langsam, unwillig, zähneknirschend und verlangten von uns für jedes ihrer Zugeständnisse Gegenleistungen.

Wenn ich mich an den schwülen, zermürbenden, mit elektrischer Spannung geladenen Sommer 1939 erinnere, wenn ich an all die Diskussionen, Gespräche, Begegnungen, Auseinandersetzungen, Konflikte und Kompromisse denke, an die ganze Atmosphäre, in der ich diesen Sommer zubringen musste, kann ich ganz offen sagen, dass es die schwerste Zeit meines Lebens war. Ich fühlte, dass die Welt einer Katastrophe entgegenraste, dass titanische Anstrengungen nötig waren, um ein neues Weltgemetzel zu verhüten, hier aber, an den Ufern der Themse und Seine, trieben geschäftige Gnomen ihr Unwesen, die nicht begreifen wollten, und auch tatsächlich nicht begriffen, was auf Erden vor sich ging, und für die es nichts anderes gab als die tagtäglichen kleinlichen Manöver und Gegenmanöver einer schablonenhaften diplomatischen Routine.

## Beim Namen nennen oder nicht?

Alles, was recht ist – in der Frage des Völkerbundes erklärten sich die Engländer und Franzosen bald zu Zugeständnissen bereit. Sie wollten es sogar so hinstellen, als beruhten die neuen Differenzen lediglich auf einem Missverständnis; sie hätten die Anwendung einer Prozedur des Völkerbundes auf den Dreierpakt gar nicht beabsichtigt; angeblich ging es nur darum, theoretisch festzustellen, dass der Dreierpakt mit den Prinzipien des Völkerbundes in Einklang stand. Ich zweifelte sehr an der Aufrichtigkeit dieser Erklärung, denn viel entscheidender war hierbei wohl gewesen, dass sich der Völkerbund als Instrument im Kampfe gegen die Aggression zu diesem Zeitpunkt völlig diskreditiert hatte. Tatsache war jedenfalls, dass dieser Punkt der Differenzen schon in den ersten Junitagen von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Die sowjetische Seite begrüßte es, dass die Verhandlungen vom Fleck gekommen waren, enthielt sich jedoch jeder Voraussage für die Zukunft.

Am 8. Juni teilte mir Halifax im Gespräch mit, er wolle William Strang, einen hohen Beamten des Aussenministeriums, nach Moskau schicken, um die Verhandlungen zu beschleunigen. Das machte einen zwiespältigen Eindruck. Einerseits schien die Tatsache, dass man Strang schickte, einen intelligenten Mann, der die Sowjetunion von seiner früheren Arbeit her gut kannte, vom Streben der britischen Regierung nach einem raschen Abschluss zu zeugen. Andererseits mutete es jedoch etwas sonderbar an, dass man zur Erreichung dieses wichtigen Zieles nicht einen namhaften Politiker, sondern einen Beamten des diplomatischen Dienstes (der vielleicht befähigt, immerhin aber ein Beamter war) ausgesucht hatte. Halifax<sup>1</sup> Mitteilung machte mich ein bisschen stutzig, ich wollte jedoch keine übereilten Schlüsse ziehen. Deshalb nahm ich lediglich zur Kenntnis, dass Strang am 12. Juni von London abgeflogen und am 14. Juni in Moskau eingetroffen war. Hier beteiligte er sich bis Anfang August aktiv an den Verhandlungen.

Um den Dreierpakt endlich schnell zum Abschluss zu bringen (was unser Hauptziel war) und gleichzeitig auch die wirklichen Absichten unserer britischen Partner zu sondieren, beschloss die Sowjetregierung, Halifax nach Moskau einzuladen. Da sie aber nicht sicher war, wie er sich zu diesem Schritt verhalten würde, wählte sie für ihre Einladung eine vorsichtigere Form. Am 12. Juni morgens, also am selben Tag, da Strang in die UdSSR abgeflogen war, erhielt ich Weisung, Halifax unverzüglich aufzusuchen und ihm als «meine persönliche Ansicht» auf freundschaftliche Weise eindringlich zu empfehlen, sich so schnell wie möglich nach Moskau zu begeben, um die Verhandlungen abzuschliessen und den Pakt zu unterzeichnen. Noch am selben Tag suchte ich den britischen Aussenminister auf und erfüllte den mir aus Moskau erteilten Auftrag.

«Jetzt, da sich die Partner über die wichtigste Frage geeinigt haben», sagte ich, «und ein Beistandspakt der drei Staaten zustande kommt, ist es sehr wichtig, dass dieser unerlässliche diplomatische Schritt ohne Zögern getan wird. Die internationale Lage ist äusserst gespannt, in Danzig kann es jeden Augenblick zu bedrohlichen Ereignissen kommen... Die Kräfte des Friedens müssen sich beeilen... Wenn der Dreierpakt in den nächsten Tagen unterzeichnet wird, kann das Hitler sehr ernüchtern... Ich glaube, daran sind wir alle interessiert... Meine Überlegungen, was zur schnellsten Bildung einer Dreierkoalition gegen die Aggressoren beitragen könnte, brachten mich zu dem Schluss, dass vieles von Ihnen, Lord Halifax, persönlich abhängt. Wenn Sie sich bereit erklärten, diese Woche noch, äussersten Falls aber nächste Woche, nach Moskau zu fahren, dort die Verhandlungen zum Abschluss zu bringen und den Pakt zu unterzeichnen, so bliebe der Frieden in Europa gewahrt. Ist diese Aufgabe nicht eines grossen Staatsmannes würdig? Müsste man nicht alles tun, um sie zu lösen? Ich kann Ihnen mit aller Bestimmtheit versichern, dass die Sowjetregierung einen solchen Entschluss Ihrerseits begrüssen würde und Sie in Moskau mit dem wärmsten und herzlichsten Empfang rechnen könnten.»



Ich beobachtete Halifax aufmerksam. Auf seinem länglichen, kühlen Gesicht lag anfangs wie immer ein skeptisches Lächeln. Je länger er mir zuhörte, desto ernster wurde seine Miene. Halifax war als Diplomat erfahren genug, um zu begreifen, dass ihm der sowjetische Botschafter niemals, auch nicht von sich aus, so nachdrücklich empfehlen würde, nach Moskau zu fahren, wenn ihn seine Regierung nicht dazu ermächtigt hätte.

«Lord Halifax», schloss ich, «wenn Sie es für möglich hielten, sich sofort nach Moskau zu begeben, könnte ich meine Regierung ersuchen, Ihnen eine offizielle Einladung zu senden.»

Halifax' Gesicht wurde streng und undurchdringlich. Er betrachtete eingehend die Zimmerdecke, rieb sich dann das Nasenbein und meinte schliesslich vielsagend:

«Ich werde es im Auge behalten.»

Natürlich konnte Halifax über seine Moskaureise nicht entscheiden, ohne diese Frage im Kabinett zu erörtern. Ich wartete einige Tage, aber es kam keine Antwort auf meine Einladung. Es verging eine Woche, doch Halifax hüllte sich noch immer in Schweigen. Da wurde mir alles klar: Halifax wollte nicht nach Moskau fahren, die britische Regierung dachte gar nicht daran, den Pakt schnellstens zu schliessen. Ihre Erklärung vom 25. Mai, sie stimme einem Dreierabkommen über gegenseitige Hilfe zu, war kein tatsächlicher Stellungswechsel, sondern lediglich ein von den Umständen diktiertes Manöver. Man konnte beim besten Willen nicht an diese Zustimmung glauben. So erhielt die Sowjetregierung eine Antwort auf die Frage, die sie interessierte. Die Passivität Halifax<sup>4</sup>, der bis zum Ende der Verhandlungen auf die von mir angeschnittene Frage nicht zurückkam, war bededter als die schönsten diplomatischen Erklärungen.

Heute, nach so vielen Jahren, kann ich dem eben geschilderten Gespräch mit Halifax vom 12. Juni 1939 einen sehr wichtigen Nachsatz hinzufügen. Die von der englischen Regierung veröffentlichten «Dokumente der britischen Aussenpolitik» enthalten eine Aufzeichnung dieses Gesprächs, die Halifax seinerzeit selber niederschrieb. Wie ist dort meine Aufforderung, nach Mos-

kau zu fahren, dargestellt? Nachstehend im Wortlaut ein Zitat aus dieser Aufzeichnung:

«7. Abschliessend bemerkte Maiski, es wäre gut, wenn ich, sobald sich die Lage ein wenig beruhigt hätte, selber nach Moskau führe. Darauf erwiderte ich, dass ich natürlich mit dem grössten Vergnügen fahren würde, aber leider wüsste, dass an eine Abreise aus London zurzeit nicht zu denken sei.»\*

Abgesehen von der Tatsache, dass unser ziemlich langes Gespräch über diese Reise hier auf einige absolut nichtssagende Zeilen reduziert ist, leistet sich Halifax in dieser Darlegung zumindest zwei ausgesprochene Unwahrheiten.

Erstens empfahl ich ihm dringend, *unverzüglich, Mitte Juni 1939*, nach Moskau zu fahren, um dort schnellstens den Pakt zu unterzeichnen und damit in Europa ruhigere Verhältnisse zu schaffen, Halifax aber behauptet das gerade Gegenteil, ich hätte ihm geraten, erst dann nach Moskau zu fahren, wenn «sich die Lage ein wenig beruhigt hätte», d.h. offenbar nach der Unterzeichnung des Paktes. Die Richtigkeit meiner Darlegung wird im Grunde genommen von Halifax selbst bestätigt, denn in seiner Aufzeichnung gibt er seine Antwort auf meinen Vorschlag mit den Worten wieder, «dass an eine Abreise aus London zur Zeit nicht zu denken sei». Daraus geht hervor, dass von seiner Reise in der Gegenwart, nicht aber in Zukunft die Rede war.

Zweitens behauptet Halifax in seiner Aufzeichnung, er hätte mir gleich erklärt, dass es ihm unmöglich sei, sofort nach Moskau zu fahren, in Wirklichkeit aber hat der Aussenminister nichts dergleichen gesagt, sondern mir lediglich geantwortet, er werde meinen Vorschlag im Auge behalten.

Kommt der zweiten Unwahrheit keine nennenswerte Bedeutung zu, so ist die erste glatt eine üble Fälschung, denn sie entstellt die Wahrheit völlig. Ich weiss nicht, ob Halifax bei der Aufzeichnung unseres Gespräches den lieben Herrgott um Rat gefragt, jedenfalls unterliegt es keinem Zweifel, dass der edle Lord sich in dieser Angelegenheit durchaus unwürdig verhalten hat.

---

\* «DBFP», Third Series, vol. VI, L., 1953, p. 51.

Man fragt sich unwillkürlich, was ihn dazu bewogen haben mag. Ich erkläre mir das folgendermassen: Da die Aufzeichnungen der Gespräche mit den Botschaftern gewöhnlich an alle Kabinettsmitglieder versandt wurden, wollte Halifax meinen Vorschlag sogar vor seinen Ministerkollegen geheimhalten, denn er fürchtete, dieser Vorschlag könnte zu Komplikationen unter den Regierungsmitgliedern führen. Wurde doch damals die gesamte Aussenpolitik Englands praktisch von drei Männern bestimmt, und zwar von Chamberlain, Horace Wilson und Halifax, wobei Wilson eine viel wichtigere Rolle spielte als Halifax.

Die Richtigkeit meiner Mutmassung wird durch eine weitere erstaunliche Tatsache bestätigt. Etwa um dieselbe Zeit bot Eden, nachdem er erfahren hatte, dass Halifax nicht gewillt war, nach Moskau zu reisen, der britischen Regierung aus eigener Initiative seine Dienste an.

«Ich habe Grund zu der Annahme», erklärte er, «dass die Russen keine schlechte Einstellung zu mir haben... Wenn es Lord Halifax aus irgendeinem Grunde ungelegen kommt, jetzt nach Moskau zu fahren, so bitte ich, mich dorthin zu schicken, damit ich die Sache mit dem Pakt zum Abschluss bringe.»

Die Chamberlain-Regierung verwarf jedoch Edens Vorschlag.\*

Jetzt wussten wir also, dass bei der britischen Regierung keinerlei «Wandlung des Herzens», wie die Engländer sagen, vor sich gegangen war, dass sie an der politischen Linie Clivedens festhielt. Nichtsdestoweniger beschloss die Sowjetregierung, die Verhandlungen fortzusetzen, denn ungeachtet aller Schwierigkeiten musste der Versuch, den Frieden durch eine Dreierkoalition zu sichern, zu Ende geführt werden. Das geboten die Interessen des Sowjetvolkes und der ganzen Menschheit. Das gebot die Verantwortung vor der Geschichte.

---

\* Im Sommer 1939 erreichten mich nur einige unbestimmte Gerüchte über diesen Versuch Edens, die Lage zu bereinigen. Wesentlich später, bereits während des Krieges, erzählte mir Eden selber von seinem damaligen Misserfolg. Das gleiche berichten Keith Feiling in der Biographie Neville Chamberlains (*Keith Feiling, The Life of Neville Chamberlain*, p. 409) und W. Churchill (*IV. Churchill, Second World War*, vol. I, p. 347).

Ich habe keine Möglichkeit (und es ist wohl kaum notwendig), alle Einzelheiten jener schäbigen Manöver und Winkelzüge zu schildern, mit denen die Engländer und Franzosen im Sommer 1939 die Verhandlungen über den Dreierpakt sabotierten. Ich möchte nur bemerken, dass ich die ganze Zeit das Gefühl hatte, als müssten wir, die sowjetische Seite, uns durch dichtes, stachliges Buschwerk hindurcharbeiten, fortwährend der Gefahr ausgesetzt, in Schlaglöcher zu geraten. Trotzdem strebten wir beharrlich unserem Ziel zu... Leider haben wir es dann doch nicht erreichen können. Woran das lag, wird aus dem Weiteren ersichtlich. Hier möchte ich nur bei den wichtigsten Marksteinen der damaligen Verhandlungen verweilen.

Den ganzen Juni (man stelle sich vor!) wurde darüber diskutiert, ob man die Länder, denen die drei Grossmächte Garantien leisten, beim Namen nennen sollte oder nicht. Wie bereits erwähnt, enthielt der englisch-französische Entwurf vom 25. Mai einen Passus, der England, Frankreich und die UdSSR verpflichtete, einander zu helfen, falls sie als Garanten eines beliebigen europäischen Staates in einen Krieg verwickelt würden. Dies war eine zu allgemeine und nicht hinreichend konkrete Formulierung, die in der Praxis verschiedene Deutungen zuließ. Hätten die Beziehungen zwischen der Sowjetregierung einerseits und den Regierungen Frankreichs und Englands andererseits auf Freundschaft und gegenseitigem Vertrauen beruht, so wäre es wohl möglich gewesen, sich mit der erwähnten Formel abzufinden. Faktisch aber waren die Beziehungen zwischen den genannten Regierungen von gegenseitigem Misstrauen und Argwohn erfüllt, wozu die Sowjetregierung, wie wir wissen, allen Grund hatte. Deshalb zählte die UdSSR in ihrem Gegenentwurf vom 2. Juni die acht Länder auf, die von den drei Grossmächten Garantien erhalten sollten. Es waren (um es noch einmal zu wiederholen) Belgien, Griechenland, die Türkei, Rumänien, Polen, Lettland, Estland und Finnland. Hier wurden sowohl die Interessen der UdSSR als auch die Interessen Englands und Frankreichs berücksichtigt. Man sollte meinen, Chamberlain und Da-

ladier hätten sich damit zufriedengeben können. I wo! Sie waren unzufrieden! Womit eigentlich?

Zunächst einmal damit, dass zu den Ländern, die Garantien bekommen sollten, die drei baltischen Staaten gehörten. Wozu? Das war eine unnötige Belastung! Die Engländer und Franzosen zogen alle Register, um uns davon zu überzeugen, dass eine solche Garantie überflüssig sei, wobei sie übrigens besonderen Nachdruck darauf legten, dass die baltischen Länder für eine wirksame Kriegsfront gar nicht gross genug seien. Folglich sei es für Deutschland unmöglich, dieses Territorium gegen die UdSSR zu missbrauchen, ohne dass sich die Front gleichzeitig auch auf polnischen Boden erstreckte. Sollte aber Polen in einen Krieg verwickelt werden, so müsste die Garantie in Kraft treten, die England und Frankreich diesem Lande geleistet hatten. Begreiflicherweise konnte die Sowjetregierung derartigen Argumenten nicht zustimmen, und im selben Gespräch, das ich mit Halifax am 12. Juni hatte und von dem bereits die Rede war, erklärte ich mit aller Bestimmtheit, dass ohne Garantien für die drei baltischen Staaten ein Pakt überhaupt nicht in Frage käme.

Als die Engländer und Franzosen daraufhin ihre Einwände gegen die Gewährung von Garantien an die baltischen Länder zurücknehmen mussten, erklärten sie plötzlich, sie hielten es nicht für wünschenswert, alle Staaten, die Garantien bekommen, im Wortlaut des Paktes namentlich aufzuzählen. Weshalb? Es wurden verschiedene Argumente vorgebracht: die offene Bekanntgabe der Garantien verletze den Nationalstolz der betreffenden Länder; die offene Bekanntgabe der Garantien mache den betreffenden Staaten Angst, denn es erwecke den Eindruck, als ob sie sich der Antihitlerfront angeschlossen hätten; die offene Bekanntgabe der Garantien ohne direkte Zustimmung der betreffenden Staaten widerspreche den Grundsätzen des Völkerrechts. Als daraufhin sowjetischerseits England und Frankreich vorgeschlagen wurde, ihren Einfluss auf die betreffenden Staaten geltend zu machen und deren Regierungen zu bewegen, sie sollten zumindest keine Einwände gegen diese Garantien er-

heben, warfen sich Chamberlain und Daladier sofort in Positur und erklärten, jeder Staat sei souverän, und es sei deshalb von Übel, ihn zur Teilnahme an der Antihitlerfront überreden zu wollen. Mehr noch, unsere Verhandlungspartner, besonders die Engländer, ermunterten (wenn nicht offiziell, dann zumindest halboffiziell) die reaktionären Regierungen der baltischen Staaten zu offenen Verlautbarungen, es läge ihnen gar nichts an irgendwelchen Garantien der drei Grossmächte. Die Aussenminister Finnlands, Estlands und Lettlands gaben tatsächlich Deklarationen in diesem Sinne ab, wobei sich der Vertreter Estlands besonders kampflustig gebärdete.

Die Sowjetregierung zog die logische Konsequenz aus der entstandenen Lage. Am 16. Juni schlug in Moskau der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten dem englischen Botschafter Seeds und dem französischen Botschafter Naggiar vor, überhaupt darauf zu verzichten, Garantien für andere europäische Staaten in den Pakt aufzunehmen und lediglich einen Dreier-Beistandspakt zwischen England, Frankreich und der UdSSR für den Fall eines unmittelbaren deutschen Angriffs auf einen der genannten Staaten zu unterzeichnen.

Das rief in London und Paris grosse Bestürzung hervor. Dort fragte man sich: «Was wird bei Annahme des sowjetischen Vorschlags aus den Garantien, die England und Frankreich im März und April 1939 Polen und Rumänien geleistet haben? Sie hängen dann in der Luft und verwandeln sich in wertloses Papier, können aber dem Prestige der Staaten, die diese Garantien gegeben haben, erheblichen Abbruch tun.» Deshalb beeilte sich die britische und die französische Regierung, den Abschluss eines einfachen Dreier-Beistandspaktes abzulehnen und auf einen Dreierpakt mit Garantien für andere Länder zurückzugreifen. In Moskau versuchten sie in einer langen Reihe von Sitzungen, auf jede Weise zu erreichen, dass die Länder, die Garantien bekommen sollten, im Pakt nicht genannt würden, und als sie einsehen mussten, dass dies unmöglich war, machten sie am 21. Juni den Vorschlag (genauer gesagt unterbreitete ihn der französische

Botschafter Naggiar), das Verzeichnis der betreffenden Länder nicht in Art. 1 des Grundtextes des Paktes, sondern in ein dem Pakt beizufugendes Geheimprotokoll aufzunehmen.\* Es war nicht ganz einleuchtend, weshalb dies den Engländern und Franzosen mehr zusagte, denn heutzutage wird der Inhalt jedes Geheimdokuments der Öffentlichkeit sehr schnell bekannt. Da aber unsere Partner auf einem solchen Protokoll bestanden, erhob die Sowjetregierung keine Einwände.

In diesem Zusammenhang eine Bemerkung über die Beziehungen zwischen den Engländern und Franzosen während der Dreierverhandlungen. Ich erwähnte bereits die Bemerkung unseres Pariser Botschafters J. S. Suriz, dass sich die Regierung Daladier trotz ihres reaktionären Charakters doch positiver zum Pakt verhielt als die Chamberlain-Regierung. Das erklärte sich natürlich keineswegs aus besonderem Edelmut oder Scharfblick der französischen Münchenianer, sondern aus der Tatsache, dass Deutschland für Frankreich eine viel unmittelbarere Gefahr darstellte als für England. Wie dem auch sei, jedenfalls stellten sich bei den Verhandlungen trotz aller Gemeinsamkeit des politischen Kurses von London und Paris gewisse Unterschiede heraus, die bald in dem einen, bald in dem andern Fall zutage traten. Das zeigte sich beispielsweise auch bei der Debatte über die Aufzählung der Länder, die Garantien erhalten sollten, als Naggiar vorschlug, diese Aufzählung nicht im Wortlaut des Paktes, sondern in einem Geheimprotokoll zu bringen. Und dies wiederholte sich, wie wir sehen werden, auch späterhin noch so manches Mal.

Aber die Sache mit der namentlichen Aufzählung der betreffenden Länder war damit noch nicht ins reine gebracht. Als die Frage des Geheimprotokolls vereinbart war, erklärten die Engländer und Franzosen plötzlich, sie wollten die Garantien auf weitere drei sie interessierende Länder, und zwar Holland, Luxemburg und die Schweiz, ausdehnen. Daraus ergab sich, dass die drei Grossmächte nunmehr nicht acht Ländern Garantien lei-

---

\* «DBFP», Third Series, vol. V, pp. 140-142.

sten sollten, wie es bisher in allen Verhandlungen hiess, sondern elf Ländern, darunter zweien (Holland und der Schweiz), die nicht einmal diplomatische Beziehungen zur UdSSR unterhielten. Dies musste naturgemäss die Last vergrössern, die den Garanten, insbesondere der UdSSR, aufgebürdet wurde, denn gerade die UdSSR musste im Kriegsfall die Hauptlast der Garantien für sechs Staaten – Polen, Rumänien, die Türkei und die drei baltischen Staaten – übernehmen. Die sowjetische Seite wies in einer der Sitzungen darauf hin, dass die Verwirklichung der Verpflichtungen allein in Bezug auf die ursprünglich vorgesehenen acht Staaten, militärisch ausgedrückt, von der UdSSR den Einsatz von 100 Divisionen erfordern würde, und bei wachsender Zahl der Länder, die Garantien in Anspruch nehmen, müssten es noch mehr werden. Unter diesen Umständen erklärte sich die Sowjetregierung nur dann einverstanden, dass die zusätzlichen drei Staaten dem Schutz der Grossen Drei unterstellt werden, wenn sie dafür entsprechend entschädigt würde, beispielsweise durch Beistandspakte mit Polen und der Türkei anstelle der früher ins Auge gefassten einseitigen sowjetischen Garantien für diese Länder. Da sich England und Frankreich wieder hinter der Souveränität Polens und der Türkei verschanzt hatten und bei einer derartigen Einstellung der Abschluss von Beistandspakten mit den genannten Ländern recht zweifelhaft war, wurde letzten Endes beschlossen, Holland, Luxemburg und die Schweiz nicht ins Verzeichnis der Länder aufzunehmen, die Garantien erhalten sollten, in dem obenerwähnten Geheimprotokoll jedoch festzulegen, dass die Mitglieder der Grossen Drei bei einer Gefahr für die Unabhängigkeit der drei soeben genannten Staaten über die zu treffenden Massnahmen miteinander beraten.

Die Engländer und Franzosen liessen es aber nicht dabei bewenden, dass sie die Verhandlungen bis ins Endlose verschleppten, sie forderten darüber hinaus von der UdSSR Gegenleistungen für jedes Zugeständnis. Aus diesem Anlass kam es am 23. Juni zu einem ersten Zusammenstoss zwischen mir und Halifax. Er hatte mich ins Aussenministerium eingeladen, um sich bitter-



lich über die sowjetische «Halsstarrigkeit» und «Unnachgiebigkeit» zu beklagen, und fragte mich dann mit strenger und undurchdringlicher Miene geradeheraus, ob die Sowjetregierung wirklich einen Dreierpakt wolle.

«Wozu stellen Sie mir diese Frage?» erwiderte ich. «Sie wissen doch ausgezeichnet, dass die Sowjetregierung überzeugter Anhänger des Dreierpakt ist.»

«Davon merke ich nichts», erklärte Halifax. «Bei Verhandlungen machen stets beide Seiten Zugeständnisse und einigen sich schliesslich auf ein Kompromiss. Wir als englische Seite haben Ihnen bei diesen Verhandlungen viele Zugeständnisse gemacht, Sie dagegen sind von Ihren ursprünglichen Positionen um kein Jota abgegangen... Offenbar ist die Sowjetregierung an einem Pakt nicht interessiert.»

«Entschuldigen Sie, Lord Halifax,» entgegnete ich, «aber wahrscheinlich haben die sowjetische und die englische Seite verschiedene Auffassungen von diplomatischen Verhandlungen. Englischerseits scheint man sie als eine Art Markt anzusehen, auf dem zwei Kaufleute miteinander feilschen: zuerst treiben sie die Preise unglaublich in die Höhe, dann lassen sie in ihren Forderungen allmählich nach, bis sie sich schliesslich einigen; dabei verlangt jeder Kaufmann für jedes Zugeständnis, das er gemacht hat, ein ebensolches Zugeständnis seines Partners... Wir als sowjetische Seite verstehen jedoch unter diplomatischen Verhandlungen etwas anderes. Wir haben nicht die Absicht, anfangs übermässig viel zu verlangen, um später ‚im Preis nachlassen‘ zu können. Wir sagen gleich, was unserer Ansicht nach erforderlich ist, um das gesteckte Ziel zu erreichen. So haben wir es auch bei den gegenwärtigen Verhandlungen gehalten. Was im sowjetischen Entwurf vom 2. Juni fixiert wurde, ist *jenes ‚eiserne Minimum‘, das den Frieden in Europa sichern kann*. Sie dagegen haben mit Dingen begonnen, die nicht dazu angetan waren, diesen Frieden zu sichern, und mussten sich darum naturgemäss allmählich unserem Standpunkt nähern, denn auch Sie müssen an der Erhaltung des Friedens in Europa interessiert sein. Wir kön-

nen von unserem ‚eisernen Minimum‘ nicht abgehen, ohne die Sache des Friedens zu verraten. Sie aber müssen uns noch ein Stück Weges entgegenkommen, damit wir die Aggression mit vereinter Kraft in die Schranken weisen können. Deshalb täten Sie besser, das Verzeichnis Ihrer Zugeständnisse beiseite zu legen und von uns keinerlei Kompensationen dafür zu fordern. Wir werden uns darauf nicht einlassen. Wir sind Realisten. Begreifen Sie doch, uns kommt es nicht auf juristische Formeln, nicht auf die Bilanz unserer beiderseitigen Zugeständnisse an, uns interessiert *das Wesen der Sache*, das heisst die wirkliche Verhütung einer Aggression und die Sicherung des Friedens in Europa. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es nur einen Weg – *den Weg nämlich, den die sowjetische Seite eingeschlagen hat*. Wollen wir ihn zusammen gehen.»

Halifax hörte sich das aufmerksam an, pflichtete mir aber nicht bei. Er wollte mir jetzt beweisen, dass in allen Verhandlungen das «menschliche Element» sehr wichtig sei und dass dieses «Element» zu gegenseitigen Zugeständnissen verpflichte. Ohne derartige gegenseitige Zugeständnisse sei es unmöglich, eine Atmosphäre zu schaffen, die den erfolgreichen Verlauf und Ausgang der Verhandlungen begünstigte. Wir machten einen Fehler, wollten wir die Frage dieser Atmosphäre ignorieren.

«Nachdem ich mir Ihre Ausführungen angehört habe» fasste ich zusammen, «muss ich wohl zugeben, dass die Sowjetregierung in der Tat einen Fehler gemacht hat. Sie hat nicht mit den marktmässigen Methoden der englischen Diplomatie gerechnet und infolgedessen ihr ‚eisernes Minimum‘ zu früh und zu offen genannt. Aber wir haben wahrhaftig keinen Grund, uns wegen dieses Fehlers zu entschuldigen.»

Je länger sich die Verhandlungen hinzogen, desto klarer wurde, dass die Engländer und Franzosen einfach sabotierten. Die Lage in Europa wurde mit jedem Tag gespannter. Deutlich ballte sich ein Gewitter über Danzig zusammen. Am 18. Juni traf Goebbels dort ein. Er hielt eine Hetzrede, in der er unverblümt erklärte, die Zeit sei nicht mehr fern, da Danzig ein Bestandteil

Hitlerdeutschlands sein werde. In den darauffolgenden Tagen überfluteten Tausende deutsche «Touristen» die Stadt; in riesigen Mengen wurden die verschiedensten Waffen einschliesslich schwerer Artillerie eingeschmuggelt; der dortige Nazigauleiter Förster rief die Bevölkerung auf, keine Mühe zu scheuen, damit Danzig wieder eine deutsche Stadt werde. Unter dem Einfluss all dieser Ereignisse spitzten sich die deutsch-polnischen Beziehungen immer mehr zu, während die Aufregung in London und England ständig wuchs. Daladier betonte am 27. Juni vor dem Parlament, dass «Europa noch nie so bestürzt und besorgt war wie jetzt», und fünf Tage später, am 2. Juli, stellte der französische Kabinettschef fest, dass «die allgemeine Situation in Europa überaus ernst» sei. Churchill erklärte am 28. Juni in einer Rede, die er in London hielt:

«Ich bin sehr beunruhigt über die gegenwärtige Lage. Sie gleicht in vielem der des Voijahres, allerdings mit dem Unterschied, dass wir in diesem Jahr keine Rückzugsmöglichkeiten haben. Wir hatten damals keinen bindenden Vertrag, der uns Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei auferlegte. Jetzt haben wir Polen eine absolute Garantie gegeben. Alles lässt darauf schliessen, dass die Nazis die erforderlichen Vorbereitungen getroffen haben, um Polen Zugeständnisse abzupressen. Wenn Polen nicht nachgibt, wird es im Westen und im Süden von starken Kräften angegriffen werden.»

Halifax selber schilderte in einer Rede am 29. Juni die Perspektiven Europas in sehr düsteren Farben.

Trotz alledem setzten die Engländer und Franzosen bei den Verhandlungen über den Dreierpakt ihre kleinliche, ausgetüftelte Verschleppungstaktik fort. Zu ihren beliebtesten Methoden gehörte dabei das Hinausschieben einer Antwort auf unsere Vorschläge oder Abänderungsanträge. Gerade in jenen Tagen machte ich eine kurze statistische Aufstellung über die Zeit, die die sowjetische und die englisch-französische Seite während der Gesamtdauer der Verhandlungen für die Vorbereitung ihrer Antworten benötigte. Es ergaben sich sehr bemerkenswerte

Zahlen. Von den 75 Tagen, die die Verhandlungen bis dato gedauert hatten, brauchte die UdSSR nur 16 Tage für die Vorbereitung ihrer Antworten, England und Frankreich hingegen 59 Tage. Es ist nicht verwunderlich, dass diese Zahlen in der sowjetischen Presse erschienen. In einem Artikel der «Prawda» vom 29. Juni 1939 hiess es:

«Die englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen über den Abschluss eines effektiven Beistandspaktes gegen die Aggression sind in eine Sackgasse geraten...

Die unzulässige Verzögerung und die endlose Verschleppung der Verhandlungen mit der UdSSR berechtigen, an der Aufrichtigkeit Englands und Frankreichs zu zweifeln, und veranlassen uns zu fragen, was dieser Politik zugrunde liegt: ernsthafte Bestrebungen, die Friedensfront zu sichern, oder der Wunsch, die Verhandlungen selbst sowie die Verschleppung dieser Verhandlungen für andere Zwecke zu missbrauchen, die mit der Schaffung einer Front der friedliebenden Staaten nichts gemein haben.

Diese Frage drängt sich um so mehr auf, als die englische und die französische Regierung bei den Verhandlungen künstliche Schwierigkeiten auftürmen sowie den Anschein ernster Differenzen zwischen England und Frankreich einerseits und der UdSSR andererseits erwecken, und zwar in Fragen, die bei gutem Willen und aufrichtigen Absichten Englands und Frankreichs schnell und mühelos gelöst werden könnten.»

Die «Prawda» nannte dann eine dieser künstlichen Schwierigkeiten (Garantien für die baltischen Staaten), betonte dabei, dass England in anderen Fällen, wo es wirklich interessiert ist (Garantien für Holland usw.), den Wünschen jener Länder, denen es Garantien gewähren will, sehr wenig Rechnung trägt, und fuhr fort:

«Die Engländer und Franzosen beabsichtigen nicht, mit der UdSSR einen Vertrag zu schliessen, der auf Gleichheit und Gegenseitigkeit beruht, obwohl sie täglich beteuern, sie seien ebenfalls für ‚Gleichheit, sondern wollen einen Vertrag, in dem der

UdSSR die Rolle eines Knechtes zufällt, der auf seinen Schultern die ganze Last der Verpflichtungen trägt.»

Die «Prawda» erklärte, dass von einem solchen Vertrag gar keine Rede sein könne, und schloss ihren Artikel mit folgenden gewichtigen Worten:

«Es hat den Anschein, dass es den Engländern und Franzosen nicht auf einen wirklichen, für die UdSSR annehmbaren Vertrag ankommt, sondern lediglich auf das *Gerede* über einen Vertrag, um vor der öffentlichen Meinung ihrer Länder mit der angeblichen Unnachgiebigkeit der UdSSR aufzutumpfen und sich dadurch eine Abmachung mit den Aggressoren zu erleichtern.»

Das traf ins Schwarze.

## Der Pakt und die Militärkonvention

Jedenfalls war Anfang Juli die Aufzählung der Staaten, denen die drei Grossmächte Garantien gewähren wollten, vereinbart, und nun mussten die anderen Schwierigkeiten gelöst werden, die einer Unterzeichnung des Paktes im Wege standen. Die wichtigste war *die Verbindung des Paktes mit der ihn bekräftigenden Militärkonvention*. Man kann nicht behaupten, dass diese Frage früher nicht berührt worden wäre. Ganz im Gegenteil. Schon im Juni war sie in Moskau bei den Gesprächen der sowjetischen Vertreter mit den englischen und französischen Vertretern sowie in London zwischen mir und Halifax wiederholt angeschnitten worden. Nichtsdestoweniger beschäftigten sich die Verhandlungspartner im Juni vor allem mit der Frage, ob man die Staaten, denen die Grosse Drei Garantien gewährte, nennen sollte oder nicht.

Im Juli rückte die Verbindung zwischen dem Pakt und der Militärkonvention in den Vordergrund. Das hatte seine Gründe: die Atmosphäre in Europa war aufs Äusserste gespannt, der Krieg konnte jederzeit ausbrechen, und man musste möglichst schnell und möglichst genau festlegen, welche Hilfe die drei Grossmächte einander zu leisten hätten, falls eine von ihnen in einen Krieg mit Deutschland verwickelt würde. Bei den Verhandlungen mit den englischen und französischen Vertretern in Moskau wurde wiederholt betont, dass der Pakt ohne Militärkonvention keinen Pfifferling wert und unter den gegebenen Umständen die Militärkonvention sogar wichtiger als der Pakt sei. Aber auch in dieser Frage setzten unsere Partner blind und starrköpfig ihre Sabotagetaktik fort, obwohl ihnen selber bereits der Boden unter den Füßen brannte.

Die Einstellung der Partner zur Frage des Paktes und der Militärkonvention lief im Wesentlichen auf Folgendes hinaus: Die Sowjetregierung war der Ansicht, dass der Pakt und die Militärkonvention eine Einheit, zwei Seiten desselben Abkommens sind und gleichzeitig in Kraft treten müssen. Mit anderen Wor-

ten, ohne Militärkonvention könne es auch keinen politischen Pakt geben. Dieser Standpunkt war bereits in unseren ersten Vorschlägen vom 17. April klar formuliert worden, und wir vertraten ihn konsequent in allen unseren Gesprächen mit den Engländern und Franzosen in Moskau, London und Paris. Von den Gründen, die uns veranlassten, strikt an diesem Standpunkt festzuhalten, war hier bereits die Rede.

Die englische und die französische Regierung dagegen waren der Ansicht, Pakt und Militärkonvention stellten zwei verschiedene Dokumente dar, und es habe keinen Zweck, sie allzu eng miteinander zu verknüpfen. Weshalb? Als ich am 8. Juni im Gespräch mit Halifax diese Frage zum erstenmal berührte, meinte der britische Aussenminister:

«Aber die Forderung nach gleichzeitigem Inkrafttreten des Paktes und der Militärkonvention würde doch bedeuten die Unterzeichnung des Abkommens beträchtlich hinauszuschieben... Eine Militärkonvention kommt nicht so schnell zustande... Jeder Aufschub gefährdet den Frieden... Wir müssen uns beeilen!»

Und Halifax schlug vor, zunächst den Pakt zu schliessen, und sich erst danach der Militärkonvention zuzuwenden. Ich war damit nicht einverstanden, da es uns aber in diesem Augenblick am wichtigsten schien, im Wortlaut des Paktes über die Aufzählung der Staaten, die Garantien erhalten sollten, Einigkeit zu erzielen, wurde das Problem des Paktes und der Militärkonvention bis auf Weiteres vertagt. Später hielten Engländer wie Franzosen starr an dem Standpunkt fest, den Halifax im eben erwähnten Gespräch zum Ausdruck gebracht hatte, und wiederholten dabei ständig:

«Eine Militärkonvention würde den Abschluss des Paktes nur verzögern, wir müssen uns jedoch beeilen, so sehr wir können... Die internationale Lage wird immer bedrohlicher!»

Man kann sich wohl kaum ein krasserer Beispiel der Doppelzüngigkeit und Heuchelei vorstellen!

Was steckte in Wirklichkeit hinter diesem Verhalten der Engländer und Franzosen?

Es war nach wie vor auf das gleiche zurückzuführen: auf ihre unveränderliche Treue zur Generallinie Clivedens und auf die daraus resultierende Feindseligkeit gegenüber einem Dreier-Beistandspakt. Gerade in diesen Tagen erfuhr ich, dass zwischen Chamberlain und seinem nächsten Freund, dem Minister für die Luftstreitkräfte, Kingsley Wood, folgendes Gespräch stattgefunden hatte:

«Was gibt es Neues bei den Paktverhandlungen?» fragte Kingsley Wood.

Chamberlain wehrte gereizt ab und erwiderte: «Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass es mir gelingen wird, um die Unterzeichnung dieses unglückseligen Paktes herumzukommen.»

Nun, bei einer solchen Einstellung des Regierungschefs brauchte man sich auch nicht zu wundern, dass Halifax und Daladier es ablehnten, Pakt und Militärkonvention als Einheit anzusehen.

Da aber die Sowjetregierung seit Anfang Juli kategorisch erklärte, Pakt und Militärkonvention seien nicht voneinander zu trennen, mussten sich die Engländer und Franzosen wohl oder übel mit dieser Frage befassen.

Am 12. Juli bat mich Halifax zu sich und wollte mir aufs Neue die Unzweckmässigkeit eines gleichzeitigen Inkrafttretens von Pakt und Militärkonvention beweisen. Ich fiel ihm jedoch gleich ins Wort und erklärte jede Diskussion über dieses Thema für zwecklos, weil die Sowjetregierung unter keinen Umständen den Pakt ohne die Konvention unterzeichnen würde. Halifax fragte, worauf unsere Unnachgiebigkeit in dieser Angelegenheit zurückzuführen sei. Ich schilderte ihm kurz unsere unliebsamen Erfahrungen mit dem französisch-sowjetischen Beistandspakt. Die Sowjetregierung sei fest entschlossen, dergleichen nicht noch einmal zu dulden, um so mehr, als die Zeiten jetzt viel bedrohlicher seien als 1935.\*

Halifax hing eine Weile seinen Gedanken nach, dann warf er

---

\* Jahr der Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Beistandspaktes.



mir einen Seitenblick zu und meinte vielsagend: «Bedeutet das, dass Sie uns nicht vertrauen?»

Ich zuckte die Achseln und entgegnete:

«Wenn drei grosse Staaten über sehr wichtige Dinge verhandeln, muss alles präzise und klar sein, sonst können sich die unangenehmsten Missverständnisse und Konflikte ergeben.»

In Moskau vertrat die Sowjetregierung mit Nachdruck die Auffassung von einem einheitlichen Abkommen aus zwei Teilen und schlug aus Gründen der Zeitersparnis vor, unverzüglich mit den Verhandlungen über die Militärkonvention zu beginnen, ohne die endgültige Fertigstellung des Paktes abzuwarten. Die politischen Verhandlungen sollten gleichlaufend fortgesetzt werden. Dieser Vorschlag missfiel Halifax sehr, doch die sowjetische Seite bestand auf ihrer Forderung: entweder Pakt und Konvention gleichzeitig oder überhaupt kein Pakt. So kam es, dass Halifax schon Mitte Juli Seeds anwies, der Einheit von Pakt und Konvention zuzustimmen und die Verhandlungen über die Konvention vorfristig einzuleiten, wobei es der Entscheidung des Botschafters überlassen blieb, wann die sowjetische Seite davon in Kenntnis gesetzt werden sollte. Seeds seinerseits zog die Angelegenheit noch acht Tage hinaus und teilte dem sowjetischen Volkskommissar in der Sitzung vom 24. Juli mit, dass die britische Regierung gegen die unverzügliche Eröffnung der Verhandlungen über eine Militärkonvention nichts einzuwenden habe. Als Verhandlungsort schlug die Sowjetregierung Moskau vor.

So waren infolge der Sabotage seitens unserer Partner weitere drei Wochen dazu erforderlich, sich über die Verbindung von Pakt und Militärkonvention zu einigen.

Das war aber noch nicht alles. Jetzt, da man sich über die Aufzählung der Staaten, denen Garantien gewährt werden sollten, und über die Einheit von Pakt und Militärkonvention schlüssig geworden war, musste noch eine Schwierigkeit überwunden, nämlich der Begriff Aggression genauer definiert werden. Die drei Grossmächte verpflichteten sich, acht anderen Ländern Hil-

fe zu leisten, falls diese einer Aggression zum Opfer fielen; was war aber unter «Aggression» zu verstehen?

Und nun begannen endlose Wortgefechte! Die Haltung der Sowjetregierung in dieser Frage war sehr geschmeidig. Sie trug den Einwänden unserer Partner weitgehend Rechnung und machte ihnen häufig Zugeständnisse, indem sie ihre eigenen Vorschläge umarbeitete und neu formulierte, aber alles war vergeblich. In jeder sowjetischen Formulierung entdeckte der miss-trauische Halifax unbedingt irgendein Wort, irgendein Komma, das ihn zu einer negativen Reaktion veranlasste. Die Diskussionen über den Begriff der Aggression zogen sich den ganzen Juli hin und wurden im August fortgesetzt, ohne dass man zu einer Verständigung gelangt wäre. Sie kamen auch gar nicht zum Abschluss, bis die Dreierverhandlungen überhaupt aufflogen.

Hier muss ich noch einmal die Differenzen erwähnen, die sich bei den Verhandlungen zwischen den Engländern und Franzosen ergaben. Ein Telegramm Seeds' vom 22. Juli enthält folgende Stelle:

«Der persönliche Standpunkt des französischen Botschafters läuft darauf hinaus, dass die von Molotow vorgeschlagene Definition einer indirekten Aggression akzeptabel sei, und ergab mir auf privatem Wege zu verstehen, dass die französische Regierung der gleichen Meinung sei. Es fällt dem französischen Botschafter immer schwerer, die Opposition der Regierung Seiner Majestät gegen Molotows Formulierung zu unterstützen.»\*

Am selben 22. Juli telegraphierte Halifax an Seeds: «In Paris und London melden Zeitungen, die französische Regierung sei bereit, Molotow alle Zugeständnisse zu machen, und bemühe sich vergeblich, in diesem Sinne auf die Regierung Seiner Majestät einzuwirken. Falls Ihr französischer Kollege diese Frage anschnidet, können Sie ihm sagen, dass nach allen uns vorliegenden Angaben diese Informationen aus französischer Quelle stammen.»\*\*

---

\* «DBFP», Third Series, vol. VI, p. 450.

\*\* Ebenda p. 448-449.

Es war von zweitrangiger Bedeutung, woher diese Informationen stammten, viel wichtiger war, dass die Differenzen zwischen London und Paris immer deutlicher in Erscheinung traten, je länger die Verhandlungen durch Chamberlains Schuld verschleppt wurden.

Da wir das Verhalten des englischen Partners bei den Diskussionen über den Begriff der Aggression tagaus, tagein beobachten konnten, fragten wir uns, ob eine Regierung so handeln könne, die wirklich schnellstmöglich einen Dreierpakt abschliessen wollte? Und immer aufs Neue mussten wir darauf antworten: Nein, das ist unmöglich, offenbar liegt der englischen Regierung nach wie vor nichts an einem solchen Pakt.

Im Juli kam es zu einem wichtigen Ereignis, das unsere Zweifel an der Aufrichtigkeit unserer britischen Partner noch bestärkte. Ungefähr am 20. des Monats trafen der englische Aussenhandelsminister Hudson und Görings Wirtschaftsberater Wohltat zusammen. Offiziell war Wohltat zur Internationalen Walfangkonferenz nach London gekommen, in Wirklichkeit aber hatte er die Aufgabe, die Möglichkeiten einer weitgehenden Regelung der englisch-deutschen Beziehungen zu sondieren. Damals waren wir über die Verhandlungen Wohltats mit den englischen Staatsmännern noch nicht in allen Einzelheiten informiert. So wussten wir namentlich nichts von Wohltats Gesprächen mit Horace Wilson (sie wurden erst nach Kriegsende publik). In einer Notiz des damaligen deutschen Botschafters in London, v. Dirksen, die mit dem 21. Juli 1939 datiert ist, finden wir folgende Angaben über Wohltats Unterredungen mit Hudson und Horace Wilson.

Durch Vermittlung des norwegischen Mitglieds der Walfangkommission fand zwischen Hudson und Wohltat eine Begegnung statt; in seiner Unterredung mit Wohltat entwickelte Hudson weitgehende Pläne einer englisch-deutschen Zusammenarbeit zur Erschliessung neuer sowie zur Auswertung der bestehenden Weltmärkte. Unter anderem erklärte er, England und Deutschland fänden in China, Russland und dem Empire gross-

zügige Verwendung für ihre Kräfte; Hudson hielt eine Abgrenzung der englischen und der deutschen Interessensphären für notwendig.

Danach stattete Wohltat auf spezielle Einladung hin auch Horace Wilson einen Besuch ab. Die beiden Unterredungen Wohltats mit Wilson, dem aussenpolitischen Hauptberater Chamberlains, bewegten sich in einem viel breiteren Rahmen. Wilson erklärte, er erstrebe «die Herbeiführung der grossen deutsch-englischen Auseinandersetzung über alle wichtigen Fragen», und zwar über a) den Abschluss eines englisch-deutschen Nichtangriffspaktes; b) den Abschluss eines Paktes über Nichteinmischung und Aufteilung der Einflussphären; c) die Beschränkung der Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft; d) die Möglichkeit für Deutschland, sich in die Ausbeutung der Kolonien einzuschalten, und e) gegenseitige finanzielle Unterstützung sowie Probleme des internationalen Handels. Als Wohltat sich erkundigte, ob die deutsche Regierung auch andere Fragen auf die Tagesordnung setzen könne, antwortete Wilson, «der Führer brauche nur ein Stück weisses Papier zu nehmen und seine Punkte aufzuzeichnen. Die englische Regierung wäre dann bereit, sie zu besprechen.» Wilson bat, Hitler möge jemanden zu Verhandlungen über alle Fragen der englisch-deutschen Zusammenarbeit ermächtigen.

V. Dirksen notiert ferner: «Sir Horace Wilson hat Herrn Wohltat ausdrücklich gesagt, dass der Abschluss eines Non-Aggression-Vertrages» (mit Deutschland – *I. M.*) «es England ermöglichen würde, von seinen Verpflichtungen gegenüber Polen loszukommen.»\*

Wilson forderte Wohltat auf, unverzüglich mit Chamberlain zu sprechen, um sich zu überzeugen, dass dieser mit dem Programm, das Wilson Herrn Wohltat unterbreitet hatte, einverstanden sei. Wohltat wich jedoch einer Zusammenkunft mit dem britischen Premier aus.

---

\* «Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkriegs», Bd. II, Moskau 1948, S. 69.

Solche Gespräche führte also Chamberlain im Sommer 1939 hinter dem Rücken der UdSSR mit Deutschland! Und wenn sie im Endeffekt ergebnislos blieben, lag das an Faktoren, die sich der Macht des britischen Premiers entzogen. Und nach all dem wagen es die Geschichtsschreiber und Politiker des Westens noch, der Sowjetunion Vorwürfe zu machen, sie einer Abmachung, ja geradezu eines hinter dem Rücken Englands und Frankreichs mit Deutschland geschlossenen Bündnisses zu bezichtigen! Selbst wenn die Sowjetregierung etwas Ähnliches getan hätte, hätte sie damit den westlichen «Demokratien» lediglich mit gleicher Münze heimgezahlt. In Wirklichkeit aber war, wie weiter unten (siehe Kapitel «Das Dilemma der Sowjetregierung») nachgewiesen wird, nichts dergleichen geschehen. Ich wiederhole: Im Sommer 1939 waren uns die Einzelheiten der Geheimverhandlungen zwischen England und Hitlerdeutschland noch nicht bekannt. Aber auch das, was im Juli 1939 in die Presse und in die politischen Kreise durchsickerte, gab genug Anlass zu ernster Besorgnis. Wie die Zeitungen damals berichteten und wie Chamberlain in seiner Parlamentserklärung am 24. Juli zugab, sprachen Hudson und Wohltat über den Ausbau der englisch-deutschen Handels- und Finanzbeziehungen sowie über die Gewährung einer englischen Riesenanleihe (500 bis 1'000 Millionen Pfund) zu ganz bestimmten Bedingungen an Deutschland. Ein kommerzielles Abkommen von solchem Ausmass wäre von erstrangiger politischer Bedeutung gewesen. Und wenn ein Mitglied der britischen Regierung es für möglich hielt, dieses Projekt mit einem hohen Beamten des Hitlerstaates zu erörtern, dann... Wir zogen hieraus keine allzu weitgehenden Konsequenzen, doch unser aus den früheren Erfahrungen, darunter auch aus den Erfahrungen der Dreierverhandlungen, herrührendes Misstrauen hinsichtlich der wirklichen Absichten der britischen Regierung wurde begreiflicherweise noch grösser.

## Vorbereitung der militärischen Verhandlungen

Am 25. Juli bat mich Halifax zu sich und teilte mir mit, dass in Moskau vereinbart worden sei, unverzüglich militärische Verhandlungen einzuleiten. Ich wusste das bereits aus einem Telegramm des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten, das ich am Vortage erhalten hatte, äusserte aber nichtsdestoweniger grosse Genugtuung über die Mitteilung des Aussenministers. Da mich jedoch einige Zweifel plagten, versuchte ich an Ort und Stelle zu erfahren, inwiefern sie begründet seien.

«Sagen Sie bitte Lord Halifax,» fragte ich, «wann könnten diese Verhandlungen Ihrer Ansicht nach beginnen?»

Halifax dachte nach, blickte zur Decke auf, als überlege er, und erwiderte dann:

«Wir brauchen sieben bis zehn Tage für die Vorarbeiten.» Das bedeutete, dass die Verhandlungen höchstwahrscheinlich erst in zwei Wochen beginnen würden. Halifax hatte also nicht die Absicht, sich zu beeilen.

«Und steht schon fest, wer Ihrer Delegation zu den militärischen Verhandlungen angehören wird?» fragte ich weiter.

«Nein, vorläufig noch nicht... Wir werden das in den nächsten Tagen bestimmen», sagte Halifax und fügte hinzu: «Unseres Erachtens wäre Paris für die militärischen Verhandlungen am geeignetsten, da aber die Sowjetregierung die Verhandlungen in Moskau abzuhalten wünscht, sind wir auch mit Moskau als Tagungsort einverstanden.»

Ich verliess Halifax in grosser Besorgnis: Das alte Spiel wurde fortgesetzt, indessen spitzte sich die internationale Lage immer mehr zu. Danzig wurde in beschleunigtem Tempo militarisiert, und die Spannung in den polnisch-deutschen Beziehungen war fast unerträglich. Am 21. Juli erklärte das deutsche Auswärtige Amt, Danzig müsse Deutschland bedingungslos zurückgegeben werden. Darauf antwortete der Führer der polnischen Armee, Marschall Rydz-Smigly, Polen werde zu den Waffen greifen, falls Deutschland es sich einfallen liesse, einseitig über das Schicksal

Danzigs zu entscheiden. Um die gleiche Zeit traf der englische General Ironside in Warschau ein und verhandelte dort mit dem polnischen Generalstab. Im Fernen Osten spielten sich schwerwiegende Ereignisse ab. Der Chinesisch-Japanische Krieg dauerte bereits zwei Jahre, und noch war kein Ende abzusehen; am Chalchin-Gol tobten Kämpfe zwischen den japanischen Aggressoren und sowjetisch-mongolischen Truppen; die japanischen Imperialisten betrieben in China eine wüste Hetze gegen England, bombardierten englische Schiffe auf dem Yangtse, inszenierten englandfeindliche Demonstrationen in chinesischen Städten und drohten den dort lebenden britischen Untertanen mit dem Tode. All das löste in England grosse Besorgnis aus, und die breiten Massen, insbesondere die Arbeiter, griffen die Regierung wegen ihrer Sabotage der Dreierverhandlungen immer heftiger an. Im ganzen Lande, von einem Ende bis zum anderen, wurde nachdrücklich gefordert: «Sofortiger Pakt mit der Sowjetunion!»

Chamberlain musste wiederum nach Ausflüchten suchen, als es am 31. Juli im Parlament zu einer stürmischen aussenpolitischen Debatte kam. Archibald Sinclair, der Führer der Liberalen, kritisierte Chamberlains Politik aufs Schärfste und forderte, dass «einer der namhaftesten Politiker» zum Abschluss der Paktverhandlungen nach Moskau entsandt werde. Der Labourabgeordnete Dalton schlug vor, dass Halifax selber nach Moskau fahren bzw. ein Mitglied der Sowjetregierung nach London eingeladen werde. Eden verlangte die sofortige Entsendung einer politischen Mission in die UdSSR, und zwar müsse ihr Leiter eine Stellung bekleiden, die ihm einen unmittelbaren Kontakt mit der Sowjetregierung ermöglichte. Viele andere Redner äusserten sich ebenfalls in diesem Sinne.

Chamberlain versuchte, sich wegen des Vorwurfs, er sabotiere die Verhandlungen, mit früheren Präzedenzfällen zu rechtfertigen. Er erklärte, die Verhandlungen über das englisch-japanische Bündnis von 1903 hätten ein halbes Jahr, die Verhandlungen über die englisch-französische Entente von 1904 neun Mo-

nate, die Verhandlungen über die englisch-russische Entente von 1907 sogar fünfzehn Monate in Anspruch genommen... Die Schlussfolgerung lag auf der Hand: Die gegenwärtigen Verhandlungen mit der UdSSR dauerten einstweilen nur viereinhalb Monate, was wollte man eigentlich von ihm?\*

Man kann sich wohl kaum ein beredteres Beispiel politischer Sturheit vorstellen als diese Auslassungen des britischen Premiers angesichts des historischen Sturmes, der bereits heraufzog.

Trotz aller Empörung der breiten englischen Öffentlichkeit hielt Chamberlain an seiner Generallinie fest. Er gab immer noch nicht die Hoffnung auf, dass es ihm gelingen würde, Deutschland und die UdSSR gegeneinander aufzuhetzen. Dies bestätigte das ganze Verhalten der britischen Regierung selbst zu dieser vorgerückten Stunde deutlich genug.

Nach dem Gespräch, das ich am 25. Juli mit Halifax hatte, versuchte ich, auf die Zusammensetzung der militärischen Delegation Einfluss zu nehmen, die England in die UdSSR zu entsenden gedachte. Ich sagte mir: ‚Wenn Halifax im Juni nicht nach Moskau gereist ist, soll wenigstens irgendeine wirklich namhafte und tatkräftige Militärperson Englands Hauptvertreter sein. Das wäre für die Verhandlungen selber von Nutzen; das könnte den aggressiven Eifer Hitlers ein wenig dämpfen; das wäre ein Ausdruck der ernsten Einstellung Englands zum Dreierpakt, allerdings vorausgesetzt, dass in der Stimmung der regierenden Oberschicht dieses Landes wenigstens jetzt, an der Schwelle eines Krieges, irgendwelche Änderungen zum besseren eingetreten wären?‘

Ich wandte mich an Arthur Greenwood, den stellvertretenden Leiter der Labourfraktion im Parlament, mit dem ich guten Kontakt hatte, und bat ihn, der britischen Regierung inoffiziell zur Kenntnis zu bringen, dass man sowjetischerseits hoffe, an der Spitze der britischen Delegation einen sehr hohen Militär, am liebsten General Gort, den damaligen britischen Generalstabschef, zu sehen. Wie mir zuverlässig bekannt ist, hat Greenwood

---

\* «Parliamentary Debates, House of Commons», vol. 350, col. 2023.



meine Bitte erfüllt. Chamberlain antwortete ihm mit einem Brief, den ich selber gelesen habe, und in dem es heisst, die Regierung könne Gort leider nicht nach Moskau schicken, da er jetzt unbedingt in London anwesend sein müsse, anstelle Gorts sei jedoch ein Delegationsleiter vorgesehen, der den nötigen Respekt bei der Sowjetregierung geniessen werde.

Und was geschah? Am 31. Juli gab Chamberlain im Parlament bekannt, das Kabinett habe Sir Reginald Plunkett-Emle-Erle Drax mit der Leitung der englischen Militärdelegation betraut. Offen gestanden hatte ich seinen Namen in den ganzen sieben Jahren meiner bisherigen Tätigkeit als sowjetischer Botschafter in London nie gehört. Das war auch nicht verwunderlich, denn es stellte sich heraus, dass Sir Reginald Plunkett-Drax damals keinerlei unmittelbare Beziehung zu den englischen Streitkräften hatte, dafür aber dem Hof nahestand und Chamberlains Gesinnung teilte. Man hätte beim besten Willen wohl kaum eine weniger geeignete Kandidatur für die Verhandlungen mit der UdSSR finden können als diesen greisen Admiral der britischen Flotte. Die übrigen Mitglieder der Delegation (Luftmarschall Burnett und Generalmajor Heywood) ragten nicht über den Durchschnitt des leitenden britischen Offizierskorps hinaus.

Als ich von der Zusammensetzung der englischen Delegation erfuhr, konnte ich nur eine Schlussfolgerung ziehen: Alles bleibt beim alten, die Sabotage des Dreierpaktes wird fortgesetzt.

Die französische Regierung beschritt den gleichen Weg, den ihre Londoner Kollegen eingeschlagen hatten. Zum Chef der französischen Delegation wurde Korpsgeneral Doumenc, zu ihren Mitgliedern Fliegergeneral Valin und Kapitän zur See Willaume ernannt. Auch von ihnen konnte niemand autoritativ im Namen aller Streitkräfte seines Landes auftreten. In den ersten Augusttagen traf die französische Delegation in London ein. Von hier aus sollten beide Delegationen zusammen nach Moskau reisen. Ich beschloss, aus diesem Anlass ein Frühstück zu geben. Trotz meiner Enttäuschung über die Zusammensetzung der Delegation war ich der diplomatischen Höflichkeit diese Ge-

ste schuldig, zudem lag mir daran, persönlich mit den Mitgliedern der Delegation zu sprechen. Das Frühstück fand im Wintergarten der Botschaft statt. Ausser der englischen und der französischen Delegation waren auch unsere Militärs (der Militär-, der Luft- und der Marineattaché) sowie leitende Persönlichkeiten der Handelsvertretung zugegen. Rechts von mir sass als ältester Gast Admiral Drax, ein hochgewachsener hagerer, grauhaariger Engländer mit ruhigen Bewegungen und bedächtiger Art zu sprechen. Als nach dem Essen der Kaffee serviert war, hatte ich folgendes Gespräch mit Drax:

*Ich:* Sagen Sie bitte, Admiral, wann begeben Sie sich nach Moskau?

*Drax:* Das steht noch nicht endgültig fest, jedenfalls in den nächsten Tagen.

*Ich:* Sie fliegen natürlich?... Die Zeit drängt. Die Atmosphäre in Europa ist äusserst gespannt!

*Drax:* O nein! Unsere beiden Delegationen zählen mit dem Hilfspersonal an die 40 Personen, wir haben viel Gepäck... Da wäre es unbequem zu fliegen.

*Ich:* Wenn ein Flugzeug nicht in Frage kommt, fahren Sie vielleicht auf einem Ihrer schnellen Kreuzer in die Sowjetunion? Das wäre der richtige Stil und sehr eindrucksvoll: Militärdelegationen auf einem Kriegsschiff... Und Sie brauchten auch nicht viel Zeit, um von London nach Leningrad zu kommen.

*Drax (mit saurer Miene):* Nein, ein Kreuzer kommt auch nicht in Frage. Wenn wir einen Kreuzer benutzten, müssten wir ja an die zwanzig Offiziere aus ihren Kajüten aussiedeln, um selber Platz zu finden... Wozu so viele Umstände?.. Nein, nein! Wir werden keinen Kreuzer nehmen...

*Ich:* Dann reisen Sie vielleicht mit einem Ihrer schnellen Passagierschiffe?... Ich wiederhole, die Zeit drängt, Sie müssen möglichst bald in Moskau sein!

*Drax (mit offenkundiger Abneigung, dieses Gespräch fortzusetzen):* Ich kann Ihnen da wirklich nichts sagen... Das Handelsministerium ist beauftragt worden, die Beförderung zu organi-

sieren... Alles hängt von ihm ab. Ich weiss nicht, wie das vor sich gehen wird.

Und es ging folgendermassen vor sich: Am 5. August verliessen die beiden Militärdelegationen mit dem Passagierschiff »City of Exeter«, das eine Geschwindigkeit von 13 Knoten hatte, London, und erst am 10. August trafen sie schliesslich in Leningrad ein. Ganze fünf Tage beanspruchte diese Fahrt zu einer Zeit, da auf der Waage der Geschichte jede Stunde, ja sogar jede Minute ins Gewicht fiel.

Damals nahm ich an, diese unglaubliche Langsamkeit bei der Ernennung der Delegation und ihrer Reise in die UdSSR sei eine Form jener Sabotage der Verhandlungen, die uns nur allzu gut bekannt war. Zweifelsohne hatte ich im Grossen und Ganzen recht. Aber heute kann man den von der britischen Regierung veröffentlichten diplomatischen Dokumenten entnehmen, dass die Gemächlichkeit, mit der Drax und seine Kollegen nach Moskau führen, noch einen ganz besonderen Sinn hatte. Ich erwähnte bereits, dass der politische Pakt noch nicht bis ins letzte ausgearbeitet war, als sich die Partner einigten, sofort mit den militärischen Verhandlungen zu beginnen. Noch bestand keine Einigkeit über den Begriff der Aggression. Es wurde vorausgesetzt, dass die politischen und die militärischen Verhandlungen parallel verlaufen. In der schriftlichen Weisung aber, die das britische Aussenministerium seiner Delegation als Anleitung für die Verhandlungen in Moskau mitgegeben hatte, hiess es in Abschnitt 8:

«Bis zum Abschluss einer politischen Vereinbarung... brauchen sich die Delegationen mit den Verhandlungen nicht zu beilegen, wobei sie den Verlauf der politischen Verhandlungen ständig verfolgen und engsten Kontakt mit dem Botschafter Seiner Majestät» (in Moskau - / . M.) «haben müssen.»\*

Da bei der Abfahrt der Militärdelegation aus London über die Definition der Aggression immer noch keine Einigung bestand, meinte die britische Regierung, es habe mit der Reise keine Eile.

Hier zeigten sich aufs Neue die Meinungsverschiedenheiten

\* «DBFP», Third Series, vol. VI, p. 736.

zwischen London und Paris. In einem Telegramm vom 13. August wandte sich Seeds an Halifax mit der Bitte, seine Zweifel zu klären.

«Die Admiral Drax erteilten schriftlichen Weisungen» berichtete Seeds aus Moskau, «zielen offenbar auf einen langsamen Verlauf der militärischen Verhandlungen ab, solange über die noch verbleibenden politischen Fragen keine Einigung erzielt ist... Andererseits hat der französische General Weisung, den schnellstmöglichen Abschluss einer Militärkonvention anzustreben. Es ist klar, dass diese Weisungen mit denen des Admirals Drax nicht übereinstimmen.»

Jawohl, hier lag eine offenkundige Unstimmigkeit zwischen London und Paris vor. Und nicht nur zwischen London und Paris, sondern darüber hinaus (was besonders bemerkenswert war) zwischen der britischen Regierung in London und ihrem eigenen Botschafter in Moskau. Trotz gutem Training ging es auch Seeds schliesslich zu weit, wie die britische Regierung den Interessen der europäischen Sicherheit und dem elementarsten gesunden Menschenverstand Hohn sprach. Seeds fuhr im selben Telegramm fort:

«Ich wäre Ihnen dankbar für rasche Aufklärung darüber, ob die Regierung Seiner Majestät die Entwicklung der militärischen Verhandlungen über zu nichts verpflichtende Gemeinplätze hinaus von einer vorherigen Regelung des Problems einer indirekten Aggression abhängig macht. Ich würde tief bedauern, wenn die Regierung Seiner Majestät tatsächlich so beschlossen hätte, denn alle Anzeichen lassen deutlich erkennen, dass die sowjetische Militärmission ernstlich gewillt ist, etwas zu erreichen.»\*

So weit ging die politische Kurzsichtigkeit der damaligen Führung der englischen Bourgeoisie! So weit hatte ihr blinder Klassenhass sie gebracht! \*\*\*

\*\*\*

\* «DBFP», Third Series, vol. VI, pp. 682-683.

Damit hören im Grunde genommen meine persönlichen Erinnerungen an die Dreierverhandlungen von 1939 auf, denn nach der Abreise der Militärdelegationen in die UdSSR wurden diese Verhandlungen in London gänzlich eingestellt. Das Schwergewicht der nunmehr uniformierten Verhandlungen wurde nach Moskau verlagert, und ich nahm nicht mehr unmittelbar daran teil. Aber ich kann hier nicht einfach abbrechen. Die Logik des ganzen Berichtes veranlasst mich, wenigstens in knappen Worten zu schildern, was sich nun in Moskau ereignete und wie diese unglückseligen Dreierverhandlungen endeten. In diesem Teil meiner Darlegung werde ich nicht mehr auf die eigenen Erinnerungen zurückgreifen, sondern auf das, was ich von anderen zuverlässigen Zeugen der Moskauer Ereignisse gehört und später aus verschiedenen gedruckten und dokumentarischen Quellen erfahren habe.

## Die militärischen Verhandlungen in Moskau

Im Gegensatz zu der englischen und der französischen Regierung ging die Sowjetregierung an die bevorstehenden militärischen Verhandlungen mit dem ganzen Ernst heran, den sie verdienten.

Die sowjetische Mission zu diesen Verhandlungen bestand aus Leuten ersten Ranges. Leiter der Mission war Marschall K. J. Woroschilow, damals Volkskommissar für die Verteidigung der UdSSR, ihre Mitglieder waren der Generalstabschef Armeekommandeur B. M. Schaposchnikow, der Volkskommissar der Kriegsmarine, Flottenadmiral N. G. Kusnezow, der Chef der Luftstreitkräfte, Armeekommandeur A. D. Loktionow, und der Stellvertretende Generalstabschef, Korpskommandeur I. W. Smorodinow.

Die englische und die französische Mission wurden bei ihrer Ankunft in Leningrad von den höchsten Offizieren der Militär- und Marinebehörden der Stadt begrüßt. Man zeigte ihnen die Sehenswürdigkeiten Leningrads und seiner Umgebung. Seeds, der englische Botschafter in der UdSSR, hob in seinem Bericht an das Aussenministerium hervor, dass die sowjetischen Behörden dabei «den Gästen offenkundig jede nur erdenkliche Möglichkeit bieten wollten»\*.

In Moskau wurde der britischen und der französischen Delegation ebenfalls ein Empfang «erster Klasse» bereitet. Gleich am Tage ihrer Ankunft wurden sie vom Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten und vom Volkskommissar für Verteidigung empfangen, und abends waren sie zu einem Galadiner eingeladen, das die sowjetische Militärmission ihnen zu Ehren im Spiridonowka-Palast gab. Seeds schreibt über diesen Besuch der Mission bei K. J. Woroschilow im selben Bericht:

«Marschall Woroschilow, den ich bis dahin nie gesehen hatte, trug eine sehr schöne weisse Sommeruniform, seine Freundlichkeit und Energie machten den günstigsten Eindruck. Er war of-

\* «DBFP», Third Series, vol. VII, L., 1954, p. 45.

fenbar wirklich froh, mit den Missionen zusammenzukommen.»\*

Der englische Botschafter war von dem Diner im Spiridonowka-Palast stark beeindruckt.

«Der Empfang dauerte bis spät in die Nacht hinein», schrieb er in seinem Bericht weiter, «auf das Diner folgte ein ausgezeichnetes Konzert. Es herrschte eine herzliche Atmosphäre, und nur die Sprachschwierigkeiten behinderten die Unterhaltung ein wenig. In der offiziellen Mitteilung über den Empfang schrieb die ‚Iswestija‘ von freundschaftlichen Trinksprüchen, die von den Gästen beim Diner ausgetauscht wurden.»\*\*

Die sowjetische Seite hatte also alles getan, um zu beweisen, dass sie es mit den Verhandlungen über die Militärkonvention ernst meinte und an einer wirksamen Barriere gegen die Wiederholung einer Aggression tatsächlich interessiert war. Das bestätigten die Engländer selber. Wie sah es aber bei der englisch-französischen Seite damit aus?... Leider blieb hier alles beim alten, der Dreierpakt wurde nach wie vor sabotiert.

Das zeigte sich schon in der ersten offiziellen Sitzung der drei Missionen am 12. August. Nach Erledigung aller Formalitäten schlug der Leiter der sowjetischen Delegation vor, man solle sich mit den Vollmachten der einzelnen Delegationen vertraut machen. Und er legte den Anwesenden die Vollmachten der sowjetischen Delegation vor, in denen es hiess, dass unsere Delegation ermächtigt werde, «mit der englischen und der französischen Militärmission zu verhandeln und eine Militärkonvention über die bewaffnete Verteidigung Englands, Frankreichs und der UdSSR gegen eine Aggression in Europa zu unterzeichnen»\*\*\*.

Der Leiter der französischen Delegation, General Doumenc, verlas seine Vollmachten, die ihn befugten, «sich mit dem Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte über alle Fragen ins

---

\* Ebenda p. 46.

\*\* Ebenda pp. 46-47.

\*\*\* «Die Verhandlungen der Militärmissionen der UdSSR, Englands und Frankreichs in Moskau im August 1939», Zeitschrift «Meshdunarodnaja shisn», 1959, Heft 2, S. 145 russ.

Einvernehmen zu setzen, die eine Zusammenarbeit der Streitkräfte beider Länder betreffen»\*. Das war wesentlich weniger als die Vollmachten der sowjetischen Delegation, doch hatte General Doumenc immerhin die Möglichkeit, ernsthaft mit der sowjetischen Seite zu verhandeln.

Admiral Drax war in einer viel schlimmeren Lage. Es zeigte sich, dass er überhaupt keine schriftlichen Vollmachten hatte! Bedurfte es eines besseren Beweises, dass die britische Regierung die Militärverhandlungen absolut nicht ernst nahm? Es lag auf der Hand, dass die britische Mission nicht zum sofortigen Abschluss einer Militärkonvention nach Moskau entsandt worden war, sondern zu einem überhaupt nicht bindenden Palaver über eine solche Konvention. Admiral Drax versuchte, sich aus der Affäre zu ziehen, indem er erklärte, falls man die Beratung nach London verlegen würde, hätte er alle erforderlichen Vollmachten, doch wandte der Leiter der sowjetischen Delegation unter allgemeinem Gelächter ein, es sei «leichter, Papiere aus London nach Moskau zu bringen, als in einer so grossen Gesellschaft nach London zu fahren»\*\*.

Schliesslich versprach der Admiral, bei seiner Regierung um die Vollmachten anzusuchen, die er erst am 21. August erhielt, als sie, wie wir nachstehend sehen werden, überhaupt nicht mehr gebraucht wurden.

Nachdem es sich herausgestellt hatte, dass Admiral Drax keine schriftlichen Vollmachten besass, war es mit der seit Monaten auf die Probe gestellten Geduld der Sowjetregierung vorbei. Sie überzeugte sich endgültig, dass Chamberlain unverbesserlich und die Hoffnung auf den Abschluss eines Paktes gleich Null war. Über den Schutz der sowjetischen Interessen musste nun anderweitig entschieden werden. Es wäre jedoch politisch unklug gewesen, die Verhandlungen brüsk abzubrechen, bevor die andere Seite nicht darauf verzichtet hatte.

Obwohl Admiral Drax keine ordnungsgemäss ausgestellten

---

\* Ebenda.

\*\* Ebenda.



Vollmachten hatte, erklärte die sowjetische Delegation, sie habe gegen eine Fortsetzung der Beratung nichts einzuwenden. Und am 13., 14., 15., 16. und 17. August fanden in der Tat sieben Sitzungen statt, in denen die Verhandlungspartner Mitteilungen über ihre Streitkräfte und Pläne für den Fall einer Hitleraggression austauschten. Für England sprachen Admiral Drax, Luftmarschall Burnett und General Heywood; für Frankreich die Generale Doumenc und Valin sowie Kapitän Willaume; für die UdSSR sprachen Generalstabschef, Armeekommandeur B. M. Schaposchnikow, Chef der Luftstreitkräfte, Armeekommandeur A. D. Loktionow und Volkskommissar der Kriegsmarine, Flottenadmiral N. G. Kusnezow.

Das Gesamtbild der Streitkräfte der drei Mächte sah folgendermassen aus:

*Frankreich* verfügte über 110 Divisionen, FLA-Einheiten, Küstenschutz und die in Afrika stationierten Truppen nicht einbezogen; ausserdem lagen dort an die 200'000 Mann Truppen des republikanischen Spanien\*, die sich nach Francos Sieg auf französischen Boden zurückgezogen und um Aufnahme in die französische Armee ersucht hatten. An Waffen verfügten die französischen Streitkräfte über 4'000 moderne Panzer und 3'000 Geschütze grossen Kalibers von 150 mm und mehr (die Divisionsartillerie nicht mitgerechnet). Die Luftstreitkräfte Frankreichs bestanden aus 2'000 Flugzeugen erster Linie, von denen rund zwei Drittel nach damaligen Begriffen moderne Jagdflugzeuge mit 450 bis 500 und Bomber mit 400 bis 450 Stundenkilometern waren.

*England* besass 6 kampfbereite Divisionen, konnte «in kürzester Frist» weitere 9 auf den Kontinent werfen und «in zweiter Linie» darüber hinaus 16 Divisionen, insgesamt also 32 Divisionen, stellen. Die Luftstreitkräfte Englands bestanden aus mehr als 3'000 Flugzeugen erster Linie.

*Die Sowjetunion* verfügte für den Kampf gegen die Aggression in Europa über 120 Infanterie- und 16 Kavalleriedivisionen,

---

\* Die Zahl der Spanier ist stark übertrieben.

5'000 schwere Geschütze, 9'000 bis 10'000 Panzer und 5'000 bis 5'500 Kampfflugzeuge.

Ausserdem besaßen die drei Grossmächte *Kriegsflotten*, von denen die britische besonders stark war.\*

Wie wir sehen, waren die Streitkräfte der eventuellen Mitgliedsstaaten des Dreierpaktes sehr imposant und den damaligen Kräften Deutschlands und Italiens weit überlegen. Diese Streitkräfte hätten zweifelsohne genügt, um eine faschistische Aggression abzuwenden, jedoch unter der einen unerlässlichen Bedingung, dass alle drei Regierungen tatsächlich gewillt waren, eine wirksame Einheitsfront gegen Hitler und Mussolini zu bilden. Der Sowjetregierung lag sehr viel daran, was man von den Regierungen Frankreichs und insbesondere Englands keineswegs sagen konnte. Hier zwei bezeichnende Beispiele.

In der Sitzung vom 14. August kam es zu folgendem Meinungsaustausch zwischen Marschall Woroschilow und General Doumenc:

*Marschall K. J. Woroschilow:* Ich habe gestern an General Doumenc die Frage gerichtet, wie sich die hieranwesenden Missionen bzw. die Generalstäbe Frankreichs und Englands die Teilnahme der Sowjetunion an einem Krieg vorstellen, wenn der Aggressor Frankreich und England überfällt, wenn der Aggressor Polen oder Rumänien bzw. Polen und Rumänien zusammen überfällt, wenn der Aggressor die Türkei überfällt.

*General Doumenc:* General Gamelin sieht unsere vordringliche Aufgabe darin – und ich als sein Untergebener teile diese Ansicht –, dass jeder seine Front halten und die eigenen Streitkräfte an dieser Front gruppieren muss. Was die früher erwähnten Länder betrifft, so finden wir, dass es ihre Sache ist, ihr Territorium zu verteidigen... Allerdings werden wir ihnen Hilfe leisten, sobald sie darum ersuchen.

*Marschall K. J. Woroschilow:* Und wenn sie nicht um Hilfe ersuchen?

---

\* «Die Verhandlungen der Militärmissionen der UdSSR, Englands und Frankreichs in Moskau im August 1939», Zeitschrift «Meshdunarodnajashisn», 1959, Heft 2, S. 144-158; Heft 3, S. 139-158 russ.

*General Doumenc:* Wir wissen, dass sie diese Hilfe brauchen.

*Marschall K. J. Woroschilow:* Wenn sie aber nicht rechtzeitig um diese Hilfe ansuchen, dann heisst es, dass sie auf Widerstand verzichten, dass sie sich ergeben.

*General Doumenc:* Das wäre äusserst unangenehm.

*Marschall K. J. Woroschilow:* Was unternimmt dann die französische Armee?

*General Doumenc:* Frankreich wird dann an seiner Front die Streitkräfte halten, die es für notwendig erachtet.\*

Der französische Generalstab litt also offenkundig an einem Passivitätskomplex. Im Falle eines neuen hitlerischen «Sprunges» empfahl er den künftigen Paktländern, die eigene Front zu halten und zu warten... zu warten, bis das Opfer der Aggression um Hilfe ruft. In Anwendung auf die UdSSR hätte dies bedeutet, dass die Sowjetregierung bei einem Überfall Hitlers auf Polen oder Rumänien Streitkräfte an ihrer Westgrenze bereitstellt und kaltblütig beobachtet, was jenseits der Grenze vor sich geht. Nur wenn die polnische oder die rumänische Regierung um Hilfe bittet, darf sie ihnen zu Hilfe kommen... Und wenn nicht? Oder wenn sie es zu spät tun? Was dann?... Es unterlag keinem Zweifel, dass die vom französischen Generalstab empfohlene Strategie nur zum Triumph des Aggressors führen konnte.

Noch schärfer waren die Differenzen zwischen der sowjetischen und der englisch-französischen Seite in einer anderen Frage. Die sowjetische Seite war der Meinung, dass man sich, wenn man ernstliche Pläne zur Bekämpfung der Aggressoren im Auge hatte, *im Voraus genau über das praktische Vorgehen im Augenblick der Gefahr einigen musste*, ohne dies bis zur kritischen Stunde aufzuschieben. Gerade deshalb richtete der Leiter der sowjetischen Delegation in derselben Sitzung vom 14. August angesichts der Tatsache, dass die UdSSR und Deutschland keine gemeinsame Grenze hatten, an die Leiter der englischen und der französischen Mission unumwunden die Frage:

\* «Die Verhandlungen der Militärmissionen der UdSSR, Englands und Frankreichs in Moskau im August 1939», Zeitschrift «Meshdunarodnaja shisn», 1959, Heft 2, S. 154 russ.

«Setzen die Generalstäbe Grossbritanniens und Frankreichs voraus, dass den sowjetischen Landstreitkräften der Einmarsch auf polnisches Territorium gewährt wird, damit sie in unmittelbare Berührung mit dem Feind treten können, falls er Polen überfällt? Wird ein Durchmarsch sowjetischer Truppen durch Rumänien ins Auge gefasst, wenn der Aggressor dieses Land überfällt?»

Der sowjetische Vertreter konkretisierte anschliessend, dass es sich in erster Linie um den Durchmarsch sowjetischer Truppen durch den Korridor von Wilna und durch Galizien handle. Er betonte dabei: «Sollte diese Frage nicht positiv gelöst werden, zweifle ich überhaupt an der Zweckmässigkeit unserer Verhandlungen.»\*

Was antworteten darauf die englische und die französische Mission?

Zunächst wollten sie beweisen, dass das Problem des Durchmarsches sowjetischer Truppen überhaupt nicht existiere, denn im Falle eines deutschen Angriffs würden, wie General Doumenc erklärte, «Polen und Rumänien Sie, Herr Marschall, um Hilfe anflehen». Als aber Marschall K. J. Woroschilow ihm entgegenhielt: «Und wenn sie es nicht tun?»\*\*, gaben Drax und Doumenc zu verstehen, dass es sich bei der sowjetischerseits gestellten Frage um eine politische Angelegenheit handle, die über die Kompetenzen der Militärmissionen hinausgehe. Da der Leiter der sowjetischen Delegation den Durchmarsch sowjetischer Truppen jedoch als eine Kardinalfrage\*\*\* bezeichnet habe, ohne deren zufriedenstellende Lösung an den Abschluss einer Militärkonvention nicht zu denken sei, erklärten die Leiter beider westlichen Delegationen in einer schriftlichen Mitteilung, man müsse, um die Frage des sowjetischen Partners beantworten zu können, bei den Regierungen Polens und Rumäniens anfragen. Sie

---

\* «Die Verhandlungen der Militärmissionen der UdSSR, Englands und Frankreichs in Moskau im August 1939», Zeitschrift «Meshdunarodnaja shisn», 1959, Heft 2, S. 155/56 russ.

\*\* Ebenda S. 156 russ.

\*\*\* Ebenda.

empfehlen der Sowjetregierung, dies zu tun, liessen aber gleichzeitig die Möglichkeit offen, dass eine entsprechende Anfrage von London und Paris ausgehen könne.

Natürlich hatte die Sowjetregierung keinen Anlass zu derartigen Schritten in Warschau und Bukarest. Daraufhin verpflichteten sich Drax und Doumenc, die englische und französische Regierung zu ersuchen, bei Polen und Rumänien eine Antwort auf die Frage nach dem Durchmarsch sowjetischer Truppen einzuholen.

Am Ende derselben Sitzung vom 14. August gab die sowjetische Seite eine schriftliche Erklärung bekannt, in der es unter anderem hiess:

«Die sowjetische Militärmission bedauert, dass die Militärmissionen Englands und Frankreichs keine genaue Antwort auf die Frage nach dem Durchmarsch sowjetischer Streitkräfte durch Polen und Rumänien geben können.

Die sowjetische Militärmission ist der Ansicht, dass ohne eine positive Lösung dieser Frage das ganze eingeleitete Unternehmen zwecks Abschluss einer Militärkonvention zwischen England, Frankreich und der UdSSR im Voraus zu einem Misserfolg verurteilt ist.»\*

Am nächsten Tag, dem 15. August, teilte Drax mit, beide Missionen hätten in London und Paris um Antwort auf die die sowjetische Delegation interessierende Frage nachgesucht. Da aber weder am 16. noch am 17. August eine Antwort aus London und Paris eintraf, erklärte die sowjetische Seite, man werde, «falls während des heutigen oder morgigen Tages von den Regierungen Englands und Frankreichs keine Antwort eintrifft, unsere Sitzung in Erwartung dieser Antwort leider für eine Zeitlang unterbrechen müssen»\*\*.

Schliesslich wurde vereinbart, die nächste Sitzung der Delegationen auf den 21. August anzuberaumen.

---

\* «Die Verhandlungen der Militärmissionen der UdSSR, Englands und Frankreichs in Moskau im August 1939», Zeitschrift «Meshdunarodnajashisn», 1959, Heft 2, S. 158 russ.

\*\* Ebenda, Heft 3, S. 153 russ.

Aber die Herrschaften in Paris und London hielten an ihrer Sabotagetaktik fest und hatten es offensichtlich nicht eilig. Weder am 18., 19. und 20. noch am 21. August erhielten die englische und die französische Mission eine Antwort auf ihre Anfrage. Infolgedessen richteten Drax und Doumenc am Vorabend des vereinbarten Sitzungstages an K. J. Woroschilow schriftlich die Bitte, die Sitzung um weitere drei bis vier Tage zu verschieben. Der Leiter der sowjetischen Delegation stimmte diesem Vorschlag nicht zu und hielt die Sitzung am Vormittag des 21. August ab. Hier erklärte er mit aller Bestimmtheit, dass infolge der Verzögerung der Antworten auf die Kardinalfrage der Verhandlungen eine längere Pause eingelegt werden müsse, da die Mitglieder der sowjetischen Delegation nunmehr von den Herbstmanövern in Anspruch genommen würden.

Drax begriff, dass die Verhandlungen nahe daran waren zu scheitern, und er versuchte im Auftrag beider Delegationen, die Verantwortung für diesen Misserfolg auf die Sowjetregierung abzuwälzen. In einer von ihm verlesenen schriftlichen Erklärung hiess es:

«Wir wurden eingeladen, um eine Militärkonvention auszuarbeiten. Es fällt uns deshalb schwer, das Vorgehen der sowjetischen Mission zu begreifen, die offenbar die Absicht hatte, sofort komplizierte und wichtige politische Fragen aufzurollen... Die französische und die englische Mission können keine Verantwortung für die eingetretene Verzögerung übernehmen.»\*

Am selben Tag verlas die sowjetische Mission in der Abendsitzung ihre schriftliche Antwort, aus der ich hier folgende Auszüge zitieren möchte:

«Ebenso wie die englischen und amerikanischen Truppen im vorigen Weltkrieg nicht in der Lage gewesen wären, mit den Streitkräften Frankreichs militärisch zusammenzuarbeiten, wenn sie keine Möglichkeit gehabt hätten, auf französischem Boden zu operieren, können auch die sowjetischen Streitkräfte

\* «Die Verhandlungen der Militärmissionen der UdSSR, Englands und Frankreichs in Moskau im August 1939», Zeitschrift «Meshdunarodnaja shisn», 1959, Heft 3, S. 156 russ.

mit den Streitkräften Frankreichs und Englands keine militärische Zusammenarbeit eingehen, wenn sie polnischen oder rumänischen Boden nicht betreten dürfen. Das ist ein militärisches Axiom...

Es ist der sowjetischen Militärmission unbegreiflich, wie es die Regierungen und Generalstäbe Englands und Frankreichs bei der Entsendung ihrer Missionen zu den Verhandlungen über den Abschluss einer Militärkonvention in die UdSSR unterlassen konnten, ihnen präzise und positive Weisungen in einer derart elementaren Frage zu erteilen...

Wenn aber die Franzosen und Engländer diese axiomatische Frage in ein grosses Problem verwandeln, das eines langwierigen Studiums bedarf, so heisst dies, dass aller Grund vorliegt, ihren Wunsch nach wirklicher und ernsthafter militärischer Zusammenarbeit mit der UdSSR zu bezweifeln.

Aus den obigen Darlegungen geht hervor, dass die Verantwortung für die Verschleppung der militärischen Verhandlungen wie auch für die Unterbrechung dieser Verhandlungen naturgemäss auf die französische und die englische Seite fällt.»\*

So waren die militärischen Verhandlungen infolge der englischen und französischen Sabotage ebenfalls in eine Sackgasse geraten.

---

\* «Die Verhandlungen der Militärmissionen der UdSSR, Englands und Frankreichs in Moskau im August 1939», Zeitschrift «Meshdunarodnajashisn», 1959, Heft 3, S. 157 russ.

## Das Dilemma der Sowjetregierung

Was war also zu tun?

Die Sowjetregierung stand nun unmittelbar vor dem Dilemma: entweder die Dreierverhandlungen mit den Regierungen Englands und Frankreichs, die unverkennbar keinen Pakt wünschten, fortzusetzen oder nach anderen Mitteln zur Festigung ihrer Sicherheit zu suchen.

Dabei fiel mir unwillkürlich eine interessante Episode aus der Frühgeschichte der Sowjetunion ein.

Gleich nach der Oktoberrevolution erhob sich vor der jungen und noch nicht erstarkten Sowjetmacht die wichtige und schwierige Frage, wie der Krieg beendet werden könnte, in dessen Verlauf sie entstanden war. Von der Lösung dieser Aufgabe hing die ganze Zukunft der Revolution und des Sowjetlandes, ja mehr noch, die ganze Zukunft der Menschheit ab.

In der Tat, wie war damals die Lage? In Russland hatte sich eben erst eine grosse Revolution vollzogen. Sie war auf den verzweifelten Widerstand der alten herrschenden Klassen gestossen, die von der gesamten kapitalistischen Welt unterstützt wurden. Das Zarenregime hatte der Sowjetrepublik eine völlig zerüttete Wirtschaft und ein absichtlich in Unwissenheit gehaltenes Volk hinterlassen. Um durchzustehen, um sich nicht unterkriegen zu lassen, brauchte die junge und noch schwache Sowjetrepublik vor allem Frieden, zumindest aber zeitweilig eine Atempause.

Wie verfuhr damals die von W. I. Lenin geleitete Sowjetregierung?

In ihrem berühmten Dekret über den Frieden, das am 8. November 1917 erlassen wurde, und in den darauffolgenden Noten an verschiedene Regierungen appellierte sie vor allem an sämtliche kriegführenden Länder; sie schlug vor, die Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen und einen allgemeinen, gerechten, demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu schliessen. Die Sowjetregierung war der Ansicht, dass



diese Form der Beendigung des Krieges die wünschenswerteste sei, dass sie am ehesten den Interessen der Arbeiterklasse und der gesamten Menschheit entspreche.

Bekanntlich fand die Initiative der Sowjetregierung damals taube Ohren. Weder Deutschland und Österreich-Ungarn noch England, Frankreich und die USA reagierten auf den Appell des Sowjetstaates. Sie hatten sich bei der Kehle gepackt und setzten den Krieg noch über ein Jahr fort.

Was tat unter diesen Umständen die Sowjetregierung? Was tat Lenin?

Die Sowjetregierung beschritt weder den Weg eines «revolutionären Krieges», zu dem die sogenannten linken Kommunisten sie verleiten wollten, noch ging sie auf Trotzki's Losung «Weder Krieg noch Frieden» ein. Die Sowjetregierung wählte einen anderen Weg. Ihre Erwägungen waren folgende: Wenn sie jetzt aus Gründen, die nicht von ihr abhingen, einen allgemeinen demokratischen Frieden, der natürlich am besten gewesen wäre, nicht erzwingen konnte, musste zumindest dafür gesorgt werden, dass das eigene Land baldmöglichst aus dem Kriege ausschied. Das war von grösster Wichtigkeit, um die Revolution zu retten und das Geburtsland des Sozialismus zu erhalten. Konnte man eine Atempause nicht durch Abschluss eines allgemeinen Friedens erzielen, so musste man sie wenigstens durch einen Separatfrieden mit Deutschland erlangen. Ja, natürlich war Deutschland ein aggressiver imperialistischer Staat, aber was hatte das zu bedeuten? Sowjetrussland existierte nicht in einem luftleeren Raum, sondern in der ganz konkreten Einkreisung einer ihm feindlich gesinnten kapitalistischen Umwelt. Da ein allgemeiner demokratischer Frieden trotz des Willens der Sowjetregierung im gegebenen Moment undurchführbar war, musste man sich zumindest eine Atempause verschaffen, und zwar durch eine Übereinkunft mit dem deutschen Imperialismus (selbstverständlich unter der unumstösslichen Bedingung seiner Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Sowjetrusslands).

Und Lenin tat den entscheidenden Schritt, den gewisse Leute seinerzeit als einen Verstoss gegen die Prinzipien der Oktoberrevolution betrachteten, der jedoch in Wirklichkeit ein geniales Manövrieren gerade im Sinne dieser Prinzipien war.

Daher rührte der Frieden von Brest-Litowsk – ein sehr schwerer Frieden mit Annexionen und Kontributionen zu Lasten des Sowjetlandes, ein schlechter Frieden, ein, wie Lenin ihn nannte, «Schandfrieden». Und doch gab damals dieser Friede der Sowjetrepublik das, was sie am meisten brauchte, nämlich eine Atempause, die, wie sich später herausstellte, eine unerlässliche Voraussetzung für die machtvolle Entwicklung der UdSSR in den folgenden Jahrzehnten war. Die Geschichte hat Lenins Verhalten in jenen schweren Tagen voll und ganz gerechtfertigt. Lenin erwies sich hier als Meister der revolutionären *Tat*, der ihren Kerngehalt nicht um der revolutionären Phrase willen opfert.\* 1939, zweiundzwanzig Jahre nach Brest-Litowsk, stand die Sowjetregierung wiederum vor einer wichtigen und schwierigen Frage. Natürlich hatte sich inzwischen in der Welt vieles geändert, vor allem war die Macht der Sowjetunion gewaltig gewachsen. Immerhin wies die Situation von 1939 eine Reihe von Elementen auf, die den 1917 vorherrschenden Faktoren glichen.

1939 drohte der Sowjetunion abermals eine grosse Gefahr – die Gefahr einer Aggression der faschistischen Mächte, vor allem Deutschlands und Japans. Mehr noch, es bestand die Gefahr einer kapitalistischen Einheitsfront gegen den Sowjetstaat, denn die Geschichte der Dreierbesprechungen hatte klar ge-

---

\* Eine interessante Bestätigung dafür, wie richtig Lenins Manövrieren in den Tagen von Brest-Litowsk war, und zwar, so seltsam das klingen mag, eine Bestätigung aus dem Lager unserer Feinde, sind die Überlegungen des deutschen Generals Hoffmann, der deutscherseits an den Brest-Litowsker Verhandlungen teilnahm. In seinem Buch «Der Krieg der versäumten Gelegenheiten» schreibt er u.a.: «Ich habe häufig darüber nachgedacht, ob es nicht besser gewesen wäre, die deutsche Reichs- und Heeresleitung hätte jegliche Verhandlung mit den bolschewistischen Machthabern abgelehnt. Dadurch, dass wir ihnen die Möglichkeit gaben, einen Frieden zu schliessen und damit die Sehnsucht der Volksmassen zu erfüllen, erst dadurch haben wir den Bolschewisten Gelegenheit gegeben, sich in die Macht zu setzen und in der Macht zu erhalten.» (*Hoffmann*, Der Krieg der versäumten Gelegenheiten, München 1924, S. 189.)

zeigt, dass Chamberlain und Daladier jederzeit zu den faschistischen Mächten überwechseln und deren Überfall auf die UdSSR in irgendeiner Form unterstützen konnten. Dieser Gefahr hiess es unter allen Umständen zu begegnen, aber wie?

Der beste Ausweg, den die Sowjetregierung damals mit allen Kräften und Mitteln anstrebte, war eine machtvolle Verteidigungskoalition von Staaten, die kein Interesse an einem zweiten Weltkrieg hatten. Konkret gesprochen, handelte es sich hier in erster Linie um einen Dreier-Beistandspakt zwischen England, Frankreich und der UdSSR. In den vorangegangenen Kapiteln wurde überzeugend genug geschildert, dass es gerade die Sowjetregierung war, die ursprünglich diesen Weg wählte: sie war es, die England und Frankreich den Abschluss eines Dreier-Beistandspaktes vorschlug, sie war es, die vier Monate lang beharrlich mit London und Paris über einen solchen Pakt verhandelte und dabei eine Engelsgeduld an den Tag legte.

Da jedoch Chamberlain und Daladier, die, wie bereits mehrmals festgestellt wurde, auf einen deutsch-sowjetischen Krieg spekulierten, die Dreierverhandlungen konsequent sabotierten, gerieten diese im August 1939 endgültig in eine Sackgasse, und der Streit über den Durchmarsch der sowjetischen Truppen durch Polen und Rumänien gab lediglich den Ausschlag nach einer langen Kette von Enttäuschungen. Jetzt lag es klar auf der Hand, dass sich ein Dreierpakt zum Kampf gegen die Aggressoren nicht verwirklichen liess, was jedoch kein Verschulden der UdSSR war. In der Tat, sogar vorausgesetzt, dass ein solcher Pakt letzten Endes unterschrieben worden wäre, hätte man sich doch zunächst fragen müssen: Wie lange wird es noch dauern, bis das erreicht ist? Und wird es dann nicht schon zu spät sein, um den Aggressoren in den Arm zu fallen? Die Atmosphäre in Europa näherte sich ja schon jetzt der Siedehitze! Darüber hinaus erhob sich eine noch wichtigere Frage: Wie würden England und Frankreich den unterzeichneten Pakt einhalten? Wir hatten uns eben erst die traurigen Beispiele Österreichs, der Tschechoslowakei und Spaniens mit ansehen müssen. England und Frank-

reich hatten diese Länder glatterdings verraten. Woher hatten wir eine Garantie, dass sie ihre Verpflichtungen gegenüber der UdSSR besser einlösen würden? War es nicht viel wahrscheinlicher, dass uns Chamberlain und Daladier im kritischen Moment unter irgendeinem Vorwand den Rücken kehrten? Wie begründet diese Befürchtungen waren, zeigte sich drei Wochen später bei Deutschlands Überfall auf Polen.

Nein, an einen wirksamen Dreierpakt war jetzt, im August 1939, gar nicht zu denken! Lohnte es dann, die Dreierbesprechungen fortzusetzen? Lohnte es, in den Massen die Illusion wachzuhalten, dass ein gegen die faschistischen Aggressoren gerichtetes Verteidigungsbündnis zwischen England, Frankreich und der UdSSR möglich wäre? Natürlich hatte das keinen Sinn.

Man musste sich etwas anderes überlegen. Und hier gab Lenins geniales Manövrieren in den Tagen von Brest-Litowsk eine Antwort auf die Frage, was zu tun sei.

Für den Fall eines Abbruchs der Verhandlungen mit England und Frankreich ergaben sich für die Sowjetregierung zwei Möglichkeiten: eine Politik der Isolierung oder ein Abkommen mit Deutschland. Eine Politik der Isolierung war jedoch in der damaligen Situation, als an den fernöstlichen Grenzen der UdSSR bereits die Kanonen sprachen (Chassan und Chalchin-Gol!), als Chamberlain und Daladier die grössten Anstrengungen machten, um Deutschland auf die UdSSR zu hetzen, als man in Deutschland selber noch schwankte, nach welcher Seite der erste Schlag zu richten sei – in dieser Lage war eine Politik der Isolierung äusserst gefährlich, und sie wurde von der Sowjetregierung mit Fug und Recht verworfen. Als einziger Ausweg blieb ein Übereinkommen mit Deutschland. War es möglich? Jawohl, es war möglich, denn Berlin hatte seit dem Beginn der Dreierverhandlungen äusserste Nervosität an den Tag gelegt und das ganze Auf und Ab dieser Besprechungen gespannt verfolgt.

Wie ich bereits feststellte, wurde von westlichen Politikern und Geschichtsschreibern die Legende in Umlauf gesetzt, die UdSSR habe im Frühjahr und Sommer 1939 ein Doppelspiel ge-

trieben. So schrieb beispielsweise Daladier im April 1946: «Seit Mai» (1939 – / . M.) «pflog die UdSSR doppelte Verhandlungen, einerseits mit Frankreich, andererseits mit Deutschland.»\* Churchill äusserte sich weniger bestimmt, aber auch er bemerkte in seinen Kriegserinnerungen: «Es ist unmöglich, den Moment festzustellen, an dem Stalin endgültig darauf verzichtete, gemeinsam mit den westlichen Demokratien vorzugehen, und sich entschloss, mit Hitler zu verhandeln.»\*\* Daraus folgt, dass Churchill ebenfalls ein Doppelspiel der Sowjetregierung für möglich hielt.

Um ein derartiges Doppelspiel unter Beweis zu stellen, veröffentlichte die amerikanische Regierung 1948 einen Sonderband über die sowjetisch-deutschen Beziehungen 1939-1941 mit einer äusserst tendenziösen Auswahl von Dokumenten des deutschen Aussenministeriums, die den Westmächten nach dem zweiten Weltkrieg in die Hände gefallen waren.\*\*\*

Nach allem oben Dargelegten braucht es wohl keines Beweises, dass es sich bei diesen Behauptungen ausnahmslos um Verleumdung und Gehässigkeit handelt. Es ist jedoch nicht uninteressant, sich etwas eingehender mit dem erwähnten Sammelband zu befassen und sich anzusehen, was eigentlich die darin enthaltenen Schriftstücke aussagen. Dabei ist zweierlei im Auge zu behalten:

1. Die Leute, die diesen Band zusammengestellt haben, waren zweifellos bestrebt, Unterlagen zu sammeln, die möglichst günstig für sie selber, ergo möglichst ungünstig für die UdSSR waren.

2. Die Dokumente des Sammelbandes wie der Briefwechsel zwischen dem deutschen Aussenministerium und seiner Botschaft in Moskau, die Aufzeichnungen von Gesprächen deutscher Diplomaten mit sowjetischen Diplomaten, die Überlegungen über die Aussenpolitik der UdSSR usw. spiegeln lediglich die Ansichten der einen Seite, der deutschen, wider. Es ist nur natür-

\* Churchill, Second World War, vol. I, p. 331.

\*\* Ebenda p. 326.

\*\*\* «Nazi-Soviet Relations 1939-1941», Wash., 1948 (später «NSR» genannt).

lich, dass die genannten Schriftstücke in ihrer Tendenz ausgesprochen antisowjetisch, manchmal sogar für Deutschland günstige Fälschungen des wahren Sachverhalts sind. Wenn Lord Halifax, wie bereits erwähnt, in seinen Aufzeichnungen den Inhalt meines Gesprächs mit ihm vom 12. Juni 1939 vollkommen entstellen konnte, so haben wir wohl kaum einen Anlass, den Schriftstücken deutscher Diplomaten mehr Glauben zu schenken.

Wie wir sehen, enthält der erwähnte Sammelband die Quintessenz dessen, was *gegen die Sowjetunion* vorgebracht werden kann. Jedenfalls findet man darin nicht das geringste Entgegenkommen, keinerlei Zugeständnisse an die UdSSR. Um so aufschlussreicher sind die in dieser «Anklageschrift» gegen die Sowjetregierung enthaltenen Dokumente. Was besagen sie?

Der Sammelband besteht aus acht Abschnitten, von denen nur der erste für unsere Ziele von Interesse ist. Er umfasst beinahe die ganze Zeit der Dreierverhandlungen (vom 17. April bis 14. August 1939). Der erste Abschnitt enthält 32 Schriftstücke, die sich sehr ungleich über die einzelnen Monate verteilen, es entfallen nämlich: eins auf April, zwölf auf Mai, sieben auf Juni, fünf auf Juli und sieben auf August (bis 14. August). Weitaus wichtiger als die chronologische Aufteilung ist jedoch der Inhalt der veröffentlichten Dokumente.

Die Schriftstücke der Monate April, Mai und Juni betreffen hauptsächlich laufende Wirtschaftsfragen. Politische Fragen werden ebenfalls hin und wieder angeschnitten, jedoch nur selten und nebenbei, um unverbindlich den Boden zu sondieren. Meist handelt es sich um die eventuelle Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland, die damals ausserordentlich gespannt waren. Derartige Gespräche gehören zu den tagtäglichen Gepflogenheiten der diplomatischen Vertreter beliebiger zweier Länder, deren Beziehungen zu wünschen übrig lassen. Die sowjetisch-deutschen Gespräche des genannten Zeitabschnitts enthalten nichts «Unheilvolles» was die Interessen Englands und Frankreichs bedroht hätte. Von einer Doppel-

zünftigkeit der sowjetischen Politik kann absolut keine Rede sein. Ich möchte dafür einige konkrete Beispiele anführen.

Wie bereits erwähnt, entfällt auf den April ein einziges Dokument. Es handelt sich um die Aufzeichnung von Besprechungen deutscher und sowjetischer Vertreter in Berlin über den Status der sowjetischen Handelsvertretung in Prag und um die Erledigung sowjetischer Aufträge in den Skoda-Werken aus der Zeit vor der Annexion der Tschechoslowakei durch Deutschland. Wie wir sehen, fiel diese Frage in den Bereich der laufenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern und richtete sich in keiner Weise gegen die Westmächte.

Schnurre, ein hoher Beamter des deutschen Aussenministeriums, der sich hauptsächlich mit Wirtschaftsfragen befasste, bat am 5. Mai Astachow, den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin, zu sich und teilte ihm mit, die Skoda-Werke seien angewiesen worden, die sowjetischen Aufträge auszuführen. Natürlich äusserte Astachow anlässlich dieser Mitteilung seine Genugtuung und erkundigte sich, ob in nächster Zeit mit einer Wiederaufnahme der im Februar 1939 abgebrochenen sowjetisch-deutschen Besprechungen (ebenfalls über Wirtschaftsfragen) zu rechnen sei. Schnurre wich einer direkten Antwort aus. Weiter stellt Schnurre in seinen Notizen über dieses Gespräch fest:

«Astachow kam dann auf die Absetzung Litwinows zu sprechen» (die zwei Tage vorher erfolgt war – *I.M.*) «und versuchte, ohne direkte Fragen zu stellen, zu erfahren, ob uns dies Ereignis zu einer veränderten Einstellung der Sowjetunion gegenüber bringen würde.»\*

Wenn Schnurre genau wiedergibt, was Astachow in diesem Zusammenhang gesagt hat (wovon man natürlich nicht ohne Weiteres überzeugt sein kann), so ist anzunehmen, dass er nur den Boden sondieren wollte, denn Litwinows Rücktritt wurde damals im Westen als Überschwenken der UdSSR von einer Zusammenarbeit mit England und Frankreich zur Politik der Isolierung oder gar der Zusammenarbeit mit Deutschland ausge-

legt. Halifax hatte mich (wie ich schon erwähnte) am 6. Mai ganz unumwunden gefragt, wie die Absetzung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, zu verstehen sei und ob unser Vorschlag vom 17. April über einen Dreier-Beistandspakt in Kraft bleibe. Für die Sowjetregierung konnte es von Interesse sein, zu erfahren, wie die herrschenden Kreise Deutschlands auf die Veränderungen in Moskau reagierten. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass Schnurre von sich aus wissen wollte, wie sich der Rücktritt Litwinows auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen auswirken würde, dann jedoch in seiner Aufzeichnung des Gesprächs die Dinge so darstellte, als sei diese Frage von Astachow ausgegangen (solche Kniffe werden von bürgerlichen Diplomaten zuweilen angewandt), denn als Astachow vier Tage später, am 9. Mai, dem Mitarbeiter des deutschen Aussenministeriums Braun von Stumm den eben erst angekommenen TASS-Korrespondenten Filippow vorstellte, erwiderte er auf die Frage Stumms, wie sich der Wechsel auf dem Posten des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten auf die sowjetische Aussenpolitik auswirken werde, dass Litwinow keine eigene Politik betrieben habe, sondern es sich «um die Befolgung der allgemein gegebenen Richtlinien»\* handle. Ganz gleich, welche Version des erwähnten Gesprächs richtig sein mag, unterliegt es jedenfalls keinem Zweifel, dass die Proballons zur Klärung der Auswirkungen von Litwinows Rücktritt auch nicht im entferntesten an Verhandlungen über ein Abkommen mit Deutschland erinnerten.

Am 17. Mai suchte Astachow abermals den uns bereits bekannten Schnurre auf und sprach mit ihm über den Status der sowjetischen Handelsvertretung in Prag. Darüberschreibt Schnurre in seinem Bericht:

«In der sich anschliessenden Unterhaltung kam Astachow mit besonderer Ausführlichkeit wieder... auf die Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zurück.»\*\*

---

\* Ebenda p. 4.

\*\* «NSR», p. 5.



Schnurres Formulierung lässt offen, von wem das Gespräch über das erwähnte Thema ausging, wenn jedoch von Astachow, dann war – wie dies sogar Schnurres Notiz erkennen lässt – alles, was er in diesem Zusammenhang sagte, von grossem Misstrauen Deutschland gegenüber erfüllt. Astachow äusserte seine Genugtuung über eine gewisse Zurückhaltung, die sich die deutsche Presse in den letzten Wochen gegenüber der UdSSR auferlegt hatte, fügte aber sofort hinzu: «Man kann natürlich sowjetischerseits nicht beurteilen, ob dies nur eine Pause sei, die aus taktischen Gründen eingelegt worden sei.»\*

Astachow erwähnte die italienisch-sowjetischen Beziehungen als Vorbild für Beziehungen, wie sie auch zwischen der UdSSR und Deutschland möglich seien.

In allen Gesprächen der sowjetischen Vertreter in Berlin mit deutschen Diplomaten gab es absolut nichts, was über den Rahmen der selbstverständlichen tagtäglichen Arbeit zur Verbesserung der aufs Äusserste gespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern hinausgegangen wäre. Nicht einmal mit dem Mikroskop hätte man Anzeichen eines hinterlistigen «Komplots» gegen England und Frankreich entdecken können.

Am 20. Mai kam es zu einem weitaus wichtigeren Ereignis: An diesem Tag suchte der deutsche Botschafter in Moskau, von der Schulenburg, den sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten auf, und machte den Versuch, die im Februar abgebrochenen deutsch-sowjetischen Handelsbesprechungen wiederaufzunehmen. Das war ein glattes Entgegenkommen Deutschlands gegenüber der UdSSR. Und welche Antwort erhielt er? Der sowjetische Volkskommissar äusserte nicht nur keinerlei Begeisterung, sondern erwiderte im Gegenteil recht schroff, der ganze Verlauf der vorangegangenen Handelsbesprechungen zwischen beiden Ländern habe auf die Sowjetregierung den Eindruck eines unernsten Spiels von Seiten Deutschlands gemacht, eines Spiels, das offensichtlich politische Ziele verfolge. Der Volkskommissar zog daraus begriffli-

---

\* Ebenda.

cherweise den Schluss, dass erst die erforderliche «politische Grundlage» geschaffen, d.h. die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern verbessert werden müssten, ehe man die Verhandlungen wiederaufnehmen könne.\*

Der Bericht von der Schulenburgs über dieses Gespräch hinterliess in Berlin einen sehr deprimierenden Eindruck, und am 21. Mai telegraphierte Staatssekretär v. Weizsäcker an den deutschen Botschafter in Moskau:

«Nach bisherigem Ergebnis Ihrer Fühlungnahme mit Molotow ist es nötig, unsererseits nunmehr ganz stillzuhalten und abzuwarten, ob Sowjetrussen mit der Sprache weiter herauskommen.»\*\*

So sahen die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Mai 1939 wirklich aus; dies geht sogar aus den im Auftrag unserer Widersacher in den USA tendenziös ausgewählten Dokumenten des deutschen Aussenministeriums hervor. Daladier aber erdreistete sich, unmotiviert zu behaupten, die UdSSR hätte seit Mai doppelte Verhandlungen gepflogen: «einerseits mit Frankreich, andererseits mit Deutschland».

Die Dreierbesprechungen gaben jedoch Hitlerdeutschland Anlass zu ernster Besorgnis, und die Absicht, «ganz stillzuhalten», war nur von kurzer Dauer. Am 27. Mai schrieb v. Weizsäcker an von der Schulenburg: «Wir sind hier» (d.h. in Berlin – I. M.) «der Ansicht, dass die englisch-russische Kombination doch nicht einfach zu vermeiden sein wird»\*\*\*, und am 30. Mai bat er Astachow im speziellen Auftrag Hitlers zu sich; v. Weizsäcker erklärte zunächst, der Status der sowjetischen Handelsvertretung in Prag berühre grosse prinzipielle Probleme; damit rollte er vor Astachow die Frage der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR in ihrer ganzen Grösse auf und entwickelte dann folgenden Gedankengang: Man habe in Berlin für den Kommunismus nichts übrig und im Innern des Landes mit ihm aufgeräumt, in Berlin erwarte man auch nicht,

---

\* «NSR», p. 6.

\*\* Ebenda p. 7.

\*\*\* Ebenda p. 9.

dass man in Moskau viel für den Nationalsozialismus übrig habe, die ideologischen Unterschiede dürften jedoch der Anbahnung normaler Geschäftsbeziehungen zwischen beiden Ländern nicht im Wege stehen.

Das war eine neue deutsche Avance an die UdSSR, Astachow reagierte jedoch äusserst vorsichtig darauf. Die Aufzeichnungen v. Weizsäcker zeigen, dass Astachow seinen Gesprächspartner an das in Moskau tief verwurzelte Misstrauen gegenüber Hitlerdeutschland erinnerte, aber natürlich v. Weizsäcker Ansicht zustimmte, dass beide Länder trotz der ideologischen Unterschiede ihre Beziehungen sehr wohl normalisieren könnten. Das war ja auch grundlegender Leitsatz der sowjetischen Aussenpolitik überhaupt.

Noch wichtiger aber war, dass Moskau auf den neuen Vorstoss der deutschen diplomatischen Offensive gar nicht reagierte. Im Juni waren zwischen Deutschland und der UdSSR sehr lebhaft Handelsbesprechungen im Gange, die jedoch gegen Monatsende abgebrochen wurden, da über die Meinungsverschiedenheiten keine Einigung erzielt werden konnte. Die UdSSR betrachtete den deutschen Standpunkt als nicht günstig genug für das Sowjetland.

Trotz dieses Misserfolgs und trotz der Tatsache, dass die Sowjetregierung auf das Gespräch v. Weizsäcker-Astachow vom 30. Mai nicht reagierte, suchte von der Schulenburg am 28. Juni den sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten auf und teilte ihm abermals im Auftrage seiner Regierung offiziell mit, Deutschland wünsche eine Normalisierung der Beziehungen beider Staaten. Er verwies dabei auf eine Reihe von Tatsachen (Abschluss eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und den baltischen Ländern; der veränderte Ton, den die deutsche Presse gegenüber der UdSSR angeschlagen hatte usw.), die seines Erachtens davon zeugten, dass Berlin bereit sei, der Sowjetunion entgegenzukommen.

Dies entsprach den sowjetischen Wünschen und bedeutete einen für uns günstigen Umschwung in der deutschen Politik. Der

sowjetische Volkskommissar äusserte jedoch auch diesmal keine besondere Begeisterung, sondern erwiderte nach von der Schulenburgs eigenen Notizen ruhig, er nehme dessen «Mitteilungen mit Genugtuung zur Kenntnis» und erachte für notwendig hervorzuheben, «die Aussenpolitik der Sowjetregierung sei entsprechend den Verlautbarungen ihrer Leiter auf die Pflege guter Beziehungen zu allen Staaten gerichtet, dies beziehe sich – unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit – auch auf Deutschland»\*.

Danach verging ein ganzer Monat, der unglückselige Juli, in dessen Verlauf die Engländer und Franzosen die Einheit des Paktes und der Militärkonvention hartnäckig sabotierten, doch enthält der erwähnte Sammelband *kein einziges Schriftstück* über eine fortschreitende politische Annäherung zwischen der UdSSR und Deutschland. Trotz dieser Sabotage, trotz der zunehmenden Zweifel der Sowjetregierung, ob es möglich sein werde, einen Dreierpakt zu schliessen, setzte sie die Besprechungen mit England und Frankreich unbeirrbar fort und enthielt sich jeder Avancen an Deutschland.

Völlig anders verhielt sich Berlin. Die Dreierbesprechungen, unter anderem das Abkommen über die Entsendung einer englischen und einer französischen Militärmission nach Moskau, riefen in den Kreisen der Hitlerregierung wachsende Besorgnis hervor. Dort wurde fieberhaft beraten und versucht, die verschiedensten Massnahmen zu treffen, die nach Meinung der Hitlerregierung die Unterzeichnung des Dreierpaktes torpedieren, zumindest aber hinauszögern könnten. In der zweiten Julihälfte wurden die drei Wochen zuvor abgebrochenen Handelsbesprechungen zwischen Deutschland und der UdSSR wiederaufgenommen, und diesmal ging man deutscherseits bereitwillig auf die sowjetischen Wünsche ein.

Am 26. Juli gab der uns bereits bekannte Schnurre in Berlin auf direkte Weisung von oben ein Essen für Astachow und Babarin, den sowjetischen Handelsvertreter in Deutschland. Bei dieser Gelegenheit wollte Schnurre unter allen Umständen bewei-

\* «NSR», pp. 26-27.

sen, dass zwischen Deutschland und der UdSSR gute Beziehungen vollauf denkbar seien, und er zeigte sogar ganz konkret auf, wie sie nach und nach verbessert werden könnten. Schnurre betonte ferner, Deutschland sei zu einer weitgehenden Übereinkunft mit der UdSSR über alle Probleme «von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer» bereit.

Und welche Antwort bekam Schnurre von den sowjetischen Gästen? Ich zitiere seine eigenen Notizen:

«Astachow bezeichnete, unter lebhafter Zustimmung von Babarin, den» (von Schnurre gezeigten – / M.) «Weg einer Annäherung an Deutschland als denjenigen, der den Lebensinteressen der beiden Länder entspreche. Er hob jedoch hervor, dass das Tempo wohl nur ein langsames und allmähliches sein könne. Die Sowjetunion habe sich durch die nationalsozialistische Aussenpolitik auf das schwerste bedroht fühlen müssen... Astachow erwähnte den Antikomintempakt und unsere Beziehungen zu Japan, ferner München und die dort von uns errungene frei Hand in Osteuropa, deren politische Auswirkung sich gegen die Sowjetunion hätte richten müssen. An eine Schwenkung der deutschen Politik gegenüber der Sowjetunion wolle man in Moskau nicht recht glauben. Ein Umschwung könne erst allmählich erwartet werden.»\*

Wie wir sehen, verhielten sich die sowjetischen Vertreter in Berlin äusserst vorsichtig zum Gesang der Nazi-Sirene, auf alle Fälle gingen sie in ihren Äusserungen nicht über den Rahmen des durchaus berechtigten Wunsches nach besseren Beziehungen zwischen beiden Ländern hinaus.

Interessant ist die Einschätzung des gesamten Verhaltens der Sowjetregierung zu den deutschen Angeboten, die wir in einem Telegramm v. Weizsäckers an von der Schulenburg vom 29. Juli finden:

«Es wäre uns wichtig zu wissen, ob die Astachow und Babarin gegenüber gemachten Ausführungen» (beim Essen 28. Juli – / M.) «eine Resonanz in Moskau gefunden haben. Wenn Sie die

\* «NSR», pp. 33-36.

Gelegenheit dazu sehen, eine erneute Besprechung mit Molotow herbeizuführen, bitte ich in diesem Sinne zu sondieren... Stellt sich dabei heraus, dass Molotow *aus der bisher von ihm eingehaltenen Reserve heraustritt*, so können Sie in Ihren Darlegungen noch einen Schritt weitergehen»\* (hervorgehoben von mir-I. M.).

Man war also deutscherseits der Ansicht, dass die Sowjetregierung in den Monaten April-Juli auf die Vorstösse der deutschen diplomatischen Offensive nicht reagiert habe.

Eine Woche später kam Deutschland der UdSSR einen weiteren und sehr wichtigen Schritt entgegen. Am 3. August, in jenen Tagen also, da sich die englische und die französische Militärmission in aller Ruhe auf ihre Reise nach Moskau vorbereiteten, bat v. Ribbentrop den sowjetischen Geschäftsträger Astachow zu sich und gab ihm eine sehr bedeutsame Erklärung ab. Die Tatsache, dass der Aussenminister höchstpersönlich einen Geschäftsträger empfing, bedeutete nach diplomatischen Begriffen äusserste Dringlichkeit und Wichtigkeit dieser Demarche. Von Ribbentrop erklärte, die «deutsch-sowjetischen Beziehungen könnten radikal umgestaltet werden, und zwar unter zwei entscheidenden Bedingungen: a) Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen und b) Verzicht» (der UdSSR – I. M.) «auf eine den deutschen Interessen abträgliche Politik». Von Ribbentrop versicherte Astachow, die deutsche Regierung sei Moskau durchaus gewogen, und fügte hinzu, wenn Moskau der deutschen Regierung entgegenkäme, «gebe es kein Problem von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, was zwischen uns nicht zu lösen sei».

Wie sogar v. Ribbentrops Notizen zeigten, blieb Astachow in seinen Antworten sehr vorsichtig, legte sich in keiner Weise fest und erklärte lediglich, «dass seine Regierung den Wunsch habe, eine Verständigungspolitik mit Deutschland zu führen». Dies stand natürlich absolut nicht in Widerspruch zu der Möglichkeit, einen Dreierpakt abzuschliessen.

---

\* Ebenda p. 36.

Die Mitteilung v. Ribbentrops an von der Schulenburg über sein Gespräch mit Astachow enthält folgenden für den Botschafter bestimmten Zusatz:

«Geschäftsträger, der interessiert schien, hat seinerseits mehrfach versucht, das Gespräch zu konkretisieren, worauf ich ihm zu erkennen gab, dass ich zu einer Konkretisierung bereit sei, sobald grundlegender Wunsch Sowjetregierung nach Neugestaltung offiziell mitgeteilt wird. Falls Astachow in diesem Sinne instruiert wird, besteht unsererseits Interesse an baldiger Konkretisierung.»\*

Am nächsten Tag, dem 4. August, legte von der Schulenburg auf Anweisung v. Ribbentrops dem sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten all das klar, was v. Ribbentrop am Vortage zu Astachow gesagt hatte. Und wie reagierte der sowjetische Volkskommissar auf die Worte des deutschen Botschafters?

Von der Schulenburg berichtete nach Berlin, der Volkskommissar habe von einer positiven Einstellung der Sowjetregierung zum Abschluss eines Wirtschaftsabkommens zwischen beiden Ländern gesprochen, ferner den Standpunkt vertreten, die Presse beider Länder müsse auf Äusserungen, die die Beziehungen zwischen ihnen zuspitzen könnten, verzichten, und zugegeben, dass eine allmähliche Wiederaufnahme kultureller Kontakte erwünscht sei. Weiter schrieb von der Schulenburg, der Volkskommissar sei dann auf die politischen Beziehungen zu sprechen gekommen und habe erklärt, «dass auch die Sowjetregierung Normalisierung und Besserung der gegenseitigen Beziehungen wünsche. Es sei nicht ihre Schuld, dass Beziehungen sich so verschlechtert hätten. Den Grund hierfür sehe er» (der Volkskommissar – *I. M.*) «erstens im Abschluss des Antikomintempaktes und in allem, was in diesem Zusammenhang gesprochen und getan worden sei.»

Von der Schulenburg schnitt auch die Frage Polen an. Er stellte fest, Deutschland sei bestrebt, seine Meinungsverschieden-

\* «NSR», pp. 37-39.

heiten mit Polen auf friedlichem Wege zu regeln. Sollte es sich jedoch zu einem anderen Vorgehen gezwungen sehen, werde es die sowjetischen Interessen berücksichtigen. Der Volkskommissar erwiderte, eine friedliche Regelung zwischen Polen und Deutschland hinge in erster Linie von Deutschland ab. Wie aus den weiteren Notizen von der Schulenburgs hervorgeht, passte ihm diese Antwort ganz und gar nicht.

Der deutsche Botschafter versäumte es nicht, die Dreierbesprechungen zu erwähnen, worauf ihm der sowjetische Volkskommissar entgegnete, sie dienten rein defensiven Zwecken.

In seinem Kommentar zu dem obenangeführten Gespräch meldete von der Schulenburg nach Berlin, es habe sich ergeben, «dass bei Sowjetregierung zwar grössere Bereitschaft zu Verbesserung deutsch-sowjetischer Beziehungen vorhanden, dass jedoch altes Misstrauen gegen Deutschland weiterbesteht»\*.

Wie wir sehen, wahrte die Sowjetregierung im Frühjahr und Sommer 1939 ihren westlichen Verhandlungspartnern gegenüber vollste Loyalität. Es existierten keinerlei gegen sie gerichtete Geheimabmachungen mit Deutschland. Sowjetischerseits wurden keine Versuche unternommen, hinter dem Rücken Englands und Frankreichs einen Block mit Berlin zu bilden, London und Paris zu verraten. Es gab nichts, was auch nur im entferntesten an Horace Wilsons Besprechungen mit Wohltat erinnert hätte. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen waren bis August die üblichen diplomatischen Beziehungen und dabei nicht allzu «freundschaftlich» gefärbt. Auch die Gespräche zwischen den Vertretern beider Regierungen waren die üblichen, wie sie tagtäglich zwischen Ministern und Botschaftern an allen Enden der Erde über die verschiedensten laufenden Fragen geführt werden. Das beweisen zweifelsohne sogar jene Dokumente, die unsere Widersacher in den USA gesammelt haben, um die Sowjetregierung in einen möglichst üblen Ruf zu bringen.\*\*

---

\* «NSR», pp. 40-41.

\*\* Ein interessanter Beweis dafür, dass von einem unloyalen Verhalten der Sowjetregierung keine Rede sein konnte, findet sich in einer ihr durchaus nicht gewogenen



Erst im August, als die Dreierverhandlungen infolge der englisch-französischen Sabotage endgültig in eine Sackgasse geraten waren, als bereits keinerlei Hoffnung auf den Abschluss eines effektiven Beistandspaktes zwischen der UdSSR, England und Frankreich bestand, sah sich die Sowjetregierung zu einer allgemeinen *Änderung ihrer Politik* gezwungen, was absolut natürlich und berechtigt ist, wenn eine Regierung aus Gründen, die nicht von ihr abhängen, dazu genötigt wird. Von einem Doppelspiel der Sowjetregierung im Frühjahr und Sommer 1939, wie es ihr die ausländischen Widersacher vorwarfen, konnte also überhaupt keine Rede sein, vielmehr ausschliesslich von dem klaren, festen und England wie auch Frankreich gegenüber durchaus loyalen Bestreben, mit ihnen einen Dreierpakt gegen die Aggressoren abzuschliessen. Dass dies dann doch nicht erreicht werden konnte, lag auf jeden Fall nicht an der UdSSR.

Trotzdem wollte die Sowjetregierung auch jetzt noch nicht alle Brücken hinter sich abbrechen. Am 3. August machte Deutschland (jajwohl, Deutschland von sich aus) der Sowjetregierung offiziell weitgehende Vorschläge über eine radikale Wandlung in den Beziehungen der beiden Staaten. Sie sollten anfänglich normalisiert, später aber allmählich auf den Stand gebracht werden, den man in der diplomatischen Sprache als «Freundschaft» bezeichnet. Eine derartige Perspektive entsprach der Friedensliebe der Sowjetregierung, und ihre Verwirklichung konnte die Sicherheit des Sowjetlandes beträchtlich ver-

---

Quelle. Der amerikanische Botschafter in Paris, William Bullitt, schrieb in seinem Bericht vom 28. Juni 1939 über ein Gespräch mit dem französischen Ministerpräsidenten Daladier u.a.: »Daladier sagte, er glaube natürlich den russischen Erklärungen nicht« (in Bezug auf Loyalität gegenüber den Engländern und Franzosen – / M.), «doch hätte bisher weder die französische oder englische Botschaft noch der Geheimdienst irgendeine Information erhalten können, die darauf schliessen liesse, dass die Russen mit Deutschland in Verhandlungen stehen.» (Foreign Relations of the United States. 1939», vol. I, Wash., 1956, p. 278.) Das ganze Geheimnis besteht darin, dass solche Verhandlungen tatsächlich nicht stattfanden. Wie vereinbart sich diese Erklärung Daladiers mit der früher auf S. 166 zitierten Behauptung desselben Daladier, die Sowjetunion «verhandle seit Mai 1939» hinter Frankreichs Rücken mit Deutschland? Offensichtlich ist nicht nur Gogols Unteroffizierswitwe, sondern auch der französische Ministerpräsident imstande, sich selber zu verprügeln!

stärken. Moskau liess sich jedoch auch diesmal von Berlin nicht ködern. Moskau hatte nach wie vor einen Dreierpakt im Sinne und wollte noch eine, die letzte Anstrengung machen, um die bestmögliche Variante des Kampfes gegen die Aggression zu verwirklichen. Jedweden auf die vorangegangene Geschichte der Dreierverhandlungen zurückzuführenden Zweifeln zum Trotz, hoffte Moskau immer noch, die Regierungen Englands und Frankreichs würden vielleicht doch, zumindest fünf Minuten vor zwölf, zur Vernunft kommen und den richtigen Weg einschlagen.

Moskau wartete daher weitere zehn Tage. Berlin wurde inzwischen ungeduldig und versuchte, die Ereignisse irgendwie voranzutreiben. Am 10. August, eine Woche nach dem Gespräch v. Ribbentrops mit Astachow, bestand Schnurre in einer Unterredung mit Astachow darauf, dass die UdSSR ihre Stellungnahme zu den deutschen Vorschlägen unverzüglich präzisiere.

Moskau lehnte es jedoch auch jetzt ab, sich endgültig festzulegen, und verhielt sich weiterhin so wie die ganze Zeit seit dem Gespräch v. Ribbentrops mit Astachow am 3. August. *Moskau hatte erwartet, während die englische und die französische Militärmission auf ihrem Passagierschiff von London nach Leningradfahren. Es hatte erwartet während der ersten Beratungen mit den Militärmissionen in der sowjetischen Hauptstadt, als sich jedoch im Laufe dieser Beratungen die Frage des Durchmarsches sowjetischer Truppen durch Polen und Rumänien (die Kardinalfrage der ganzen Militärkonvention) ergab, als sich herausstellte, dass weder die englische und die französische Militärmission noch die englische und die französische Regierung diese Frage beantworten konnten, als London und Paris auf ein diesbezügliches Telegramm lediglich mit konstantem Schweigen reagierten, da hatte die Geduld der sowjetischen Seite ein Ende. Es stand absolut fest, dass Chamberlain und Daladier unverbesserlich waren und man mit ihnen keine kollektive Sicherheit für die friedliebenden Staaten schaffen konnte.*

Die beste Methode des Kampfes gegen die faschistische Aggression scheiterte ausschliesslich durch Chamberlains und Da-

ladiers Verschulden. Der Moment war gekommen, da man sich dem einzigen noch verbliebenen Ausweg zuwenden musste.

Die Lage der Sowjetregierung während der Dreierbesprechungen liess sich mit der Lage eines Menschen vergleichen, den die hereinbrechende Flut immer ärger bedrängt: Schon geht ihm das Wasser bis zu den Knien, bald reicht es ihm bis an die Hüften, bis zur Brust, dann bis zum Halse... Noch ein kurzer Augenblick, und die Wellen schlagen über ihm zusammen, wenn er nicht rasch und entschlossen auf einen der Brandung unerreichen Felsen springt.

In der Tat rückte die Gefahr eines zweiten Weltkriegs ständig näher: Im März und April konnte man sie nur ahnen, im Mai und Juni nahm sie schon konkretere Umrisse an, im Juli aber verpestete ihr Atem bereits die ganze Atmosphäre in Europa, und Mitte August zweifelte niemand mehr daran, dass in wenigen Jassen die Kanonen sprechen, die Flugzeuge Bomben abwerfen würden.

Man durfte nicht länger warten. Erst jetzt, Mitte August, sah sich die Sowjetregierung gezwungen, endgültig über ihr weiteres Vorgehen zu entscheiden. Das Dilemma war zur bitteren Notwendigkeit eines Abkommens mit Deutschland geworden. Die fünf Monate währende und von den USA unterstützte Sabotage der Dreierverhandlungen durch die englische und die französische Regierung liess der UdSSR keinen anderen Ausweg.

## Fiasko der Dreierbesprechungen und notgedrungenes Abkommen mit Deutschland

Am 14. August teilte Schnurre in einem Telegramm von der Schulenburg mit, dass Astachow ihn aufgesucht und von der Bereitschaft der Sowjetregierung zu einer Erörterung «der einzelnen bisher zur Sprache gekommenen Fragengruppen» in den deutsch-sowjetischen Beziehungen Mitteilung gemacht habe. Als Verhandlungsort habe die Sowjetregierung Moskau vorgeschlagen.\*

Am selben Tage, dem 14. August, sandte v. Ribbentrop sofort nach Astachows Mitteilung von der Schulenburg die dringliche Direktive, er möge den sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten aufsuchen und im Namen der deutschen Regierung erklären, dass «keine Interessengegensätze zwischen Deutschland und der UdSSR bestehen», dass hiermit «von vornherein jede Ursache einer aggressiven Tendenz eines Landes gegen das andere» fehlt und dass es nach Ansicht der deutschen Regierung «zwischen Ostsee und Schwarzem Meer keine Frage gibt, die nicht zur vollen Zufriedenheit beider Länder geregelt werden könnte»; v. Ribbentrop betonte die Möglichkeit eines Ausbaus der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen nach allen Richtungen. Wie er ferner erklärte, sei er bereit, selber nach Moskau zu fahren, «um das Fundament für eine endgültige Bereinigung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu legen». Allerdings «wäre eine eingehende Unterredung mit Stalin Voraussetzung»\*\* seines Besuches.

Die deutsche Regierung ergriff also abermals die Initiative und unternahm bereits völlig offiziell den entscheidenden Schritt. Am 15. August führte von der Schulenburg den Auftrag Berlins aus. Wie der deutsche Botschafter nach Berlin berichtete, habe der sowjetische Volkskommissar «die deutschen Absichten nach Verbesserung Beziehungen zu Sowietunion lebhaft

---

\* «NSR», p. 48.

\*\* «NSR», pp. 50-52.

begrüsst», jedoch die Meinung geäußert, dass v. Ribbentrops Reise nach Moskau «einer entsprechenden Vorbereitung bedürfe», er habe sich auch dafür interessiert, ob die deutsche Regierung bereit sei, mit der UdSSR einen Nichtangriffspakt zu schliessen, zusammen mit der UdSSR den baltischen Staaten Garantien zu gewähren und auf Japan im Sinne einer Verbesserung der sowjetisch-japanischen Beziehungen einzuwirken.\*

Am nächsten Tag, dem 16. August, wies v. Ribbentrop telegrafisch von der Schulenburg an, dem sowjetischen Volkskommissar umgehend mitzuteilen, dass Deutschland bereit sei, einen Nichtangriffspakt mit der UdSSR zu schliessen, den baltischen Staaten zusammen mit der UdSSR Garantien zu gewähren und auf Japan im Sinne einer Verbesserung der japanisch-sowjetischen Beziehungen einzuwirken. Gleichzeitig beharrte er auf der Notwendigkeit seiner Reise nach Moskau und teilte mit, er sei «bereit, von Freitag, den 18. August, jederzeit im Flugzeug nach Moskau zu kommen»\*\*.

Am 18. August brachte von der Schulenburg all dies der Sowjetregierung zur Kenntnis und erhielt gleichzeitig von ihr die Antwort auf die deutschen Vorschläge vom 14. August. Was beinhaltete diese Antwort?

Sie war streng sachlich, zählte die Ursachen auf, warum die Sowjetregierung den Absichten Deutschland bisher misstraut und Massnahmen getroffen hatte, um die Verteidigungsfähigkeit der UdSSR zu verstärken, und weshalb sie sich am Aufbau einer Einheitsfront gegen die Aggression beteiligte.

Die Sowjetregierung stellte in ihrer Antwort ferner fest, dass sie, wenn die deutsche Regierung ernstlich gewillt sei, ihre politischen Beziehungen zur UdSSR zu verbessern, eine solche Wandlung nur begrüssen könne und sich ihrerseits bereit erkläre, die sowjetische Politik im Sinne einer wesentlichen Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland abzuändern.

In der Antwort wurde weiter betont, dass eine Verbesserung

---

\* Ebenda n. 52.

\*\* Ebenda p. 58.

der sowjetisch-deutschen Beziehungen durchaus möglich sei, denn das Prinzip des friedlichen Nebeneinanderbestehens verschiedener politischer Systeme sei ein seit jeher verbürgter Grundsatz der sowjetischen Aussenpolitik.

Was schliesslich die praktischen Massnahmen betraf, wurde in der Antwort vor allem der Abschluss eines Handels- und Finanzabkommens vorgeschlagen, worauf nach einer kurzen Zeitspanne ein Nichtangriffspakt zu unterzeichnen wäre. Zur Moskareise des deutschen Aussenministers hiess es in der Antwort, die Sowjetregierung begrüsse eine solche Reise als Beweis für die ernstesten Absichten der deutschen Regierung, sei jedoch der Meinung, dass eine derartige Reise gute Vorbereitungen erforderlich mache und mit einem Minimum von Aufsehen in der Öffentlichkeit wie auch von Sensationsmeldungen in der Presse verwirklicht werden müsse.

Wie wir sehen, vollzog die Sowjetregierung, nachdem sie durch Chamberlain und Daladier gezwungen worden war, ihren aussenpolitischen Kurs zu ändern, diese unvermeidliche Wende ruhig, nüchtern, kaltblütig und ohne Überstürzung. Die deutsche Regierung dagegen legte äusserste Nervosität an den Tag und hatte es sehr eilig. Am 18. August gab v. Ribbentrop seinem Botschafter von der Schulenburg telegrafisch folgende Weisungen:

«Ich bitte Unterhaltung» (mit dem sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten – Z. AZ.) «...diesmal nicht in der Form Vorlesung... zu führen, sondern... mit allem Nachdruck auf schnelles Zustandekommen meiner Reise» (nach Moskau – /. AZ.) «hinzuwirken und etwaigen erneuten russischen Einwendungen entsprechend entgegenzutreten.»\*

Von der Schulenburg kam der Weisung seines Ministers nach, musste allerdings v. Ribbentrop am 19. August mitteilen, dass die Sowjetregierung mit seiner Reise erst acht Tage nach Bekanntgabe des Handels- und Finanzabkommens einverstanden sei.

Jetzt fuhr Deutschland sein schwerstes Geschütz auf. Am 20.

---

\* «NSR», p. 63.

August richtete Hitler eine Botschaft an Stalin. Er informierte ihn, dass am Vortage das Handels- und Finanzabkommen\* unterzeichnet worden sei und bat nachdrücklich, v. Ribbentrop spätestens am 22. oder 23. August in Moskau zu empfangen.\* \*\*

Die Sowjetregierung stand nun vor einer wichtigen Entscheidung. Bisher hatte zwischen Moskau und Berlin lediglich ein Meinungsaustausch stattgefunden, beide Seiten hatten die Führer ausgestreckt, wollten die Stimmung des andern kennenlernen, jetzt stand aber der Abschluss eines Nichtangriffspaktes unmittelbar auf der Tagesordnung. Noch einmal musste die Situation überprüft werden, in der sich die Dreierbesprechungen befanden. Hier sah alles so hoffnungslos aus wie zuvor. Am 16. August hatte K. J. Woroschilow den Vorschlag des Generals Doumenc, die Abfassung des Entwurfs einer Militärkonvention in Angriff zu nehmen, mit der kategorischen Erklärung beantwortet:

«Noch ist es nicht soweit, irgendein Schriftstück zu redigieren. Wir haben die für die sowjetische Seite wichtigste Frage noch nicht gelöst, nämlich die Frage des Durchmarsches sowjetischer Streitkräfte durch Polen und Rumänien zu vereinten Aktionen von Streitkräften der Signatarstaaten gegen den gemeinsamen Gegner.»\*\*\*

Am 14. August hatten die Militärmissionen wegen des Durchmarsches sowjetischer Truppen durch Polen und Rumänien in London und Paris angefragt. Man schrieb den 21. August. Sieben

---

\* Am 19. August wurde in Berlin ein Handels- und Finanzabkommen zwischen der UdSSR und Deutschland unterzeichnet, wonach Deutschland der UdSSR einen Kredit von 200 Millionen Mark für die Dauer von sieben Jahren bei einem Zinsfuß von 5 Prozent gewährte. Die Ankäufe deutscher Waren zur Tilgung des Kredits waren auf zwei Jahre berechnet. Die UdSSR sollte Deutschland in derselben Zeit Waren im Wert von 180 Millionen Mark liefern («Iswestija» vom 21. August 1939). Wie wir sehen, blieb das Abkommen in recht bescheidenen Grenzen und hielt keinen Vergleich mit den Summen stand £500 bis 1'000 Millionen Pfund Sterling), die bei den Londoner Besprechungen Wohltats mit Hudson und Horace Wilson für eine eventuelle Anleihe figurierten.

\*\* «NSR», pp. 66-67.

\*\*\* «Die Verhandlungen der Militärmissionen der UdSSR, Englands und Frankreichs in Moskau im August 1939», Zeitschrift «Meshdunarodnaja shisn», 1959, Heft 3, S. 148 russ.

Tage waren vergangen, aber weder von der britischen noch von der französischen Regierung lag eine Antwort vor. In der damaligen fieberhaften Atmosphäre bedeutete dieses lange Schweigen schon an und für sich eine Antwort. Gleichzeitig trafen aus Warschau die deprimierendsten Meldungen ein: die «Oberstenregierung» wollte unter keinen Umständen sowjetische Truppen über polnisches Territorium marschieren lassen.

In dieser Situation hatte die Sowjetregierung keine andere Wahl, sie musste den letzten, entscheidenden Schritt tun. Am selben Tag, dem 21. August, nachdem festgestellt worden war, dass London und Paris die Anfrage der Militärmissionen über den Durchmarsch sowjetischer Truppen durch Polen und Rumänien im Laufe einer vollen Woche nicht beantwortet hatten, und K. J. Woroschilow infolgedessen vorschlug, in den Sitzungen der Militärmissionen eine Pause einzulegen, antwortete J. W. Stalin auf Hitlers Botschaft: Er gab der Hoffnung Ausdruck, der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt möge in den politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern eine Wende zum Besseren bedeuten, und erklärte sich einverstanden, dass v. Ribbentrop am 23. August nach Moskau käme.

Wie aus den von der britischen Regierung nach Kriegsende veröffentlichten Dokumenten hervorgeht, war dieser Schritt der Sowjetregierung vollauf begründet, denn die erwähnten Dokumente zeigen, dass London gar nicht die Absicht hatte, auf die Anfrage seiner Militärmission wegen des Durchmarsches sowjetischer Truppen durch Polen und Rumänien zu antworten. Die Sabotage der Verhandlungen über einen Dreierpakt wurde sogar in diesem Stadium fortgesetzt.\*

Am vereinbarten Tag kam v. Ribbentrop mit entsprechendem Gefolge nach Moskau geflogen. In der Sowjethauptstadt traf er zweimal mit Stalin zusammen. Am Ende des gleichen Tages wurde zwischen der UdSSR und Deutschland ein Nichtangriffspakt für zehn Jahre unterzeichnet. Er trat unverzüglich nach der

.....

\* «DBFP», Third Series, vol. VII, p. 119 (Genauerer darüber siehe weiter unten, S. 187).



Unterzeichnung in Kraft, obwohl für später seine Ratifizierung vorgesehen wurde. Inhaltlich unterschied er sich kaum von ähnlichen Pakten, wie sie die UdSSR in den vorangegangenen Jahren mit vielen anderen Staaten geschlossen hatte. Das war die traditionelle Politik der Sowjetunion, die danach strebte, Lenins Prinzip der friedlichen Koexistenz praktisch zu verwirklichen. Beide Seiten übernahmen die Verpflichtung, von jeder Aggression gegeneinander Abstand zu nehmen (Art. 1), zwischen beiden Ländern entstehende Streitigkeiten nur mit friedlichen Mitteln zu lösen (Art. 5), sich nicht an Gruppierungen zu beteiligen, die der anderen Seite feindlich gesinnt wären (Art. 4), und keinen dritten Staat zu unterstützen, wenn einer der Vertragspartner von diesem dritten Staat in Kampfhandlungen verwickelt wird (Art. 2). In Artikel 3 war vorgesehen, dass Deutschland und die UdSSR «auch weiterhin miteinander zwecks *Beratungen* in Kontakt bleiben, um sich gegenseitig über Fragen zu *informieren*, die ihre gemeinsamen Interessen betreffen»\*.

Ich mache besonders auf die von mir hervorgehobenen Worte «Beratungen» und «zu informieren» aufmerksam. Zweifelsohne beweisen sie, wie überhaupt der gesamte Inhalt des Paktes, dass dieses am 23. August 1939 unterzeichnete Dokument lediglich ein *Nichtangriffspakt* war. Es handelt sich ganz und gar nicht um irgendeine Art von Militärbündnis zwischen beiden Ländern, wie dies westliche Politiker und Journalisten wiederholt hinstellen wollten; der Pakt verpflichtete die UdSSR nicht, Deutschland in irgendeiner Weise zu helfen. Als die Sowjetregierung diesen Pakt unterzeichnete, gab sie sich keinen Illusionen hin und setzte voraus, dass Hitler die darin enthaltenen Verpflichtungen früher oder später verletzen würde, sie war jedoch der Ansicht, dass dieser Pakt der UdSSR einen gewissen Aufschub gewährte, wodurch es ihr möglich wurde, sich besser auf den bevorstehenden Krieg vorzubereiten. Bekanntlich sicherte dieser Aufschub dem Sowjetlande fast zwei weitere Jahre Frieden.

---

\* «Iswestija» vom 24. August 1939.

Aber die Sowjetregierung gewann dadurch nicht nur einen Aufschub. Sie erhielt darüber hinaus von der deutschen Regierung die Zusicherung, dass es im Raum der baltischen Länder nicht zu Kampfhandlungen kommen würde. In der damaligen Situation, die einesteils durch Chamberlains und Daladiers Sabotage, andemteils durch das Verhalten der Warschauer «Oberstenregierung» entstanden war, hatte die Sowjetregierung keine Möglichkeit, Polen die von den «Obersten» so brüsk zurückgewiesene Hilfe zu leisten. Sie konnte lediglich die Westukraine und Westbelorussland vor einer deutschen Invasion bewahren. Und das tat die Sowjetregierung denn auch.

Im Endergebnis erreichte die UdSSR durch den Pakt mit Deutschland Folgendes.

Erstens wurde die Möglichkeit einer kapitalistischen Einheitsfront gegen das Sowjetland ausgeschaltet; mehr noch, es wurden die Voraussetzungen für die spätere Entstehung einer Antihitlerkoalition geschaffen, an die die Westmächte in jenem Augenblick überhaupt nicht dachten.

Chamberlain und Daladier hatten damals nur eins im Sinne, nämlich, Hitlerdeutschland um jeden Preis in einen Krieg gegen die Sowjetunion zu drängen.

Der Nichtangriffspakt machte es unmöglich, den zweiten Weltkrieg durch einen Überfall auf die Sowjetunion zu entfesseln.

Der Abschluss dieses Paktes bedeutete das völlige Fiasko dieser schändlichen Münchener Strategie.

Diese Tatsache spielte zweifellos für das Schicksal der Sowjetunion und sogar für das Geschick der ganzen Menschheit eine grosse Rolle.

Zweitens hob dieser Vertrag die Gefahr auf, dass die UdSSR von Japan, dem Verbündeten Hitlers im antisowjetischen Block, überfallen würde. Ohne den Nichtangriffspakt mit Deutschland hätte die Sowjetunion in eine schwierige Lage geraten können und einen Zweifrontenkrieg führen müssen, denn in jenem Augenblick hätte ein Überfall Deutschlands auf die UdSSR von

Westen her den Überfall Japans von Osten her bedeutet. Gerade im August 1939 hatten die Kämpfe am Chalchin-Gol ihren Höhepunkt erreicht, und die Regierung Hiranuma lehnte eine friedliche Beilegung des Konfliktes hartnäckig ab. Sie zog im Gegenteil Truppen an der sowjetischen Grenze zusammen, denn sie setzte voraus, Deutschland werde die Kriegshandlungen bald eröffnen. Kaum war jedoch der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt unterzeichnet (23. August), als die Regierung Hiranuma gestürzt (28. August) und von der Regierung Abe abgelöst wurde, die sich sofort mit einer friedlichen Regelung des militärischen Konfliktes einverstanden erklärte. So war es also eine unmittelbare Folge des Vertrages mit Deutschland, dass der an den fernöstlichen Grenzen der UdSSR aufflackemde Kriegsbrand liquidiert werden konnte.

Natürlich musste die Sowjetregierung darauf gefasst sein, dass man ihr Abkommen mit Deutschland ausnutzte (was auch tatsächlich geschah), um der antisowjetischen Hysterie in den «demokratischen Ländern» neuen Nährstoff zu geben. Sie musste darauf gefasst sein, dass sich im Ausland Leute finden würden, die, ohne der UdSSR feindlich gesinnt zu sein, ihr Vorgehen nicht begriffen (und so verhielt es sich in der Tat). Nichtsdestoweniger kam die Sowjetregierung, nachdem sie alle Für und Wider abgewogen hatte, zu dem Schluss, dass das Für zweifellos überwiege. Infolgedessen wurde das Abkommen mit Deutschland geschlossen. Das war der einzige Ausweg, und er war uns durch die sture, verbrecherische Politik Chamberlains und Daladiers aufgezwungen worden.

Noch eine weitere Beschuldigung wird von den ausländischen Widersachern der UdSSR gern ins Feld geführt: «Durch das Abkommen mit Deutschland», behaupten sie, «habt ihr den zweiten Weltkrieg entfesselt.» Erbärmliche, geblendete Verleumder! Aus allen bisherigen Darlegungen geht doch einwandfrei hervor, dass die wirkliche Verantwortung für den zweiten Weltkrieg einerseits Hitler, andererseits aber Chamberlain und Daladier trifft (diese Namen sind symbolisch genommen). Jawohl, die

schwerwiegende Verantwortung für alles Unheil, das der zweite Weltkrieg angerichtet hat, tragen jene politischen Gruppen, die in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre in England und Frankreich am Ruder waren; jene Gruppen, die, durch Klassenhass verblendet, eine kurzsichtige Politik zur «Befriedung» des Aggressors betrieben und damit rechneten, dass sich Deutschland und die UdSSR in einem Krieg gegenseitig vernichten würden. Gerade diese Gruppen waren es, die dem Sowjetland eine Falle stellten, in die sie allerdings selber gerieten, denn der erste Schlag der hitlerischen Aggression richtete sich im zweiten Weltkrieg nicht gegen Moskau, sondern gegen London und Paris. Dies geschah, weil die sowjetische Diplomatie klüger als die englisch-französische gewesen war. Und wir haben keinen Anlass, uns deswegen zu entschuldigen.

\*\*\*

Um meinen Bericht abzurunden, muss ich noch auf das klägliche Ende zu sprechen kommen, das die unglückseligen Dreierbesprechungen 1939 nahmen.

Am 22. August, einen Tag, nachdem die Sowjetregierung endgültig beschlossen hatte, ein Abkommen mit Deutschland einzugehen, erhielt General Doumenc aus Paris die dringliche Mitteilung, dass den sowjetischen Truppen nach Ansicht der französischen Regierung bei Ausbruch eines Krieges zwischen Polen und Deutschland sofort das Recht zugestanden werden müsse, durch polnisches Gebiet zu marschieren. Nach Ansicht der französischen Regierung... Und welcher Ansicht war die polnische Regierung? In dieser wichtigen Frage wahrte Paris tiefstes Schweigen. Dagegen trafen aus Warschau nach wie vor denkbar schlechte Nachrichten ein.

Heute wissen wir aus den von der englischen Regierung veröffentlichten Dokumenten, dass Seeds, auf die Weisung Bezug nehmend, die General Doumenc am 22. August erhalten hatte, in London anfragte: «Sind Sie einverstanden?» London liess aber

die Anfrage seines Moskauer Botschafters unbeantwortet. Auf Seeds' Telegramm lesen wir jedoch einen Vermerk Strangs (der Anfang August nach England zurückgekehrt war): «Dieses Telegramm musste unbeantwortet bleiben, da keinerlei Beschluss gefasst worden war.»\* So weit ging die Sabotage der britischen Regierung!

Wir kannten damals noch nicht alle Einzelheiten, waren aber über die ausschlaggebende Tatsache im Bilde, dass London auf die Kardinalfrage der militärischen Besprechungen nicht antworten wollte. Das erklärte so manches. In dieser Situation beauftragte der Leiter der sowjetischen Delegation am 21. August eine Zusammenkunft aller drei Militärmissionen an und schlug ihnen, wie bereits erwähnt, vor, die Sitzungen zu unterbrechen.\*\* Das war eine diplomatische Umschreibung und bedeutete einfach: Die Dreierverhandlungen sind gescheitert!

Den Militärmissionen Englands und Frankreichs wie auch Seeds und Naggiar war der Sinn dieser Erklärung der sowjetischen Delegation völlig klar. Zwar trafen in den nächsten drei, vier Tagen die Missionsleiter und die Botschafter Englands und Frankreichs noch mit dem sowjetischen Volkskommissar für Verteidigung und dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten zusammen und sprachen mit ihnen, aber das konnte an der Lage nichts mehr ändern. Den Missionen blieb nichts anderes übrig, als schleunigst den Heimweg anzutreten.

In einem von der Sowjetpresse am 27. August 1939 veröffentlichten Interview sagte der Leiter der sowjetischen militärischen Delegation über die Ursachen des Scheiterns der militärischen Besprechungen:

«Die sowjetische Militärmission war der Meinung, dass die UdSSR, die keine gemeinsamen Grenzen mit dem Aggressor hat, Frankreich, England und Polen nur dann helfen kann, wenn die sowjetischen Truppen durch polnisches Territorium mar-

---

\* «DBFP», Third Series, vol. VII, p. 119.

\*\* «Die Verhandlungen der Militärmissionen der UdSSR, Englands und Frankreichs in Moskau im August 1939», Zeitschrift «Meshdunarodnaja shisn», 1959, Heft 3, S. 156 russ.

schieren dürfen, denn auf anderen Wegen können die sowjetischen Truppen nicht mit den Truppen des Gegners in Berührung kommen...

Trotz der augenscheinlichen Richtigkeit dieser Einstellung teilten die französische und die englische Militärmission diesen Standpunkt der sowjetischen Mission nicht, und die polnische Regierung hat offen erklärt, dass sie eine militärische Hilfe der UdSSR nicht brauche und nicht annehme...

Das ist der Grund der Meinungsverschiedenheiten. Und hieran sind die Verhandlungen gescheitert.»

Der Leiter der sowjetischen Delegation beantwortete danach die Frage eines Journalisten, ob die Reuter-Meldung stimme, dass die Sowjetregierung die Dreierbesprechungen wegen eines mit Deutschland getroffenen Abkommens abgebrochen habe. Er sagte:

«Die militärischen Besprechungen mit England und Frankreich wurden nicht abgebrochen, weil die UdSSR einen Nichtangriffspakt mit Deutschland geschlossen hat, sondern die UdSSR hat unter anderem auch deshalb einen Nichtangriffspakt mit Deutschland unterzeichnet, weil die militärischen Besprechungen mit Frankreich und England infolge unüberwindlicher Meinungsverschiedenheiten in eine Sackgasse geraten sind.»\*

Und damit wurde der Punkt auf i gesetzt.

---

\* «Prawda» vom 27. August 1939.

## Zusammenfassung

Alles bisher Geschilderte berechtigt zu mehreren Schlussfolgerungen, deren wichtigste sind:

1. In den Vorkriegsjahren, von denen in diesen Erinnerungen die Rede ist (1932-1939), strebte die Sowjetunion aufrichtig und beharrlich bessere Beziehungen zu England an. Dies resultierte einerseits aus ihrer allgemeinen Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz mit Staaten, die ein anderes System als die UdSSR haben, andererseits aus den konkreten politischen Absichten der Sowjetregierung, zusammen mit England und Frankreich der Aggression der faschistischen Staaten Deutschland und Italien in Europa eine feste Schranke entgegenzusetzen.

2. Leider fanden jedoch die guten Absichten der Sowjetunion keinen zustimmenden Widerhall in England. Es gab dort zwar viele Elemente (Arbeiter, beträchtliche Teile der Intelligenz und die weitsichtigsten Vertreter der Bourgeoisie), die eine Barriere der drei Staaten gegen die auch England und seine Vormachtstellung in der Welt gefährdende faschistische Aggression begrüsst hätten, aber die Staatsmacht lag im geschilderten Zeitabschnitt fest in den Händen der reaktionärsten Teile der Bourgeoisie, die von ihrem Hass gegen die UdSSR, das Land des Sozialismus, verblendet waren. Das führende politische Zentrum dieser reaktionärsten Schichten war die sogenannte Cliveden-Clique im Salon der Lady Astor mit Neville Chamberlain, deren

---

allgemein anerkannten Anführer. Aus abgründiger Feindschaft gegen die Sowjetunion war die Cliveden-Clique kategorisch gegen die Schaffung einer Dreierbarriere zum Schutze der britischen Positionen vor den faschistischen Aggressoren und verfiel auf die ihrer Ansicht nach «glückliche Idee», Deutschland und die UdSSR aufeinander zu hetzen, um dann, nachdem sich diese beiden Mächte in einem grausamen Krieg verblutet haben, Europa einen für Grossbritannien günstigen Frieden zu diktieren. Diese bornierte und verbrecherische Auffassung gewann mit der

Zeit Boden und erreichte ihren Höhepunkt nach 1937, als Neville Chamberlain Premierminister und Lord Halifax Aussenminister wurden. Aus dieser Auffassung, von der sich die Cliveden-Clique leiten liess, resultierte die Politik der «Befriedung» des Aggressors, in erster Linie Hitlers, und um dieser Politik zum Erfolg zu verhelfen (der letzten Endes doch nicht erzielt wurde) opfer-ten England und Frankreich mit Unterstützung gewisser Kreise der USA 1938 und 1939 Österreich, Spanien und die Tschechoslo-  
wakei.

**3.** Trotz derart ungünstiger Bedingungen fuhr die Sowjetuni-  
on in ihren Bemühungen fort, die Beziehungen mit England zu  
verbessern, und 1939 strebte sie einen Dreier-Beistandspakt als  
Barriere gegen Deutschland und Italien an, denn darin erblickte  
sie die beste Garantie gegen die faschistische Aggression. Fak-  
tisch ging die Anregung zu einem solchen Pakt gerade von der  
Sowjetunion aus. Die Cliveden-Clique, die solche Pläne schroff  
ablehnte, sah sich unter dem Druck breiter Kreise der britischen  
Öffentlichkeit und einiger von Hitler und Mussolini besonders  
bedrohter Staaten gezwungen, zu manövrieren und sich von Zeit  
zu Zeit den Anschein zu geben, als ob sie bereit sei, sich auf die  
Schaffung einer Dreierbarriere gegen die Aggressoren einzulas-  
sen. Zu derartigen Manövern griff sie besonders oft 1939, nach-  
dem Hitler das Münchener Abkommen kurzerhand annulliert  
hatte. Darauf war auch zurückzuführen, dass Polen, Rumänien  
und Griechenland im März und April 1939 von England (und  
Frankreich) einseitige Garantien erhielten, und zwar für den  
Fall, dass sie von faschistischen Staaten angegriffen würden. Dar-  
auf war ferner zurückzuführen, dass sich die Chamberlain-Regie-  
rung (ebenso wie die Daladier-Regierung) gezwungen sah, sich  
auf Dreierbesprechungen über den Abschluss eines Beistands-  
paktes mit der UdSSR einzulassen. Aber da sie sich zu diesen  
Besprechungen gegen ihren Willen, notgedrungen und zur Irre-  
leitung der Volksmassen bereit erklärt hatten, lief ihre Teilnah-  
me an diesen Verhandlungen praktisch auf deren glatte Sabotage  
hinaus, was in diesen Erinnerungen mit einer Vielzahl von Bei-



spielen belegt wurde. Chamberlain (ebenso wie Daladier) war es nicht darum zu tun, so rasch als möglich einen Dreierpakt zu schliessen, er suchte vielmehr nach Mitteln und Wegen, um einen solchen Pakt zu vermeiden. Dieses Verhalten der britischen (und französischen) Regierung führte unausbleiblich dazu, dass die Dreierbesprechungen im August 1939 endgültig in eine Sackgasse gerieten. Es zeigte sich ganz klar, dass die Errichtung einer tatsächlich wirksamen Dreier-Barriere gegen die faschistischen Aggressoren an der Sabotage durch Chamberlain und Daladier (und nur daran!) gescheitert war.

4. Da sich herausgestellt hatte, dass die beste Form zur Bekämpfung der Aggression der faschistischen Staaten entgegen unserem Willen nicht verwirklicht werden konnte, musste die Sowjetunion andere Wege ausfindig machen, um für ihre (wenn auch nur zeitweilige und nicht dauerhafte) Sicherheit zu sorgen. Der grosse Lenin hatte in den ersten Monaten nach der Oktoberrevolution ein geniales Beispiel des Manövrierens in der internationalen Arena gegeben. Um dem eben erst entstandenen Sowjetstaat eine Atempause zu verschaffen, die dieser damals mehr als alles andere brauchte, bot Lenin zunächst allen kriegführenden Staaten einen allgemeinen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen an. Darin erblickte er das beste Mittel, um dem Sowjetlande eine Atempause zu sichern, die sogar zu einer langwährenden Friedensperiode werden konnte. Als sich jedoch zeigte, dass der Appell der Sowjetregierung auf unfruchtbaren Boden gefallen war, entschloss sich Lenin, einen Separatfrieden mit den Mittelmächten zu schliessen. Das war, wie Lenin sich ausdrückte, ein für Sowjetrussland äusserst ungünstiger «Schandfrieden», doch sicherte er dem Lande immerhin eine kurze Atempause und war, wie die späteren Ereignisse bewiesen, historisch völlig gerechtfertigt. Dieses hervorragende politische Beispiel hatte die Sowjetregierung bei ihrem Verhalten 1939 im Sinne. Natürlich waren die Lage und die Umstände jetzt anders als vor 22 Jahren (vor allem war die Macht des Sowjetlandes seither gewaltig gewachsen), trotzdem

wies die internationale Situation 1939 viele Elemente auf, die an die Lage von 1917-1918 anklangen. Unter allen Umständen musste das Zustandekommen einer kapitalistischen Einheitsfront gegen die UdSSR verhindert und der Überfall der faschistischen Staaten auf das Sowjetland wenn nicht überhaupt abgewendet, so doch zumindest nach Möglichkeit hinausgeschoben werden. Dieses Verhalten wurde von dem elementaren Selbsterhaltungstrieb diktiert, der jedem Staat, unabhängig von seinem Charakter, eigen ist. Es wurde darüber hinaus aber auch von Erwägungen allgemeinerer Natur diktiert. Die Sowjetunion war ja in jener Zeit nicht schlechthin eine der Grossmächte unseres Planeten. Die Sowjetunion stellte etwas weit Wichtigeres dar: *Sie war damals als einziges sozialistisches Land der Welt die Heimat des Sozialismus und trug im Keime die kommunistische Zukunft der ganzen Menschheit in sich.* Auf den Schultern der sowjetischen Menschen, besonders auf den Schultern der Sowjetregierung, lag zu jener Zeit die grösste Verantwortung für die Wahrung der Integrität und Unabhängigkeit eines Landes von so ausserordentlicher historischer Bedeutung. Diese enorme Verantwortung erforderte auch enorme Kühnheit, Geschmeidigkeit und Entschlossenheit.

5. Mitte August 1939 kam die Sowjetregierung endgültig zu dem Schluss, dass Chamberlains und Daladiers Politik die Unterzeichnung eines wirksamen Dreierpaktes unmöglich machte, und beschloss, den Kurs ihrer Politik zu ändern, d.h. die Besprechungen mit England und Frankreich abzubrechen, da sie gegenstandslos geworden waren, und ein Abkommen mit Deutschland zu schliessen. Unsere Widersacher im Ausland setzten daraufhin die verleumderische Legende in Umlauf, die Sowjetregierung habe im Frühjahr und Sommer 1939 ein Doppelspiel betrieben, nämlich nach aussen hin mit England und Frankreich über einen Dreier-Beistandspakt gegen die Aggressoren verhandelt, hinter ihrem Rücken aber, insgeheim, mit Deutschland in Unterhandlungen über einen Freundschaftspakt gestanden und letzten Endes den «westlichen Demokratien»

Deutschland vorgezogen. Um diese gehässigen Verleumdungen zu belegen, gab 1948 das State Departement der USA sogar einen durch und durch tendenziösen Sammelband deutscher diplomatischer Schriftstücke heraus, die den Amerikanern in Deutschland in die Hände gefallen waren. Die oben vorgenommene Analyse der erwähnten Dokumente aus der Zeit der Dreierbesprechungen beweist jedoch unanfechtbar die absolute Verlogenheit derartiger Behauptungen. Die UdSSR verhielt sich im Gegenteil bis Mitte August trotz der empörenden Sabotage der Dreierbesprechungen durch die englische und die französische Regierung ihren Partnern gegenüber völlig loyal und wies alle recht zahlreichen Versuche Deutschlands, einen Keil zwischen die UdSSR und die «westlichen Demokratien» zu treiben, entschieden zurück. Als sich aber die Sowjetregierung Mitte August 1939 überzeugen musste, dass die Dreierbesprechungen vollkommen aussichtslos waren, entschloss sie sich zu einem politischen Kurswechsel, den sie dann auch verwirklichte. Die Sowjetregierung machte von dem unveräusserlichen Recht jeder Regierung Gebrauch, ihre politische Linie durch eine andere zu ersetzen, wenn sie sich durch die Umstände dazu genötigt sieht. Im vorliegenden konkreten Fall war der Kurswechsel um so berechtigter, als er der Sowjetregierung durch das sture und verbrecherische Verhalten Chamberlains und Daladiers aufgezwungen wurde.

6. Das sowjetisch-deutsche Abkommen vom 23. August 1939 war natürlich alles andere als vollkommen (dafür hat die Sowjetregierung es auch nie gehalten), aber es verhinderte jedenfalls die Bildung einer kapitalistischen Einheitsfront gegen die UdSSR, bewahrte 13 Millionen Westukrainer und Westbelorussen vor dem furchtbaren Los, von Hitler verklavt zu werden, ermöglichte die Wiedervereinigung aller Ukrainer und aller Belorussen zu geeinten Nationen, die auf dem Wege der sozialistischen Entwicklung rasch fortschreiten, und verschob die sowjetischen Grenzen um einige Hundert Kilometer nach Westen, was von grosser strategischer Bedeutung war. Wie die darauffolgenden Ereignisse zeigten, verzögerte das Abkommen den

Überfall Deutschlands auf die UdSSR um fast zwei Jahre, es erleichterte wesentlich den Schutz der Hauptzentren des Landes und den Übergang der sowjetischen Streitkräfte zu siegreichen Gegenoffensiven, es ermöglichte die Zerschlagung Hitlerdeutschlands und schuf die Voraussetzungen für eine raschere Wiederherstellung der UdSSR in ihren heutigen Grenzen.

\*\*\*

Als Schlusswort möchte ich hier Äusserungen zweier Persönlichkeiten zitieren, die völlig entgegengesetzten Lagern angehören.

Am 27. November 1958 richtete N. S. Chruschtschow an den damaligen Präsidenten der USA, D. Eisenhower, eine ausführliche Note, in der unter anderem auch die internationale Lage am Vorabend des zweiten Weltkriegs berührt wurde.

«Bekanntlich sind die USA, ebenso wie Grossbritannien und Frankreich», hiess es in dieser Note des sowjetischen Regierungschefs, «durchaus nicht sofort zu dem Schluss gekommen, dass eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion angebahnt werden müsse, um der hitlerischen Aggression entgegenzutreten, obwohl die Sowjetregierung sich immer wieder dazu bereit erklärt hatte. In den Hauptstädten der westlichen Staaten hatten lange Zeit entgegengesetzte Bestrebungen die Oberhand...

Erst als das faschistische Deutschland die kurzsichtigen Spekulationen der Münchenianer über den Haufen geworfen und sich gegen die Westmächte gewandt hatte, als die Hitlerarmee sich nach dem Westen in Marsch setzte, wobei sie Dänemark, Norwegen, Belgien und Holland zermalmte und Frankreich zu Fall brachte, blieb den Regierungen der USA und Grossbritanniens nichts anderes übrig, als zuzugeben, dass sie sich verkalkuliert hatten, und gemeinsam mit der Sowjetunion dem faschistischen Deutschland, Italien und Japan die Stirn zu bieten. Bei einer weitsichtigeren Politik der Westmächte hätte eine derartige Zusammenarbeit der Sowjetunion, der USA, Grossbritanniens und Frankreichs viel früher, gleich in den ersten Jahren nach

Hitlers Machtantritt in Deutschland angebahnt werden können, und dann *hätte es weder die Okkupation Frankreichs, noch Dünkirchen oder Pearl Harbor gegeben\**» (unterstrichen von mir – I. M.). Dann wäre es möglich gewesen, Millionen Menschenleben zu retten, die von den Völkern der Sowjetunion, Polens, Jugoslawiens, Frankreichs, Englands, der Tschechoslowakei, der USA, Griechenlands, Norwegens und anderer Länder geopfert wurden, um die Aggressoren zu bändigen.

Winston Churchill schreibt in seinen Kriegserinnerungen über die Dreierverhandlungen von 1939:

«Nicht einmal im Lichte der geschichtlichen Perspektive kann bezweifelt werden, dass England und Frankreich den russischen Vorschlag hätten annehmen müssen... Chamberlain und das Aussenministerium schienen jedoch von einer rätselhaften Sphinx behext zu sein. Wenn sich die Ereignisse mit einer solchen Schnelligkeit und in einem derart gewaltigen Massenstrom abwickeln wie zu jener Zeit, dann ist es am richtigsten, konsequent einen Schritt nach dem andern zu tun. Ein Bündnis Englands, Frankreichs und Russlands hätte 1939 im Herzen Deutschlands tiefste Besorgnis hervorgerufen, und *niemand kann beweisen, dass man den Krieg dann nicht hätte verhindern können*» (unterstrichen von mir – I. M.). «Den nächsten Schritt hätte man schon mit einem Übergewicht der Kräfte auf Seiten der Verbündeten tun können. Die Diplomatie hätte die Initiative wieder an sich gerissen. Hitler hätte es sich weder leisten können, in einen Zweifrontenkrieg verstrickt zu werden, den er selber stets entschieden abgelehnt hatte, noch hätte er einen Misserfolg zulassen können. Schade, dass er nicht in eine so schwierige Lage versetzt wurde, die ihn das Leben hätte kosten können... Hätte beispielsweise Mister Chamberlain nach Erhalt des russischen Vorschlags gesagt: ‚Jawohl, vereinigen wir uns alle drei, um Hitler das Genick zu brechen‘, oder mit anderen Worten dasselbe ausgedrückt, so wäre das vom Parlament gebilligt worden, Stalin hätte das verstanden und die Geschichte einen anderen Verlauf

---

\* «Prawda» vom 28. November 1958.

genommen... Stattdessen folgte» (als Antwort auf den russischen Vorschlag – *I. M.*) «ein langes Schweigen, und inzwischen wurden verschiedene Halbheiten und spitzfindige Kompromisse ausgetüftelt.»\*

Trotz aller Unterschiede zwischen den Autoren der angeführten Zitate (es bedarf wohl keines Beweises, dass sie sehr gross sind), sind sich beide einig darüber, dass es möglich gewesen wäre, den zweiten Weltkrieg zu vermeiden, wenn die UdSSR, England, Frankreich und die USA (oder zumindest die UdSSR, England und Frankreich) der Aggression der faschistischen Mächte schnell, fest und entschlossen eine wirksame Barriere entgegengesetzt hätten.

Wer hat die Bildung einer solchen Barriere verhindert? Die Sowjetunion? Nein, die Sowjetunion trifft keine Schuld. Sie hat im Gegenteil alles nur Menschenmögliche getan, um so eine Barriere gegen die Aggression zustande zu bringen. Daran lassen die obigen Darlegungen nicht den geringsten Zweifel. Diese Dreierbarriere wurde in Wirklichkeit von der Cliveden-Clique in England und von den «200 Familien» in Frankreich verhindert. Wenn man aber nach den Personen fragt, die Hitler geholfen, die diese reaktionären Kräfte am sichtbarsten verkörpert und die ihnen genehme Politik am aktivsten betrieben haben, so sind in erster Linie Neville Chamberlain und Daladier zu nennen. Die ganze Grösse ihrer geschichtlichen Verantwortung für die Entfesselung des zweiten Weltkriegs sowie für die unzähligen Opfer, Verluste und Leiden, die er der Menschheit gebracht hat, ist kaum zu ermessen.

---

\* *W. Churchill, Second World War, vol. I, pp. 325-328.*

## NAMENVERZEICHNIS

- Abe 218  
 Astachow 198, 199, 200, 201, 202, 203,  
 204, 206, 209, 211
- Babarin 204  
 Baldwin 25, 49, 63, 65, 67, 69  
 Barthou 43, 44, 46  
 Beaverbrook 54, 57, 58, 59  
 Beck 114, 115  
 Benes 52, 83  
 Bevan 57, 58  
 Birkenread 39  
 Bonnet 87, 130, 139  
 Briand 77  
 Bullitt 129, 130  
 Burnett 176, 184  
 Butler 87, 88
- Cadogan 75, 112  
 Cecil 64  
 Cezanne 50  
 Chamberlain, Austen 39, 69  
 Chamberlain, Joseph 69  
 Chamberlain, Neville 7, 21, 23, 39, 40,  
 41, 45, 54, 55, 60, 62, 63, 64, 66, 69,  
 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 79, 81,  
 82, 85, 86, 88, 89, 90, 91, 94, 95, 96,  
 97, 98, 99, 100, 101, 104, 105, 106,  
 107, 108, 109, 110, 112, 113, 114, 116,  
 118, 119, 120, 121, 123, 127, 129, 132,  
 133, 134, 136, 140, 142, 143, 144, 145,  
 148, 154, 155, 157, 158, 167, 170, 171,  
 172, 174, 175, 176, 183, 194, 195, 209,  
 213, 217, 218, 222, 223, 224, 225, 226,  
 228, 229
- Chrutschow 227  
 Churchill 39, 41, 45, 53, 54, 55, 56, 57,  
 58, 59, 61, 62, 69, 72, 84, 85, 133, 134,  
 145, 162, 196, 228
- Cooper 93  
 Cranbome 73  
 Cummings 33, 33  
 Curzon 12, 39
- Daladier 86, 96, 128, 130, 142, 162, 196,  
 201, 209, 223, 224
- Dalton 174  
 Dirksen, v. 91, 170, 171  
 Doumenc 176, 182, 183, 184, 185, 186,  
 187, 219  
 Drax 176, 177, 178, 179, 183, 184, 187,  
 188, 189
- Eden 47, 48, 49, 50, 51, 52, 60, 61, 62, 64,  
 66, 67, 68, 72, 73, 76, 106, 135, 154,  
 174
- Eisenhower 6, 227  
 Feiling 109, 154  
 Filippow 199  
 Flandin 62  
 Förster 162  
 Franco 67, 73, 97, 98, 99, 184
- Gamelin 185  
 Gauguin 50  
 Georg V. 63  
 Goebbels 161  
 Göring 170  
 Gort 175, 176  
 Gottwald 83  
 Greenwood 84, 175  
 Grenfell 33
- Halifax 72, 74, 75, 76, 78, 79, 84, 85, 86,  
 91, 92, 95, 96, 98, 100, 105, 110, 111,  
 115, 116, 120, 126, 130, 131, 132, 136,  
 137, 138, 139, 142, 150, 151, 152, 153,  
 154, 156, 159, 160, 161, 162, 165, 166,  
 167, 168, 169, 173, 175, 199,  
 Henderson 131  
 Heywood 176, 184  
 Hiranuma 218  
 Hitler 5, 7, 11, 12, 35, 36, 39, 45, 46, 47,  
 49, 49, 49, 56, 58, 60, 61, 62, 63, 64,  
 67, 70, 71, 72, 75, 76, 81, 85, 86, 89,  
 90, 91, 93, 95, 96, 105, 106, 107, 108,  
 109, 113, 116, 118, 120, 121, 123, 131,  
 132, 133, 138, 142, 143, 144, 145, 151,  
 162, 172, 175, 184, 185, 186, 196, 201,  
 202, 203, 214, 215, 216, 217, 218, 223,  
 226, 227, 228, 229
- Hoare 64, 65, 66, 104  
 Hoesch 22  
 Hoffmann 193  
 Hudson 170, 171, 172, 214
- Ironside 174
- Joynton 39
- Kalinin 117  
 Kellogg 77  
 Kennedy, Joseph 143, 144, 145  
 Kollontai 127  
 Kusnezow 181, 184
- Laval 52, 62, 66  
 Léger 129

Lenin 127, 177, 178, 181, 191, 192, 193,  
 209, 216, 224  
 Litwinow 11, 12, 13, 14, 16, 30, 44, 47,  
 50,53,61,77,81,82,83,84,85,86,87,  
 88, 93, 94, 107, 108, 110, 111, 127,  
 131, 132, 198, 199  
 Lloyd George 13, 38, 39, 53, 57, 69, 70,  
 84, 117, 118, 135  
 Loktionow 181, 184  
 Lothian 53  
 Lyttlelton 64  
  
 MacDonald 25, 40, 41, 62, 63  
 Marlborough 54  
 Matsudaira 20  
 Molotow 131, 169, 169, 169, 205  
 Monck 22  
 Mussolini 62, 63, 65, 66, 72, 73, 90, 91,  
 113, 115, 117  
  
 Naggiar 145, 158  
  
 Osjorski 25  
 Ovey 27, 30, HO  
  
 Payart 82, 83, 87  
  
 Renoir 50  
 Ribbentrop, v. 76, 205, 206, 209, 211,  
 212, 213, 214, 215  
 Röhm 35  
 Roosevelt 117, 143  
 Runciman 32, 82  
 Rydz-Smigly 173  
  
 Samuel 64, 66, 104, 105, 120  
 Schaposchnikow 181, 184  
 Schmidt 37, 38  
 Schnurre 198, 199, 200, 203, 204, 211  
 Schulenburg, v. 200, 201, 202, 206, 207,  
 211, 212, 213  
 Seeds 107, 110, 111, 112, 132, 140, 145,  
 157, 168, 169, 179, 181, 219, 220  
 Shaw 53  
 Simon 16, 26, 27, 30, 32, 33, 40, 42, 48,  
 49, 50, 52, 54, 62, 63  
 Sinclair 174  
 Smorodinow 181  
 Snowden 35  
 Somerset 22  
 Stalin 50,83,113,196,211,215,215,228  
 Strang 51, 150, 151  
 Stumm, v. 199  
 Suriz 128, 129, 130, 132, 136, 158  
 Suvich 62  
  
 Thomas 41  
  
 Tilea 107  
 Trotzki 192  
  
 Valin 176  
 Vansittart, Lady 42, 43, 79, 80  
 Vannsittart, Lord 35, 44, 45, 47, 49, 54,  
 62, 63, 73, 75, 120  
  
 Warr, de la 87, 88  
 Weizsäcker, v. 201, 202, 204  
 Willaume 176, 184  
 Wilson, Horace 73, 74, 75, 121, 154,  
 170, 171, 207  
 Wilson, Woodrow 129  
 Winterton 93, 94  
 Wohltat 170, 171, 172  
 Wood 167  
 Woroschilow 181, 185, 186, 187, 189,  
 214, 215



## Dieter Rüggeberg

### Anmerkungen und Ergänzungen

Die Frage, welche Iwan Maiski für den Titel seines Buches wählte, gehört ohne Zweifel zu den wichtigsten dieses Jahrhunderts, denn diese Frage ist zwangsläufig verknüpft mit der Frage nach den wahren Schuldigen für den Ausbruch und die Durchführung des Zweiten Weltkrieges. Ausserdem hängen damit viele Ereignisse der politischen Gegenwart zusammen. Nachdem nun fast fünfzig Jahre lang Westdeutschland mit historischen Propagandalügen der westlichen Alliierten (USA, England, Frankreich) überzogen wird, wie z.B. der Lüge, dass Deutschland am 2. Weltkrieg alleinschuldig sei, wird es höchste Zeit, bestimmte einseitige Geschichtsbilder durch entsprechende Darstellungen, auch mit Hilfe des östlichen Alliierten, mehr ins Licht der Wahrheit zu rücken. Da Iwan Maiski nicht nur Zeitzeuge, sondern als sowjetischer Botschafter in London auch aktiver Teilnehmer an jenen Ereignissen war, die dann zum Zweiten Weltkrieg führten, sind seine Aussagen und Urteile von grossem Gewicht und von besonderem Wert für die Frage nach den wahren Verursachern des Zweiten Weltkrieges. Bei den Nürnberger Prozessen wurde Hitler (neben Göbbels und Bormann) bemerkenswerterweise nicht als Angeklagter geführt, wodurch die Anklage natürlich einer entsprechenden Beweisführung enthoben wurde, welche nämlich bei sachgemässer Durchführung und Ursachenforschung zwangsläufig die hier aufgezeigten Tatsachen zutage gefördert hätte. Dies wäre für die anklagenden Alliierten sehr unangenehm gewesen, deshalb setzten sie das Märchen von Hitlers Selbstmord in die Welt, um dadurch weiteren Nachforschungen zu entgehen.

Da von Seiten der westlichen Alliierten heute praktisch dieselbe Politik mit denselben psychologischen Mitteln fortgeführt wird wie vor 1939, drohen aus dieser Politik selbstverständlich auch dieselben Ergebnisse hervorzugehen, nämlich ein 3. Weltkrieg. Aus diesem Grunde ist das vorliegende Buch von höchster Aktualität, was auch der Grund für diese erweiterte Neuauflage ist.

Das Buch von I. Maiski ist etwa 1960 veröffentlicht worden, und inzwischen ist eine Fülle von Literatur über die Titelfrage erschienen. In meinem Buch «Geheimpolitik» habe ich mich mit einigen Ursachen für den 2. Weltkrieg bereits befasst. Korrekturen zu meinen dort gemachten Ausführungen sind bis heute nicht notwendig geworden. Im Kern ergänzen die Urteile von Maiski meine dort gemachten Aussagen, obwohl er sich in keiner Weise bewusst war, dass der Hintergrund der englisch-französischen Politik nicht im Klassenhass auf den Sozialismus zu suchen ist, sondern in den Plänen gewisser Geheimgesellschaften, die in ihren Grundzügen bereits aus dem vorigen Jahrhundert stammen. In diesen Ergänzungen möchte ich einiges hinzufügen über bestimmte Helfer von Hitler, was vor allem in den von den westalliierten Umerziehern des deutschen Volkes herausgegebenen offiziellen Geschichtswerken überhaupt keine Erwähnung findet.

Bei Maiski werden die genannten Politiker praktisch ohne ihren Hintergrund angeführt. Die Tatsache, dass hinter den höchsten Politikern von Nationen wie England, Frankreich oder auch Russland mindestens tausend mehr oder weniger mächtige Gruppen stehen, welche ihren Einfluss auf diese Politiker geltend machen wollen, wurde nicht berücksichtigt. Um dem Leser ein Beispiel zu geben: «Am Ende des Jahres 1990 veröffentlichte der Deutsche Bundestag die Liste der Verbände und Organisationen, die sich bei ihm als Vertreter ihrer Interessengruppen haben registrieren lassen. Bis zum Frühjahr 1990 waren danach 1'501 (tausendfünfhunderteins) Organisationen registriert..... Körperschaften, Stiftungen, Anstalten des öffentlichen Rechts brauchen sich nicht in die Liste eintragen zu lassen (Quelle: Beilage zur «Woche im Bundestag» – Nr. 1/91)». Hieraus können die Leserinnen und Leser erahnen, welchem Druck leitende Politiker bei manchen Sachfragen ausgesetzt sein können.

Bei den von Maiski genannten einflussreichen Politikern wäre demnach zuerst die Frage nach ihrem persönlichen Hintergrund und den hinter ihnen stehenden Organisationen zu stellen, wo-

bei der Zugehörigkeit zu Kirchen, Logen, Orden und Vereinen die grösste Aufmerksamkeit zukommen sollte. Soweit mir Unterlagen zur Verfügung standen, werden nachfolgend ein paar der wichtigsten Persönlichkeiten mit ihrem Hintergrund genannt:

Die Mitglieder der Geheimgesellschaft Rhodes/Milner stehen hinter jener Gruppe von Menschen, die bei Maiski als «Cliveden-Clique» bezeichnet werden. Die politische Zielsetzung der Geheimgesellschaft Rhodes/Milner wurde in den USA analog durch den Orden «Skull & Bones» vorangetrieben, worüber ich in meiner «Geheimpolitik» bereits berichtet habe.

**«Astor, Nancy, Lady Astor und Astor, Waldorf, Viscount Astor (England):** Mitglieder der Geheimgesellschaft Rhodes/Milner. **Benesch (Tschechoslowakei):** Freimaurer. Tschechischer Staatspräsident von 1935-1938. **Cecil, Robert Lord:** Mitglied der Geheimgesellschaft Rhodes/Milner. Englischer Delegierter beim Völkerbund. **Chamberlain, Neville (England):** Premierminister von 1937-1940. **Churchill, Sir Winston (England):** Freimaurer. Premierminister von 1940-1945. **Daladier, Edouard (Frankreich):** Ministerpräsident von 1933-1934 und 1938-1940. «Léon Blum (Jude) gelangte mit seiner Partei 1936 an die Macht. Die von ihm als Ministerpräsident aufgestellte sogenannte Volksfront-Regierung war eine fast rein jüdische Angelegenheit. Von den 90 Mitgliedern der Regierung waren 40 Juden. Sie besaßen folgende einflussreiche Stellungen: .....Das Judentum ist unter dem Ministerpräsidenten Daladier nur durch zwei Minister vertreten. Ministerpräsident Daladier gehört dem Ehrenkomitee der Liga für Menschenrechte an (Die Liga für Menschenrechte ist eine jüdische Erfindung, d.V.). Daladier wird als ein Strohmann des jüdischen Bankiers Rothschild angesehen.....Es ist also für die französische Regierung bemerkenswert, dass die Juden stets in der Zwischenstellung zu finden sind. Als Kabinettsdirektoren sind sie in der Lage, von allen Fragen des Ministeriums Kenntnis zu erhalten. Darüber hinaus können sie durch Zurückhaltung von Akten die Haltung eines Ministers beeinflussen. Ihre Tätigkeit

vollzieht sich hinter den Kulissen und darum werden sie weniger angefochten. Dieser Grund und ihre erworbenen technischen Erkenntnisse geben die Erklärung für die auffällige Tatsache, dass sie stets auf ihren Posten bleiben, mögen die Minister auch noch so oft wechseln (Heinz Ballensiefen: «Juden in Frankreich», S. 72,73,80,81)». **Eden, Antony (England)**: Aussenminister von 1935-1938. **Halifax, Edward Frederick (England)**: 1938-1940 Aussenminister. 1940-1946 Botschafter in den USA. **Litwinow, Maxim (Sowjetunion)**: Jude. «Seit 1930 Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten. 1934 Völkerbundsdelegierter, Ratsmitglied. Er hat sich unter anderem genannt: Finkelstein, Meier Wallach, Felix, Papascha, Ludwig Wilhelmowitsch Nitz, Gustav Graff, Tüfektschijew, Luvinier, Abraham Borissuk, Dehtiarik, Maxim Maximovitsch Litwinow .....In diesen Jahren setzt sich Finkelstein sein Lebensziel. Es heisst: Kampf für den Aufstieg und Macht des Judentums. (Rudolf Kommoss: Juden hinter Stalin, S. 162,163,164)». **Lloyd George, David (England)**: Freimaurer. 1916-1922 Premierminister. **Roosevelt, Franklin D. (USA)**: Hochgradfreimaurer, 1882-1945, Präsident der USA von 1933-45. **Simon, John Viscount (England)**: 1915/16 und 1935/37 Innenminister, 1931/35 Aussenminister, 1937/40 Schatzkanzler, 1940/45 Lordkanzler. Mitglied der Geheimgesellschaft Rhodes/Milner.

Eine hervorragende Ergänzung zu dem Buch von Maiski bietet das Werk «The Anglo-American Establishment» von Carroll Quigley (New York 1981), aus dem die Daten bezüglich der Mitgliedschaft zur Geheimgesellschaft von Rhodes/Milner stammen. Der Inhalt dieses Buches ergänzt den behandelten Komplex aus englischer Sicht und führt zu demselben Endresultat, also zu einer erheblichen Entlastung Deutschlands bezüglich der Kriegschuldfrage.

\*

«Von 1918 bis 1920 stand der ‚Völkische Beobachter‘ unter dem Einfluss der Thule-Gesellschaft und wurde als die führende rechte, antisemitische Zeitung Bayerns betrachtet. Hauptaktionär war Fräulein Käthe Bierbaumer, Geliebte und finanzielle Gönnerin Rudolf von Sebottendorffs, des Führers der Thule Gesellschaft. Frau Dora Kunze, Sebottendorffs Schwester, war Minderheitsaktionär.... Im Dezember (1920) war die Zeitung am Rande des Bankrotts, mit schwindenden Einnahmen und wachsenden Schulden. Unter den rechten Gruppen in München begannen hektische Bemühungen um Geld, damit man sich die Zeitung sichern konnte, bevor sie in die Hände von Separatisten fiel. Der Höhepunkt des finanziellen Kampfes wurde erreicht, als es Dietrich Eckart gelang, von General Ritter von Epp einen Kredit über 60'000 Mark zu erhalten. Es wird angenommen, dass dieses Geld aus geheimen Reichswehrfonds stammte. Eckart stellte dafür einen persönlichen Schuldschein aus, der das Datum vom 17. Dezember 1920 trug und Epp ausgehändigt wurde.

Der Kaufpreis der Zeitung betrug insgesamt 120'000 Mark, und es wurde ein Vertrag unterzeichnet, durch den Schulden in Höhe von 250'000 Mark übernommen wurden. Eckart hatte nur 60'000 Mark von General von Epp erhalten. Woher kamen die anderen 60'000 Mark?»

Am 17. Dezember wandte sich Hitler persönlich an Dr. Gottfried Grandel, einen Augsburger Industriellen, der jüngst der Partei einige bescheidene Spenden hatte zukommen lassen. Überraschenderweise sagte Grandel seine Unterstützung zu. Er und Simon Eckart, ein leitender Beamter der Hansa-Bank, schossen einen Teil des Kaufpreises vor und leisteten eine Garantie, durch die der Handel perfekt wurde. Kurz nach dieser Transaktion verlangten Fräulein Bierbaum und Frau Kunze von Grandel volle Bezahlung und erhielten insgesamt 56'500 Mark. Zwar stammte der grösste Teil des benötigten Geldes von Grandel und Epp, aber auch andere beteiligten sich. (Pool: ‚Hitlers Wegbereiter zur Macht‘, München 1988, S. 37,38).

Nach Angabe von D. Bronder kam ein erheblicher Teil des

Kaufpreises für den «Völkischen Beobachter» von einem bestimmten jüdischen Herrn: «1921 kaufte Hitler mit Geldern, die ihm u.a. von jüdischer Seite geliehen waren, seinem Ordensmeister Sebottendorff den ‚Völkischen Beobachter‘ für 100'000 Mark in bar ab, wobei sein jüdischer Freund Arthur Trebitsch 30'000 Mark beisteuerte ..... (Dietrich Bronder: «Bevor Hitler kam», S.245).

In diesen hier nur kurz angeschnittenen Bereich gehört dann alles, was man als Auslandsfinanzierung der Nationalsozialisten bezeichnen kann. Es kann heute als sicher gelten, dass die für Hitlers Aufstieg entscheidenden finanziellen Mittel aus dem Ausland kamen. Dieses wichtige Thema kann hier nicht weiter vertieft werden, aber ein paar literarische Hinweise sollen den interessierten Lesern eine Hilfe sein, z.B. die Werke «Wall Street and the Rise of Hitler» von Antony C. Sutton (Sudbury, England 1976), «Hitlers Wegbereiter zur Macht» von James und Suzanne Pool (München 1988), «Springers Nazionismus» von Jean Le-draque (Genf, o.J), «Hexeneinmaleins einer Lüge» von Emil Aretz (Verlag Hohe Warte 1984), «So wurde Hitler finanziert» von Ekkehard Franke-Gricksch (Hrsg) (Leonberg 1983).

\*

Von erheblichem Einfluss auf die Politik der Nationalsozialisten waren die Tätigkeiten von Henry Ford (1863-1947). James und Suzanne Pool haben diesem Einfluss ein ganzes Kapitel ihres Buches mit dem Titel ‚Ford und Hitler‘ gewidmet, worin es u.a. heisst:

«Ende 1918 kaufte Ford eine kleine Provinzzeitung namens **‚Dearborn Independent‘** ..... Anfänglich richtete sich die Grundtendenz der Zeitung gegen Kriegsgewinnler, Monopole und Reaktionäre; unterstützt wurden die Ziele Präsident Wilsons für den Nachkriegswiederaufbau Amerikas..... Am 22. Mai 1920 schlug der ‚Dearborn Independent‘ plötzlich mit einer heftigen Attacke gegen die Juden los In weiteren Artikeln beschuldig-

te Ford die Juden, einen Niedergang der amerikanischen Kultur, ihren Werten, Produkten, ihrer Unterhaltung verschuldet zu haben und, schlimmer noch, Anstifter des ersten Weltkrieges gewesen zu sein. Massive Anklagen wurden gegen mehrere bekannte Juden erhoben. Barnard Baruch wurde der ‚Prokonsul Judas in Amerika‘, ‚ein übermächtiger Jude‘ und ‚der mächtigste Mann‘ im Ersten Weltkrieg genannt..... Innerhalb von anderthalb Jahren hatte Ford aus dem ‚Dearborn Independent‘ ein beachtliches antisemitisches Propagandablatt mit Massenaufgabe gemacht..... Ein Abdruck der Artikel im ‚Dearborn Independent‘ wurde in vier Bänden (1920-1922) herausgebracht, der in den Vereinigten Staaten eine erhebliche Auflage erreichte. Unter dem Titel ‚The International Jew‘ wurde dieses Werk gut verkauft und in 16 Sprachen, einschliesslich des Arabischen, übersetzt.

Ein prominenter jüdischer Anwalt erklärte nach der Rückkehr von einer Weltreise Mitte der zwanziger Jahre, er habe die Broschüren in den entferntesten Winkeln der Erde gesehen‘. Er behauptete, ‚ohne die Autorität des Namens Ford wären sie nie bekannt geworden und wenn doch, völlig harmlos geblieben. Doch mit diesem magischen Namen verbreiteten sie sich wie ein Steppebrand und wurden zur Bibel jedes Antisemiten‘. Wenn ‚The International Jew‘ die Bibel war, dann muss Henry Ford den Nazis als Gott erschienen sein. [Seine antisemitischen Veröffentlichungen bewogen viele Deutsche dazu, Nazis zu werden.](#) Baldur von Schirach, der Führer der Hitler-Jugend, erklärte bei den Nürnberger Prozessen, er sei mit 17 zum Antisemiten geworden, nachdem er ‚Der ewige Jude‘ (so der Titel der deutschen Ausgabe von ‚The International Jew‘) gelesen habe: ‚Sie können sich gar nicht vorstellen, was für einen grossen Einfluss dieses Buch auf das Denken der deutschen Jugend hatte. Die jüngere Generation blickte voller Neid auf Symbole des Erfolges und des Wohlstandes wie Henry Ford, und wenn er sagte, dass die Juden schuld seien, dann haben wir ihm natürlich geglaubt‘.

Nach 1933 wurde das Buch (‚Der ewige Jude‘ von H. Ford) zu

einem gängigen Artikel der Nazi-Propaganda; jedes Schulkind in Deutschland wurde damit während seiner Schulzeit mehrmals vertraut gemacht. Theodor Fritsch, Chef des antisemitischen Verlags ‚Der Hammer‘<sup>4</sup> in Leipzig, druckte zwischen 1920 und 1922 sechs Auflagen von ‚Der ewige Jude‘; Ende 1933 hatte Fritsch 29 Auflagen herausgebracht, in denen Fords Name in grossen Lettern auf der Titelseite erschien und im Vorwort Henry Ford wegen des ‚grossen Dienstes‘<sup>4</sup> gepriesen wurde, den er Amerika und der Welt durch seine Angriffe auf die Juden geleistet habe.....

Die wichtigsten Mittelsmänner zwischen Ford und Hitler waren die russischen Emigranten. Kurz nachdem Ford als Antisemit an die Öffentlichkeit getreten war, begann eine kleine Gruppe zaristischer Russen für ihn zu arbeiten (Es ist wahrscheinlicher, dass die erwähnten Russen nicht zaristischer, sondern zionistischer Natur waren, d.V.).....

Nicht nur erwähnte Hitler Henry Ford ausdrücklich mit lobenden Worten in ‚Mein Kampf‘, sondern viele der Ideen Hitlers waren auch ein direktes Resultat der rassistischen Philosophie Fords. Die Ähnlichkeit zwischen ‚Der ewige Jude‘ und den entsprechenden Stellen in Hitlers ‚Mein Kampf‘ ist gross, und einige Passagen sind so identisch, dass behauptet werden konnte, Hitler habe direkt von Fords Veröffentlichung abgeschrieben. Der Einfluss von Henry Fords Ideen auf Hitler kann nicht bezweifelt werden. Nicht nur spiegeln Hitlers Schriften und Praktiken ‚The International Jew‘ wider, sondern einer seiner engsten Mitarbeiter, Dietrich Eckart, hat die Protokolle der Weisen von Zion‘ und ‚Der ewige Jude‘ ausdrücklich als Quellen der Anregung für den Nazi-Führer erwähnt.

1940 erklärte er Gerald Smith: ‚Ich habe vor, ‚The International Jew‘ bald neu herauszubringen‘. Kurze Zeit, nachdem die antisemitischen Artikel zu erscheinen begonnen hatten, ging Ford einen Schritt weiter, indem er die weltweite antisemitische Kampagne finanziell unterstützte. ‚Dass Henry Ford, der berühmte Automobilfabrikant, direkt oder indirekt Geld an die



Nationalsozialisten gegeben hat, ist nie bestritten worden‘, schrieb Konrad Heiden, einer der ersten Hitler-Biographen .....

Für den zweiten Kanal, durch den Hitler Fords finanzielle Unterstützung erhielt, gibt es dokumentarische Beweise, dass eine Geldübergabe stattgefunden hat. Erbracht wurde der Beweis vom Vizepräsidenten des bayrischen Landtags, Erhard Auer, einem sehr angesehenen Sozialdemokraten, in einem Bericht an Reichspräsident Ebert: ‚Der Bayrische Landtag besitzt seit langem Informationen darüber, dass die Hitler-Bewegung zum Teil durch einen amerikanischen antisemitischen Führer, Henry Ford, finanziert wird. Fords Interesse an der bayrischen antisemitischen Bewegung begann vor einem Jahr, als ein Vertreter Fords, der Traktoren verkaufen wollte, mit dem notorischen Alldeutschen Dietrich Eckart Kontakt aufnahm. Kurz danach bat Herr Eckart Fords Vertreter um finanzielle Unterstützung. Der Vertreter kehrte nach Amerika zurück, und unmittelbar darauf begann Henry Fords Geld in München einzutreffen. Herr Hitler rühmt sich offen der Unterstützung Fords und preist Ford als grossen Individualisten und grossen Antisemiten. Eine Fotografie Fords hängt in Hitlers Büro‘.

Luedecke eröffnete das Gespräch (mit Henry Ford) mit einer kurzen Skizze der Ziele der Nazi-Bewegung im Zusammenhang mit der kritischen politischen Lage in Deutschland. Sobald Hitler an die Macht gelange, werde eine seiner ersten Massnahmen die Einführung des sozialen und politischen Programms sein, das im ‚Dearborn Independent‘ vertreten worden sei ( Pool: Hitlers Wegbereiter zur Macht, S. 87-129).

Für die Kenner meiner «Geheimpolitik» ist es sicherlich von Interesse zu wissen, dass Ford sich in seinem Werk «The International Jew» hauptsächlich bemüht um den Beweis, dass die «Protokolle der Weisen von Zion» keine Fälschung, sondern den realen Plan einer politischen Gruppe darstellen.

In Pools «Wegbereiter zur Macht» treten Ford und Hitler als Einzelpersonen auf, es werden keinerlei Hintergründe beleuchtet. Wenn man jedoch etwas tiefer gräbt, dann treten ganz merk-

würdige Zusammenhänge zutage, bei denen die zeitliche Reihenfolge von erheblicher Bedeutung ist:

**1932:** Es erscheint das Buch «Internationales Freimaurerlexikon» von Lennhoff / Posner (Wien, München 1932), in dem sich folgende Eintragung befindet: «Ford, Henry, amerikanischer Grossindustrieller, Besitzer der grössten Automobilfabrik der Welt in Detroit, geb. 1863, ist Mitglied der Palestine Lodge in Detroit» (Sp. 487).

Unter der Überschrift «Juden» befinden sich im «Internationalen Freimaurerlexikon» zu dieser Loge noch zwei besondere Hinweise: «Auch in Amerika gibt es, besonders in New York und Chicago, ausschliesslich jüdische Logen, ebenso wie es in Amerika auch Logen gibt, die nur Christen aufnehmen, z.B. die Palestine Lodge in Detroit u.a.m. Solche – übrigens nicht gerade häufige – Sonderung nach Konfessionen hat in den angelsächsischen Ländern keine tiefere Bedeutung, da alle Logen gleichberechtigt der selben Grossloge angehören, ihre Mitglieder in diese Ämter bekleiden und die Grossloge selbst an der striktesten Einhaltung der alten Pflichten festhält. ...In den grossen amerikanischen Städten ist in einzelnen Logen das Judentum sogar überwiegend. Dagegen hat die weit über 1'000 Mitglieder zählende Loge in Detroit, Palestine Lodge, nicht einen einzigen Juden als Mitglied» (Sp. 792, 797).

Die zweimalige Betonung des rein nichtjüdischen Charakters gerade dieser Loge erscheint mir im höchsten Grade eigenartig und verdächtig, weil es in jenen Jahren in Amerika eine erhebliche Anzahl zionistischer Palästina-Komitees und Palästina-Förderungsgruppen gab, die alle auf die Gründung des Israelischen Staates hinarbeiteten, wie bei Walter Freund in «B'nai-B'rith-Judentum und Weltpolitik» nachzulesen ist. Wenn die «Palestine Lodge» angeblich rein christlich war, dann muss die Frage gestellt werden: Warum gab es keinen Aufschrei der jüdischen Weltpresse, als Henry Ford, zweifellos eines der prominentesten Mitglieder dieser Loge, die grösste antisemitische Kampagne der Welt in Bewegung setzte? Ausserdem ist zu fragen: Wo blieb der

Protest der angeblich so humanitären, brüderlichen und rassepolitikfeindlichen Mitbrüder des Henry Ford in Amerika und Europa? Welche Interessengruppe beherrschte die amerikanische Grossloge der Freimaurer, besonders in den Jahren 1914 bis 1945? Insbesondere die Beantwortung der letzten Frage würde viele politische Rätsel dieses Jahrhunderts mit einem Schlage lösen.

**1935:** Die deutsche Reichsregierung verbietet die Freimaurerorden. «Ebenso war ungeklärt, wie mit freimaurerischen bzw. freimaurerähnlichen Verbänden verfahren werden sollte, die keiner der (freiwillig, d.V.) aufgelösten Grosslogen angehörten oder sich weigerten, die Auflösungsempfehlungen ihrer Obedienz Folge zu leisten. Um wenigstens zu dieser Frage Rechtsklarheit zu schaffen, verfügte der Reichsinnenminister Frick am 17. August 1935 die zwangsweise Auflösung aller Logen, die noch keinen Auflösungsbeschluss gefasst hatten, sowie die Einziehung ihres Vermögens zugunsten des Staates. Lediglich der jüdische B'nai-B'rith-Orden blieb von dieser Bestimmung vorläufig ausgenommen (Helmut Neuberger: «Freimaurerei und Nationalsozialismus», Bd. II, Hamburg 1980, S.105)». Wie ist es zu erklären, dass ausgerechnet der rein jüdische B'nai-B'rith-Orden von der nationalsozialistischen Reichsregierung eine Ausnahmebehandlung bekam, nachdem gewisse jüdische Kreise Deutschland bereits im Jahre 1933 den Krieg erklärt hatten? Die Antwort auf diese Frage würde wahrscheinlich viele Paradoxien des deutschen Nationalsozialismus ans Licht bringen.

**1938:** «Henry Ford erhielt seinen Lohn von Hitler schliesslich im Juli 1938, als ihm zu seinem 75. Geburtstag das Grosskreuz des deutschen Adlerordens verliehen wurde. Ford war der erste Amerikaner und der vierte Mensch in der ganzen Welt, der diesen Orden erhielt, die höchste Auszeichnung, die einem Ausländer verliehen werden konnte. Benito Mussolini, ein weiterer finanzieller Gönner Hitlers, war einige Monate zuvor dieser Ehre teilhaftig geworden (Pool: «Hitlers Wegbereiter zur Macht», S. 128)». «Hitler ehrte Ford später durch Verleihung des Grosskreuz-

zes des Ordens vom Deutschen Adler (Bronder: «Bevor Hitler kam», S. 365)». Der Logenbruder Hitler, Mitglied einer 99er-Loge, ehrt den Logenbruder Ford, vielleicht sogar mit den Worten «in brüderlicher Verbundenheit gegen das deutsche Volk»! Die Leserinnen und Leser mögen bitte beachten, dass zu dieser Zeit der Freimaurer-Orden in Deutschland bereits seit drei Jahren verboten war!

Die vorgenannten Tatsachen führen nun automatisch zu der schicksalhaften und schwerwiegenden Frage: Ist Hitler und dem deutschen Geheimdienst bekannt gewesen, dass Ford Mitglied einer Hochgrad-Freimaurerloge war? Diese Frage darf nach den vorliegenden Beweisen mit gutem Gewissen bejaht werden, woraus zu schliessen ist, dass Hitler mit genau diesen Kreisen gegen das deutsche Volk verbündet war.

Wem sind denn die hier genannten Tatsachen sonst noch bekannt gewesen? Mit Sicherheit den Anführern der deutschen Hochgradfreimaurerei und der beiden deutschen Kirchen. Wenn all diese Mitwisser bis heute geschwiegen haben, dann darf daraus wiederum geschlossen werden, dass auch sie mit den genannten anglo-amerikanischen Verbrecherkreisen unter einer Decke steckten. Diese Hochverratspolitik gegen das deutsche Volk wurde ja auch nach 1945 geradlinig fortgesetzt, wofür ich in meiner «Geheimpolitik» bereits einige prägnante Beispiele gebracht habe.

Vor diesem Hintergrund gewinnt eine Bemerkung von H. Kardel zum Thule-Orden in dem Buch «Adolf Hitler – Begründer Israels» erheblich an Gewicht: «Ministerpräsident Eisner, Ostjude, wurde von dem Grafen Arco, einem Studenten westjüdischer Abstammung, auf offener Strasse durch einige Revolvergeschüsse getötet. Eisners Haufen erschoss vom völkischen ‚Thule-Orden‘, dessen Gründer Logenbrüder westjüdischer Herkunft waren, auch einige Westjuden, darunter den Professor Berger. Das Zentrum der nationalen Kräfte Münchens waren die Geschäftsräume dieser Thule-Gesellschaft im angesehenen Hotel ‚Vier Jahreszeiten‘ (S. 61, 62). Wie der mit Geheimgesellschaft-

ten vertraute Leser weiss, war der Thule-Orden der okkulte Kern der Thule-Gesellschaft. Wenn also die Gründer des Thule-Ordens Logenbrüder westjüdischer Herkunft waren, dann ist sehr wahrscheinlich, dass der Hochgradfreimaurer Ford und seine Logenbrüder ein Hauptverbindungsglied darstellten. Der Unterschied zwischen Ost- und Westjuden spielt innerhalb der jüdischen Gesellschaft eine grosse Rolle.

**1941:** Meine Indizienkette wird lückenlos durch einen weiteren Hinweis von Walter Freund: «In Massachusetts finden wir den rühmlichsten Vertreter der Weltfreimaurerei, Melvin M. Johnson, 33. Grad, der als eine seiner letzten grösseren Amtshandlungen die Einweihung des bekannten Autokönigs Ford in den 33. Grad der ‚Freien und Angenommenen Maurer‘ vorgenommen hat. Die Wirkung dieser Verjudungszeremonie sollte nicht lange ausbleiben: 8 Monate später konnte die in London erscheinende ‚Jewish Chronicle‘ am 29. August 1941 unter der Schlagzeile: **‚Henry Ford pro-jüdisch‘** freudig berichten, dass sich Henry Ford für eine tolerante Behandlung der Hebräer ausgesprochen habe und das freimaurerische Glaubensbekenntnis ablegte, dass **‚die Welt die Juden dringend benötigt und diese Notwendigkeit anerkannt werden muss‘**. Damit hat sich einer der grössten Kriegsgewinnler Amerikas in die jüdische Front offen eingereiht und wird den Dank des Judentums vielleicht noch erleben, wenn seine Fabrikanlagen durch das American Jewish Committee verstaatlicht werden. Dann wird er auch Musse haben, den Zionismus und die Triebkräfte der amerikanischen Staatsmaschinerie zu studieren. Johnson ist Grosskommandeur der ‚Nördlichen Jurisdiktion‘, der allein 213'598 Maurer des 33. Grades unterstehen (Walter Freund: «B'nai-B'rith-Judentum und Weltpolitik», Struckum 1990, S. 330, 331).

Kurz vor seinem Tode (1947) wurde er dann noch Mitglied der Freimaurerloge ‚Zion Lodge No. I‘, was für einen so bekannten «Antisemiten» sicher eine besondere Ehre bedeutete. Diese höchst erstaunliche Verwandlung des Henry Ford lässt den Verdacht zu, dass er unter anderem ein Agent zionistischer

Kreise gewesen ist. Der psychologische Hintergrund dieser Art von Politik ist jedem klar, der die entsprechenden Zusammenhänge studiert hat. Die zionistischen Priester, denn diese sind selbstverständlich die unsichtbare Macht hinter dieser Politik, wussten, dass die assimilierungswilligen Westjuden in Europa und Amerika niemals freiwillig ihre Wahlheimaten verlassen würden, um in der palästinensischen Wüste Pionierarbeit zu leisten. Diese Juden würden ihre Wahlheimat nur dann verlassen, wenn sie daraus gewaltsam vertrieben würden, also musste der antisemitische Knüppel in Bewegung gesetzt werden. Auch jüdischen Autoren ist diese Art Politik klar geworden, wie jeder unter anderem bei I. G. Burg nachlesen kann: «Nicht umsonst haben Weizmann, Goldmann, Schertok, der sich nun Scharet nennt, und andere versichert: ‚Sollte es zu einem Zusammenstoß zwischen den Interessen des jüdischen Staates und jenen der Juden im Galuth (Verbannung) kommen, müssten die letzteren geopfert werden‘. ‚Na also‘, Isidor stand auf, ‚deutlicher könnt ihr es ja gar nicht haben. Und wir wurden eben geopfert. Der Zionismus ist nicht nur geistig verwandt mit dem Antisemitismus, er kann ohne ihn überhaupt nicht leben. Das furchtbare ist, dass gerade die Zionisten allergrösstes Interesse am Antisemitismus haben. Je mehr unrecht die Juden in der Welt erleben müssen, je mehr sie verfolgt werden, desto besser stehen die Chancen der Zionisten‘ (I. B. Burg: «Schuld und Schicksal», Preussisch Oldendorf 1972, S. 32, 33).»

Wie hatte ich doch mein Kapitel über Ford in der «Geheimpolitik» beendet?: «Nach meinem heutigen Wissen möchte ich einige Zweifel daran äussern, dass der Kampf gegen die Juden das einzige Motiv Fords zur Unterstützung der Nazis war. Es sieht vielmehr so aus, als ob sein ganzer Antisemitismus nur eine Maskerade war, um Deutschland für die Ziele gewisser Gruppen zu präparieren (S.80)». Es ist mir eine wirkliche Genugtuung, dass meine Ahnung mich richtig leitete, und das Schicksal mir genügend Beweise für die Richtigkeit dieses Urteils geliefert hat.

Die erwähnte Präparierung Deutschlands für einen neuen

Weltkrieg umfasste aber nur eine Hälfte von Fords Agententätigkeit, nämlich den der Weltrevolution mit dem Ziel der Weltherrschaft durch eine überstaatliche Weltregierung, worüber ich in meiner «Geheimpolitik» geschrieben habe. Die zweite grosse Revolution von weltgeschichtlicher Bedeutung seit der Jahrhundertwende ist die zionistische Revolution, mit dem Ziel der Gründung eines selbständigen jüdischen Staates. Für die Geschichtsbetrachtung ist es unbedingt notwendig, sich über die unterschiedlichen Ziele dieser beiden revolutionären Bewegungen klar zu werden, weil sonst leicht eine Verwirrung bei der Beurteilung eintreten kann, wie sie mir schon in vielen Büchern begegnet ist. Bei den sogenannten «Protokollen der Weisen von Zion» handelt es sich eben gerade **nicht** um eine Planung jener Zionisten oder nationalistischen Juden, die hauptsächlich auf die Gründung eines israelischen Staates hinarbeiteten, sondern sie betreffen insbesondere die Akteure der Weltrevolution, bei der zwar auch jüdische Politiker eine grosse Rolle spielen, aber eben nicht die Hauptrolle. Da die Wege dieser beiden unterschiedlichen Bewegungen sich jedoch nicht nur kreuzen, sondern oft auch parallel laufen, ist eine saubere Trennung nicht immer möglich. Ford ist insofern eine Ausnahme, weil seine Aktivitäten sehr wahrscheinlich beide revolutionäre Bewegungen betreffen. Er ist also in dieser Beziehung als Doppelagent zu bezeichnen, von denen es allerdings eine erhebliche Anzahl gab und bis heute noch gibt.

Ich kenne nur einen Autor, bei dem der Verdacht, dass Hitler ein Agent gewisser ausländischer Hintergrundmächte war, bereits deutlich ausgesprochen wurde, und das ist der Engländer Douglas Reed: «Heute weiss jeder, dass während der duldsamen (oder verschlafenen) zwanziger und dreissiger Jahre die Regierungen und Amtsstellen des Westens mit kommunistischen und zionistischen Agenten verseucht wurden .....Aber sogar heute finde ich kaum einen Menschen, den seine Phantasie befähigt, eine geradezu einleuchtende Möglichkeit zu erkennen: dass Hitler selbst ein bewusster und nicht nur ein unbewusster Agent die-

ser Zielsetzung gewesen ist» (D. Reed: «Der grosse Plan der Anonymen», Zürich o.J., S. 11).

Bei der durch Ford und seine freimaurerischen Hintermänner gewährten Hilfe für die Nazis darf neben der ideellen Unterstützung nicht nur auf direkte Zuwendungen für die Partei geschaut werden. Der weitaus grösste Teil der Unterstützung zur Vernichtung Deutschlands bestand darin, dass die Fordwerke als amerikanische Firma zu den grössten Rüstungsfirmen im Hitlerdeutschland gehörten. Durch die Aufrüstung Deutschlands (mit Hilfe der Pläne der amerikanischen Herren Dawes und Young – beide Freimaurer gemäss «Internationales Freimaurerlexikon», Sp. 324 u. 1732) wurde die Voraussetzung für den 2. Weltkrieg geschaffen, und durch den Verräter Hitler war die Gewähr gegeben, dass Deutschland diesen Krieg beginnen und verlieren würde. Über die Gründe, warum der mit der internationalen Hochgradfreimaurerei verbündete Hitler die Freimaurerei in Deutschland verbieten liess, habe ich bereits einiges in meiner «Geheimpolitik» berichtet.

Ergänzende Tatsachen zu den hier gemachten Schlussfolgerungen sind insbesondere noch in folgenden Büchern zu finden: Emil Aretz: «Hexeneinmaleins einer Lüge» (Pähl, 1970), H. Kardel: «Adolf Hitler – Begründer Israels» (Genf, 1974), Francis R. Nicosia: «Hitler und der Zionismus» (Leoni, 1989).

\*

Dem politisch schlecht geschulten Bürger von heute dürfte nach 50 Jahren alliierter Umerziehungspropaganda kaum bekannt sein, dass Hitler keineswegs durch einen überwältigenden Sieg der Nationalsozialistischen Partei an die Macht kam, sondern durch die Hilfe der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Parteien. Die folgenden Zitate wurden dem hervorragend dokumentierten Werk «Hexeneinmaleins einer Lüge» von Emil Aretz entnommen:

«Bei der Reichstagswahl vom November 1932 wurden folgende Mandate erzielt:



Nationalsozialisten	196
Sozialdemokraten	121
Kommunisten	100
Zentrum	70
Deutschnationale Partei	52
Restliche Parteien	45
<hr/>	
Mandate	584

Am 30. Januar 1933 ernennt der Reichspräsident von Hindenburg den Parteiführer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, zum Kanzler des Deutschen Reiches. Dieser bedeutsame geschichtliche Vorgang wird ‚Machtübernahme‘ genannt. Die bis dahin die Inhaber der Macht waren, haben also einen erheblichen Teil ihrer Macht ‚abgegeben‘. Betrachtet man das Ergebnis der letzten Reichstagswahl kritisch, so muss man sich wundern, dass die beiden marxistischen Parteien diese Machtübernahme nicht verhinderten. Peter Kleist schreibt dazu: ‚Das Erstaunlichste an diesem 30. Januar 1933, an dieser doch nur sehr bedingten Machtübernahme‘ war nicht die Gefolgschaft der Rechts- und Mittelpartei, das Überraschende war die kampflose Kapitulation der erklärten Gegner des Nationalsozialismus, der beiden marxistischen Parteien der SPD und KPD.

Denn mochten die bürgerlichen Parteien hoffen, genügend Anteil an der Staatsführung behalten zu können, diesen Parteien war unmissverständlich klar, dass ihr letztes Stündlein geschlagen hatte. Beide Parteien hatten bis zuletzt ihre zwölf Millionen Wähler hinter sich, zwölf Millionen Arbeiter, die unentwegt kommunistisch oder sozialdemokratisch stimmten, zwölf Millionen unbürgerlicher Menschen, die doch zum Einsatz für ihre politische Position bereit sein mussten. Wo war ‚Rot-Front‘, der härteste Gegner der Nationalsozialisten in vielen Saal- und Strassenschlachten, geschult in Aufständen und Bürgerkriegen während vierzehn Jahren in ganz Deutschland? Wo war das Reichsbanner ‚Schwarz-Rot-Gold‘ der SPD? Wo blieb der Generalstreik, der 1920 den Kapp-Putsch in die Knie gezwungen hatte?

Wo war der ‚eherne Marschtritt der Arbeiterbataillione‘, wo die ‚Barrikaden des Klassenkampfes?‘

Wie soll man es sich erklären, dass die beiden mächtigen marxistischen Parteien sich damals so sang- und klanglos zurückzogen und den Nazis freie Bahn gaben? Wenn man jedoch weiss, dass die demokratischen<sup>1</sup> Parteien innerlich keineswegs demokratisch waren, sondern nur von wenigen Männern geführt wurden – Parteidisziplin nennt sich das – dann gibt es auch eine andere Möglichkeit, das Versagen der marxistischen Parteien gegenüber den Nazis zu erklären: Die Weltleitung dieser internationalen Parteien gab die Weisung, Hitler freie Bahn zu lassen (S.122,123).»

Dass der letzte Satz den Nagel auf den Kopf trifft, das wissen die Leserinnen und Leser meiner «Geheimpolitik» bereits. Hier sollte nur noch einmal deutlich gemacht werden, dass die einseitige Verteufelung des Nationalsozialismus oftmals die Köpfe benebeln soll gegenüber den wahren geschichtlichen Tatsachen, wie sie hier mit ein paar wichtigen Fragen ins Licht gestellt wurden. Als Nachtschiff für dieses kleine Kapitel empfehle ich von H. Kardel: «Hitlers Verrat am Nationalsozialismus». Damit möchte ich diesen Anhang beenden.

Die Politik der Gegenwart kann nur derjenige beherrschen, der die machtpolitischen Zusammenhänge der Vergangenheit erkannt hat. Nach meiner Meinung sind die grossen machtpolitischen Aufgaben der Gegenwart nicht zu erkennen und somit auch nicht zu beherrschen, wenn solche schwerwiegenden Hintergründe, wie sie gerade aufgezeigt wurden, nicht begriffen werden. Es bleibt zu wünschen, dass dieses Buch auch diejenigen lesen, denen die Verantwortung für das Schicksal der Völker dieser Zeit in die Hände gelegt ist. Mögen sie darüber meditieren, ob es sich lohnt, für den Machtrausch eines einzigen Lebens sich für viele der kommenden Leben ein elendes Schicksal zu bereiten.

Wuppertal, 11.5.1992

Dieter Rüggeberg

**Im gleichen Verlag sind erschienen:**

**Franz Bardon**

**DER SCHLÜSSEL ZUR WAHREN QUABBALAH**

Das Geheimnis der 3. Tarotkarte – die Magie des Wortes. Die kosmische Sprache in Theorie und Praxis. Der Quabbalist als vollkommener Herrscher im Mikro- und Makrokosmos.

ISBN 3-921338-08-5. 4. Auflage, 272 Seiten, 2 Abb.

**Franz Bardon**

**FRABATO**

**Autobiographischer Roman**

Der Roman schildert wichtige Lebensabschnitte von Franz Bardon, die sich auf seine besondere Mission für die Entwicklung der Menschheit beziehen. Zwischen weissen und schwarzen Magiern kommt es im Laufe der Handlung zu unerbittlichem Kampf. Es werden die intimsten Praktiken schwarzmagischer Logen beschrieben.

ISBN 3-921338-11-5 / 174 Seiten.

**Dieter Rüggeberg**

**THEOSOPHIE UND ANTHROPOSOPHIE**

**IM LICHT DER HERMETIK**

Eine vergleichende Studie zu den wichtigsten Grundlagen in den Lehren von Helena P. Blavatsky, Rudolf Steiner und Franz Bardon.

ISBN 3-921338-10-7 / 131 Seiten, kart.

**Dieter Rüggeberg**

**CHRISTENTUM UND ATHEISMUS IM VERGLEICH  
ZU OKKULTISMUS UND MAGIE**

Eine vergleichende Studie zu den weltanschaulichen, wissenschaftlichen und machtpolitischen Grundlagen.

ISBN 3-921338-12-3 / 197 Seiten, kart.

**Dieter Rüggeberg**

**GEHEIMPOLITIK**

Der Fahrplan zur Weltherrschaft. Kirchen, Logen und Orden im Kampf um die politische Macht. Über die Machtmethoden globaler Politik. Die Verbindungen zwischen der Geheimgesellschaft des C. Rhodes, dem Orden «Skull & Bones» und dem Vatikan. Wall-Street und die Finanzierung des Nationalsozialismus. Die Verschwörung gegen Deutschland: vom Versailler Vertrag über den Morgenthau-Plan und Deutschlandvertrag bis zum Zwei-plus-Vier-Vertrag.

Die Vernichtungspläne gegen Mitteleuropa, gemäss jenen «Protokollen», in denen es heisst: «Wenn ihr Kreis geschlossen ist, werden alle Staaten Europas in ihren Ringen eingeschlossen sein wie in einem Schraubstock». Die Hintergründe der «Neuen Welt-Ordnung» des US-Präsidenten George Bush, sowie die Ursachen für den Zusammenbruch der Sowjetunion.

ISBN 3-921338-15-8, 2. Auflage, 240 Seiten.

**Franz Bardon / English**

### **INITIATION INTO HERMETICS**

The secret of the 1<sup>st</sup> Tarot-card. A course of instruction in scientific magic in 10 stages. Theory and Practice for a magic initiation.  
ISBN 3-921338-01-8. 5<sup>th</sup> printing, 296 pages, 2 illustr., cloth.

### **THE PRACTICE OF MAGICAL EVOCATION**

The secret of the 2<sup>nd</sup> Tarot-card. Instructions for invoking and contacting Spirit Beings from the Spheres of the Hierarchy of our cosmic System.

ISBN 3-921338-02-6. 4<sup>th</sup> printing, 495 pages, cloth.

### **THE KEY TO THE TRUE QUABBALAH**

The secret of the 3<sup>rd</sup> Tarot-card – the Magic of the Word. The cosmical language in theory and practice. The Quabbalist as a Sovereign in the microcosmos and the macrocosmos.

ISBN 3-921338-03-4. 272 pages, 2 illustr., cloth.

### **FRABATO THE MAGICIAN**

This occult novel is based on the biography of Franz Bardon. It relates important parts of his life concerning his special mission for human development. Shows the inexorable fight between the Magicians of the white and black path and reveals the most intimate practices of certain black lodges.

ISBN 3-921338-07-7. 206 pages, six illustrations, pb.

**Franz Bardon / Français**

**LE CHEMIN DE LA VÉRITABLE  
INITIATION MAGIQUE**

Révélation de la première lame du Tarot. Magie, cours en 10 degrés.  
Théorie et pratique à une initiation magique.

ISBN 3-921338-06-9. Un volume 13x20,5cm, 456 pages.

**LA PRATIQUE DE LA MAGIE ÉVOCATOIRE**

Révélation complète de la deuxième lame du Tarot. Instructions pour  
évoquer les Entités Spirituelle vivant sûr les plans invisibles.

ISBN 3-921338-13-1. Un volume 13x20,5cm, 495 pages.

**LA CLÉ DE LA VÉRITABLE KABBALE**

Révélation complète de la troisième lame du Tarot. Le Langage Uni-  
versel. Kabbale théoretique et pratique.

ISBN 3-921338-14-X. Un volume 13x20,5 cm, 250 pages.

**FRABATO LE MAGICIEN**

Le récit voilé et pudique d'une partie de la vie même de Franz Bar-  
don.

ISBN 3-921338-09-3, 158 pages.

---

**Rüggeberg – Verlag**

**Postfach 13 08 44, D-W-5600 Wuppertal 1**

---